

Ende des Antiimperialismus?

Umbau der sowjetischen Außenpolitik

In den letzten Wochen geriet eine der letzten heiligen Kühe der KPdSU unter Messer: die sowjetische Außenpolitik. Die Freude von FAZ bis TAZ ist groß, die analytische Substanz der veröffentlichten Kritik hingegen bisher gering. Wer die Sowjetunion immer schon für eine tendenziell aggressive Supermacht hielt, die für den Ost-West-Konflikt ebenso verantwortlich ist wie die USA, kann sich bestätigt sehen. Den unerschütterlichen Altgläubigen bleibt nur der Trost, daß die Genossen in Moskau sich dabei schon etwas Kluges gedacht haben werden und daß hinter den

Allerweltssparolen sicher insgeheim eine revolutionäre Analyse und Strategie steht.

Außerdem stellen wir in diesem AK die Thesen des ZK der KPdSU für die 19. Allunions-Parteikonferenz vor. Seiten 4 u. 5



UdSSR: Italien, Stuttgarter Neckarstation, 22.6.88



Vergessen in der Betongruft? Freilassung von Ulla und Ingrid

... Das ist ein Effekt der Isolationshaft, daß man die Hermetik internalisiert, die Sprache verliert, auf Terminologie zurückgreift. Es ist ein

schrecklicher Effekt, aber offenbar nicht vermeidbar. Ich zum Beispiel wollte ja durchaus nicht die Hardlinerin spielen, und trotzdem — es ging einfach nicht anders. Ich habe jetzt mühsam meine Sprache wiedergefunden, in der Arbeit am Buch, aber vor allem eben durch die Möglichkeit, zu SPRECHEN, auch wenn's nur Blödsinn und nur an zwei Stunden des Tages ist. Wenn du wochenlang 24 Stunden pro Tag durchschweigst UND auch noch kein Material zur Verfügung hast, dann tritt offenbar zwanghaft dieser Effekt ein, und



das finde ich mörderisch, bedrohlich, beängstigend bis dorthinaus. Ich bin ja nun wirklich ein Mensch, der über Sprache reflektiert, der sein Leben lang nichts anderes getan hat, als eben zu lesen und zu schreiben, wenn das also schon mir passiert, dann weißt Du, was sich bei

Leuten abspielt, die nicht so sprachfixiert sind und wesentlich länger als drei Monate in Totaliso-

sation sind ... bin sehr gespannt, ob zum Beispiel die weniger politisierten oder auch ablehnenden Teile der Bewegung sich aufrufen können, gegen Isolationshaft zu kämpfen. (protestieren, was auch immer ihre Formen seien). Ob sie jetzt kapieren, daß das nicht geht, daß Menschen in einer Betongruft verschwinden, egal, wie frau selber politisch zu diesen Menschen steht. Na, we shall see. Ich leiste mir gerade einen geradezu leichtfertigen Optimismus ..."

(Aus einem Brief von Ingrid Strobl, München, 29.4.88)

Brief an den Rechtsanwalt

Seit 6 Monaten sitzen Ulla Penselin und Ingrid Strobl wegen Verdacht auf „Rote Zora“-/RZ-Mitgliedschaft in U-Haft. Sie müssen sofort freigelassen werden!

Seite 11

Gespräch mit den Frauen vom Gen-Archiv Essen

Seite 23

Massenpsychologische Funktion der AIDS-Panik

Seite 26

Atombombenforschung ein gefährliches Spiel

Ihre schwedische Freunde wurden von den westdeutschen Sozialdemokraten als die Verwirklicher einer Friedens-, Wohlstands- und Sozialpolitik im Kapitalismus bewundert. Daß sie in den sechziger Jahren ganz praktisch an einer eigenen Atombombe arbeiteten, wurde in der Propaganda nicht erwähnt, war SPD-Führern wie Fritz Erler und Helmut Schmidt aber wohl bekannt. In Militärdiskussionen nahmen sie sich Schweden als Vorbild; Vertragung einer Entscheidung über eigene Bomben derweil man sich alle Optionen offenhielt. Für Tage Erlanger und Olof Palme hieß das Fortsetzung der Entwicklungsarbeiten, Erforschung von Atomwaffen-„Designs“, Simulationen von Kernexplosionen und schließlich zwölf unterirdische Tests mit kleinen Mengen Plutonium. Was aber bedeutete dies für die SPD, als sie die Regierung übernahm? Noch danach sorgte Helmut Schmidt als Herausgeber der „Zeit“ dafür, daß

nichts bekannt wird, als er 1986 einen von der Redaktion abgenommenen Artikel aus der Wochenzeitschrift werfen ließ, der über Militärforschungen des Fraunhofer-Instituts in der Zeit der sozialliberalen Koalition berichtete und brisante Fragestellungen aufwarf. Wie die Öffentlichkeit manipuliert wird, hat der Atomskandal zwischen Hanau und Mol gezeigt. Am Ende blieb vom Proliferationsverdacht nur, daß es „ungeheuerlich“ war, ihn auszusprechen. Tausende falsch deklarierter Fässer mit radioaktivem Inhalt sind vergessen. Militärische Ambitionen werden geleugnet, dafür tadeln lauter Kapitalismuskritiker in den Medien, die Profitmacherei der Hanauer Transnuklear.

Die Verbindungen Olof Palme-Helmut Schmidt und Hanau-Mol auf Seite 8

Pornographie
Was hat die „Emma“-Kampagne gegen Pornographie für die Frauen gebracht? Eine Bilanz und Aktionsberichte

Seite 19-20

Blutmai 1929
33 Menschen wurden von den Truppen des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel in Berlin am 1. Mai erschossen.

Seite 29

KDV
Die Wehrmündigkeit in der BRD erreichte 1987 einen neuen Höhepunkt. Wie steht es um die politische Arbeit unter Kriegsdienstverweigerern?

Seite 30-31

München:

Sumpflblüten grüner Realpolitik

Der bislang einmalige Deal zwischen grün-alternativen und christlich-sozialen Stadträten in München verhalf den Grünen zu einem der dreizehn Referentenposten und der CSU zur sicheren Mehrheit in der städtischen Verwaltung. Die Stadt-Grünen wählten drei CSUler direkt mit, weitere fünf CSU-Kandidaten tolerierten sie durch Stimmenthaltung. Das erste Gebot des grünbayerischen Glaubensbekenntnisses („Bei uns gibt es keinen Linienstreit“) gerät nun in leichtes Schlingern, flackern doch trotz penetranter Beschwichtigungsversuche durch grüne Parteimanager immer wieder Unruherde auf. Spektakulärster Fall: Der Rücktritt des Landesvorstandssprechers und Ex-MdB Eberhard Bueb, weil er sich mit seiner Kritik an der Münchner Affäre auf der letzten Landesversammlung nicht durchsetzen konnte. Was die Wogen besonders hochtreibt: Der von den Grünen mitgewählte Sozialreferent Hans Stütze (CSU), für dessen Entlassung 1982 eine breite öffentliche Kampagne lief.

Die Wahl der Referenten

Die Wahl der Referenten

Am 9. März wurden 12 von 13 Verwaltungsreferenten Münchens (mindestens 13.000 DM plus dicke Spesen) neu gewählt. Vorausgegangen waren wochenlange „taktereinen, Stammtischgespräche und Intrigen, von denen normalerweise nur die Akteure selbst detaillierte Kenntnis besitzen.

Materieller Hintergrund sind die komplizierten Mehrheitsverhältnisse: Gab es ursprünglich nach der letzten Wahl zwischen CSU und SPD mit je 15 Stadträten ein Patt, das sich durch sechs Grüne, vier FDPler und einen Oberbürgermeister (Kronwittler, SPD) zu einer klaren grün-roten Mehrheit (42 zu 39) verwandeln ließ, verschob sich das Bild im letzten Jahr durch den Rechtsabzug zweier SPDler, die fortan mit einer eigenen Fraktion (USJ) der CSU zu einer knappen Mehrheit (41 zu 40) verfallen.

Daß da alles ran muß, ist klar. Nun mußte „mein Stadtratskollege aus der CSU, Herr Zrenner, nach langem Krankenhausaufenthalt wegen Herzbeschwerden nun trotz frischem Oberkellenschnitt anwesend sein, Kollege Werner Eckert,

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Abowerbung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift: Abonnentenpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abwurf, sonst P.O. Nr. 4 Hamburg 27175-203; Einzelpreis: DM 3,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung. Auflage dieser Ausgabe: 4.800; Eigentumsverbehalt: Nach diesem Eigentumsverbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Dieser Ausgabe ist teilweise eine Beilage zugelegt.

Zeichnung auf der Titelseite aus: „Machen Sie sofort die Schranktür zu“, Zeichnungen ehemaliger Isolationshäftlinge

CSU, hatte während der Wahl einen Herzanfall, mein Fraktionskollege Gerd Wolter mußte mit einem Herzleiden, das noch nicht auskuriert ist, auch kommen, was menschlich eigentlich nicht mehr vertretbar ist ...“ (1) schreibt die grüne Stadträtin Sabine Csampai. Warum die Einschränkung „eigentlich“?

Nicht nur menschlich Unvertretbares boten die Grünen an diesem Tag, auch politisch setzten sie neue realpolitische Maßstäbe. Wie vorher abgesprochen, verhielten sie mit ihren Stimmen drei von der CSU favorisierten Kandidaten zur notwendigen Mehrheit. Weitere fünf CSU-Anwärter wurden gewählt, weil sich entweder die Grünen enthielten oder Stimmen aus der SPD dazukamen, im Einzelnen ist das kaum zu rekonstruieren. Interessant ist dabei, daß sich die Grünen standhaft weigern, ihr eigenes Stimmverhalten exakt zu belegen, das deutet zumindest auf kein gutes Gewissen.

Als Belohnung erhielten die Grünen die geschlossene CSU/FDP-Unterstützung für ihren eigenen Mann, Georg Weich, Müllspezialist und nun Kommunalreferent. Noch zwei blieben übrig: Einem Sozialdemokraten wurde mit grünen Kreuzchen das Kulturreferat zugeschlagen (die CSU hatte da eh kein Interesse dran) und das Planungsreferat, für das sich CSU und SPD bereits auf einen Kandidaten geeinigt hatten, ging ebenfalls an die SPD. Hier gab's die einzigen klaren oppositionellen Stimmen der Grünen — Opposition, die nichts kostet.

Auf zweieinhalb enggedruckten A3-Seiten begründeten die Stadtratsgrünen unter „Ihr Abgeordnetenwahlzettel“ jeden

Seiten begründeten die Stadtratsgrünen später ihr Abstimmungsverhalten. Jedem Referat ist ein besonderer Abschnitt gewidmet, in dem die kommunalpolitische Bedeutung des Bereiches, die infrage kommenden Kandidaten und die eigenen taktischen Überlegungen dargestellt werden. Vieles mutet an wie „Das kleine Einmaleins des grünen Realpolitikers“, manches aber auch schon wie die großen Lügen etablierter Machtpotenz.

Z.B. Taktisches: „Die SPD-Fraktion und wir hätten bei geschlossener Stimmentgabe für einen anderen die Chance gehabt, die sog. Gestaltungsmehrheit für die Referentenwahl zu kippen. Klar war aber auch, daß wir die FDP-Stimmen für unsere Kandidaturen auf diesem Weg nicht gekriegt hätten. (...) Somit wären wir draußen geblieben, das konnte nicht unser Interesse sein.“

Z.B. Heuchlerisches: „So fiel uns letztlich die Wahl, Dr. Zimmermann (CSU) zu wählen, nicht sonderlich schwer, da wir prinzipiell Sach- vor Personalentscheidungen stellen.“

Z.B. Undurchsichtiges: „Hier müssen Genies der Mathematik und der Psychologie ran, um herauszufinden, wer hier nun wen gewählt hat.“ (1)

Ein Anfang wäre sicherlich, wenn wenigstens die Grünen mal offenlegten, wer von ihnen wen gewählt hat. Statt dessen wird in fünf von den zwölf Fällen nebulös darüber hinwegformuliert, daß das Stimmverhalten der Grünen diskret verschwiegen wird. Dafür wird es Gründe geben. Sicherlich nicht die, die in gleichlautenden CSU-Grünen-Erklärungen nachträglich vorgetragen wurden: „Aus rein sachlichen Erwägungen“ seien jeweils die „qualifiziertesten Kandidaten“ gewählt worden. Eine vertraute Sprachregelung zur Abtarnung taktischer Personal-schiebereien.

Nun, nachdem die Herzkranken wieder in ihre Betten eingefahren waren, sollte nach gelauer Schmutzdeklaration wenigstens richtig gefeiert werden, schließlich passiert es nicht alle Tage, daß ein Grüner in einer so großen und schönen Stadt wie München über den Schlachthof, die Lebensmittelmärkte und die Müllabfuhr herrschen darf. Also lief das bayerische Bier in Strömen, und man ließ sich die Stimmung auch nicht von ein paar Grantlern vermiesen.

Eine Woche später wurde noch einmal selbstbewußt bekräftigt: „Die Wahl von Georg Weich werteten Landesvorstand und Münchener Fraktion als Chance, grüne Programmatik in der Öffentlichkeit klarer darzustellen.“ Zu diesem Zeitpunkt war angeblich keinem der gestandenen grü-



Das war 1982...

nen Kommunalpolitiker bekannt, wenn sie soeben mit ihren Stimmen zum Amt des Sozialreferenten verholfen hatten.

Wer ist Hans Stütze?

Hans Stütze, bereits seit 79 Münchener Sozialreferent, verläßt mit Datum vom 4.2.1982 ein internes CSU-Papier (2), in dem er „die aufrüttelnde, wissenschaftlich exakt untermauerte Arbeit“ des französischen Sorbonne-Professors Pierre Chaunu mit dem Titel „die verheißene Zukunft“ ausgiebig und zustimmend zitiert. Chaunu und Stütze teilen das erschütternde Bild einer fast ausgestorbenen BRD an die Wand. „Noch ein paar Jahre, dann ist die Zivilisation in Europa verloren.“

„Noch ein paar Jahre des Lebens in Saus und Braus, dann wird es das Modell des Zerfalls und schließlich der Ausrottung sein. (...) Mit jedem Jahr, das nun ins Land geht, ohne daß auch nur irgend etwas erkennbar wird, was was endlich den Teufelskreis der Implimationspirale der Verhütung durchbrechen lassen könnte, nähern wir uns dem Augenblick, in dem wir wissen werden, daß diese schöne Zivilisation unwiederbringlich tot ist und sie nichts mehr zum Leben erwecken kann.“ Chaunu fordert „Einschränkung der Abtreibung und Förderung der Familien mit Kindern“, Zurückdrängung der „abartigen Verhaltensweisen“ (damit meint er Verhütung), um den „Neinereproduktionskoeffizienten“ zu erhöhen.

Stütze, schließlich kein Professor, sondern Pragmatiker und u.a. zuständig für Asyl- und Ausländerpolitik, übersetzt für seine Kollegen „Familien muß man jetzt und mit größtem Nachdruck fördern, wenn für morgen überhaupt noch genug einheimische Frauen heranzuwachsen sollen, um eine für den Generationenwechsel ausreichende Kinderzahl sichern zu können.“ Sonst siehe „waser Volk jenseits des Punktes, bis zu dem noch eine Korrektur des gegenwärtigen Selbstausrottungstrends der Weißen denkbar ist. (...) Nur will in dieser Situation nicht rechtzeitig bewußt werden, welche Probleme und Gefahren die Überfremdung durch ethnische und kulturell ferner stehende Zuwanderer bedeutet.“

Nach diesen weitreichend-visionären Aushlicks bricht dann doch wieder der provinzielle Kommunalpolitiker durch: „Wir würden um eine Utopie glauben und bitter enttäuscht werden, wenn die heute in München Lebenden hoffen wollten, ohne eine wieder stärker werdende Zahl von hier geborenen echten Münchnern werden München in 30 oder 50 Jahren, an unserem Lebensabend also, noch „München“ sein, diese unverwechselbare Heimatstadt.“ Deshalb muß München seine Familien fördern. „Mit den Grünen kann er jedenfalls wieder hoffen.“

Dieses Papier gelangte 82 an die Öffentlichkeit und entfachte einen Empörungsturm. Die große Resonanz spiegelte sich in der Münchener Presse, in Stellungnahmen verschiedener Verbände, der SPD, ÖTV, ASF, dem ASIA der FH, der ESG usw. und in vielen Aktionen wider. Über mindestens vier Monate zog sich das Thema „Hans Stütze“ durch die Presse. Bis heute hat sich Stütze nie von seinem Text distanziert. „Manches würde ich heute nicht mehr so formulieren“, war damals alles, was selbst der starke öffentli-

che Druck aus ihm herausquetschen konnte. Das war sogar der SPD zu wenig: „Die entscheidende Frage ist jedoch nicht, ob Sie Gleiches anders formulieren, sondern ob Sie nach wie vor vollinhaltlich Ihre bisherigen Aussagen aufrechterhalten oder nicht.“ (3)

Das spielte sich alles vor sechs Jahren ab. Zum Glück ist das noch nicht lang genug, um völlig in Vergessenheit zu geraten.

Wirbel um das schwarz-grüne Bündnis

Nach Pressemeldungen über den schwarz-grünen Deal kamen erste Proteste:

Die Münchner AIDS-Hilfe: „Wie

— Die Münchner AIDS-Hilfe: „Wie wolt ihr den Betroffenen und der Schwulenzene Münchens (und Bayerns) folgenden Widerspruch erklären: Einerseits ruft die Partei und Fraktion DIE GRÜNEN dazu auf, die AIDS-Politik der Staatsregierung aktiv zu bekämpfen, andererseits fungiert die Stadtratsfraktion als Steigbügelhalter dafür, daß eben diese verheißene Politik nun auch in München lückenlos umgesetzt werden kann.“ (4)

— Unabhängiges Sozialpolitisches Forum München: „... dieser Vorgang läßt die für eine Großstadt erforderliche Seriosität und Qualität bei wichtigsten personalpolitischen Entscheidungen vermissen.“ (5)

— Der ASIA der FHS München: „Unser Reaktion auf eure Anfrage kommt zu spät, da wir in unserer Wut nicht wußten, ob wir überhaupt reagieren sollten. Ihr habt einen Rassisten als Sozialreferent gewählt! Das ist durch nichts zu rechtfertigen. Auch jede Enthaltung war eine Stimme für den Rassisten!“ (6)

Öl ins Feuer goß der grüne Ex-Landesvorstandssprecher Benedikt Kaltenhauser. Er erklärte, „die Referentenwahl sei eine Entscheidung von landespolitischer Dimension mit enormer Tragweite. CSU und Grüne kämen sich in Bayern immer näher.“ (7)

Schlagzeilen machte dann der Rücktritt des Landesvorstandssprechers Eberhard Bueb. Seine eh schon skeptische Haltung zu den Absprachen mit der CSU wurde durch die inzwischen publik gewordene Vergangenheit Stützes bestärkt. Er setzte sich deshalb auf der Landesversammlung am 23.4. für eine kritische Resolution zu diesem Punkt ein.

Das Parteimanagement und die Mehrheit der Delegierten reagierten mit einer Mischung aus Ignoranz und Desinteresse. Abwiegelte und schlichter, reaktionärer Rechtfertigung. „Stütze wegen seines Papiers einen Faschisten zu nennen, lehne ich ab“ (Stadtrat Bernd Schreyer). „Als unser Kandidat durchgefallen war, war Stütze das kleinere Übel“ (Stadträtin Sabine Csampai) oder noch dümmere: „Die Frage nach der Wahl von Stütze gehört auf die Stadtversammlung und nicht auf die Landesversammlung“. „Gewandelt“ habe Stütze sich, das zeige die gute Zusammenarbeit zwischen ihm und den Grünen. Den Gipfel lieferte ein anderer grüner Redner: Er wolle von dem Thema überhaupt nichts mehr hören, „weil's mich nervt“, und weil man Stütze dadurch nur bekannt mache.

Kaum verwunderlich also, daß folgender Antrag von der Landesversammlung

abgelehnt wurde: „Für bedenklich halten wir allerdings die partielle Unterstützung des Sozialreferenten Stütze. Dieser hat sich durch reaktionäre und faschistoide Thesen für Grüne untragbar gemacht.“ Aber auch zwei wesentlich schwächer formulierte Kritiken fanden keine Gnade vor der Landesversammlung: Abgelehnt.

Als dann Eberhard Bueb mit einem Rückholantrag glatt durchfiel, gab er, enttäuscht und resigniert, seinen Rücktritt aus dem Landesvorstand bekannt und erklärte: „Die Wahlunterstützung des Münchner CSU-Sozialreferenten Stütze durch die grüne Stadtratsfraktion ist mit den Grundsätzen einer radikaldemokratischen und antifaschistischen Partei unvereinbar. (...) Die Mehrheit der Delegierten hat zu verurteilen, daß Rassisten mit den Stimmen von Grünen salonfähig gemacht werden, und dies zu einem Zeitpunkt, wo ein Wiedererstarken des Rechtsradikalismus in der BRD und anderswo zu verzeichnen ist. (...) Von meinem politischen Selbstverständnis her ist es mir unmöglich, einen solchen Vorgang zu vertreten.“ (8)

Für diesen konsequenten und aufrechten, im Rahmen der „grünen Kultur“ äußerst ungewöhnlichen Schritt machte sich Bueb anschließend wüste Beschimpfungen gefallen lassen. „Die Kampagne allerdings, die Du heute bezüglich der Referentenwahlen (...) veranstaltest, ist nichts als Wahlkampfhilfe für die in Bayern besonders angeschlagene SPD, deshalb für die Grünen parteischädigend und begründet ernsthafte Zweifel, wo Du eigentlich stehst ... Auch Dein spektakulärer Rücktritt, der seine Ursache sicher woanders hat, war dazu gedacht, die in München bereits abgeebbten und aufgearbeiteten Wogen neu aufzuschäumen“, so Bernd Schreyer in einem Brief an Bueb (9). Der Fraktionsvorsitzende im Münchener Stadtrat, Gerd Wolter, bezeichnete Bueb in einem BILD-Interview als „beklammte Primadonna“, die einen spektakulären Abgang haben wollte.

Jetzt herrscht Friedenspflicht

Tatsächlich so lautet die Überschrift zum Thema „Stütze“ in der Landeszeitung „Grüne Zeiten“ 6/88, eine Formulierung, die man sich auf der Zunge zergehen lassen sollte. Sie ist ernst gemeint.

Mit ihr wird das Ende der Auseinandersetzung um Stütze hochbrisantlich dekretiert. Das schien einigen dringend geboten, deutete sich doch noch eine Aus-

weitung des Konfliktes an. Aus mehreren Bezirken und Kreisverbänden wurde der Ruf nach einer außerordentlichen Landesversammlung laut, auf der die Münchener Affäre einziger Tagesordnungspunkt sein sollte. Trotz wandte sich der Landesvorstand „entschieden gegen die Pläne für eine außerordentliche Landesversammlung“, es sei „völlig neben der Sache, die Umstände der Referentenwahlen zum Popanz einer zu unkritischen Haltung der Bayerischen Grünen gegenüber dem Faschismus zu machen“.

Um weiteren Angriffen den Boden zu entziehen, beschloßen Münchener Organe eine Resolution, in der Selbstkritik vorgetauscht wird: „Die Unterstützung und partielle Mitwahl des Sozialreferenten Stütze erscheint uns jedoch als problematischer Teil der Referentenwahl“, wird konstatiert, das war nicht schwer zu erkennen. Trotz der guten pragmatischen Erfahrungen mit Stütze „können Äußerungen, die in die Richtung der hünen Vergangenheit Deutschlands weisen, von uns Grünen nicht so leicht für erledigt erklärt werden“. Mit Betonung auf „nicht so leicht“. Aber dann geht's doch ganz leicht: „Wir haben Verständnis für kritische Anfragen zur Wahl Stützes auch von Grünen außerhalb Münchens, ... hatten jedoch an der positiven Gesamtbilanz der Referentenwahlen für die Grünen fest.“

Wer eine eigenen Parteimitglieder für dermaßen schwachsinnig hält, so etwas als „selbstkritische Würdigung“ zu schließen, der mußt ihnen auch noch folgenden krönenden Abschluß zu: „Die Münchener Entscheidung ist ein Beispiel dafür, daß es gelingen kann, auch inhaltlich schwerwiegende Differenzen einmal zu einem guten Ende zu bringen.“ (10)

Die Münchener Grünen haben bewiesen, daß sie auf dem Gebiet der Alltagsentsorgung Erstaunliches leisten. Sie bekamen ihren Referentenposten also zu recht.

M., KB Nürnberg

Quellen:

- 1) Die grüne Mamba. Monatlicher Rundbrief der Fraktion DIE GRÜNEN/ALM im Rathaus, Nr. 33
- 2) Vollständiger Abdruck des Papiers in: DO-KUMENTATION, Gemeinam für die sofortige Entlassung Stützes, München 82
- 3) aus einem Brief der SPD-Stadtratsfraktion vom 23.4.82, abgedruckt in 2)
- 4) Schreiben vom 19.3.88
- 5) Presseerklärung vom 25.3.88
- 6) Schreiben vom 8.4.88
- 7) Münchner Merkur vom 22.3.88
- 8) Presseerklärung vom 23.4.88
- 9) Brief vom 11.5.88
- 10) Michael Ther in: Grüne Zeiten 6/88



In Großbritannien: Protest gegen die Todesstrafen der „Sharpeville Six“

Quelle: „Sechaba“ Mai 1988

Rassistischer Mord staatlich verordnet

Die Hinrichtung der „Sharpeville Six“ droht

Ungeachtet der weltweiten Proteste sollen die im Dezember 1985 zum Tode verurteilten „Sharpeville Six“ — Mojalefa Reginald Sefatsa (32 Jahre), Reld Mulepo Mokoea (24), Oupa Moses Diniso (32), Theresa Ramashamola (26, die einzige Frau unter den Verurteilten), Duma Joshua Khumalo (28) und Francis Don Mokhesi (29) — am 19.7.88 hingerichtet werden. Derselbe Richter, der 1985 das Todesurteil gefällt hatte, lehnte jetzt als Richter am Obersten Gerichtshof in Pretoria am 10. Juni die Wiederaufnahme des Verfahrens ab. (1) Mit dem Aufschub der Urteilsvollstreckung bis zum 19. Juli will das Rassistenregime den Anschein der Rechtsstaatlichkeit wahren, indem es formal die Möglichkeit einräumt, ein Gnadengesuch an Botha zu richten.

Der zum Hinrichtungsdatum festgesetzte 19. Juli liegt zwischen zwei Daten, die ebenso wie diese Justizurteile symptomatisch sind für das Apartheidregime. Am 18. Juli begeht Nelson Mandela die Vollendung seines 70. Lebensjahres, die letzten 24 Jahre davon verbrachte er im Knast. Und am 20. Juli besteht der für weite Teile des Landes geltende Ausnahmezustand drei Jahre. (2)

Ausnahmezustand

Mit der Verhängung des Ausnahmezustandes vor drei Jahren reagierte das Regime in Pretoria auf den zunehmenden schwarzen Widerstand, der von den Schulboykott-Aktionen in der zweiten Hälfte der 70er Jahre über Miet- und Konsumboykotts Anfang der 80er zu Massenstreiks der schwarzen Arbeiter anwuchs. Ausnahmezustand in Südafrika, das bedeutet neben der strukturellen Repression des Apartheidalltags die Terrorisierung der schwarzen Mehrheit durch die weiße Minderheit: Massenverhaftungen (3), Folter im Gefängnis (4), das Verbot politischer Betätigung für legale Organisationen (5) die Zensur der Medien bei Berichten über Aufstände, Polizeieinsätze, politische Prozesse und Aktionen politischer Organisationen. Zudem droht eine weitere Perfektionierung der Unterdrückung durch einige Gesetze, die Botha noch vor den Kommunalwahlen im Herbst 88 durchsetzen will. Oppositionellen Organisationen soll die Annahme finanzieller Unterstützung aus dem Ausland verboten werden, Zuwiderhandlungen sollen mit zehn Jahren geahndet werden („Promotion of Orderly Internal Bill“). (6) Den Gewerkschaften sollen jegliche „politische“ Betätigung sowie „Unterstützungstreiks“ untersagt werden, im Falle sog. illegaler, wilder Streiks sollen die Gewerkschaften den betroffenen Unternehmen für Verluste haften („Labour Relation Amendment Bill“). Cyril Ramaphosa, Vorsitzender der Minenarbeitergewerkschaft NUM, bezeichnete dieses Gesetzesvorhaben als „Stich ins Herz der Gewerkschaftsbewegung“ (7).

Todesurteile

Nicht zuletzt gehören zum Ausnahmezustand die rasante Zunahme von politi-

schen Prozessen (8) und Todesurteilen (9), mit denen das Apartheidregime den militanten Widerstand zu ersticken versucht. — Von 1910 bis 1947 wurden jährlich im Durchschnitt 21 Todesurteile vollstreckt, von 1948 bis 1968 waren es 70 pro Jahr, 1983 dann 137 — Opfer der Hinrichtungen waren stets fast ausnahmslos Schwarze. 1987 wurden 155 Schwarze hingerichtet. (10) Im selben Jahr sind 105 weitere Schwarze im Polizeigewahrsam ums Leben gekommen. Der zuständige Minister erläuterte dem Parlament, 50 hiervon hätten Selbstmord verübt, 36 seien an natürlichen Ursachen gestorben, elf seien das Opfer von Angriffen durch Mitgefangene geworden und acht seien auf der Flucht erschossen worden. (11)

Gegenstand der politischen Prozesse sind meist Gewaltakte größerer Bevölkerungsgruppen im Verlauf von Streiks oder Boykottaktionen gegen Repräsentanten des Systems oder Kollaborateure. Die Verhaftungen erfolgen meist erst Wochen nach dem betreffenden Vorfall. Mit Aussagen von gekauften oder eingeschüchterten Zeugen und Spitzeln werden im Township bzw. den Gewerkschaften bekannte politische Aktivisten vor Gericht gestellt und abgeurteilt.

Die oft sehr brutalen Gewaltakte der rebellierenden schwarzen Bevölkerung (wie z.B. das „necklacing“: ein angelegter Anker wird dem Gegner an den Leib gelegt) haben ihre Ursache in der eskalierenden Brutalisierung des Apartheidsystems. Max Coleman, der Vorsitzende des Unterstützungskomitees der Eltern von Gefangenen, sagte: „Wir (weiße Leute) tragen eine Ursache in der eskalierenden Brutalisierung des Apartheidsystems. Max Coleman, der Vorsitzende des Unterstützungskomitees der Eltern von Gefangenen, sagte: „Wir können diese vom Tode Bedrohten nur als Opfer der Situation in diesem Land, für die sie selbst nicht verantwortlich sind, begreifen.“ (12)

Die Legitimität der Gewaltanwendung im Widerstand wird selbst in Kirchenkreisen Südafrikas nicht mehr angezweifelt. Die anglikanische Kirche akzeptiert „Gewalt als eines von mehreren Mitteln zur Beendigung der weißen Herrschaft in Südafrika“ (13).

Seit Juni vergangenen Jahres gibt es in Südafrika eine von einer breiten (schwarzen) Öffentlichkeit getragene Kampagne zur Rettung des Lebens der inzwischen rund 50 wegen politischer Vergehen zum Tode Verurteilten. Vom „Südafrikanischen Jugendkongress“ (SAYCO) ins Leben gerufen wird sie mittlerweile unterstützt u.a. von der „Vereinigten Demokratischen Front“ (UDF), Gewerkschaften und vielen anderen Organisationen des Widerstands. (In der BRD wird diese Kampagne von der Südafrika-Solidaritätsbewegung strömungsübergreifend unterstützt, neben Unterschriften-sammlungen und sonstiger Öffentlichkeitsarbeit werden Rundreisen von Angehörigen der Verurteilten organisiert.)

Die „Sharpeville Six“

Im August 1984 genehmigten die Stadträte in den schwarzen Townships im Vaal-Gebiet Mieterhöhungen ab 1. September des Jahres. Ein solcher Beschluß war für die Bewohner der Townships nicht akzeptabel. Sie mußten schon mit einer wesentlichen Steigerung der Umsatzsteuer, einer hohen Arbeitslosenrate und einer Inflation von ungefähr 14% im Jahr fertig werden. Am 2. September 1984 fanden große Kundgebungen und Streiks gegen die Mieterhöhungen statt. Am 3. September — dem gleichen Tag, an dem die neue Verfassung Südafrikas in Kraft trat, in der Rechtlosigkeit der Schwarzen festge-

schrieben wurde — marschierten die Leute im Vaal-Gebiet zu den zuständigen Behörden, um eine Zusage zu verlangen, daß die angekündigten Mieterhöhungen nicht vorgenommen würden. Nach Angaben eines Polizisten hatten sich mehrere Tausend vor dem Haus des stellvertretenden Bürgermeisters der Township Sharpeville, Dlamini, versammelt. Dlamini schoß in die Menge. Daraufhin wurde sein Haus angezündet, er wurde gesteinigt und in seinem Auto verbrannt.

Der Prozeß, der gegen sechs angebliche Teilnehmer der Versammlung vor Dlaminis Haus geführt wurde, stütze sich vor allem auf einen Zeugen, der unter Ausschuß der Öffentlichkeit aussagte. Drei der Angeklagten erklärten, daß sie zur fraglichen Zeit gar nicht vor Dlaminis Haus gewesen seien. Theresa Ramashamola hatte, nachdem ihr in Polizeihaft der Arm gebrochen worden war, „zugegeben“, daß sie gerufen habe: „Er schießt auf uns, legt ihn um!“ Dem Verdächtig wurde die Befragung des Zeugen verboten. Die Angeklagten wurden z.T. erst mehrere Monate nach der Tötung Dlaminis verhaftet. (14)

Am 13.12.85 wurden die sechs wegen Mordes zum Tode verurteilt. Am 30.11.87 fand die Berufungsverhandlung statt, die Berufung wurde abgelehnt. Am 18.12.87 richteten die Anwälte ein Gnadengesuch

an Botha. Vor dem 18.3.88 — bis zu diesem Zeitpunkt hätte Botha über das Gnadengesuch entscheiden müssen — gestand der Hauptbelastungszeuge aus der ersten Instanz des Prozesses, daß er seine belastenden Aussagen aufgrund von Drohungen durch die Polizei gemacht hätte. Daraufhin gab Botha den Fall an den Obersten Gerichtshof, nicht ohne darauf hinzuweisen, daß ihn nicht Interventionen der Wehröffentlichkeit zu diesem Schritt bewegen hätten, sondern die neue Rechtslage — die Justiz sei in Südafrika unabhängig vom Staat.

Thatsächlich greift jedoch die Botha-Regierung in Gerichtsverfahren ein, wo es ihr opportunistisch erscheint. Ein Prozeß, in dem zwei Leutnants und weitere Angehörige der südafrikanischen Armee der Mitherrschaft an der Ermordung eines schwarzen politischen Führers angeklagt waren, wurde von Botha kurzerhand aufgehoben. (15)

Rh.

Quellen und Anmerkungen

- (1) Kölner Stadtanzeiger, 15.6.88
- (2) K.A.O., 11.12.8.88
- (3) 14 Sowetan (eine südafrikanische Zeitung mit hauptsächlich schwarzer Leserschaft) nennt das „Detained Persons Support Committee“ für 1986 die Zahl von 26.000 Verhaftungen, darunter 10.000 Jugendliche unter 18 Jahren. (Sowetan, 22. u. 25.6.87)
- (4) In einer Studie der „National Medical and Dental Association“ wird von Auspeitschungen, Schußverletzungen und Elektroschocks im Gefängnis berichtet. Untersucht wurden 131 Gefangene (darunter 40% Jugendliche), die zwischen Dezember 1985 und Juni 1986 entlassen wurden. (Die Studie ist zu beziehen über: Kindheitswerk, Unisel, Steineldargasse 5000 Köln 1; die AHC-Verzierung in der BRD, Postfach 190/40, 5300 Bonn 1, verleiht die Broschüre „Südafrikas Krieg gegen die Kinder“)
- (5) 17 Organisationen wurden auf einen Schlag „gebannt“, darunter UDF, AZAPO, Jugend-, Studenten-, Bürgerrechtsorganisationen etc., s.a. Informationsdienst südliches Afrika, H. 2, 1988
- (6) Vgl. medico international, Rundschreiben 2/88
- (7) ausblick (HBV), Nr. 5, Mai 1988
- (8) Li. Angaben vom „International Defence and Aid Fund“ (London) vom Mai/Juni 1987 ist die Zahl politischer Prozesse auf über 1000 angewiesen. Zf. n. Kölner Südafrikakomitee, Rettet das Leben der Freiheitskämpfer
- (9) Li. Sowetan, 8.7.87, sitzen in südafrikanischen Gefängnissen 275 zum Tode Verurteilte. Zf. n. Rettet das Leben der Freiheitskämpfer
- (10) Weekly Mail (südafrikanische Wochenzeitschrift mit hauptsächlich schwarzer Leserschaft) vom 11.12.87, zf. n. Azoko Nachrichten, 23/87, Münster
- (11) Weekly Mail, Nr. 15/88, zf. n. Azoko Nachrichten
- (12) Weekly Mail, 28.6.1987, zf. n. Rettet das Leben der Freiheitskämpfer
- (13) Kölner Stadtanzeiger, 26.11.87
- (14) Bericht von Joyce T. Mokhesi, der Schwester eines der Angeklagten, vor dem UN-Sondertribunal gegen Apartheid am 21.3.88. (DAF, Juni 1987, zf. n. Rettet das Leben der Freiheitskämpfer)
- (15) Minister Aktuell, März/April 1988

Rettet die zum Tode Verurteilten

Rettet die zum Tode Verurteilten

Interview mit Joyce Mokhesi

Haben nicht auch die internationalen Interventionen auf Regierungsebene, speziell der Appell Genachers dazu beigetragen?

Ich will nicht ganz ausschließen, daß die internationalen Proteste die Haltung der Herrschenden in Südafrika in diesem Punkt beeinflusst haben, aber eher in dem Sinne, daß vor dem Hintergrund der neuen Zeugenaussage Botha die Sache nochmal an den Obersten Gerichtshof zurückgegeben hat, weil er sich sonst weltweit formal angreifbar gemacht hätte. Ich bin mir andererseits keinesfalls sicher, daß die Exekutionen trotz der weltweiten Proteste nicht stattgefunden hätten, gäbe es nicht das Geständnis des Hauptbelastungszeugen.



Wie wird die Kampagne zur Rettung der zum Tode Verurteilten — und zwar aller, nicht allein der „Sharpeville Six“ — in Südafrika selbst durchgeführt?

Diese Kampagne arbeitet zum Beispiel mit Unterschriftenlisten. Sie ist nicht an

Organisationen gebunden, sie hat keinen Namen und keine Organisationsstruktur. Es gibt viele nicht unmittelbar selbst betroffene Basisorganisationen, zum Beispiel christliche Gemeinden, die hierzu arbeiten. Eine gemeinsame Kampagne ist erst im Entstehen, und sie soll strömungsübergreifend sein. Entscheidend ist, daß das Leben der Verurteilten gerettet wird, es geht dabei nicht um Organisationen.

Aber SAYCO, der an der Freiheitscharta orientierte Südafrikanische Jugendkongress hat die Initiative ergriffen, viele Organisationen haben sich angeschlossen. In die Liste der politischen Gefangenen, mit der wir auch hier in der BRD arbeiten, sind auch die „Sharpeville Six“ aufgenommen worden.

Das stimmt, aber wir Angehörige haben SAYCO gebeten, die „Sharpeville Six“ aus ihrer Liste herauszunehmen, weil es so aussah als habe SAYCO die Leute vereinnahmt, und das wollen weder die Gefangenen noch wir als Angehörige.

Was können wir hier in der BRD tun, um die Kampagne zur Rettung der zum Tode Verurteilten zu unterstützen?

Ehrlich gesagt, über das hinaus, was ihr jetzt hier schon macht, können wir euch nicht sehr viel sagen. Das müßt ihr besser wissen. Vielleicht zwei Sachen: Unterstützt die Angehörigen der zum Tode Verurteilten, und macht die Farce öffentlich, die hier beim Kölner Oberbürgermeister gelaufen ist.

(1) Der Hauptbelastungszeuge gegen die „Sharpeville Six“ hatte Anfang dieses Jahres ausgesagt, daß er die Angeklagten unter dem Druck der Polizei belästelt hätte.

19. Parteikonferenz der KPdSU:

Heißer Sommer in Moskau?

Nach 47 Jahren findet in der Sowjetunion erstmals wieder eine Parteikonferenz, eine Art „kleiner Parteitag“, statt. 5000 Delegierte werden ab 28. Juni in Moskau zusammenkommen, um in Vertretung der etwa 18 Millionen Parteimitglieder eine Zwischenbilanz der „Perestrojka“ zu ziehen.

Die zur Beratung vorgelegten Thesen des ZK bemühen sich, „dem revolutionären Erneuerungsprozeß einen neuen starken Impuls zu geben und ihn irreversibel zu machen.“ Insbesondere wird eine „Reform des sowjetischen politischen Systems“ angestrebt, die die „völlige Wiederherstellung der Rolle und der Vollmachten der Sowjets“ bringen soll.

An vielen Stellen tragen die „Thesen“ jedoch deutlichen Kompromißcharakter, um den verschiedenen Strömungen innerhalb des ZK Rechnung zu tragen. Obwohl (oder weil?) so ein eher strömungsförmiges Dokument verabschiedet wurde, kam es in den sowjetischen Medien und bei den Kandidatenwahlen zur Konferenz zu lebhaften Kontroversen und einer für die letzten Jahrzehnte beispiellosen Einmischung der „Basis“. Wir geben im folgenden einen Überblick über die „Thesen“ des ZK und den Diskussionsprozeß rund um die Parteikonferenz.

Demokratie oder Bürokratie?

Da die Parteistatuten keine Hinweise auf die Durchführung von Parteikonferenzen enthielten, blieb der Modus der Delegiertenwahl bis zuletzt umstritten oder wurde unterschiedlich gehandhabt.

Ursprünglich war wohl noch vorgesehen gewesen, daß Delegierte „nicht von den örtlichen Parteiorganisationen gewählt, sondern von den örtlichen Parteileitungen delegiert“ werden sollten (UZ, 13.5.88). Gorbatschow selbst schaltete sich dann ein und befürwortete, daß „das ganze Volk“ an der Kandidatenwahl teilnehmen sollte, und die vorgeschlagenen Personen vorher über die Massenmedien zur Diskussion gestellt werden sollten (Rede am 7. Mai vor Journalisten). Ebenfalls sprach er sich gegen das bisher geltende Quotensystem aus, das bestimmte Delegiertenzahlen für Arbeiter, Bauern, Frauen usw. schon vorher festsetzte.

Zumindest in den Großstädten hat sich dann auch ein entsprechendes Verfahren durchgesetzt: Danach wurde zunächst in den Grundorganisationen der Partei gewählt, wobei zu diesen Wahlversammlungen auch Nichtmitglieder Zugang hatten (unklar bleibt, ob sie auch mitdiskutieren und mitstimmen dürfen). Die in den Grundorganisationen Gewählten mußten dann noch von den Parteiorganisationen auf Stadtbezirks- und Stadtgebietsebene bestätigt werden.

So wurde z. B. Juri Afanasjew, der bekannte Vorkämpfer für Glasnost in der Geschichtswissenschaft, in Grundorganisation und Stadtbezirk nicht gewählt, dann aber nachträglich vom Moskauer Stadtpartei-Komitee nominiert.

Überhaupt scheinen die Wahlen mancherorts relativ turbulent abgelaufen zu sein: In Moskau beispielsweise hatten sich für die 319 Kandidatenplätze der Hauptstadt 3000 BewerberInnen aufgestellt, es kam also zu einem echten Wettbewerb. „Für manche prominenten Protagonisten der Perestrojka wurden sogar Unterschriften auf der Straße gesammelt“, berichtet die UZ vom 9.6.88, läßt aber weit spannendere Sachen weg. So fand am 28. Mai eine Demonstration von Bürgerinitiativen und Sozialistischen Clubs zur Parteikonferenz statt, mit der Hauptlösung „Alle Macht den Sowjets“ (eine ähnliche Demonstration am 18. Juni erreichte eine Teilnehmerzahl von 3000 und wurde schließlich — im Unterschied zur ersten — von der Polizei aufgelöst (Tagesschau, 18.6.). An der Universität waren ursprünglich nur der Rektor und der lokale Parteichef nominiert worden, erst nach „sturmartigen Protesten“ (taz, 26.5.) konnte eine geheime Wahl durchgesetzt werden (was darauf hindeutet, daß das anderswo auch nicht selbstverständlich war). Dabei hatte der Perestrojka-Befürworter Popow schließlich mit 90% der Stimmen einen sauren Erfolg.

Aus dem sibirischen Omsk wird berichtet, daß die Kandidatenliste vom örtlichen Parteivorstand ausgekugelt worden sei. Dagegen hätten sich dann 7000 Bürger in einer Protestversammlung im örtlichen Fußballstadion versammelt. In Jaroslaw „hätten einander jene Verwaltungschefs vernünftliche für Versorgungsmängel ... in schlechtester Erinnerung waren.“ Auch dagegen hätten 5000 Menschen protestiert. Leider informiert

der SPIEGEL (20.6.88) nicht darüber, ob den Aktionen Erfolg beschieden war ... Eindeutig zogen die Apparatschicks auf jeden Fall in Süd-Sachalin (Rücktritt des Parteichefs nach Massenprotesten wegen Wahlmanipulation) und in Kaliningrad (Neuwahl der Delegierten) den kürzeren. Hinzu kommt ein Wechsel in der Parteispitze von Estland, wo — neben anderen Fehlern — ebenfalls Wahlmanipulation kritisiert worden war (alle Informationen nach FR, 21.6.).

Einige unkonventionelle Neuerer kandidierten nicht an ihrem Wohnort, sondern suchten sich kurzerhand anderswo eine Basis: So der als Moskauer Parteichef geschaffte „Bürokratenfresser“ Boris Jelzin, der im fernen Karelien nominiert wurde, und der Chefredakteur der Illustrierten „Ogonjok“, Vitali Korotitsch, der sich statt in der Hauptstadt lieber im ukrainischen Chersson zur Wahl stellte (UZ, 9.6./15.6.).

Obwohl das alles nur Einzelfälle sind, stehen sie für eine in den letzten Jahrzehnten beispiellose Einmischung der „Basis“ in die Geschichte der Partei und des Landes. So gesehen sind es weniger Einzelfälle als Präzedenzfälle, Signale.

Ob sich dadurch die Zusammensetzung der Konferenz selbst entscheidend geändert hat, darf bezweifelt werden. Zwar konnten sich innerhalb 14% (trotz 70% der ZK-Mitglieder nicht als Delegierte durchsetzen (UZ, 15.6.88), aber auch mehrere bekannte Verfechter einer Einseitigkeit hatten keinen Erfolg, etwa die Soziologin Tatjana Saslawskaja, der Historiker Nuckin, der Dramatiker Schatrow („Weiter, weiter“) und Jegor Jakowlew, der Chefredakteur des neben „Ogonjok“ zweiten „Flaggschiffes“ der Perestrojka, der „Moskauer Nachrichten“ (Moskau News). Gorbatschow-Berater Burlazki zitierte den Generalsekretär mit dem Eingeständnis, angesichts des Verlaufs der Kandidatenauslese gebe es „keine Gewähr dafür, daß die Wahl neuer ZK-Mitglieder ohne negative Auswirkung bleibt.“ (FAZ, 15.88)

Alle Macht den Sowjets?

Am 23. Mai hat das ZK Thesen vorgelegt,

Alle Macht den Sowjets?

Am 23. Mai hat das ZK Thesen vorgelegt, die die Grundlage für die Beratung abgeben sollen. In ihrem Mittelpunkt stehen Vorschläge für eine „Reform des sowjetischen politischen Systems“ mit dem „Ziel, die breiten Massen der Werktätigen real in die Leitung aller staatlichen und gesellschaftlichen Belange einzubeziehen“. In diesem Sinne werden Überlegungen bezüglich der Rolle der Partei, der Sowjets und der „gesellschaftlichen Organisationen“ angestellt. „Hauptaufgabe der Demokratisierung unserer Gesellschaft und des Staates ist die völlige Wiederherstellung der Rolle und der Vollmachten der Sowjets der Volksdeputierten.“

„Deformationen“ seien durch zwei miteinander verknüpfte Phänomene entstanden: Das eine Übel gehe davon aus, daß „Parteikomitees Beschlüsse fassen, die direkte Anweisungen für Staats- und Wirtschaftsorgane und gesellschaftliche Organisationen enthalten.“ Das setze sich dann fort, indem „Ministerien und andere zentrale Staatsorgane ... Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung unter Umgehung der Sowjets“ entscheiden. Zusammengefaßt: Bisher lenkt die Chefetage der Partei Staat und Wirtschaft, die Räteherrschaft steht nur auf dem Papier.

„Diese Situation muß grundlegend verändert werden“, fordert das ZK, und unterbreitet folgende Vorschläge:

— **Stärkung der Sowjets an der Basis:** Die „Einmischung übergeordneter Macht- und Verwaltungsorgane“ soll aufhören, außerdem sollen „die materiellen und finanziellen Möglichkeiten der örtlichen Sowjets ... wesentlich erweitert werden.“

— **Kontrolle der Staatsorgane durch die Sowjets:** nicht umgekehrt. Mitarbeiter der Staatsbürokratie sollen nicht mehr den zuständigen Sowjets angehören dürfen, weil so bisher die Gewaltenteilung unterlaufen wurde. Damit die Räte dem hauptamtlichen Staats- und Parteiapparat nicht — wie bisher — hoffnungslos unterlegen sind und deren Beschlüsse nur noch „absegnen“ können, sollen sie häufiger und länger tagen. Ein Teil der Deputierten soll freigestellt werden, um so die gesellschaftliche Kontrolle besser ausüben zu können. Die Bürokratie dagegen soll ausgedünnt werden, „überflüssige Ehren (sind) zu beseitigen.“

— **Kürzere Wahlperioden** (analog den Bestimmungen für die Partei, siehe unten) und Verbot der Amtshäufung (kein Bürger soll mehr als zwei Sowjets angehören dürfen).

— **Stärkung der Rolle des „Obersten Sowjets“:** Dieses Organ stellt laut Verfassung die Regierung der UdSSR, spielt jedoch neben dem ZK ein Schatteneisen.

In den Thesen fehlt übrigens nicht nur jeder Hinweis auf die Einführung des Streikrechts, sondern — und das ist ein Rückschritt hinter den erreichten Diskus-

tend machen, die in diesen Organen vertreten sind.

— **Größere Diskussionsfreiheit:** „Hier ist eine Leninische Vorgehensweise sehr wichtig. Lenin verurteilte die Fraktionsbildung, war jedoch zugleich entschieden gegen die Verfolgung seiner Genossen wegen abweichender Meinungen in der einen oder anderen Frage.“ Demokratischer Zentralismus wird so definiert, daß künftig „im Stadium der Erörterung von Fragen Diskussionsfreiheit besteht und nach Mehrheitsbeschluß einheitliches Handeln gewährleistet sein muß.“

— **Strengere Kriterien für Aufnahme und Mitgliedschaft:** „Bei der Aufnahme in die Partei muß unbedingt die Meinung der Belegschaft berücksichtigt werden.“ Außerdem wird eine „gesellschaftliche Beurteilung der Kommunisten als effektives Mittel zur Reinigung und Stärkung der Partei“ ins Auge gefaßt, ohne dies näher zu erläutern.

— **Kürzere Amtszeiten:** Eine Amtsperiode soll künftig einheitlich 5 Jahre betragen, weiterhin soll es eine Begrenzung auf zwei aufeinanderfolgende Amtsperioden geben. Eine Kandidatur zu einer dritten Amtsperiode bedarf der Genehmigung von 3/4 der Mitglieder des zuständigen Parteikomitees (=Vorstandes).

— **Demokratische Amtswahlen:** „Echter Wettstreit, breite Diskussion über die Kandidaturen und geheime Abstimmung müssen zur Norm werden.“ Außerdem soll die Basis generell für alle Wahlen mehrere Kandidaten nominieren können. Mit der relativierenden Formulierung, „eine solche Verfahrensweise ... könnte“ auch für die Wahl der leitenden Parteigremien bis hin zum ZK gelten, wird angedeutet, daß eine solche durchgängige Demokratisierung noch längst keine ausgemachte Sache ist.

— **Zurückdrängung des Parteiapparates** gegenüber den gewählten Parteiorganen. Über die Einsetzung von Kadern in bestimmte Positionen soll nicht mehr von oben über die Kaderakte (Nomenklatura) entschieden werden, sondern von unten über Wahlen. Hauptamtliche Funktionäre sind den gewählten Organen rechenschaftspflichtig. Die „Partei-polizei“ („Partei-Kontrollkomitee“), die u.a. Verstoßen gegen das Parteistatut nachprüft und über Wahlen, Hauptamtliche Funktionäre sind den gewählten Organen rechenschaftspflichtig. Die „Partei-polizei“ („Partei-Kontrollkomitee“), die u.a. Verstoßen gegen das Parteistatut ermittelt und für Ordnungsmassnahmen zuständig ist, soll künftig nicht mehr dem ZK verantwortlich sein, sondern allein dem Parteitag.

— **Erneuerung des ZK:** Auch zwischen den Parteitagen soll die personelle Zusammensetzung des ZK geändert werden können, allerdings nur „von einer qualifizierten Mehrheit in geheimer Abstimmung“. Leider wird nicht ausgesagt, wo diese Entscheidung eigentlich fallen soll: im Politbüro, im ZK oder auf einer Parteikonferenz wie der jetzt anstehenden.

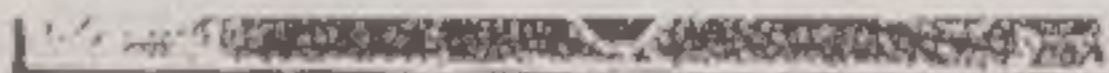
Nicht zu finden sind in den ZK-Thesen die Forderungen nach Zulassung von Fraktionen innerhalb der KPdSU. Dies wurde beispielsweise in der Juni-Ausgabe der „Moskau News“ (deutsch) von Boris Karaschew vorgeschlagen, oder auch von dem Soziologen Bestujev-Lada, in der BRD bekannt geworden als Herausgeber des sowjetischen Pendants zum „Oktober-Report“ „Global 2000“. Er äußerte sich in einem Interview mit der Turiner „Stampa“ folgendermaßen: „Formal ist es für uns sehr schwierig zu einem Mehrparteiensystem überzugehen. Der Mangel an Tradition würde ganz sicher u.a. zu einer Mafiaisierung der politischen Parteien führen. Es gäbe sicher auch Interventionen von außen. Aber jenseits des Dilemmas Ein- oder Mehrparteiensystem ist die konkrete Situation eines pluralistischen Sozialismus doch möglich. Das bedeutet die Möglichkeit, in einer einzigen Partei unterschiedliche Auffassungen zuzulassen und auch verschiedene politische Plattformen anderer Organisationen zu fördern. Es gibt da die von Stalin gestoppte „leninistische Tradition.“ (deutsch in der taz, 20.6.88)

Andere stellen sich „eine gesellschaftspolitische Massenorganisation als organisatorische Stütze für die Sowjets ...“ vor, „keine ‚Zweitpartei‘, aber mit einigen Funktionen einer solchen“ (Moskau-News, deutsch, Juni-Ausgabe). Der Schriftsteller Jewtuschenko spricht diesbezüglich von einer „Vollfront Perestrojka“, die Parteimitglieder und Parteifunktionäre einbeziehen soll. „Die Scheidelinie verläuft heute nicht zwischen Parteimitgliedern und Parteifunktionären, sondern zwischen den Kämpfern für die Perestrojka und ihren Saboteuren.“ (FR, 21.6.)



Zeichnung: Igor Smirnow

aus: Moskau-News Juli 1988



Zeichnung: Igor Smirnow

aus: Moskau-News Juli 1988

Seine Rolle soll ebenfalls durch längere Tagungsdauer aufgewertet werden, weiterhin soll es künftig eine „strikte Abgrenzung der Vollmachten“ geben, wobei leider nicht ausgeführt ist, ob hier beispielsweise das ZK Vollmachten an den Obersten Sowjet abgeben soll. Nicht angesprochen wird die wichtige Frage, ob bei den Delegiertenwahlen zum Obersten Sowjet künftig mehr als ein Kandidat pro Wahlkreis aufgestellt werden kann.

Weitergehend hat der eingangs erwähnte Gorbatschow-Berater Burlatzki konkretisiert, aus dem bisher eher dekorativen Organ ein „ständig arbeitendes Parlament“ zu machen. Er denkt dabei an eine Verkleinerung von 1500 auf 700 — 800 Abgeordnete, die vom Staat bezahlt werden. Zur Tagungsdauer brachte Tatjana Saslawskaja die Zahl von 200 (bisher: 21) Sitzungstagen pro Jahr in die Diskussion (FR, 21.6.).

Die Wahl des Staatspräsidenten durch das Volk — statt wie bisher durch das Präsidium des Obersten Sowjet — wird vom Iswestija-Kommentator Sturua gefordert, hierin wiederum unterstützt von Burlatzki (Spiegel, 20.6., FR 21.6.).

Rechtsgarantien

Da bisher eine große Kluft zwischen Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit besteht, sollen umfangreiche „Garantien für die Rechte und Freiheiten der sowjetischen Menschen“ eingeführt werden. Dazu soll eine „weitreichende Rechtsreform“ verwirklicht werden: „die radikale Stärkung der Rolle der Rechtsprechung, die strikte Wahrung der demokratischen Prinzipien der Gerichtsverfahren, des Streits und der Gleichheit der Parteien vor Gericht, der Öffentlichkeit sowie der Unschuldsannahme.“

Die Rechtsreform bedeutet „viel Arbeit. Einerseits müssen veraltete Gesetze sowie eine Vielzahl von Dienstleistungsanordnungen außer Kraft gesetzt werden, die den Anforderungen der Reform des wirtschaftlichen und politischen Systems zuwiderlaufen, ja bremsend darauf wirken. Andererseits muß ein ganzer Komplex neuer Gesetze geschaffen werden ... Bei der Erneuerung der Gesetzgebung muß strikt das Prinzip eingehalten werden, wonach alles erlaubt ist, was das Gesetz nicht verbietet.“

sionsstand — auch eine Bezugnahme auf eine mögliche Abschaffung der Todesstrafe (s. Moskau News, deutsch, Mai-Ausgabe) oder die gesetzliche Verankerung des Volksentscheides.

Basisinitiativen

Darunter summieren das ZK „gesellschaftliche Organisationen“ (Gewerkschaften, Kommunisten, Genossenschaften), aber auch „neue Vereinigungen“, wobei darunter patriotische (?), kulturelle, umwelt- und denkmalschützende Initiativen aufgeführt werden. Unerwähnt bleiben Vereinigungen, die nicht nur partikuläre, sondern auch allgemeinpolitische Zielsetzungen haben, wie die parteiunabhängigen Sozialistischen Clubs auf der linken, und die antisemitische Pobjat-Gruppe auf der rechten Seite des politischen Spektrums.

Auf jeden Fall soll eine Rechtsgrundlage für alle Arten von Basisaktivitäten geschaffen werden. „Dabei gilt als alleiniges politisches Kriterium: Anerkennung verdient jede gesellschaftliche Tätigkeit, die im Rahmen der Verfassung erfolgt und den Interessen der Entwicklung der sowjetischen sozialistischen Gesellschaft nicht widerspricht.“

Darüberhinaus wird für die „gesellschaftlichen Organisationen“ gefordert, daß sie „wirklich das Recht der gesetzgebenden Initiative wahrnehmen, in den Machtorganen vertreten sein und als Partner des Staates“ fungieren müssen. Welche konkreten Veränderungen das bedeuten soll, bleibt dabei im unklaren.

Die Rolle der Partei

Bevor irgendwelche Demokratisierungsmaßnahmen greifen können, muß natürlich der Parteiapparat, der bisher alle anderen Bereiche der Gesellschaft (Sowjets, Justiz, Gewerkschaften ...) kontrolliert, demokratisiert werden. Die diesbezüglichen Vorschläge des ZK haben daher eine Schlüsselrolle!

— **Teufdrückung der Partei aus dem Staat.** „In den Beziehungen zwischen Partei und Staat ist von den Leninischen Prinzipien der strikten Trennung ihrer Funktionen auszugehen.“ Parteieinheiten sollen Staats- oder Sowjetorgane weder ersetzen, noch ihnen Anweisungen geben. Stattdessen solle die Partei ihren Einfluß über die einzelnen Genossinnen gel-

Fortsetzung von vorheriger Seite

All diese theoretischen Debatten wurden kurz vor Konferenzbeginn von der Wirklichkeit eingeholt: Die Delegierten von Estland legten für die Konferenz eine eigene Plattform vor (vor allem zur Nationalitätenpolitik, s.u.) und nahmen sich damit einfach eine Art Fraktionsrecht heraus. An dieser Plattform habe — so der neue estnische Parteichef Vaeljas — auch eine „Volksfront für Perestrojka“ mitgearbeitet. Sie zähle bereits 40 000 Mitglieder, unter anderem „Grüne“, und lasse in ihrer Führung keine Parteifunktionäre zu (Südd. Ztg., 23.6.88).

Leerstellen

Selbst unbestimmt bleibt der ZK-Entwurf in einigen Schlüsselbereichen der Perestrojka:

— **Ökonomie:** Hier fehlt eine Bilanz der in den Betrieben versuchten Demokratisierungsbestrebungen. — Für die Bevölkerung werden zwar mehr Konsumgüter und Wohnungen versprochen und es wird gesagt, „die Veränderung der Einzelhandelspreise dürfen sich nicht nachteilig auf den Lebensstandard der Bevölkerung auswirken“. Aber konkrete Ausführungen über die umstrittene Reform der Preis- und Sozialpolitik vermisst man. — Unklar auch der Hinweis, es gelte „den Übergang zum Produktionsmittelgroßhandel voranzutreiben“. Denn natürlich steht die Schaffung von Marktbeziehungen in diesem Bereich (also nicht nur bei Konsumgütern) im Widerspruch zu dem Anspruch, die Rahmenentwicklung der Wirtschaft zu planen. Zumindest müßte herausdiskutiert werden, wo die Grenzen des „freien Wettbewerbs“ sein sollen.

— **Nationalitätenpolitik:** In der derzeit wohl heißesten Frage der sowjetischen Innenpolitik enthalten die Thesen nur Blaupause. Es gilt dafür zu sorgen, daß die Nationen und Völkerschafften, die keine eigenen Staats- und Territorialgebiete haben, über größere Möglichkeiten zur Ausübung und Befriedigung ihrer Bedürfnisse verfügen. Hier darf man — neben den Vorstößen der Armenier — auch auf die oben schon erwähnten Delegierten aus Estland gespannt sein. Die in ihrer Plattform eine Rückkehr zu Lenins „sozialistischem Föderalismus“ fordern, mit eigener estnischer Sprache und Staatsbürgerschaft und weitgehender wirtschaftlicher Autonomie. — **Geschichtsdiskussion:** Es wird zwar eine Fortsetzung der Rehabilitierungen angekündigt, ansonsten aber jede klare Stellungnahme vermieden. Immerhin ist das Meinungsspektrum in den sowjetischen Medien mittlerweile so weit gespannt, daß die einen proklamieren, „Stalin und Sozialismus sind unvereinbar“ (Moskau News, deutsch, Mit-Ausgabe) und die Rehabilitierung von Trotzki fordern (Alanasjew), während andere Stalin nach wie vor als „einzigste Persönlichkeit“ kennzeichnen (Zeitschrift „Molodaja gwardia“). Ein längerer Prozeß der „Gegenüberstellung von Ansichten“ in „heutigen Fragen der Geschichte“ wird vom ZK versprochen, aber der dafür wichtige Punkt der Öffnung der historischen Archive nicht erwähnt.

„sichere“ wird vom ZK versprochen, aber der dafür wichtige Punkt der Öffnung der historischen Archive nicht erwähnt.

Fazit

Wie aus der Übersicht schon deutlich wird, stehen begründeten Vorstößen eine ganze Reihe von Halbheiten und Leerstellen gegenüber. Der schon zitierte Soziologe Bestuzjev-Lada kennzeichnete die derzeitige Lage mit folgenden Worten: „Zur Zeit werden ein paar Berührungsmittel angewandt, die die Gesellschaft ein wenig demokratischer machen, aber ohne qualitative Veränderung. Aber viele wissen, daß das nicht reicht. Wir brauchen eine qualitative Perestrojka oder wir enden in einer Katastrophe.“ (taz., 20.6.88)

Das sehen offenbar noch mehr Menschen in Partei und Gesellschaft so und melden sich immer deutlicher zu Wort. Es wird viel davon abhängen, ob sich ein Flügel innerhalb der Perestrojka formieren wird, der diese demokratischen Impulse zusammenfassen kann. Die Parteikonferenz könnte diesen Prozeß befeuern, wenn die Kontroversen dort offen ausgetragen und nicht unter den Teppich gekehrt werden. In diesem Sinne kann man nur hoffen, daß mit Glasnost ernst gemacht wird: Aus Kiew kommt der Vorschlag einer ungekürzten live-Übertragung der Debatten im Fernsehen.

Jürgen/ KB-Stuttgart
24.6.88

Anmerkung
Der außenpolitische Teil der ZK-Thesen wird an anderer Stelle in diesem AK gesondert analysiert.
Sämtliche Zitate aus den Thesen stammen übrigens aus dem vollständigen Abdruck in der deutschsprachigen „Pravda“ vom 27.5.88.

Sowjetische Außenpolitik:

Viel Perestrojka, wenig Glasnost

ZK-Stellungnahme ohne konkrete Analyse

Es begann mit den Thesen des ZK der KPdSU zur 19. Unionspartei-Konferenz, die Ende Mai publiziert wurden. Die im Westen mit größter Aufmerksamkeit registrierte selbstkritische Passage zur Außenpolitik lautet: „Eine kritische Analyse der Vergangenheit zeigte, daß auch unsere Außenpolitik von Dogmatismus und subjektivistischem Herangehen gekennzeichnet war. Es wurde zugelassen, daß sie hinter grundlegenden Veränderungen in der Welt zurückblieb, und neue Möglichkeiten für eine Verringerung der Spannungen und eine bessere Verständigung der Völker wurden nicht in vollem Maße genutzt. Im Kampf um das militärstrategische Gleichgewicht wurden in der Vergangenheit nicht immer die Möglichkeiten ausgeschöpft, die Sicherheit des Staates durch politische Mittel zu gewährleisten. Wir ließen uns dadurch ins Wettrennen hineinziehen, was nicht ohne Auswirkungen auf die sozialökonomische Entwicklung des Landes und auf seine internationale Position bleiben konnte.“

Dieses knappe parteioffizielle Statement bietet apodiktische Schlussfolgerungen statt Analyse und Beweisführung. Da keine Behauptungen an konkreten Beispielen erläutert wird, sind subjektiven und tendenziösen Interpretationen Tür und Tor geöffnet. Was sind die „grundlegenden Veränderungen in der Welt“, hinter denen die sowjetische Außenpolitik zurückgeblieben sein soll? Von welchen „neuen Möglichkeiten“ und welchen „politischen Mitteln“ ist konkret die Rede? Was wurde versäumt, was hätte man tun sollen? Welche Elemente der sowjetischen Aufrüstung werden kritisiert? Da die „Thesen“ keine einzige dieser Fragen beantworten, sind sie nicht diskutierbar, sondern können allenfalls auf der Ebene des Glaubens oder der Spekulation wahrgenommen werden. Faktisch bestand die Hauptfunktion dieses inhaltsarmen offiziellen Statements darin, eine Bresche für eine Flut von offiziellen Abrechnungen mit der sowjetischen Außenpolitik zu öffnen.

„Hegemoniale Großmachtinteressen“

Wenige Tage vor den „Thesen“ hatte die „Literaturnaja Gaset“ einen Artikel des Historikers W. Dantschikow publiziert, der eine negative Kontinuität der Außenpolitik von Stalin bis Breschnew behauptet. Der Autor spricht von „hegemonialen Großmachtambitionen des Sozialismus“, die sich in der sowjetischen Außenpolitik „festgesetzt“ hätten und die oft das politische Gleichgewicht zwischen den Staaten, insbesondere in den Ost-West-Beziehungen, gefährdet und belastet hätten. Einerseits habe die Politik der UdSSR die Kriegsgefahr erhöht, andererseits habe

ten, insbesondere in den Ost-West-Beziehungen, gefährdet und belastet hätten. Einerseits habe die Politik der UdSSR die Kriegsgefahr erhöht, andererseits habe man „keine Mittel zur Organisierung von Massenbewegungen der Friedensbewegung gescheitert“. Unter Breschnew habe die UdSSR „die Entspannung aktiv für eine Verstärkung ihrer militärischen Streitmacht genutzt“ und damit begründetes Mißtrauen und Bedrohungsgefühle im Westen hervorgerufen. Die Ausdehnung des sowjetischen Einflusses in Afrika, im Nahen Osten und in Asien habe dem We-

sten gleichfalls Gründe gegeben, alarmiert zu sein. Generell habe die UdSSR den negativen Einfluß ihrer politischen und militärischen Eingriffe in regionale Konflikte auf den globalen Spannungsniveau unterschätzt.

Ebenfalls in der „Literaturnaja Gaset“ polemisierte in der Ausgabe vom 15. Juni der Diplomat W. Israelian, der die sowjetische Delegation bei den Genfer Verhandlungen über ein Chemiewaffen-Verbot leitete, gegen die Außenpolitik seines Landes: Sie habe sich allzu oft im „engen Rahmen von Feind-Freund-Stereotypen“ bewegt. Sowjetische Diplomaten und Politiker hätten den Westen mit militanten Schimpfwörtern bedacht, sodaß man im Westen logischerweise die UdSSR als potentiellen Aggressor wahrgenommen habe. Die UdSSR habe sich ihrem Bestehen mit einer inflationären Fülle von nicht ernst gemeinten und unrealistischen Abrüstungsvorschlägen wirkliche Abrüstung mehr verhindert als gefördert. Westliche Gegenvorschläge seien automatisch und ungeprüft abgelehnt worden.

Gleichfalls am 15. Juni kritisierte der Chefkomentator Alexander Bowin in der Regierungszeitung „Iswestija“, die UdSSR habe mit der Stationierung der SS 20 und mit der Intervention in Afghanistan zwei „Eigenore“ geschossen, die ihrem internationalen Ansehen geschadet und großen moralischen wie auch materiellen Schaden verursacht hätten. Grundlage sei in beiden Fällen die Überschätzung der eigenen Möglichkeiten und die Unterschätzung des Widerstands der Umwelt gewesen.

Während einer internationalen Konferenz in Berlin/DDR entschuldigte sich der sowjetische Vertreter Georgi Arbatow gegenüber, daß die UdSSR in den 70er Jahren auf westliche Vorschläge für die Schaffung atomwaffenfreier Zonen nicht eingegangen sei. Als Schuldige demonstrierte Arbatow die sowjetischen Militärs.

Der hohe Rang der Autoren und das Ausbleiben jeder offiziellen Gegenstellungnahme läßt nur die Schlussfolgerung zu, daß die zitierten Abrechnungen, denen vermutlich weitere und weitergehende noch folgen werden, als Konkretisierung der „Thesen“ des ZK verstanden werden müssen. Also als faktisch getarnte Verkündung derzeit vorherrschender Standpunkte, und nicht etwa als Diskussionsentwürfe einzelner Exzentriker. Daß überhaupt eine öffentliche Diskussion stattfindet, ist bisher nicht zu erkennen. Das Meinungsmonopol scheint absolut bei den Kritikern der bisherigen Außenpolitik zu liegen. Unter der Oberfläche dieses erzwungenen Monolithismus könnte sich aber eine Menge an Groll und Ressentimenten der Kritisierten sammeln, besonders in militärischen Kreisen.

„Von der Konfrontation zur Zusammenarbeit“

„Von der Konfrontation zur Zusammenarbeit“

Die Geschichte der Menschen ist die Geschichte von Klassenkämpfen, stellen Marx und Engels fest. Man muß nicht Sozialist sein, um das anzuerkennen, schrieb Lenin. Und wirklich, Kapitalisten und bürgerliche Politiker verstehen diese Tatsache aus ihrer Sicht ausgezeichnet. Mit der russischen Revolution und darauf folgend mit der Entstehung von Staaten, die sich selbst als sozialistisch de-

finieren, hat dieser Widerspruch an Schärfe wesentlich zugenommen und eine globale Dimension gewonnen.

Dieser Widerspruch wird allerdings aus Gründen, die auf der Hand liegen, derzeit und in den letzten Jahrzehnten im Wesentlichen nicht in direkter militärischer Form zwischen den Hauptmächten der beiden Lager ausgetragen, sondern auf anderen Ebenen. Das hebt aber den Widerspruch selbstverständlich nicht auf. Der Kapitalismus strebt nach totaler Durchsetzung bis in den letzten Winkel der Erde, also auch nach Liquidierung des sog. real existierenden Sozialismus. Umgekehrt zielt seinem Anspruch nach auch der Sozialismus auf Globalität und auf Überwindung des Kapitalismus. Es stehen sich demnach zwei Gegner gegenüber, die einander vernichten wollen. Vielleicht in der Hauptsache mehr und mehr mit ökonomischen und anderen „friedlichen“ Mitteln, aber in jedem Fall vernichten. Das liegt in der Natur der Konfrontation der beiden Gesellschaftssysteme, hat nichts mit besonderer Aggressivität oder einem Mangel an Realismus zu tun.

Friedliche Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen ist Klassenkampf mit spezifischen Mitteln. Etwas anderes kann sie überhaupt nicht sein. In der UdSSR ist die friedliche Koexistenz aber in den letzten Jahren radikal umdefiniert worden. Sie darf demnach nicht mehr als Klassenkampf verstanden werden, da dies mit den Prinzipien der internationalen Beziehungen nicht vereinbar sei. Nicht mehr als Dialektik von „Kampf und Zusammenarbeit“ sei die friedliche Koexistenz zu interpretieren, sondern nur noch als „allseitige Zusammenarbeit und Wettbewerb“. Die „Übertragung von ideologischen Widersprüchen zwischen beiden Systemen“ auf die zwischenstaatlichen Beziehungen sei unzulässig. Im neuen Programm der KPdSU wurde eine entsprechende Korrektur vorgenommen.

Begründet wird diese Umdeutung mit der von Gorbatschow verkündeten „Priorität der allgemeinen menschlichen Werte“, hinter der die „engen Klasseninteressen“ zurückzutreten hätten. Mittlerweile hat die KPdSU auch die klassische sozialdemokratische Doktrin adoptiert, die das Entstehen von Konflikten primär nicht auf materielle Interessen, sondern auf „Feindbilder“ zurückführt, die es zu überwinden gelte. Statt Klassenanalyse ist in der sowjetischen Publizistik zur Zeit primitive Vulgarpsychologie angesagt: „die Konzepte in beiden Systemen“ werden als Brennpunkt des Entspannungsprozesses angeklagt, da sie so sehr um Konfrontation gewöhnt seien, daß sie ohne ihren Lieblingsfeind einfach nicht auskommen könnten.

Lösung regionaler Konflikte

„Eines der akuesten Weltprobleme“ ist laut Gorbatschow die Bedrohung regionaler Konflikte.

Lösung regionaler Konflikte

„Eines der akuesten Weltprobleme“ ist laut Gorbatschow die Bedrohung regionaler Konflikte und die Verhinderung der Entstehung weiterer Konflikte. Denn „der Brand, der dort aufleuchtet, kann auf andere Gebiete übergreifen und direkt oder indirekt einen globalen Brand auslösen“. Es gelte daher, „um den Konfliktbrand eine solche völkerrechtliche Atmosphäre zu schaffen, die erstens die Zufuhr von Brennstoff von außen unmöglich machen, zweitens die Nichtausdehnung dieses Herdes auf andere Länder und Regionen garantieren und drittens dem Volk und nur dem Volk allein die Möglichkeit geben würde, seine sozialpolitische Wahl ohne fremde Einmischung zu treffen.“

Genannt werden konkret „der Nahe Osten“ (der Israel-Palästina-Konflikt), der Golfkrieg Iran-Irak, das südliche Afrika (der Krieg in Angola und die Zukunft Namibias), das Horn von Afrika (Äthiopien, Somalia, Sudan), Mittelamerika (Nikaragua), Kampuchea und Korea.

Gorbatschow behauptet, daß es heute „reale Möglichkeiten“ für eine Lösung all dieser Konflikte „auf der Basis eines Interessenausgleichs“ gebe, wobei Afghanistan als Modell („Präzedenzfall“) bezeichnet wird.

Zwei Elemente sehen für die UdSSR dabei im Vordergrund: 1. Die Aussöhnung zwischen den Konfliktparteien durch Kompromisse und gegebenenfalls durch eine Machtteilung. 2. Die „Nichteinmischung“ dritter Kräfte, insbesondere der USA und der UdSSR.

Die „Nichteinmischung“ ist ein klassisches Argument der sog. realsozialistischen Staaten, das aber bisher stets selektiv und instrumentell angewendet wurde. Zu etwas anderem wird diese Parole wohl auch zukünftig nicht taugen. In gewissem Maß läßt sich die gegenseitige „Einmischung“ regulieren, aber sie läßt sich nicht völlig ausschalten, eben weil sie ein wesentliches Element des unterhalb der

direkten Kriegskonfrontation geführten Vernichtungskampfs der beiden Systeme gegeneinander und Produkt materieller Widersprüche ist. Solidarität mit oppositionellen Kräften und Befreiungsbewegungen im gegnerischen System bedeuten Einmischung. Die UdSSR hat sich und das von ihr geführte „sozialistische Lager“ jahrzehntlang als Hauptkraft im internationalen Klassenkampf und insbesondere als Hauptstütze und „natürlichen Verbündeten“ der Befreiungsbewegungen und antimperialistischen Staaten der Dritten Welt definiert. Auf diesen internationalistischen Anspruch kann die UdSSR nur um den Preis ihrer weltweiten Isolation verzichten. Es ist die Frage, ob sie das wirklich langfristig will. Jedenfalls würde die UdSSR selbst durch absoluten Einmischungs-Verzicht die Gegen-seite nicht dazu bewegen können, sich ebenfalls entsprechend zu verhalten.

Afghanistan

Der Zentralkpunkt der Afghanistan-Vereinbarungen zwischen UdSSR, Pakistan und USA ist der bedingungslose und vollständige Abzug der sowjetischen Truppen innerhalb von neun Monaten. Alles weitere ist mehr oder weniger gefällige Garnitur, die der militärisch gescheiterten UdSSR erlaubt, „das Gesicht zu wahren“. Da Gorbatschow den Abzugsplan schon lange vor Zustandekommen der internationalen Regelung angekündigt hatte, bestand von vornherein kein Verhandlungsspielraum mehr.

Die Abkommen verpflichten Pakistan und die USA zur Nicht-Einmischung, also nach sowjetischer Interpretation zur Einstellung der Unterstützung für die regierungsfeindlichen Rebellenruppen. Von vornherein war zu erwarten, daß sich beide Staaten nicht an diese Vereinbarung halten würden. Die sowjetische Regierung hat mittlerweile mehrmals Pakistan des Vertragsbruchs angeklagt und mit „Gegenmaßnahmen“ gedroht, wozu auch eine Verschiebung des Zeitplans für den Truppenabzug gehören könnte. Das scheint aber nicht wesentlich mehr zu sein als leere Rhetorik, denn die UdSSR hat in Afghanistan keine alternative Option mehr, weil sie sich innen- und außenpolitisch schwerlich leisten könnte, den Rückzug zu stoppen oder gar umzukehren.

Welchen Sinn über macht es dann, einen Vertrag, der (woraussehbar) vom ersten Moment an von der Gegenseite gebrochen wurde und der im Wesentlichen einseitig zugunsten der UdSSR und ihrer kühler Klientel ausfällt, als weltweit anwendbares Modell für die Lösung regionaler Konflikte vorzuschlagen? Wird hier möglicherweise von der UdSSR aus der Not eine Tugend gemacht, indem der Rückzug einer gescheiterten Armee als weltweit ausstrahlender friedenspolitischer Durchbruch kaschiert wird?

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Unklar bleibt die Zukunft Afghanistans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigsten Fall droht ein Märscher. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig

Fortsetzung von vorheriger Seite

per se nicht, wie Gorbatschow suggeriert, daß sich die militärische Logik generell überlebt hat, sondern daß sie in diesen konkreten Fällen und im gegebenen Moment nach Ansicht der Betroffenen keinen Sinn mehr macht. Das ergibt sich aus dem Kräfteverhältnis und den Interessen im konkreten Fall, und nicht aus dem Blick auf die sog. allgemeinen Menschheitsinteressen, der Rücksicht auf den Weltfrieden, einem „Paradigmenwechsel“ von militärischen zu politischen Umgangsformen usw.

Gorbatschows Äußerungen bekunden in dieser Hinsicht einen vordergründigen Optimismus, der sachlich nicht begründet ist und das falsche Gefühl hinterläßt, man höre nicht einen Analytiker, sondern einen Kanzelprediger sprechen. Da werden Gemeinsamkeiten und Annäherungen beschworen, wo sie wirklich nicht zu finden sind und wo zweideutige Signale nur Schaden anrichten können. Beispielsweise zum Konflikt Israel-Palästina, wo Gorbatschow das „Gemeinsame“ (USA und UdSSR befürworten eine internationale Konferenz) in den Vordergrund stellt und über die eigentlichen inhaltlichen Differenzen hinwegredet.

Gorbatschows These, daß jeder „regionale Konflikt“ einen Weltkrieg auslösen könne, impliziert eine bemerkenswerte Distanziertheit gegenüber den Interessen, die diesen Konflikten zugrundeliegen. Sie macht die klassische Unterscheidung zwischen „gerechtem Krieg“ und „ungerechtem Krieg“ fragwürdig oder setzt sie sogar außer Kraft. Befreiungsbewegungen und antimperialistische Strömungen ebenso wie kontextuelle Gruppen sind demnach primär als Brandstifter zu betrachten, denen kein „Brennstoff“ zugeführt werden darf. Demnach also jede Hilfe seitens der Großmächte verweigert werden muß. Die Frage ist allerdings, wieviel die UdSSR dieses Prinzip wirklich generell in praktische Politik umsetzen will.

Rückzug in die Isolation?

Aus den veröffentlichten Selbstkritiken zur sowjetischen Außenpolitik und den eingeleiteten praktischen Korrekturen ist abzulesen, daß eine Arm zuende geht, in der die UdSSR eine offensive Strategie des Engagements und der Konfrontation betreibt, die ihre Kräfte und Möglichkeiten extrem beansprucht, ohne Ergebnisse zu bringen, die in vernünftiger Relation zum Einsatz gestanden hätten. Eine gründliche öffentliche Analyse dieser Art steht allerdings noch aus; die bisherigen Statements sind dafür wenig hilfreich, weil sie allzu sehr auf vordergründige propagandistische Effekte und innenpolitische Rängeleien orientiert sind.

Die UdSSR stand seit den 50er Jahren vor der Notwendigkeit, sich zum rasch eskalierenden Prozeß der Entkolonialisierung und des antimperialistischen Befreiungskampfes zu verhalten. Sie hat sich für die Unterstützung dieses Prozesses entschieden. Eine zentrale Station dieser strategischen Neuorientierung war der Beginn der Waffenhilfe für Ägypten 1955 und die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen gegen Großbritannien und Frankreich während der Suezkrise 1956. Diese Strategie radikalisierte sich mit dem massenhaften Einsatz kubanischer Streitkräfte in Afrika und gipfelte schließlich in der direkten sowjetischen Intervention in Afghanistan, die zugleich den vorläufigen Endpunkt und Bankrott dieser Entwicklung bezeichnet.

Was sind die messbaren Ergebnisse dieser interventionistischen Offensivstrategie? Ägypten, das wohl der interessanteste Posten der gesamten Strategie war und in das mindestens 20 Milliarden Rubel investiert wurden, hat das Lager gewechselt. Viele der verbliebenen Bündnispartner der UdSSR in der Dritten Welt sind in extremem Maß ruiniert und zusehends bedroht. Vietnam, Äthiopien, Nicaragua, Angola. Keines der Regimes, zu dessen Gunsten die UdSSR direkt oder mittelst Kuba und Vietnams intervenierte, konnte stabilisiert werden. Mosambik demonstriert, wie schnell ein im antimperialistischen Kampf entstandener Staat durch Not und Druck in die Arme des Westens zurückgedrängt werden kann. Was Gorbatschow die „Lösung regionaler Konflikte“ nennt, wirkt eher wie die Liquidierung von heruntergewirtschafteten Filialen eines selbst schwer kranken Unternehmens.

Der neue außenpolitische Kurs der UdSSR bedeutet das Eingeständnis, daß der strategische Versuch gescheitert ist, die Rolle eines Patrons der Befreiungsbewegungen und antimperialistischen Staaten der Dritten Welt zu übernehmen. Das wird wahrscheinlich, auch wenn die Hilfe der UdSSR ruhmäßig uneigennützig war und mit „proletarischem Internationalismus“ allzu blauäugig umschrieben wäre, für die traditionelle Klientel der UdSSR schmerzliche Folgen haben.

K.L., Hamburg

Internationale Schuldenkrise:

Imperialistisches Krisenmanagement und die Forderungen der „Dritten Welt“

Seit dem offenen Ausbruch der internationalen Schuldenkrise durch die Zahlungsunfähigkeit Mexikos vor sechs Jahren, als das internationale Bankenkredit hängen drei Tagen rund 4 Mrd. US-Dollar zusammenkrazen mußte, um eine größere Krise ihres feinmaschigen Finanzsystems zu vermeiden, hat sich diese Krise verschärft. Rein äußerlich scheint die anfängliche Hektik einer gewissen Routine gewichen, die externe Verschuldung der Länder der „3. Welt“ im Griff zu sein, wenngleich sich die Gesamtverschuldung innerhalb der letzten 5 Jahre nahezu verdoppelt hat: von 640 Mrd. auf 1.195 Mrd. US-Dollar. Hinter diesen globalen Zahlen verbirgt sich der außerordentlich hohe Preis, den die Völker der „3. Welt“ durch wachsende Armut, Verelendung, den Aderlaß ihrer materiellen und finanziellen Ressourcen an ihre imperialistischen Gläubiger zu entrichten haben.

Die Frage ist: wie kann dieser Teufelskreis durchbrochen werden? Welche Lösungen werden seitens der Gläubiger- und Schuldnerstaaten, der Bankenmanager, den Konservativen und Sozialdemokraten und — anlässlich der Jahrestagungen von IWF und Weltbank Ende September in Westberlin — auch von Teilen der Linken und der Grünen hierzulande diskutiert?

Mit diesen Fragen soll sich in dieser und der nächsten Ausgabe des aktuell auseinandergesetzt werden. In dieser Ausgabe geht es um die bisherige Krisenbewältigung der imperialistischen Gläubigerländer und den Forderungen der Schuldnerländer.

Ende 1987 belief sich die Gesamtverschuldung der Länder der „3. Welt“ auf 1.195 Mrd. US-Dollar. Interessant nun, wie der Schuldenkrisen-Spez der Deutschen Bank, Murtfeldt, die Gesamtverschuldung bewertet. Von den 1.195 Mrd. US-Dollar entfallen über 60% oder ca. 720 Mrd. US-Dollar auf knapp 70 Län-

Nach anderen Quellen transferierten die Schuldnerländer allein zwischen 1985 und 1987 insgesamt 407 Mrd. US-Dollar an Zins- und Tilgungszahlungen. Seit Ende der siebziger Jahre erreichte der Schuldendienst die Höhe der gegenwärtigen Gesamtverschuldung. Ein „Glavnom“ in den geheimgehaltenen Bankenbi-



der, die er als „transfergestört“ bezeichnet, weil sie bereits ungeschuldet oder „Transferprobleme“ hatten. In diesem „Transferprobleme“ hatten. In diesem Kreis befaßen sich die Bankforderungen auf 230 Mrd. US-Dollar.

Wenn wir die sogenannte internationale Schuldenkrise bei jenen 70 Ländern angestreift sehen, so ist im nächsten Schritt eine starke Konzentration auf drei große Wirtschaftsmächten, nämlich Argentinien, Brasilien und Mexiko, festzustellen, auf die 40% der Gesamtverschuldung der transfergestörten Länder und 55% der entsprechenden Bankforderungen entfallen. Zehn große Schuldnerationen insgesamt, nämlich zusätzlich Chile, Jugoslawien, Nigeria, Peru, Philippinen, Polen und Venezuela, vereinen fast 65% der Gesamtverschuldung und über 80% der Verschuldung gegenüber Banken auf sich“ (Murtfeldt 1988). Über die Hälfte der 720 Mrd. US-Dollar Schulden der genannten 70 Länder seien bereits „gestundet“, davon ca. 250 Mrd. (von 320 Mrd.) US-Dollar durch die Banken.

Die 100 Mrd. US-Dollar Schulden der afrikanischen Länder interessieren den Bankier weniger, da diese zu 90% aus öffentlichen Forderungen bestehen.

Seit 1983 hätten die Banken 45 Mrd. US-Dollar Neukredite („fresh money“) für „Zahlungsbilanzzwecke“ gewährt, davon entfielen allein 34 Mrd. US-Dollar auf die drei größten Schuldner (Mexiko, Brasilien, Argentinien). Murtfeldt nennt nicht die Transferzahlungen, die die Länder der „3. Welt“ bereits an ihre privaten und öffentlichen Gläubiger überweisen mußten, und an denen die Banken dank hoher Zinsen bestens verdienten. Dazu machte die Weltbank folgende Angaben:

Schuldendienst nach IWF-Statistik	
1980:	54,5 Mrd. US-Dollar
1981:	63,9 Mrd. US-Dollar
1982:	70,5 Mrd. US-Dollar
1983:	69,9 Mrd. US-Dollar
1984:	75,7 Mrd. US-Dollar
1985:	86,8 Mrd. US-Dollar
Gesamt:	421,3 Mrd. US-Dollar

(Quelle: Weltbank, World Debt Tables 1986-1987)

— dem Bankenprinzip folgend, kein gutes Geld dem schlechten Geld hinterherzuwerfen, versiegte die Auslandskredite an die Länder der „3. Welt“ fast vollständig. Wenn Kredite an die Schuldner vergeben wurden, dann in der Hauptsache und notgedrungen infolge der Zahlungsschwierigkeiten;

— fast alle Banken, allen voran die westdeutschen Kreditinstitute, nahmen Wertberichtigungen in ihren Bilanzen vor oder erhöhten ihre Rückstellungen. So erhöhte sich die Deckungsquote mit Eigenkapital aller US-Banken von 50% (1982) auf 80% (1985).

In Japan besteht ein Krisenmanagement aus 28 führenden Banken und dem Staat, die kontrolliert Wertberichtigungen und Rückstellungen vornehmen und dabei auch mögliche Stewerleichterungen für „angeschlagene“ Banken vereinbaren.

Diese Wertberichtigungen dienen nicht etwa einem möglichen Teilschuldenerlaß, sondern werden im Gegenteil als politisches Druckmittel für ein „sauberes“ Vorgehen (Murtfeldt 1988) gegenüber den Schuldner eingesetzt. Es handelt sich dabei um finanzielle Puffer zur Erweiterung der Spielräume und zur Durchsetzung der Bedingungen der Banken gegenüber den Schuldner, zu der sich außerdem die Erweiterung der Spinnne zwischen Soll- und Haben zins gesellt.

Die Erhöhung der Zinsquoten bei der Weltbank und der finanziellen Mittel beim IWF erfolgte im Interesse der Banken, um sich ihrerseits aus den untenstehenden Bereichen der Schuldnerländer zu rückziehen. Diese Lastenverteilung von den Privatbanken zu IWF und Weltbank ist nichts anderes als eine Sozialisierung von Teilverlusten zugunsten der Banken.

Die sogenannten „swap“-Geschäfte: ein profitabler Nebenerwerb

Eher am Rande der Schuldenkrise hat sich in letzter Zeit eine Art second-hand Markt für Schuldentitel herausgebildet. Je nach Einschätzung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Schuldner, der dortigen politischen „Stabilität“, der Höhe der Verschuldung usw. liegt der reale Wert der Forderungen zum Teil weit unter dem Nominalwert.

Im Prinzip handelt es sich bei den swap-Geschäften um Forderungen gegenüber den Schuldner, die mit einem Abschlag angeboten und von Spekulanten gekauft werden. Die Risikoprämie für die Käufer besteht in einem höheren Zins, denn dieser bemißt sich am Nominalwert der Schuldtitel, während der second-hand-Preis (Abschlag) weit darunter liegt. Nach diesem Prinzip funktionieren beispielsweise die „debt-to-equity-swaps“, ein Konzern kauft bei einer Bank prekäre Forderungen mit einem Abschlag von 50% (z.B. im Falle Mexikos)

— dem Bankenprinzip folgend, kein gutes Geld dem schlechten Geld hinterherzuwerfen, versiegte die Auslandskredite an die Länder der „3. Welt“ fast vollständig. Wenn Kredite an die Schuldner vergeben wurden, dann in der Hauptsache und notgedrungen infolge der Zahlungsschwierigkeiten;

— fast alle Banken, allen voran die westdeutschen Kreditinstitute, nahmen Wertberichtigungen in ihren Bilanzen vor oder erhöhten ihre Rückstellungen. So erhöhte sich die Deckungsquote mit Eigenkapital aller US-Banken von 50% (1982) auf 80% (1985).

In Japan besteht ein Krisenmanagement aus 28 führenden Banken und dem Staat, die kontrolliert Wertberichtigungen und Rückstellungen vornehmen und dabei auch mögliche Stewerleichterungen für „angeschlagene“ Banken vereinbaren.

Diese Wertberichtigungen dienen nicht etwa einem möglichen Teilschuldenerlaß, sondern werden im Gegenteil als politisches Druckmittel für ein „sauberes“ Vorgehen (Murtfeldt 1988) gegenüber den Schuldner eingesetzt. Es handelt sich dabei um finanzielle Puffer zur Erweiterung der Spielräume und zur Durchsetzung der Bedingungen der Banken gegenüber den Schuldner, zu der sich außerdem die Erweiterung der Spinnne zwischen Soll- und Haben zins gesellt.

Die Erhöhung der Zinsquoten bei der Weltbank und der finanziellen Mittel beim IWF erfolgte im Interesse der Banken, um sich ihrerseits aus den untenstehenden Bereichen der Schuldnerländer zu rückziehen. Diese Lastenverteilung von den Privatbanken zu IWF und Weltbank ist nichts anderes als eine Sozialisierung von Teilverlusten zugunsten der Banken.

Die Erhöhung der Zinsquoten bei der Weltbank und der finanziellen Mittel beim IWF erfolgte im Interesse der Banken, um sich ihrerseits aus den untenstehenden Bereichen der Schuldnerländer zu rückziehen. Diese Lastenverteilung von den Privatbanken zu IWF und Weltbank ist nichts anderes als eine Sozialisierung von Teilverlusten zugunsten der Banken.

Auch wenn dieser Versuchsbalkan gescheitert ist, weil die meisten Banken zu diesem Deal nicht bereit waren, haben einige Banken erstmals offiziell auf die Gesamtforderungen verzichtet und Teilabschreibungen zugestanden. Außerdem fungierte die US-Regierung als eine Art institutionelle Schuldenagentur, die gegenüber den Banken die Schuldforderungen garantierte.

Dies ist insofern bemerkenswert, weil damit das offizielle Credo durchbrochen wurde, wonach die Regierungen nicht für die privaten Bankforderungen zuständig seien.

Auch wenn die große Mehrheit der Banken dem Mexiko-Deal ablehnend gegenüberstand, könnte hier die Keimform eines möglichen Krisenmanagements vorzeichnet worden sein.



und tauscht diese Forderung bei einer inländischen mexikanischen Bank in der dortigen Währung zum Nennwert um. Mit einem geringen Kapitalaufwand erwirbt dieser Konzern in Mexiko die meist rentablen Bereiche der dortigen Ökonomie — eine besonders profitable Form von ausländischen Direktinvestitionen. Diese Form der swaps erreichte bisher eine Größenordnung von 6-8 Mrd. US-Dollar, besitzt also keine Bedeutung bei der Lösung der Schuldenkrise, sondern

Das Scheitern des Baker-Plans

Der auf der IWF/Weltbank-Tagung in Seoul gemaachte Vorschlag des US-Finanzministers Baker zur zumindest teilweisen Lösung der Schuldenkrise im Herbst 1985 war der bisher letzte Versuch einer abgestimmten Strategie der Gläubigerländer. Er sah vor, die Kreditvolumina des IWF und besonders der Weltbank erheb-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

lich aufzustocken und appellierte an die Banken, fresh money in 17 ausgewählte „Problemländer“ zu schießen, um die geforderten „Anpassungsleistungen“ dieser Länder zu effektivieren. Zwischen 1986 und 1988 sollten diese Länder neue Kredite in Höhe von 20 Mrd. US-Dollar erhalten. Außerdem war geplant, daß Weltbank und die regionalen Entwicklungsbanken ihre jährlichen Ausleihungen in diese 17 Länder auf 9 Mrd. US-Dollar erhöhen sollten.

Flankierend dazu wurde die MIGA (Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur) ins Leben gerufen — eine Art internationale Versicherung zum Schutz von ausländischen Direktinvestitionen vor „Risiken“ politischer (Nationalisierungen, soziale Auseinandersetzungen) und ökonomischer (Profiteinbußen) Natur.

Der Baker-Plan zielte also darauf ab, die Risiken der Banken und investierenden Konzerne durch diese flankierenden Maßnahmen zu minimieren.

Der Plan scheiterte jedoch an den Privatbanken, die nicht bereit waren, neue Kredite in der vorgeschlagenen Höhe zur Verfügung zu stellen.

Durchwurschtelei

Im Ergebnis des bisherigen imperialistischen Krisenmanagements bleibt, daß die Gläubigerstaaten und -banken an keiner politischen Lösung im globalen Maßstab interessiert sind, sondern die jeweiligen Schuldner einer gezielten „Einzelfallbehandlung“ mittels Auflagen zu Lasten der Völker der „3.Welt“ unterziehen. Die Schuldenlawine wird vor sich hergerollt, die finanzpolitischen Instrumentarien verbessert. Nur zu einem verschwindend geringen Teil sind „nolleitende“ Kredite von Banken abgeschrieben worden. Demgegenüber wird am Prinzip „wer Schulden macht, muß sie auch zurückzahlen“ festgehalten.

Im Unterschied zu historischen Schuldenkrisen ist frappant, daß den Schuld-

nern bis heute keine günstigen Zinskonditionen von den Banken eingeräumt werden, sondern die Länder der „3.Welt“ müssen gerade für neu aufgenommene Kredite einen hohen Preis, den Zins bezahlen.

Ebenso frappierend ist — im Unterschied zu historischen Krisenlösungen — daß die imperialistischen Staaten sich bis heute weigern, den Schuldendienst der jeweiligen Länder an deren „wirtschaftliche Leistungsfähigkeit“ zu binden, sondern die fälligen Rechnungen müssen im Prinzip ohne weitere Rücksichtnahme gezahlt werden. Wenn es nicht anders geht, dann laufen die von den Gläubigern verhängten Maßnahmen in Form von Zahlungsmoratorien oder Umschuldungen auf eine Verlängerung der Galgenfrist hinaus.

Diese Politik des „muddling through“ des pragmatischen Durchwurschteleins, verschärft die Schuldenkrise einseitig zu Lasten der Völker der „3.Welt“. Einseitig, weil die imperialistischen Gläubigerstaaten die Lawine vor sich herschieben und den Schuldnern alle Lasten aufzwingen: durch die Ausplünderung ihrer Ressourcen, durch die Sozialisierung der Forderungen in den Ländern der „3.Welt“, während dies in den Metropolen strikt von sich gewiesen wird, durch die herabgesetzten Auflagen, durch die „Fall-zu-Fall“-Behandlung usw.

Dabei dürfte klar sein, daß es beim ganzen Krisenmanagement nur noch um die fälligen Zinsen geht, denn ein Abstemmen der Schulden steht schon länger nicht mehr auf der Tagesordnung. Jedem Bankier ist bewußt, daß die 195 Mrd. US-Dollar als uneinbringlich gelten.

Forderungen der Länder der „3.Welt“

Ein einheitliches Auftreten der Länder der „3.Welt“ („Schuldnerkartell“) gegenüber ihren Gläubigern gibt es nicht. Allenfalls existieren regionale Lösungsvorschläge von Regierungen der Länder Lateinamerikas (Cartagena-Gruppe aus 11 Staaten) und Afrikas (über die OAU), die

der besonderen Verschuldungssituation in diesen beiden Kontinenten Rechnung tragen.

Dieses einheitliche Auftreten wird nicht nur durch den Baker-Plan, wonach ein Entgegenkommen der Banken nur dann erfolgt, wenn sich die Länder kollektiver Strategien enthalten, verhindert, sondern vor allem durch die Politik des „teile und herrsche“. Länder, die sich gegenüber den Auflagen des IWF „aufgeschlossen“ zeigen, erhalten günstigere Zinskonditionen, längerfristige Tilgungsaufschübe und Umschuldungen als die Länder, die sich der Auflagenpolitik nicht so ohne weiteres beugen. So erhielt Mexiko in den letzten Jahren sehr langfristige Umschuldungsmodalitäten mit günstigeren Zinskonditionen, während Brasilien — bis zum Börsenkrach vom letzten Herbst — in den „Zinsstreik“ trat und dafür von den Gläubigern durch eine unnachgiebige Verhandlungsposition „bestraft“ wurde.

Generell stellen die Regierungen dieser Länder die Verpflichtung der Schuldentrückzahlungen nicht in Frage, sondern verlangen im Prinzip für sich günstigere Rückzahlungsmodalitäten. Die wichtigsten Punkte sind:

- fixe und niedrigere Zinssätze sowie die Reduzierung der Bankgebühren,
- höhere Kapitalimporte und die Unterscheidung zwischen neuen und alten Schulden.

Bindung des Schuldendienstes an einen prozentualen Anteil der Exporterlöse, wobei die Höhe dieses Anteils umstritten ist,

- Erhöhung der Ziehungsquoten und Mittel bei IWF und Weltbank,
- Streckung der Schulden ohne Bedingungen des IWF,
- Abbau des Protektionismus in den Industrieländern und
- Umwandlung der Schulden in die nationalen Währungen der Schuldnerländer („blätter des 13.W.“, Nr. 137, November 1986, S.25 f.).

Selbst diese sehr gemäßigten Forderungen der Regierungen der 11 Cartagena-Staaten wurden von den imperialisti-

schen Gläubigern als unrealistisch zurückgewiesen. Darüber hinaus kam es aus den eingangs genannten Gründen noch nie zu einem kollektiven Vorgehen gegenüber den Gläubigern, sondern immer wieder zu Alleingängen einzelner Länder („Zinsstreik“ Brasiliens und auch Argentiniens; Orientierung des Schuldendienstes an den Exporterlösen seitens Perus; die „debt-debt-swaps“ Mexikos usw.). Im Ergebnis mußten sich diese Staaten immer wieder den imperialistischen Gläubigern beugen.

Auch der Ministerrat der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) verständigte sich auf gemeinsame Forderungen gegenüber den imperialistischen Staaten, zumal ihre Lage im allgemeinen noch wesentlich prekärer ist als in den „Schwellenländern“ Lateinamerikas. Bei einer Gesamtverschuldung Afrikas in Höhe von 200 Mrd. US-Dollar belaufen sich die jährlichen Verbindlichkeiten auf rund 25 Mrd. US-Dollar (1987).

Die Exporterlöse gingen jedoch auf 45 Mrd. US-Dollar zurück — vor allem infolge des Rohstoffverfalls — während die Warenimporte nach wie vor bei etwa 53 Mrd. US-Dollar stagnieren.

Die OAU verlangte auf ihrer letzten Ministerratstagung die Einberufung einer internationalen Schuldenkonferenz unter Einschluss der Gläubigerseite und ein 10-jähriges Schuldennormatorium. Darüber hinaus forderte die OAU höhere Finanzhilfen zu günstigen Konditionen u.a. von der Weltbank, sowie eine Verbesserung der terms of trade, also günstigere Rohstoffpreise (vergl. FR, 6.1.88 und „faz“, 23.2.88).

Schuldenkonferenz und Zahlungsmoratorien lehnten die Gläubigerländer entschieden ab.

Darüber hinaus existieren viel weitere reichende Forderungen, so etwa von Nyere (Tansania), der die angeblichen Zahlungsverpflichtungen generell in Frage stellt und für einen Schuldenerlaß für die ärmsten Staaten Afrikas plädiert.

Daß die Forderungen der Regierungen aus den Staaten Afrikas und Lateinamerikas bei den Gläubigern nach wie vor auf

taube Ohren stoßen, entspricht den gegebenen politischen Kräfteverhältnissen zwischen den imperialistischen Staaten einerseits und den Ländern der „3.Welt“ andererseits. Der Schuldenerlaß, an dem diese Länder hängen, erweist sich mehr denn je als ein zusätzliches und sehr wirksames Mittel zur Begründung einer neokolonialen Abhängigkeit. Deren Merkmale sind:

- private wie öffentliche Gläubiger diktiert den Ländern der „3.Welt“ die Schuldendienstbedingungen mit knallharten „marktwirtschaftlichen“ Auflagen, die zur weiteren Verelendung der Völker dieser Länder führen und zum wirtschaftlichen Aderlaß ihrer noch vorhandenen Ressourcen;

- während der Imperialismus die internationale Schuldenkrise strikt marktwirtschaftlich behandelt wissen will, sind die Schulden in der „3.Welt“ schon längst verstaatlicht. Auf der einen Seite also Sozialisierung der Schulden, auf der anderen Seite deren strikte Ablehnung;

- die Gläubiger verfügen über ein gemeinsames, wenn auch widersprüchliches „Gläubigerkartell“ mit international von ihnen dominierten Institutionen wie IWF, Weltbank, Pariser Club usw. Auf der anderen Seite wird aber genau das, eine Art „Schuldnerkartell“, mit allen Mitteln verhindert.

Von einer „Neuen Weltwirtschaftsordnung“, die die Länder der „3.Welt“ in den siebziger Jahren auf die Tagesordnung setzten, sind sie heute weiter entfernt denn je.

D./Westberlin

Im nächsten ak werden die Lösungskonzeptionen der Sozialdemokraten, der Grünen, einiger Autonomen und die Vorschläge Fidel Castros kritisch beleuchtet werden.

Literatur:

— Altvater/Hübner 1987: E. Altvater/K. Hübner u.a., Die Armut der Nationen, Berlin (West) 1987
— Munkel 1988: M. Munkel, Stellungnahme der Deutschen Bank anläßlich einer öffentlichen Bundestagsanhörung zur „Verschuldungskrise der Entwicklungsländer“ vom 18.4.88, Stenographisches Protokoll 11/23, Bonn

Über die Untauglichkeit historischer Lösungsstrategien

Externe Verschuldungen von Staaten sind in der Geschichte des Kapitalismus völlig normal. Sie können im Prinzip bei Warenimportüberschüssen ebenso entstehen wie durch Kapitalimporte in Form ausländischer Kreditaufnahme. Zum Problem wird die externe Verschuldung dann, wenn das betreffende Land erstens auch mittelfristig nicht in der Lage ist, aus den eigenen Einnahmen der Volkswirtschaft die Schulden zurückzahlen und zweitens nicht in der Lage ist, diese Zahlungen in ausländischen Devisen zu tätigen.

Derartige Schuldenkrisen eines oder mehrerer Länder sind keine neue Erscheinung — und in den gegenwärtigen Diskussionen über mögliche Lösungswege aus der internationalen Schuldenkrise wird von manchen Autoren auf historische Erfahrungen und Parallelen verwiesen. So wichtig es durchaus sein kann, aus den „Altfällen“ zu lernen, so problematisch ist es andererseits auch, die Rezepturen auf die heutigen Bedingungen übertragen zu wollen.

Die Verschuldung Deutschlands (1918 bis 1931)

Dem früheren imperialistischen Deutschland wurden seitens der europäischen Siegermächte Reparationen in Höhe von 132 Mrd. Goldmark (GM) abverlangt, nachdem Frankreich zunächst 226 Mrd. GM verlangt hatte.

Die deutsche Außenschuld in Form eines Tributs, von der 52% an Frankreich fließen sollten, lief auf jährliche Zahlungen von 2 Mrd. GM oder rund 26% der Exporterlöse hinaus. Die Zinsen lagen bei 5%, die Tilgung bei 1%. Für die entsprechenden Schuldverschreibungstitel bürgte der deutsche Staat mit seinen Steuern- und Zolleinnahmen. Aber bereits im ersten Jahr konnte Deutschland nur mit Mühe 1 Mrd. GM aufbringen, weil es an entsprechenden Devisen mangelte. Dies gelang nur um den Preis der Abwertung und im späteren Übergang der Zahlungen in Form von Sachleistungen (u.a. Lieferungen von Kohle).

Im Herbst 1923 führte ein erneuter Zahlungsrückstand zur Ruhrbesetzung seitens der französischen und belgischen Armeen. Ein Jahr später mußte Deutschland eine US-Anleihe in Höhe von 800 Mio. Reichsmark (RM) aufnehmen, zumal die Inflation immer größere Ausmaße annahm und die Siegermächte eine rasante Entwertung ihrer Forderungen nicht hinnehmen.

Aus diesen Zahlungsschwierigkeiten, die in erster Linie in dem Transferproblem der Devisenüberweisungen bestanden, wurde 1924 die Konsequenz gezo-

gen. Nach dem Dawes-Plan mußte das damalige Deutschland entweder hohe Exportüberschüsse erzielen oder aber ausländisches Kapital importieren (sich also verschulden), um die Kriegskredits an die europäischen Siegermächte zu überweisen. Exportsteigerungen stießen jedoch zum einen auf das Problem, daß das damalige Deutschland noch nicht einmal so das Niveau der Industrieproduktion von 1913 anknüpfen konnte und außerdem bestimmten Wettbewerbsrestriktionen der Siegermächte unterlag, die vor allem Frankreich seinem Konkurrenten auferlegte.

Zwischen 1924 und 1929 kumulierte das Handelsbilanzdefizit auf rund 8 Mrd. RM, im gleichen Zeitraum überwiegt Deutschland jedoch 11,5 Mrd. RM an seine Gläubiger, weil ausländisches — vor allem US-amerikanisches — Kapital ins Land strömte. Bis 1930 legten ausländische Gläubiger insgesamt 27 Mrd. RM in deutschen Besitztümern an (Aktien, Immobilien, staatliche Schuldscheine), für die der Kreditnehmer, der deutsche Staat, jährlich ca. 1 Mrd. RM Zinsen überweisen mußte. Aber auch die im Dawes-Plan verlangte Größenordnung von jährlich 2,5 Mrd. RM Schuldengleichung konnte nicht eingehalten werden, so daß im Jahre 1929 eine Globalklausur versucht wurde. Diese erwies sich als notwendig, weil im Grunde genommen die USA die notwendigen Devisen ausstießen, aus denen sie dann ihre Forderungen von den Schuldnern erhielten. Die damalige Kreditkette bestand — vereinfachend dargestellt — aus folgendem Kreislauf: Zwischen 1924 und 1929 flossen 13,6 Mrd. RM von den USA nach Deutschland, das wiederum 11,5 Mrd. RM an die europäischen Alliierten (vor allem Frankreich und England) überwiegt. Die europäischen Siegermächte des Ersten Weltkrieges waren jedoch wiederum Kriegsschuldner bei den USA, so daß von den 11,5 Mrd. RM aus Deutschland rund 2/3 dieser Summe an die USA transferiert wurden.

Bezogen auf den Schuldner Deutschland folgte der 1929 ausgehandelte Young-Plan der Einsicht, daß aus Deutschland nicht mehr herauszuholen war. Der Young-Plan beinhalten eine Schuldentrückung auf 59 Jahre (!), die jährlichen Zahlungsraten wurden wesentlich niedriger angesetzt und die Option eines vorübergehenden Zahlungsmoratoriums waren ausdrücklich vorgesehen. Es blieb Deutschland überlassen, ob es die Devisen durch Drosselung seiner Importe, Ausweitung seiner Exporte oder durch Kapitalimporte aufbringen würde.

Der Young-Plan sah ferner zwei Neuerungen vor, die auch für die heutige Situa-

tion allgemeine Anwendung finden. Zum einen wurde die schweizerische „Bank für Internationalen Zahlungsausgleich“ (BIZ) aus der Taufe gehoben, die als Vermittler bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten auftrat, zum anderen konnten Teilschulden in Staatspapiere (gedeckt durch Zöll- und Rechtsabgabeneinnahmen) verwandelt werden — eine alte Form der heutigen sogenannten „swap“-Geschäfte.

Mit dem Eintritt in die weltweite Überakkumulationskrise im Jahre 1929, also einer Krise der realen Ökonomie, brachen auch die bestehenden internationalen Kreditbeziehungen und -bedingungen zusammen. Der bis dahin relativ liberale Weltmarkt kontrahierte, der Protektionismus breitete sich aus, so daß zum Beispiel für das „Deutsche Reich“ eine Exportoffensive zwecks Devisenbeschaffung nicht mehr möglich war, die USA waren bei der Vergabe von Krediten ins Ausland zurückhaltender geworden usw.

Zwei Jahre nach der Weltwirtschaftskrise rissen dann im Strudel der Ereignisse auch die Kreditketten: im Jahre 1931 geriet das deutsche Bankensystem ins Straucheln, die Kapitalanleger räumten ihre Vermögen vom Markt. Am 19.8.1931 vereinbarten die imperialistischen Gläubiger mit ihren Schuldnern ein Moratorium, und schließlich kam es 1932 zur Konferenz von Lausanne, auf der Deutschlands Gesamtschulden auf einen symbolischen Betrag von 3 Mrd. RM zusammengestrichen wurde. Diese Summe ist nie gezahlt worden.

Erwähnenswert bleibt noch, daß die damalige internationale Kreditkrise mit einer Währungskrise zusammenfiel; der Golddevisenstandard wurde aufgehoben, die Krise der damaligen Weltwährung des britischen Pfundes signalisierte das endgültige Ende der britischen Hegemonie, an die Stelle eines halbwegs liberalen Welthandels traten voneinander abgeschnittene autarke Wirtschaftsräume, in deren Rahmen auch das imperialistische Deutschland eine Zollunion mit Ost- und Südosteuropa versuchte, bis der deutsche Faschismus eine viel umfassendere „Neuordnung“ anstreben sollte.

Die knappe Beschreibung der deutschen „Schuldenkrise“ in den zwanziger Jahren beinhalten im Ergebnis, daß das damalige Deutsche Reich nur einen Bruchteil der Tributzahlungen — nämlich ca. 15 Mrd. RM von den ursprünglich vereinbarten 132 Mrd. GM — an die ehemaligen Siegermächte überwiegt, bis nach ca. 10 Jahren alle Schulden im Rahmen einer internationalen Konferenz faktisch gestrichen wurden (Kroll 1958; Altvater 1983).

Zweitens bleibt festzuhalten, daß der damalige Schuldenerlaß wiederum Resul-

tat einer viel umfassenderen ökonomischen Krise des Kapitalismus war. Das Schmieröl des internationalen Kredits funktionierte nämlich nur so lange, wie der „Motor“, also der reale kapitalistische Reproduktionsprozeß, einigermaßen intakt blieb. Stockt dieser „Motor“, um in diesem Bild zu bleiben, dann gerät auch das Schmieröl in Mitleidenschaft.

Drittens spielte das damalige Großbritannien nicht mehr die Führungsrolle, den „Leitbalken“ in der kapitalistischen Weltwirtschaft (Zusammenbruch des internationalen Währungssystems auf der Gold-Pland-Basis), während der US-Imperialismus noch nicht in die Fußstapfen treten konnte, was u.a. durch den Zweiten Weltkrieg verzögert wurde.

Auf die heutige Situation übertragen bestehen Parallelen hinsichtlich erstens der Unmöglichkeit, die Schulden auch tatsächlich zurückzahlen und zweitens in der Krise des Weltwährungssystems. Die heutige Außenpolitik wurden damals auch ohne IWF direkt von den Siegermächten betrieben.

Hinsichtlich der Schuldenkrise selbst müssen selbstverständlich auch die frappierenden Unterschiede zur damaligen Situation benannt werden:

1. Deutschland hatte sich nicht bewußt extern verschuldet, sondern mußte an die Siegermächte einen Tribut entrichten.
2. Hinsichtlich des Aufbringungsproblems hatte der nach dem Ersten Weltkrieg zunächst geschwächte deutsche Imperialismus weitaus weniger Probleme als die Länder der „3. Welt“ heute. Deutschland war ein entwickeltes imperialistisches Land und strukturell ohne weiteres in der Lage, an seine vorhandenen Produktionsstrukturen vor und während des Weltkrieges anzuknüpfen. Der Investitionsgüterbereich war schon damals und ist noch heute das Rückgrat der deutschen bzw. westdeutschen Industrie.
3. Die damalige Auflösung des Goldstandards und Krise des britischen Pfundes warf weitaus mehr Probleme auf als die seit 1973 vorhandenen flexiblen Wechselkurse unter Hegemonie eines allerdings krisengeplagten US-Dollars.

Das Krisenmanagement der internationalen Schuldenkrise heute wie auch der Börsen-Crash vom 19.10.87 haben die wesentlich höhere Flexibilität des internationalen Finanzsystems unter Beweis gestellt.

4. Vom Ausmaß und der Globalität her übertrifft die gegenwärtige Schuldenkrise die damaligen Zahlungsbilanzprobleme nicht nur des deutschen Imperialismus, sondern auch der Staaten Lateinamerikas, Südosteuropas.

5. Die damalige Lösung der Schuldenkrise Deutschlands erfolgte unter einem gänzlich anderen politischen Kräfteverhältnis: der deutsche Imperialismus stieg Mitte der zwanziger Jahre — trotz „Schuldenkrise“ — wieder zu einer führenden imperialistischen Macht auf und parallel

dazu konnten die ehemaligen Siegermächte ihrem Kontinenten die Zahlungsbedingungen und Auflagen nie in dem Maße diktiert, wie das heute der Fall ist. Der Young-Plan spiegelte diese veränderten politischen (und ökonomischen) Kräfteverhältnisse wider.

6. Im Unterschied zu heute beruhten die damaligen Zahlungsbedingungen immer auf einem Verhältnis zwischen der Schuldendienstfähigkeit einerseits und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit andererseits. Diese Berücksichtigung läßt gegenwärtig völlig unter den Tisch. Imperialistische Staaten, IWF, Weltbank und Privatbanken gehen derzeit ausschließlich vom Schuldendienst aus, ohne die besonderen Bedingungen der betroffenen Schuldnerländer hinsichtlich ihrer Zahlungsfähigkeiten zu berücksichtigen.

Das wird zum Beispiel daran deutlich, daß sich die Gläubiger bislang überhaupt nicht auf Vorschläge Perus eingelassen haben, eine Schuldenbergrenze gemessen als Anteil aus den Exporterlösen zu akzeptieren.

Das Londoner Schuldenabkommen über die BRD 1953

Im Londoner Schuldenabkommen von 1953 ging es um eine Regelung über die westdeutschen Schulden, die sich aus Forderungen der Nachkriegswirtschaftshilfe in Höhe von 16,2 Mrd. DM und den Vorkriegsschulden in Höhe von 13,5 Mrd. DM zusammensetzten. Die Siegermächte erließen der BRD in diesem Abkommen 51,5% der Gesamtschulden und legten obendrein langfristige Tilgungsraten sowie niedrige Zinssätze fest. So mußte die BRD in den ersten 5 Jahren zusammengezahlt etwa 2,8 Mrd. DM, nach 1958 jährlich 765 Mio. DM an die Gläubiger überweisen, was angesichts einer expandierenden Weltwirtschaft im allgemeinen und dem „deutschen Wirtschaftswunder“ im besonderen keine größeren Zahlungsschwierigkeiten bereitet. Die für die BRD äußerst vorteilhaft vereinbarte Schuldenregelung läßt sich nicht ökonomisch begründen, sondern geopolitische und bündnisstrategische Überlegungen (1953: Korea-Krieg, Kalter Krieg) der westlichen Siegermächte waren für dieses Abkommen ausschlaggebend.

Das Indonesien-Abkommen 1970

Im Jahre 1968 kletterten die externen Schulden Indonesiens auf 2,42 Mrd. US-Dollar. Daraufhin kam eine Einigung der Gläubiger, basierend auf einem Gutachten des BRD-Bankiers Hermann-Josef Abs, zustande, in dem Indonesien verpflichtet wurde, alle Kreditforderungen von mehr als 180 Tagen Laufzeit innerhalb von 30 Jahren zurückzahlen.

Fortsetzung auf Seite 33

Olof Palme, Helmut Schmidt und die schwedische Atombombe

„Die Stärke der Sozialdemokratie liegt in ihrer unverbrüchlich und zäh bewahrten demokratischen Tradition“

— dies erklärte der schwedische Ministerpräsident im Jahre 1974.

Ein gutes Jahrzehnt später stellte sich heraus, daß seit 1945 hinter dem Rücken der Öffentlichkeit, hinter dem Rücken des Parlaments und selbst an Teilen der schwedischen Regierung vorbei ein ausgeklügeltes Atomwaffenprogramm vorangetrieben und 1972 mit der Zündung von 10 unterirdischen Atomtests abgeschlossen wurde. (Der letzte AK berichtete.) Eine, wenn nicht vielleicht die zentrale Person der schwedischen Atomwaffenentwicklung war Olof Palme. Es kann gewiß nicht darum gehen, den Ruf eines ermordeten Politikers zu diskreditieren und schon gar nicht darum, etwa Verständnis für diese Tat zu haben. Sondern für uns, für das Studium bundesdeutscher Parallelen, sind die schwedischen Erfahrungen zu wichtig, um dieses Kapitel aus fälsch verstandener Pietät zuzuklappen, bevor es verstanden wurde.

Mehr als peinlich war die Situation, als das schwedische Magazin „Ny Teknik“ im April 1985 die ganze Story anhand inzwischen freigegebener Geheimunterlagen und Zeugenbefragungen aufrollte. Palme kämpfte „bereits verzweifelt um seine politische Zukunft und um die Wahrung seiner internationalen Glaubwürdigkeit als ein Friedenspolitiker und Vor-

sich als Meister der Tarnung und Abweigerung.“

Schwedischer Regierungschef bis 1968 war Tage Erlanger, den „Ny Teknik“ 1984 um ein Interview über die heimliche Atomwaffenforschung bat. Erlanger verlangte 24 Stunden Bedenkzeit um u.a. mit Palme darüber zu sprechen. Schließlich erklärte Erlanger dem Ny Teknik-Journalisten, er solle mit Palme selbst darüber reden: „Palme schließlich war der Chef der Atombranche“.

Palme gehörte in der Tat als einer der ersten Benutzer von Erlanger nicht nur zum inneren Zirkel derer, die regelmäßig über das heimliche Atomwaffenprojekt unterrichtet wurden. Er war damals der „gang-leader“ des Pro-Atomwaffenflügels der schwedischen Sozialdemokratie und der Sekretär jenes sozialdemokratischen Atomwaffen-Komitees, das 1959/60 den Beschluß faßte, die Entscheidung für eine Atomwaffenproduktion aufzuschieben, die Forschungen zum Schutz vor Atomwaffen jedoch auszubauen. Die „Atomschutzforschung“ war fortan der Deckmantel, unter dem die illegalen Atomwaffen-Entwicklungen vorangetrieben wurden.

Die von „Ny Teknik“ veröffentlichten Dokumenten zeigen darüberhinaus, daß Palme bis unmittelbar vor seiner Regierungsübernahme im Atomwaffenlabor Grundsön bei Stockholm höchstpersönlich als Verwaltungschef tätig war. Dort wurden die Atomwaffen-Elektronik entwickelt und kleine, aber maßstabgetreue Tests durchgeführt, bei denen man das Plutonium durch andere Metalle ersetzt hatte. Nach der Regierungsübernahme von O. Palme trat Schweden einerseits dem Atomwaffensperrvertrag bei, setzte andererseits jedoch die Atomwaffenexperimente bis 1972 fort. Der Leiter der Testsprengungen von 1972, Torbjörn Karlen, gegenüber „Ny Teknik“: „Die neue Regierung unter Olof Palme teilte offenkun-

der Regierungstätigkeiten im Bereich der Atomenergie 1947-1970“ ein 215-seitiges Weißbuch publizieren ohne mit einer Silbe die militärischen Hintergründe der schwedischen Atompolitik zu erwähnen. Lt. „Ny Teknik“ handelt es sich hierbei um eine „abschließliche, detaillierte und systematische Fälschung der Realität von A bis Z“.

Im Laufe der „Ny Teknik“-Recherchen war Palme der einzige prominente Teilnehmer des Atomprojekts, der sich beharrlich weigerte, irgendeine Auskunft zu erteilen.

Nach den „Ny Teknik“-Enthüllungen erklärte Palme, Pläne für eine Atomwaffenherstellung habe es nie gegeben, es habe sich „allein um „Atomschutz“-Forschung gehandelt. Tatsächlich konnte „Ny Teknik“ in mindestens zwei Fällen die komplette Herstellung von Atomwaffen-Komponenten belegen.

Nach den sensationellen Enthüllungen der „Ny Teknik“ hatte u.a. die schwedische Zentrumsparterie eine parlamentarische Untersuchung der Angelegenheit verlangt. Palme lehnte dies ab und beschloß stattdessen, den Bock zum Gärtner zu machen. Eine interne Abklärung durch den schwedischen Verteidigungsminister sei ausreichend. Und so geschah es: Der mit der Untersuchung beauftragte Verteidigungsminister Anders Thunborg gab den Jo an den Leiter der Rechtsabteilung seines Ministeriums weiter. Dieser ließ im Laufe zweier Jahre als „Erwiderung“ eine kleine Broschüre erstellen, in der eine ganze Reihe falscher Fragen problemlos mit Dementis beantwortet werden konnte. Mit der Veröffentlichung dieser — heftig kritisierten — Broschüre ließ man sich Zeit bis nach den schwedischen Wahlen. Mittlerweile scheint die Affäre für die schwedische Öffentlichkeit „ausgestanden“, ohne daß der Kern der Angelegenheit — die jahrzehntelange Hinterziehung von Öffentlichkeit und Parlament — ernsthaft tangiert war.

Die Broschüre enthielt die Aussage: „ausgestanden“, ohne daß der Kern der Angelegenheit — die jahrzehntelange Hinterziehung von Öffentlichkeit und Parlament — ernsthaft tangiert war.

Helmut Schmidt: Schweden ist Vorbild

Während die schwedische Öffentlichkeit über die eigene Atomwaffenentwicklung im Unklaren gelassen wurde, war man in einschlägigen Kreisen der Bundesrepublik über die schwedischen Forschungen weitgehend informiert. Bereits im Zusammenhang mit der Weigerung führender Atomforscher, sich an der Herstellung bundesdeutscher Atomwaffen zu beteiligen (sogenannter „Göttinger Appell“ von 1957), hatten Adenauer und Strauß wiederholt darauf verwiesen, daß „inzwischen selbst zweitrangige Mächte wie Schweden eigene Atomwaffen entwickeln.“ (Weser-Kurier, 16.4.57)

Innerhalb der SPD zeigte man sich angetan über den Beschluß des schwedischen sozialdemokratischen Atomwaffenkomitees von 1960, die Entscheidung über eigene Atomwaffen zu verschieben, sich materiell jedoch auf alle Optionen vorzubereiten. Unter der Überschrift „Erler präzisiert das Nein zu den Atomwaffen“ — Die SPD verwurft auch das schwedische Beispiel des bis 1965 befristeten Verzichts — berichtete am 28.7.60 beispielsweise die FAZ über die Position des damaligen SPD-Wehrexperten und Fraktionsvorsitzenden Fritz Erler, demzufolge die BRD in dieser Hinsicht von Schweden „eine Masse lernen“ könne. 1965 wußte die Zeitschrift der „Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik“ zu berichten, daß „hinsichtlich der Kenntnisse auf dem Gebiet der Konstruktion von Atomsprenghörnern ... Schweden unter den Nichtatommächten heute wahrscheinlich mit an der Spitze“ liege (!). Ebenso hieß es im Offiziorgan „Wehrkunde“, daß neutrale Staaten „wie die Schweiz und Schweden ... seit Jahren die Aneignung von Kernwaffen diskutieren und sich diese Möglichkeit nicht verbauen lassen“ (vgl. Wehrkunde 8/65).

Helmut Schmidt war über die Hintergründe also keineswegs uninformiert, als er in seinem militärischen Standardwerk von 1961 (Neuaufgabe: 1965) für die Bundesrepublik die folgende Devise ausgab: „Die Bundesrepublik wäre gut beraten, wenn sie in ihren Äußerungen zur Frage nuklearer Waffen dem schwedischen Beispiel folgte. Die schwedische Regierung hat im Winter 1959/60 die Entscheidung über eine nukleare Bewaffnung der schwedischen Wehrmacht um ein halbes Jahrzehnt vertagt, um bis dahin die internationalen Bemühungen zur Schließung des Atom-Klubs zu unterstützen ... In der Zwischenzeit sollen jedoch die Voraussetzungen und Folgen, Vor- und Nachteile einer solchen Entscheidung fortlaufend beobachtet und geprüft werden. Eine sol-

che Linie wäre der Bundesrepublik zuträglich ... Sofern im Laufe der sechziger Jahre eine Entwicklung eintreten sollte, die auch für mittlere und kleinere Mächte unerlässlich erscheinen ließe, ihre Streitkräfte nuklear zu bewaffnen, und sofern eine solche Entwicklung auch die Bundesrepublik zu entsprechenden Beschlüssen zwingen (!) sollte“ — eigentlich will man es ja nicht: — „so würde damit die Hoffnung auf Verschärfung der mitteleuropäischen Probleme zweifellos weiter verringert werden.“ (S.202)

Schmidt forderte 1961 offenkundig nicht weniger als die Etablierung eines abruftreuen bundesdeutschen Atomwaffenprogramms. Vor dem Hintergrund der schwedischen Enthüllungen müßte im Grund genommen die gesamte Technologiepolitik nicht nur der sozialliberalen Koalitionen neu überprüft werden. Einige Analogien fallen schon auf Anhieb ins Auge.

Ebenso wie in Schweden wurden auch in der sozialliberalen BRD unter dem Vorwand der Energierzeugung zielstrebig die Techniken zur Gewinnung der Bombenstoffe ausgebaut (Schmidt legte sich als Bundeskanzler wegen der Gorleben-WAA 1977 sogar mit der us-amerikanischen Regierung an).

Ebenso wie in Schweden wurde auch in der sozialliberalen BRD unter dem Deckmantel der Atomschutzforschung seitens der Fraunhofer-Gesellschaft eine umfangreiche Erforschung von Atomwaffen-Designs initiiert (und in Zaire startete man klandestin und unter Umgehung der damaligen WEU-Bestimmungen die Erprobung bundesdeutscher Marschflugkörper.)

Ebenso wie in Schweden wird seit Jahr und Tag auch in der BRD die real existierende Atomwaffenforschung systematisch von der Öffentlichkeit abgeschottet; Es war schlicht und ergreifend gelungen, als 1985 die Bundesregierung in Beantwortung einer Anfrage der Bundestagsgrünen offiziell erklärte: „Es gab und gibt in der Bundesrepublik keine Nuklearwaffenforschung“. Und es ist bezeichnend, daß eine Enthüllung der „ZEIT“ über genau diese Forschung zwar von der Hamburger Redaktion abgesegnet, die Veröffentlichung jedoch vom ZEIT-Herausgeber Helmut Schmidt im letzten Moment verhindert wurde.

Traurig, aber wahr, läßt sich offenkundig auch die Reaktion der schwedischen Öffentlichkeit mit der hierzulande bekannten Ignoranz vergleichen: Etwa 4 Tage lang sorgten die Enthüllungen der „Ny Teknik“ im April 1985 für Schlagzeilen — danach war alles wieder ruhig. Bei uns könnte diese Ignoranz eines Tages allerdings tatsächlich katastrophal enden.

ma., Hamburg

Anmerkung

1) weiter heißt es in dem Aufsatz „Die Nuklearpolitik Schwedens“ (Europa-Archiv 21/85): „Eine weitere Verbesserung der technischen Leistungsfähigkeit auf diesem Gebiet (Konstruktion von Atomsprenghörnern — ma) ist als Nebenprodukt von Projekten zu erwarten, die vom schwedischen Forschungsinstitut für Landesverteidigung durchgeführt werden, wogegen dieses Institut sich nur mit Forschungsaufgaben befaßt, die zum Schutz gegen Kernwaffen dienen.“ Über den „Nebenprodukt“ der sogenannten Atomschutzforschung war man also auch in der BRD durchaus informiert ...

Wenn der Altkanzler cancelt ... Zensur bei der ZEIT

Wenn der Altkanzler cancelt ... Zensur bei der ZEIT

Im folgenden Auszüge aus einem Artikel, den der „ZEIT“-Redakteur Wolfgang Hoffmann im Herbst 1986 über mögliche Atomwaffenambitionen der BRD verfaßte. Nachdem die „ZEIT“-Redaktion der Veröffentlichung bereits zugestimmt hatte, intervenierte Helmut Schmidt als Herausgeber der „ZEIT“. Der Beitrag wurde nie publiziert.

„Anfang August zitierte das Kölner Boulevardblatt „Express“ den stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Bonner Bundestag, Wolfgang Roth, mit einer fünf Zentimeter hohen Balkenüberschrift: „Strauß will an Atomwaffen ran“. Die Zeitung war noch im Druck, da kam schon die Replik. Staatssekretär Edmund Stoiber aus der bayerischen Staatskanzlei schimpfte: „Absurd und niederträchtig“. Bonns Regierungssprecher Friedhelm Ost nannte Roths Spekulationen „unsinnig“. Selbst der ansonsten mit vorschnellen Urteilen eher zurückhaltende Forschungsminister Heinz Riesenhuber machte gegen Roth Front. Im noch größeren Boulevardblatt „Bild“ kommentierte Riesenhuber: „Demagogie“. Der Behauptung von Roth, die Wiederaufbauanlage in Wackersdorf diene dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß auch dafür, „die Option auf die Atom-Macht Bundesrepublik“ offenzuhalten, hielt Riesenhuber sein Fachwissen entgegen: „Das in Wackersdorf anfallende Uran und Plutonium kann aus physikalischen Gründen überhaupt nicht zur Herstellung von Atombomben verwendet werden.“

Der Schuß, den Wolfgang Roth aus dem Bonner Sommerloch abgefeuert hatte, drohte nach hinten loszugehen. Doch so lautstark Dementis und Proteste auf Roths Anschuldigung auch waren, sie vernebelten mehr, als sie erhellen sollten. In Wirklichkeit ist der Vorgang sehr viel differenzierter, als Forschungsminister Riesenhuber unter Berufung auf die Sach- und Fachkompetenz seiner beamteten Nuklearespezialisten dargestellt hat. Richtig ist: Solange Plutonium in den abgebrannten Brennelementen bleibt, die als Atomwaffen gelagert werden, ist es für Unbefugte, etwa für Terroristen, nicht verwertbar. Erst wenn es bei der Wiederaufarbeitung, wie sie in Wackersdorf geplant ist, von den übrigen anfallenden Spaltstoffen getrennt wird, kann es erneut verwendet werden — in neuen nuklearen Brennstäben für Leichtwasserreaktoren, für schnelle Brüter oder eben auch zum Bau

einer Bombe. Das vor allem macht die Kritiker der Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen besorgt, die für sie identisch ist mit dem Einstieg in die Plutoniumwirtschaft und ihrem möglichen militärisch-industriellen Komplex ...

Widersprüche zwischen der amtlichen Bonner Atom-Losart und der Realität gibt es auch auf dem Feld der Nuklearforschung. Vor Monaten beleuerte die Bundesregierung in einer Antwort an die Grünen im Bundestag: „Es gab und gibt in der Bundesrepublik keine Nuklearwaffenforschung“. Tatsächlich aber haben sich sowohl Gerhard Locke wie sein Kollege K.D. Leuthäuser im Fraunhofer-Institut mit Kernwaffen beschäftigt, und zwar bereits zur Zeit der sozial-liberalen Koalition. Leuthäuser schrieb in einem seiner Forschungsberichte: „Die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik kann an der Existenz nuklearer Waffen und damit auch an der Möglichkeit ihres Einsatzes nicht vorbeigehen. Aus diesem Grunde ist eine eigene Urteilsfähigkeit über die naturwissenschaftlichen und technischen Grundlagen auf dem A-Gebiet unerlässlich zur Bewertung der Bedrohungssituation, der eigenen Verteidigungsfähigkeit, der Wirksamkeit der Abschreckungsstrategie der NATO und der internationalen Bemühungen zur Nichtverbreitung von Kernwaffen bzw. Beschränkung strategischer Waffensysteme“. Leuthäuser dann weiter: „Die wehrtechnische Forschung schafft hierfür die Grundlagen. Das Institut hat in den vergangenen Jahren im Auftrag des Verteidigungsministeriums, Referat Rufo2, in Zusammenarbeit mit verschiedenen Stellen des Verteidigungsbereiches und unterstützt durch Einzelforschungsaufträge des Verteidigungsministeriums mit Hochschulen und Industrie-firmen Daten ermittelt und Methoden ausgearbeitet.“ Das Verteidigungsministerium finanziert die Fraunhofer-Gesellschaft mit 45 Millionen Mark (1986).

Für Fraunhofer-Mitarbeiter Leuthäuser sieht diese Aussage allerdings nicht im Widerspruch zu der Erklärung der Bundesregierung, es gäbe keine Nuklearwaffenforschung. Leuthäuser: „Es handelt sich um rein defensive Forschungen im Rahmen unserer Arbeiten für Schutz- und Härtnungsmaßnahmen. Wer ein Konzept zur Verteidigung gegen den Kernwaffeneinsatz haben will, muß dazu auch das Know-How über Wirkung und Funktion solcher Waffen haben“. Aber: Wer dieses Know How hat, es überdies auch noch mit Hilfe der Wiederaufarbeitung von Reaktorplutonium vertiefen kann, dürfte durchaus in der Lage sein, A-Waffen aus dem Stand heraus zu entwickeln und zu bauen ...

Alles Taktik

Im April 1985 veröffentlichte die schwedische Zeitschrift „Ny Teknik“ ein aufschlußreiches Gespräch über die politischen Überlegungen der Sozialdemokraten. Karl Frithofson war von 1958-1967 Staatssekretär im schwedischen Verteidigungsministerium. Heute ist er Provinzgouverneur im schwedischen Mariestad. Das Gespräch ist deswegen so originell, weil die beschriebene Taktik auch genau umgekehrt interpretiert werden kann, beispielsweise von den angesprochenen Militärs. Und so war sie ja wohl auch gedacht.

Frithofson: Die Regierungslinie bestand darin, die Militärführer und das FOA (FOA = Staatliches Institut für Verteidigungsplanung) glauben zu machen, wir würden schwedische Atomwaffen herstellen ... Es ging uns darum, die erhitzte Diskussion über schwedische Atomwaffen einzubalsamieren, den Deckel draufzuhalten. Morgen würde die Welt schon anders aussehen, und Kenntnisse über Atomwaffen sind schließlich nicht allzu gefährlich. So etwa wurde das erörtert. Palme inspirierte die Linie, sich die Freiheit der Aktion offenzuhalten, nicht ja oder nein zu sagen, sondern die Entscheidung zu verschieben. Im Verteidigungsministerium interpretierten wir das als eine taktische Finesse: Laß doch die Militärs ruhig glauben, daß schwedische Atomwaffen möglich und erstrebenswert sind. Dann werden sie wohl ruhig halten ... Wenn wir härter gewesen wären, mit der Faust auf den Tisch gehauen und gesagt hätten: Schluß jetzt! — dann hätte es

erneut gebrannt. Dies war eine Frage, die die Nation in zwei Hälften gespalten hatte. Wie spielen auf Zeit. Wir wußten, daß der Oberbefehlshaber von FOA alles tun würde, um in kürzester Frist die Produktion von Atomwaffen anlaufen zu lassen. Das aber war etwas, das im Rahmen des Atomschutz-Programms aufgehoben werden konnte.

Ny Teknik: Die Regierung wußte also, daß innerhalb des Schutzforschung-Programms die Vorbereitungen für die Atomwaffenproduktion vorangetrieben wurden?

Frithofson: Ja. Ich hatte die Aufgabe, Späher zu sein für den Verteidigungsminister Sven Andersson. Er hatte natürlich die politische Kontrolle über FOA und die Militärstellen. Meine Aufgabe war es, alles im Auge zu haben, was sich hinter den Kulissen abspielte.

Ny Teknik: Der Verteidigungsminister wußte also, was hinter den Kulissen vor sich ging?

Frithofson: Sicherlich. Aber Sie müssen sich vor Augen halten, daß es nicht allzu leicht ist, zu sagen, dieses und jenes ist erlaubt und dieses und jenes ist verboten. Das eine könnte die Voraussetzung für das andere sein und umgekehrt. Aber wie gesagt, unsere Taktik bestand darin, sie austoben zu lassen, bis sie erschöpft waren. Wir wußten, daß unsere Zeit kommen und ihre Zeit auslaufen würde.

die die Einschätzung des Instituts für Verteidigungsforschung, daß wir das Programm, das wir einmal gestartet hatten, auch vollenden sollten. Folglich tat wir das bis Februar 1972.“

Täuschen und tamen

Nun ist durchaus zu begrüßen, wenn sich jemand vom klandestinen Atombomben-Entwickler zum Vermittler für atomwaffenfreie Zonen wandelt. Zu fragen ist allerdings, ob Palme mit seiner Vergangenheit tatsächlich gebrochen hatte. Denn gerade Palme hat bis zuletzt versucht, die Geschichte des schwedischen Atomwaffenprojekts unter der Decke zu halten:

— Anfang der 70er Jahre ließ er unter dem Titel: „Motive und Zielrichtungen

reiter für nukleare Abrüstung“ schrieb am 28.4.85 der Londoner „Observer“. „Palme sagte vor Journalisten, er habe damals einen Kompromiß finden müssen zwischen einer Unterbrechung früherer Entwicklungsarbeiten und der Möglichkeit, weiter über Atomwaffen zu forschen, ehe man sich nicht endgültig gegen den Besitz solcher Waffen entscheiden habe“, bestätigte am 26.4.1985 auch die FAZ. Aber in den SPD-nahen Medien zog man es bezeichnenderweise vor, den Skandal totzuschweigen. Nichts gegen Straßennahmen und Gedächtnismärsche für Olof Palme, wie sie bei der Sozialdemokratie zur Zeit Konjunktur haben. Es gibt wahrhaftig schlimmeres. Wohl aber sollten sie nicht mit Gedächtnislücken stattfinden. Palme steckte über beide Ohren im schwedischen Plutoniumsumpf. Noch im Zuge der Aufklärung erwies er

Atompuzzle zwischen Hanau und Mol

Eher mit einem Achselzucken reagierte unsereins, als der Atomskandal zur Jahreswende die Schlagzeilen beherrschte. Während die veröffentlichte Meinung von „Bild“ bis „faz“ heftig die lange tabuisierte militärische Dimension der Kerntechnik, jeder Kerntechnik, diskutierte, stand gerade die kritische Minderheit, die diesen Gedanken immer schon ziemlich naheliegend fund, vor einem Rätsel: Ein illegaler Handel mit Pakistan? Oder mit Libyen, was noch unwahrscheinlicher klingt? Was trieb die CDU-Politiker Töpfer, Wallmann, Weimar, unzweideutige Befürworter der Atomenergie, einen Proliferationsverdacht in die Welt zu setzen, um ihn nur eine Woche später vehement zu dementieren? Längst hat sich die Erregung wieder gelegt. Die verantwortlichen Politiker haben Entwarnung gegeben, nach einigen personellen und organisatorischen Veränderungen arbeiten die Skandalfirmen weiter, drei Untersuchungsausschüsse streifen sich um Akten und Zeugen, und die Staatsanwaltschaft hat nichts Beweiskräftiges. Aber immer noch und immer wieder sind radioaktive Abfälle verschwunden, um anderswo falsch deklariert aufzutauken, werden nicht angemeldete Uranvorräte und unerklärliche Plutoniumverluste bekannt. Wenn sich die bürgerliche Schlagzeileritis gelegt hat, hat Aufklärung manchmal größere Chancen. Sie ist nicht deshalb mühsam, weil es an Spuren mangelt, eher gibt es zu viele.

Als erstes mußte eine Wahl abgewartet werden. In der zweiten Märzwoche 1987 informierte der damals neue kaufmännische Geschäftsführer der Hanauer Transnuklear, Hans Joachim Fischer, das Management von TN und ihrer Mutterfirma Nukem über „Unregelmäßigkeiten“ in den Abrechnungen. Zwischen 1981 und 1986 seien von der Abteilung Radioaktive Abfälle fünf bis sechs Millionen Mark Schmiergelder gezahlt oder unterschlagen worden. Der damalige Aufsichtsratsvorsitzende der Nukem und sein Stellvertreter, Spalthoff (RWE) und Becker (Degussa), wurden informiert. Fischer machte den Vorschlag, eine Selbstuntersuchung beim zuständigen Finanzamt oder bei der Hanauer Staatsanwaltschaft einzureichen. Doch die Degussa zögerte über wiederholte Interventionen ihrer Steuerabteilung die Selbstanzeige um runde drei Wochen hinaus: bis zum 7. April, genau zwei Tage nach der hessischen Landtagswahl. Trotz aller inzwischen vorgebrachten Erläuterungen und Relativierungen ist ganz klar, daß die Affäre erst nach dem Wahltermin öffentlich werden sollte. Die Manager verhehlen nicht, wenn ihre politischen Sympathien damals galten: der CDU/FDP-Koalition, die das ein Vierteljahr zuvor zerbrochene rot-grüne Bündnis dann auch knapp schlagen konnte.

Bis Mitte Dezember 1987 konnte man erfahren, daß Transnuklear Angestellte bundesdeutscher Atomkraftwerke und Energieversorgungsunternehmen sowie des Kernforschungszentrums CEN im belgischen Mol „beschenkt“ hatte, um sich „lukrative Aufträge“ zur Entsorgung des schwach- bis mittelaktiven Abfalls zu beschaffen, wie er in den AKWs ständig anfällt. Angaben über die Zahl der bestochenen Angestellten schwanken zwischen 30 und 100 Personen. Durch andere Firmen und durch Scheinfirmen ließen sich die TN-Leute fingierte Rechnungen ausstellen, um auf diese Weise eine „schwarze Kasse“ zu füllen („Zeit“, 4.9.87). Daraus bekamen Sicherheitsingenieure, Strahlenschutz- und Entsorgungsbeauftragte Zuwendungen, die von kleineren Sachgeschenken bis zu hohen Geldbeträgen reichten. Genüßlich beschrieb die Presse, daß sich die Männer aus der nuclear community oft ihr einschlägiges Nachleben von TN bezahlen ließen. Mit diesen merkwürdigen, aber, wie die Beschuldigten versicherten, branchenüblichen Methoden hat das Unternehmen seinen Umsatz in der Abteilung radioaktive Abfälle zwischen 1979 und 1986 auf das Dreizehnfache gesteigert („stern“, 29.12.87).

Die nuklearen Transporte betreffen freilich nicht nur die genannten schwach- bis mittelaktiven Abfälle (z.B. kontaminierte Arbeitskleidung oder Reinigungsmittel), in denen Spaltstoffe höchstens spurenwei-

se vorhanden sein sollten, weshalb sie auch nicht den internationalen Kontrollen der Wiener IAEA oder der Brüsseler Euratom unterliegen. Ebenso hat TN stark strahlendes Material befördert, Brennelemente vor und nach ihrem Einsatz, und für Plutoniumtransporte besaßen allein die Hanauer Spediteure die Genehmigung der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt. Im schwach- bis mittelaktiven Bereich bot die Firma jedoch nicht nur Transportleistungen an, sondern einen „Entsorgungsservice“. So schloß sie mit den AKW-Betreibern Verträge ab, wonach die genannten Abfälle konditioniert (Verpressen/Verbrennen/Verfestigen zur Volumenreduzierung) und in endlagerfähiger Form zurückgebracht werden sollten. Da TN über keine eigene Konditionierungsanlage verfügte, arbeitete man mit den Kernforschungszentren in Karlsruhe, Mol und Studsvik (Schweden) zusammen. Vor Ort in Mol waren TN-Angestellte mit „Sortierungsarbeiten“ der radioaktiven Abfälle beschäftigt. „Handierungsarbeiten“ für TN leistete auch die belgische Firma Smet Jet auf dem Gelände des CEN.

Das Problem ist die Entsorgung...

Zunächst hieß es, Transnuklear habe die Bestechungsgelder für Aufträge zur Entsorgung des schwach- bis mittelaktiven Abfalls gezahlt. Sicherheitsbelange seien dabei nicht verletzt worden. Diese Behauptung ließ sich nicht mehr aufrechterhalten, nachdem in Belgien zwei Direktoren des CEN wegen der Annahme von TN-Geldern entlassen worden waren und dort ebenfalls staatsanwaltschaftliche Ermittlungen eingesetzt hatten. Am 8. und 15.12.87 sahen sich Transnuklear und Preußenelektra zu weiteren Eingeständnissen gegenüber dem Bundesumweltministerium veranlaßt: In Mol konditionierte und an die Atomkraftwerke Unterweser und Stade zurückgelieferte Abfälle enthielten geringe Mengen Plutonium und größere Mengen Kobalt 60. Daraus folge, daß andere Abfälle „angereichert“ worden seien, obwohl die Begleitpapiere die AKWs Unterweser und Stade als Unversehrte auswiesen. Eine falsche Deklaration zurückgelieferter Abfälle sei möglicherweise auch bei den Atomkraftwerken Neckarwestheim, Philippsburg und Würgassen vorgekommen (Bericht des Bundesumweltministers Töpfer vom 21.12.87). Darüberhinaus will Transnuklear angeblich erst zu diesem Zeitpunkt bei weiteren firmeninternen Überprüfungen herausgefunden haben, daß man in Smet Jet im Laufe von acht Jahren ca. 24 Mio. DM gezahlt habe, obwohl die Leistungen der belgischen Firma allenfalls mit 8 Mio. zu veranschlagen seien. Weitere 15 Millionen, die möglicherweise für Bestechungen aufgewendet wurden.

Am 15.12.87, zeitgleich zum Bekanntwerden dieser neuen Informationen, nahm sich der ehemalige TN-Angestellte Hans Holz, der fünf Tage zuvor festgenommen worden war, in der Untersuchungshaft das Leben. Ähnlich wie seinerzeit der Flick-Buchhalter hatte Holz die schwarze Kasse geführt und auf einer Liste die sog. „nützlichen Aufwendungen“ und ihre Empfänger notiert. Bereits im April 1987 war er beurlaubt und wenig später entlassen worden. In staatsanwaltschaftlichen Vernehmungen hatte er versichert, mit Wissen und im Auftrag der Geschäftsleitung gehandelt zu haben — eine Behauptung, für die es mittlerweile zahlreiche Belege gibt.

Töpfer entzog der Firma am 17.12.87 bis auf weiteres die Genehmigung für Atomtransporte und ordnete eine Überprüfung ihrer Zuverlässigkeit an. Die falsche Deklaration von Fässern mit radioaktivem Inhalt und insbesondere die Verunreinigung mit Plutonium elektrisierten die Öffentlichkeit. Mol-Fässern galt eine Zeitlang höchste Aufmerksamkeit, und man fand in verschiedenen Atomkraftwerken, Zwischenlagern und Forschungsinstituten bis zum Jahreswechsel knapp 2000 Stück, während die genaue Untersuchung ihres Inhalts auf sich warten ließ.

Als Erklärung für die Plutoniumverunreinigungen präsentierte TN 321 zwischen 1982 und 1984 gelieferte Fässer mit Rückständen des Reaktors BR-3 in Mol. In diesem 1987 stillgelegten Forschungsreaktor habe sich 1977 ein Störfall, eine „Panne“ bzw. „Leakage“ ereignet, weshalb eine Dekontaminierung des Primärkreislaufs durchgeführt worden sei. Die verfestigten Reinigungsschlämme mit insgesamt 211 Milligramm Plutonium seien auf jene 321 Fässer verteilt worden. Die Verunreinigung betrage pro Faß etwa 300 Millicurie Kobalt 60 und 0,04 mCi entsprechend 0,57 mg Plutonium 239. Diese Werte lägen innerhalb des Erlaubten, und dementsprechend hätten auch Messun-

gen der Strahlendosis an der Oberfläche der Fässer nichts Auffälliges ergeben können. Garantieren könne TN allerdings nicht dafür, daß nicht auch weitere Fässer mit Fremdstoffen gefüllt seien, die nicht von ihren Absendern stammen („Frankfurter Rundschau“, 18. und 22.12.87; „Spiegel“, 28.12.87). Später wurde genauer bekannt, wohin die 321 Fässer geliefert wurden: 64 nach Neckarwestheim, 150 nach Würgassen, 107 nach Stade, wobei die letzte Charge in der Lagerhalle Kleinsiedel des AKW Unterweser landete. Nach Informationen der „faz“ (13.1.88) soll Transnuklear diese Angaben im Dezember von Mol erhalten haben.

Eine anschauliche Darstellung für Vermischungspraktiken in Mol gab ein CEN-Mann dem „stern“ (29.12.87): Man habe den Abfall aus dem Reaktor BR-3 neben eine kohaltthaltige Sendung aus der Bundesrepublik gestellt und die Anweisung gegeben, „mal den Inhalt aus den deutschen Behältern und mal den belgischen Behältern unter den Zement zu mischen.“ So sei das belgische Plutonium mit in die BRD zurückgekommen, wo es nicht hingehöre. Zu ergänzen wäre: Auch die stärker strahlenden und somit auffälligeren belgischen Kobaltreste wäre man auf diese Weise losgeworden, da der deutsche Teil der Mischung ebenfalls eine Kobalt-Kontamination aufwies. Allerdings kann die ganze Darstellung, wie wir später sehen werden, nicht zutreffen.

Die Belgier, die nach dieser Version nicht nur TN-Gelder kassiert sondern auch noch eigenen Pu-kontaminierten Abfall heimlich und billig beiseitegeschafft hätten, gaben die 321 Fässer zu, behaupteten aber, ihrerseits geschädigt worden zu sein, weil TN große Mengen Abfälle geliefert habe, die in Mol gar nicht konditioniert werden konnten. Von 1983 bis 1987 habe das Hanauer Unternehmen 6000 Kubikmeter Abfälle angefahren, wovon 4900 Kubikmeter bearbeitet wurden. Von den verbleibenden 1100 Kubikmetern könnten nach Untersuchungen noch 500 Kubikmeter konditioniert werden, die restlichen 600 Kubikmeter seien jedoch wegen zu hoher Strahlung in Mol nicht bearbeitungsfähig. Bei diesen 600 Kubikmetern handle es sich jedoch nicht um plutoniumhaltige Abfälle, erklärte das belgische Energieministerium zur Erleichterung der Kollegen in der BRD (Bericht Töpfers vom 21.12.87). Im Prinzip einigten sich die Behörden beider Länder darauf, daß die Belgier ihre 321 Fässer und die Deutschen ihre 600 Kubikmeter jeweils wieder zurücknehmen. Vorher seien aber laut Töpfer „die Struktur dieses Materials und die Bedingungen, unter denen sie nach Belgien geschafft worden sind, zu überprüfen“ („FR“, 24.12.87).

Die „nützlichen Aufwendungen“ an CEN-Angestellte schienen ein plausibles Motiv zu haben: Die Belgier bekamen Geld dafür, daß sie Abfälle annahmen und lagerten, die sie gar nicht bearbeiten konnten. Und TN ließ sich für Leistungen bezahlen, die das Unternehmen gar nicht erbrachte oder deren vorschriftsmäßige Ausführung viel teurer gewesen wäre. Der Atomskandal rangierte unter dem Stichwort „ungelöste Entsorgung“. Wenn schon die Handhabung der schwach- bis mittelaktiven Abfälle derartige Probleme bereite, so fragten die Kommentatoren, wie werde es dann erst mit der Wiederaufarbeitung und Endlagerung der bestrahlten Brennelemente ausfallen? Aber Mitte Januar nahm die Geschichte ihre nächste spektakuläre Wendung.

Nukem: Uran im Abfall

Am 14.1.88 antwortete Wallmann im Umweltausschuß des hessischen Landtags auf eine Frage des Grünen Joschka Fischer, im Zusammenhang mit den Vorgängen in Mol gebe es den konkreten Verdacht einer Proliferation waffenfähigen Spaltmaterials an Pakistan oder Libyen. Am gleichen Tag verfügte Töpfer die vorläufige Stilllegung der nuklearen Produktion bei der Hanauer Nukem, weil das Unternehmen die Behörden unzureichend informiert habe. Diese Maßnahme habe aber, wie in den folgenden Tagen in Bonn und Wiesbaden betont wurde, nichts mit dem Proliferationsverdacht zu tun.

Vergegenwärtigen wir uns zunächst die Vorwürfe gegen Nukem. Bei der Mutterfirma von Transnuklear wurden 50 Mol-Fässer erst „entdeckt“, als quer durch die Republik bereits 2000 Fässer aus Belgien gemeldet waren. Von diesen Fässern wußte Nukem seit 1985, daß sie Spuren von Caesium 137 und Kobalt 60 enthielten. Weil diese Nuklide nicht von den Nukem-Abfällen stammen könnten, verweigerte das Unternehmen die Annahme der Fässer, sodaß sie einfach in einer Lagerhalle von TN abgestellt wurden. Darüberhinaus waren zwei Fässer nicht mehr auffindbar; ein weiteres Faß war trotz der Kontamination an die Uranverarbeitungsanlage Gewerkschaft Brunnhilde im pfälzischen Ellweiler gegangen.



Die Belgier, die nach dieser Version

Unabhängig von den unterschiedli-

immer noch aus und wurde m.W. auch

Unabhängig von den unterschiedlichen Bewertungen wird von Nukem und den Behörden die im wesentlichen übereinstimmende Darstellung gegeben: Präzise nuklearlyrisch. Von 1983 bis Anfang 1987 ließ Nukem 42,5 Tonnen uranhaltige Betriebsabfälle von TN nach Mol bringen. Dabei habe es sich um zerkleinerte Labormöbel gehandelt, die mit angereichertem Uran kontaminiert gewesen seien. Vielleicht war es auch umgekehrt? In Pressemeldungen wird von „hoher“ oder „starker“ Anreicherung dieser Uraneinschmelzungen gesprochen, was nicht auszuschließen ist, da das Nukem-Uran Anreicherungen bis zur Waffentauglichkeit besitzt. Um die Auflagen für schwach- bis mittelaktiven Abfall einzuhalten, will das Unternehmen abgereichertes Uran hinzugegeben haben, bis mit Hilfe einer solchen „Verdünnung“ die Isotopenzusammensetzung von Natururan (0,71% U235) erreicht worden sei. Darüber seien auch die Kontrollen unterrichtet worden, was wohl so zu verstehen ist, daß man die dafür benötigte U238-Menge angegeben hat.

Die so präparierten Abfälle seien nicht zu einer endlagerfähigen Konditionierung nach Mol geschickt worden, sondern nur zur Verbrennung. Denn man wollte, sagt Nukem, versuchen, das enthaltene Uran später als Kernbrennstoff zurückzugewinnen. Die Quantitäten müßten demnach so gewesen sein, daß ein solcher Versuch als lohnend erschien. 53 Fässer zu je 200 Litern, von Nukem als „Asche mit Natururan“ deklariert, seien zwischen 1984 und 1986 zurückgekommen, zunächst 1984 in einer gesonderten Sendung zwei Stück, die angeblich nicht vollständig gefüllt waren. Daher habe man sie bei Nukem „mit Reststoffen in verschiedenen Abfallfässern zusammengefaßt“. Zusammen sollen die beiden verschwundenen Fässer 114 kg Material enthalten haben.

Aus den folgenden 51 Fässern zog Nukem 1985 Proben, in denen geringe Beimengungen von Kobalt 60 und Caesium 137 festgestellt wurden: 3 bis 5 Becquerel

pro Gramm Reststoff in der Hälfte dieser Fässer. Ferner ergab die Untersuchung Hinweise darauf, daß die Behälter auch angereichertes Uran enthielten, das „Kernbrennstoffcharakter“ besaß. Von der Verunreinigung mit „Fremdstoffen“ und dem Brennstoffcharakter des Urans wurden die Aufsichtsbehörden nicht informiert; auch wurde damals keine Plutoniumanalyse vorgenommen, obwohl der Caesiumbefund dies nahegelegt hätte. Wären die Behörden informiert worden, so der hessische Umweltminister Weimar, so wären die dubiosen Abfallverschiebungen und Vermischungen in Mol wahrscheinlich schon vor drei Jahren aufgeklügelt. Stattdessen schickte Nukem im Juli 1986 eine Probe mit 15 kg solcher uranhaltiger Asche (anderen Berichten zufolge zwei Proben zu je 15 kg) an die Uranverarbeitungsanlage in Ellweiler, um prüfen zu lassen, ob eine Rückgewinnung des Urans möglich wäre. Eine Bearbeitung ist dort anscheinend aber nicht erfolgt.

Weitere 22 Fässer der Nukem mit ähnlichem Inhalt lagern noch in Mol. Daraus und aus der bereits nach Hanau zurückgelieferten Sendung ließ Nukem im Oktober 1987 Proben entnehmen, um sie nun auch auf Plutonium untersuchen zu lassen. Für die noch in Mol lagernden Nukem-Fässer wurde ein Pu-Gehalt von 6 Nanogramm pro Gramm Asche ermittelt (Nano = Milliardstel). Das Ergebnis für die Proben aus Hanau stand im Februar

immer noch aus und wurde m.W. auch später nicht bekanntgemacht (nach „Simens/Argumente“, 9.2.88). Noch im Dezember, als die Untersuchungen zu Transnuklear auf vollen Touren liefen, verschwiegen Nukem den Behörden, diese Analysen in Auftrag gegeben zu haben. So erweckte die Firma den Eindruck, daß sie etwas zu verbergen hat. Gleichwohl mußte man, wenn nicht gleichzeitig der Proliferationsverdacht laut geworden wäre, die Reaktion der hessischen Landesregierung als überzogen empfinden. Ministerpräsident Wallmann bestellte die Nukem-Aufsichtsratsvorsitzenden Spalthoff und Becker am 14.1.88 zu sich, um von ihnen ultimativ die Suspendierung der gesamten Nukem-Geschäftsleitung, der Strahlenschutzbeauftragten und aller weiteren Mitarbeiter zu fordern, die mit der Sache befaßt waren.

Zwei verschwundene Fässer?

Nach wie vor erklärungsbedürftig ist die Frage, wie der Proliferationsverdacht, der mit den Verfällen bei Nukem angeblich ja nichts zu tun hat, ins Rollen kam. Die Politiker Wallmann und Weimar behaupteten später, es habe nur eine einzige Quelle dafür gegeben, einen Journalisten des kleinen Bonner Blatts „Energierpoint“. In der dritten Januarwoche war allerdings noch von mehreren Hinweisen die Rede gewesen: der belgische Grüne Paul Staes, ein Journalist des französischen „L'Express“, eine freie Mitarbeiterin des „stern“, ein namentlich nicht genannter Schweizer Journalist sowie ebenfalls anonyme Mitarbeiter von TN. Der Sender RTL meinte, die Informationen stammten vom israelischen Geheimdienst Mossad. Jedenfalls besagten sie, waffenfähiges Spaltmaterial aus Mol sei von Transnuklear nach Lübeck transportiert, dort auf einem finnischen Schiff unter einer Ladung Koks versteckt worden und über Schweden nach Pakistan oder

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Libyen gelangt. An dem Handel seien die Bremer Hansa Projekt Transport und die Lübecker Neuen Metallhüttenwerke beteiligt gewesen, beide im Besitz der pakistanischen Brüder Gokal, die im Ruf stehen, Waffenhändler zu sein. Gelegentlich wurden auch Bremen und Hamburg als Häfen genannt, über die Proliferationsgeschäfte abgewickelt wurden. Weil bei Nukem zwei Fässer verschwunden waren, befürchtete man, daß sie waffenfähiges Uran oder Plutonium enthalten haben könnten.

Am Abend des 15.1.88 dementierte in Hanau Jörg Pompetzki, Firmensprecher von Nukem und TN, waffenfähige Atomexporte nach Pakistan, Libyen oder Sudan (letzteres war gar nicht behauptet worden, doch soll der Sudan ein Hauptumschlagplatz für unkontrollierte bzw. illegale Nukleargeschäfte sein). Die PTB Braunschweig erklärte, TN habe zwei Genehmigungen für den Transport von drei großen Kobalt-Strahlungsquellen (mehr als 5000 Curie) nach Lahore in Pakistan erhalten. Eine weitere Genehmigung habe die Firma für den Transport einer Kobalt-Großquelle von Montreal über Hamburg nach Karatschi gehabt. Für die ersten genannten Sendungen wurde die Siemens AG als Absender und eine Klinik im Punjab als Empfänger genannt. Die Sendung nach Karatschi erfolgte im Auftrag von Atomic Energy of Canada Ltd. und diente offenbar nicht medizinischen Zwecken. Auch für Cesium-Transporte nach Lahore gab es Genehmigungen, die anscheinend aber nicht in Anspruch genommen wurden.

Aus einem „FAZ“-Artikel (16.1.88) geht hervor, daß die Kobaltsendung von Kanada via Hamburg nach Pakistan in Hanau vorübergehend ungezwungen überprüfbar wurde. Von sich aus gab Nukem bekannt, einmal 19,45 kg Uran in Form von Hexafluorid an Pakistan verkauft zu haben. Der Stoff sei 1978 für Laborzwecke geliefert worden. Über den Anreicherungsgrad dieses Urans wurden keine Angaben gemacht. Desweiteren ging 1987 eine Kobalt 60-Sendung, „für ein technisches Gerät bestimmt“, über den Bremer Hafen nach Libyen. Mitte Januar 1988 kam ein Kobalt-Bestrahlungsgerät vom Mayo-Hospital Lahore über den Hamburger Hafen an den deutschen Hersteller in Karlsruhe bei Hanau, wahrscheinlich KWU/Siemens, zurück. Aber auch eine Güterüberholer Holzverarbeitungs-fabrik namens „Wirus“ soll eine medizinische Kobaltquelle, anderen Angaben zufolge ein altes Isotopenmaßgerät, nach Pakistan exportiert haben.

Unter Berufung auf „zuständige Kreise in Bonn“ meldete dpa am 18.1.88, aus einem nicht von der IAEA kontrollierten Bereich des Atomzentrums Mol seien erhebliche Mengen spaltbaren Materials ins Ausland geliefert worden, Pakistan sei eines der Empfängerländer, deutsche Unternehmen seien wahrscheinlich jedoch nicht daran beteiligt gewesen. Die „Frankfurter Rundschau“ (15.1.88) gab die Genehmigungen der PTB für TN so wieder, daß sie auch „Atomrückstände“ für Pakistan eingeschlossen hätten. Diese Behauptung wurde jedoch nicht wiederholt.

Der Begriff des spaltbaren Materials, das zur Herstellung von Atombomben geeignet sein könnte, ist ein weites Feld. Der belgische Sozialist und Europa-Abgeordnete Glinne sprach damals von 45 kg hochangereichertem Uran, die in pakistanischen Besitz gelangt seien. Dafür seien „praktisch alle europäischen Staaten“ verantwortlich („FR“ und „FAZ“, 19.1.88).

Hingegen wurde in der Boulevardpresse mit Bestimmtheit die These vertreten, es sei um Plutonium gegangen. So hatte die Frankfurter „Abendpost-Nachtausgabe“ schon am 18.12.87 behauptet, von TN und aus Mol seien nicht nur falsch deklarierter schwach- bis mittelaktiver Abfall, sondern auch „illegal hochgefährliche Kernbrennstoffe“ verschoben worden. Belgische Behörden hätten bestätigt, daß TN „mit Hilfe von Bestechungsgeldern Plutonium ungenehmigt in Mol umgebracht hat“. „Ausgediente Brennstäbe“ seien in Mol bearbeitet worden, doch die „Restabfälle“ seien nicht zur Zwischenlagerung in die Bundesrepublik zurückgekommen, sondern durch anderen Atom-müll ausgetauscht worden. „Bild“ berichtete am 15.1.88, „daß offenbar in (genutzte) Atom-müll-Fässer (verbottenerweise) hochgiftiges Plutonium gefüllt wurde. Transnuklear transportierte die Fässer ins belgische Atomkraftwerk Mol. Dort soll das Plutonium herausgeholt und weiter verschoben worden sein — möglicherweise nach Pakistan und Libyen.“

Beide Thesen gehen von einer Plutoniumextraktion in Mol aus — sei es nun durch Wiederaufarbeitung bestrahlter Brennstäbe oder Rückgewinnung aus Abfällen, die stark mit Plutonium versetzt sind. Beide Technologien waren in Mol vorhanden: Von 1968 bis 1974 wurde dort die WAA Eurochemie von zwölf westeuropäischen Ländern betrieben. Die

„FAZ“ (16.1.88) merkte dazu an, es müsse geprüft werden, ob sich die Geschäftsführung, heute als Belgoproces N.V. mit Dekontaminierungsarbeiten befaßt, wirklich an die Stilllegung gehalten hat. Als geschlossene Anlage unterliegt dieser Bereich auch nicht der IAEA-Kontrolle (siehe die schon erwähnte dpa-Meldung). Zweitens wurde auf dem Eurochemie-Gelände unter Regie des Karlsruher Kernforschungszentrums eine sog. Nahtver-

Der mysteriöse Störfall

War Plutonium wirklich nur aus Belgien in die BRD gekommen oder auch umgekehrt? Eine Zeitung geht das Interesse der Frage, was in jenen 600 Kubikmetern bundesdeutscher Abfälle in Mol, die dort nicht behandelt werden können, eigentlich enthalten war. Genauer gesagt wurden zwei Fragestellungen aufeinander vermengt oder sogar absichtsvoll durcheinandergeworfen: 1. Gab es hochradioaktive Chargen in jenen nicht bearbeitungsfähigen Abfällen? 2. Waren Spaltstoffe darin enthalten? Aus Mol ver-nahm man unterschiedliche Begründungen, weshalb dieser Teil des bundesdeutschen Materials nicht konditioniert werden konnte. Die Strahlung der Fässer überschreite die für die belgische Anlage zulässigen 200 Millirem; dabei gehe es beispielsweise um Filterrückstände oder Verdampferkonzentrate, nicht bearbeitet werden könnte auch Core-schnitt mit stark strahlendem Kobalt aus dem AKW Würgassen u.a.m. Von Transnuklear-Angestellten kamen dagegen Hinweise, wonach sich auch spaltbares Material in dem BRD-Abfall befunden habe, der nach Mol transportiert wurde („Spiegel“, 28.12.87). So könne bei Brennelemente-Schutt Plutonium in den leicht-aktiven Müll geraten. In

nischenanlage errichtet, um Plutonium aus brennbaren Abfällen zurückzugewinnen, gedacht vor allem für stark plutoniumhaltige Betriebsrückstände aus der Wiederaufarbeitung oder der Brennelementeherstellung. Mit diesem Verfahren produzierte Belgoproces N.V. im Rahmen eines zweijährigen Demonstrations-betriebs (1983-85) 6 kg Plutonium aus 4 Kubikmetern brennbarem Eurochemie-Abfall. Nach Mitteilung des KfK wurde dieses Plutonium in die Spaltstoffrückkontrolle einbezogen, wobei es in der Natur der Sache liegt, daß sich IAEA/Eurochemie nur im guten Glauben auf die Angaben der Betreiber verlassen können.

Keine Mitteilung gibt es darüber, ob und in welchem Umfang dieses als ausgesprochen erfolgreich beschriebene Verfahren fortgesetzt wurde. Es ist kein Grund erkennbar, weshalb die Nahtver-achtung ab 1985 unterlassen worden sein sollte. Der Vollständigkeit halber sei er-wähnt, daß die Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) ebenfalls auf dem Eurochemie-Gelände seit Oktober 1985 eine Ame-lina genannte Versuchsanlage zur Ver-gleichung hochradioaktiver Abfälle für die Endlagerung betreibt. Man war halt sehr präsent in Mol.

Endlagerung betreibt. Man war halt sehr präsent in Mol.

700 verschwundene Fässer

Die unterschiedlichen Möglichkeiten einer Proliferation von militärisch interes-santem Spaltmaterial nach Pakistan oder in andere Länder wurden in einem „FAZ“-Artikel (16.1.88) durchgespielt, um zu dem Schluß zu kommen, daß die direkte Weitergabe von waffenfähigem Uran 235 oder Plutonium 239 unwahr-scheinlich sei. „Eher wäre ... denkbar, daß die Fässer abgebrannten Brennstoff enthalten, der zunächst wiederaufgear-beitet werden müßte.“ Dann wären frei-lich nicht nur zwei Fässer, sondern ganz andere Mengen verschoben worden.

Pakistan verfügt dank belgisch-franzö-sischer Hilfe über eine Wiederaufarbeitungs-technik, die sicherlich militärischen Zwecken dienen soll. „Fraglich blieb je-doch bislang, woher der zu Atombomben zu verarbeitende Brennstoff kommen sollte“ (ebenda), weil die eigenen Reaktoren des Landes im Unterschied zu anderen Komponenten des pakistanischen Atom-programms IAEA-Kontrollen unterworfen wurden, ohne daß bisher Unregelmäßigkeiten auffielen. Wenn man diesen Ge-danken weiterspinn, wird man wieder-um heimliche Exporte von Brennstäben mit hohem Abbrand, etwa solche aus kommerziellen Stromerzeugenden Reak-toren, für relativ unwahrscheinlich hal-ten. Wegen des hohen Abbrands wäre aus daraus zu extrahierende schmutzige Plu-tonium waffentechnisch nicht sehr geeig-net. Wegen der hohen Strahlung wären Transport und Bearbeitung ebenso gefäh-lich wie unfällig, und schließlich müßte das Material natürlich auch den Kontrol-len entzogen werden. Etwas anders ver-hält es sich möglicherweise mit schwach bestrahltem Material oder mit Betriebsab-fällen aus der Brennelementeherstellung,

die noch relevante Reste von hochangereich-tertem Uran oder Plutonium enthalten. Ein solches Material könnte relativ pro-blemlos als schwach- bis mittelaktiver Ab-fall getarnt nach Mol geschmuggelt wor-den sein. Und in Belgien gelten wieder-um andere Abfallkategorien als in der Bundesrepublik.

Für die letzte Variante haben sich bis-her die stärksten Indizien gefunden. Große Mengen der von Transnuklear ins

diesem Kontext sah sich Umweltmini-ster Töpfer am 23.12.87 genötigt, eine Überprüfung sämtlicher Störfälle in Sie-dewasserreaktoren seit 1984 anzuordnen. Konkret wurde der Verdacht geäuß-ert, 800 Gramm alpha-strahlenden Mate-rials seien nach einem Störfall unter fal-scher Bezeichnung, d.h. mit dem ge-wöhnlichen schwachaktiven Abfall nach Mol gegangen. Diese 800 Gramm wurden als Uranstaub mit Plutoniumspuren beschrieben. Neben Caesium, was we-gen der Kernspaltung logisch ist, sei auch noch Kobalt 60 darin enthalten ge-wesen („FR“ und „FAZ“, 29.12.87), ein Radionuklid, das nie zu fehlen scheint und von der Presse gelegentlich der Ein-fachheit halber auch als Spaltprodukt be-zeichnet wird („FR“ und „FAZ“, 5.1.88), ohne ein solches zu sein. Die Atomkraftwerke Philippsburg und Gundremmingen, bei denen ein solcher Störfall vermutet wurde, widersprachen umgehend. Auch die Staatsanwaltschaft Hanau dementierte, Beweise hierfür zu haben. Trotzdem nahm Töpfer den Vor-fall in seinen Bericht über die Entsor-gung des Atom-mülls in der Bundesrep-ublik auf („faz“, 14.1.88). Später wurde tatsächlich eine einzelne Brennstoffta-blette im Abfallbecken des AKW Phi-lippsburg gefunden („faz“, 24.2.88). Al-so doch.

Krise oder Riesengeschäft?

Eine kleine, aber vielleicht gar nicht so unbedeutende Veränderung bei Nukem im Rahmen der von Töpfer veranlaßten Umstrukturierungen wirft ein Licht auf die Situation und die Perspektiven der Atomindustrie. Von der Frankfurter De-gussa (35%) vorübergehend in „unter-nnehmerische Obhut“ genommen, ver-zichtete das Hanauer Unternehmen zu-nächst auf die Brennelementeherstellung für Forschungsreaktoren, wo Nukem in-ternational einen Marktanteil von 30% be-saß. Dieses Geschäft wird von der französischen Ceca in Lyon übernom-men. Ebenso verzichtete Nukem dar-auf, die Brennelementeherstellung für Hochtemperaturreaktoren in der alten, derzeit herrschenden Anlage fortzuset-zen. Eine neue Anlage ist in Hanau frei-lich schon im Bau und soll Anfang der neunziger Jahre in Betrieb gehen. Schließlich veräußerte RWE seine Nu-kem-Anteile (45%). Nachdem die KWU/Siemens darauf Ansprüche ange-meldet hatte, bekam der HTR-Herstel-

ler BBC/Babcock den Vorrang. Weitge-hend unbemerkt hatte BBC gerade ein „Riesen-Atomgeschäft mit China“ („FR“, 12.3.88) abgeschlossen. Für den Bau eines ersten chinesischen Hochtem-peraturreaktors gingen Aufträge über mehrere 100 Millionen Mark an BBC und andere bundesdeutsche Firmen. Nachdem diese Umstrukturierungen in Übereinstimmung mit dem Bundes-umweltminister vorgenommen waren, durfte Nukem seine atomare Produktion zum „Leerfahren“ der alten Anlage bis zum Jahresende wieder aufnehmen („FR“, 6.4.88) — nicht ohne zusätzliche behördliche Auflagen zur besseren Kon-trolle des spaltbaren (!) Inventars. In die-ser Zeit wird das Unternehmen einen ausreichenden Vorrat an HTR-Brennelementen produziert haben, sodaß es nicht zu Engpässen in Hanau kommt, bis die neue Anlage Nukem II in Betrieb geht. Beachtlich, wie das Ende der Atomindustrie bereits in den schwärz-ten Farben ausgemalt worden war, wäh-rend jene in Wahrheit die Auftragsbü-cher füllte.

Ähnliches ergaben Ermittlungen in Schweden. Anfang April teilte die schwe-dische Atomenergiebehörde mit, fünf an-gekündigte TN-Transporte von radioak-tiven Abfällen, die zur Verbrennung nach Studsvik gebracht werden sollten, seien dort nicht angekommen. Entschuldigen-d wurde hinzugefügt, möglicherweise sei-ende Transporte, deren Ankündigung no-tiert worden war, abgesagt worden, ohne daß dies gleichfalls in den Büchern ver-merkt wurde. Doch wo es solche Nach-lässigkeiten gibt, werden sie auch ausge-putzt.

Warum starb Klaus R.?

Die Geschichte des Krisenmanagements, der „tiefen Schnitte zur Gesundung des Patienten“, der „Neuordnung und Ent-fachung“ der Atomindustrie usw. ist be-kannt (s. AK 294). Sie dient dem vorsich-tigen Ablassen eines politischen Adrena-lin-Staus, bis die Routine parlamentarischer Untersuchungsausschüsse erreicht ist, denen man wenig Beachtung schenkt. Alle machten ihre Rückzieher, niemand wollte Böses über die Atomfamilie gesagt haben. Nukem arbeitet wieder, zwei im Januar suspendierte Manager sind wieder eingestellt, und die Erbnachfolge von Transnuklear ist geregelt. Dem Bonner Ausschuß erstattete Töpfer am 21.4.88 ei-nen Zwischenbericht, der sich schon stark nach Schlußstrich anbot. 2362 Ge-binde seien von Transnuklear falsch de-klariert aus Mol in die BRD zurückge-liefert worden. Die von diesen Fässern aus-gehende Strahlung bewege sich jedoch innerhalb der genehmigten Werte. Hatte die „FAZ“ am 6.1.88 noch voller Lufte ge-meldet: „Alle fast 2000 Atom-müllfässer sollen geöffnet werden“, so waren 14 Wo-chen später nur 50 Fässer auf ihre Nuklid-zusammensetzung untersucht worden. In vier Fässern habe die Pu-Kontaminie-rung zwischen 1 und 2,8 mg betragen, in allen anderen lag sie unter einem Milli-gramm. Solche geringen Beimischungen seien bei Verbrennungsanlagen wie derje-nigen in Mol üblich. Die Fässer seien für die Endlagerung geeignet.

Just zum Zeitpunkt dieser beruhigend abgefaßten Worte gab die Hanauer Staats-anwaltschaft bekannt, noch einmal 50 Mol-Fässer im Auge des Taifuns gefun-den zu haben, bei Transnuklear. Die neu-ten Fässer würden auch andere Stoffe als schwach strahlendes Material enthalten („FAZ“, 22.4.88). Bis zum Juni stieg die Zahl der in der BRD registrierten

ler BBC/Babcock den Vorrang. Weitge-hend unbemerkt hatte BBC gerade ein „Riesen-Atomgeschäft mit China“ („FR“, 12.3.88) abgeschlossen. Für den Bau eines ersten chinesischen Hochtem-peraturreaktors gingen Aufträge über mehrere 100 Millionen Mark an BBC und andere bundesdeutsche Firmen.

Nachdem diese Umstrukturierungen in Übereinstimmung mit dem Bundes-umweltminister vorgenommen waren, durfte Nukem seine atomare Produktion zum „Leerfahren“ der alten Anlage bis zum Jahresende wieder aufnehmen („FR“, 6.4.88) — nicht ohne zusätzliche behördliche Auflagen zur besseren Kon-trolle des spaltbaren (!) Inventars. In die-ser Zeit wird das Unternehmen einen ausreichenden Vorrat an HTR-Brennelementen produziert haben, sodaß es nicht zu Engpässen in Hanau kommt, bis die neue Anlage Nukem II in Betrieb geht. Beachtlich, wie das Ende der Atomindustrie bereits in den schwärz-ten Farben ausgemalt worden war, wäh-rend jene in Wahrheit die Auftragsbü-cher füllte.

Die Labormöbel-Fracht

Es ist schon eine außerordentliche Ge-schichte, wenn in einer Sendung von „erkleinerten Labormöbeln“, wie Nu-kem behauptet, am Ende mehrere hun-dert Kilogramm Uran enthalten sind. Hinzu kommt: Wenn die „Verdünnung“ dieses Urans, welches ursprünglich an-gereichert war, mit abgereichertem Uran von Faß zu Faß so unterschiedlich war, dann hätten einzelne Fässer dieser Sendung nach Mol durchaus beträch-tliche Mengen Uran mit einem auch mili-tärisch „interessanten“ Anreicherungs-grad enthalten können. Für ein Land, das über eigene Anreicherungsanlagen verfügt, wie in Südafrika und Pakistan der Fall, ist es von großem Nutzen, wenn das Ausgangsmaterial schon eine gewisse Anreicherung hat. Der Weg zur Waffenfähigkeit wird verkürzt.

In diesem Kontext ist auch anzumer-ken, wie die Hanauer Schwesterfirma Alkem ihre Betriebsabfälle entsorgt, die vielleicht ebenfalls z.T. „interessant“ sein könnten. Ende Februar fehlten bei dem Unternehmen, das Plutonium-brennstäbe (MOX und Schneller Brüter) produziert, 0,5 kg Pu in der Bilanz, das

Mol-Fässer auf über 5000, mindestens 2400 davon falsch deklariert. Das ist das Siebeneinhalbfache der anfänglich in Ha-nau und Mol eingeräumten 321 Fässer. Bei jener Sendung mit angeblichen Rück-ständen von Reinigungsschlamm aus dem BR-3-Reaktor in Mol stellte sich heraus, daß in die Fässer noch einmal Stahlbehäl-ter einementiert waren. Erst darin be-fand sich das radioaktive Material, der Zement war strahlungsfrei. Es handelte sich also nicht einfach um ein Vermischen verschiedener Abfälle und schon gar

nicht um eine Querkontamination bei der Verbrennung, sondern um ein regel-rechtes Verstecken — und um einen ziem-lichen Aufwand, der das Ganze nicht so harmlos erscheinen läßt, wie es von Töp-fer schließlich dargestellt wurde. Wider Erwarten enthielt der Stoff überhaupt kei-ne Cesium-Beimischungen, sodaß die ganze These eines Reaktorstörfalles mit Brennelementeschaden als recht fragwür-dig erscheint („Nordseezeitung“, 29.2. und 1.3.88).

Mehrere Fälle von Plutonium-Verunrei-nigungen betrafen Fässer, die nicht zu der 321er-Charge gehörten, ohne daß daraus auf den gesamten Pu-kontaminierten An-teil der 2400 falsch deklarierten Fässer ge-schlossen werden könnte. Seltsamerwei-se scheint dabei immer auch Kobalt 60 aufzutreten. Bei der Untersuchung von zehn Fässern in Baden-Württemberg fin-den sich neben „typischen Kernkraft-werksabfällen“ auch Anhaltspunkte da-für, „daß schwach- und mittelradioaktive Abfälle aus anderen kerntechnischen An-lagen mitverarbeitet wurden sind.“ („Siemens/argumente“, 9.2.88). Handelt es sich dabei um Wiederaufarbeitung, Brennelementeherstellung oder Anrei-che-rung? Beträchtlich war auch der Uran-An-teil in den Nukem-Fässern, als „Asche mit Natururan“ deklariert. In den 50 aus Mol zurückgelieferten Fässern mit einem Gesamtinventar von 7085 kg befanden sich 756 kg Uran, das Zehnfläche der an-fänglich vermuteten Menge. Die Anrei-cherungsgrade waren unterschiedlich. In 20 Fässern sei das Uran in kernbrennstoff-fähiger Form vorhanden gewesen. „Der Höchstwert, der vom Umweltministerium bislang ermittelt worden ist, liegt bei 4,4% Uran 235.“ („FR“, 21.1.88). Meint das die Isotopenzusammensetzung oder, weil hier nichts ausgeschlossen werden kann, den Anteil am gesamten Füllinhalt? Dann nämlich würde es sich um stark an-gereichertes Uran handeln.

Fassen wir zusammen: Ausgeschlos-sen ist, daß die Pu-Verunreinigungen in den Mol-Fässern ausschließlich auf den genannten Reinigungsschlamm von dem belgischen BR-3 Reaktor zurückzufüh-ren sind. Es muß auch andere Ursachen aus anderen kerntechnischen Anlagen da-für geben. Um sie nachzuweisen, müßte man die genauen Analyseergebnisse kennen. Ziemlich unwahrscheinlich ist, daß die Pu-Verunreinigungen ausschließ-lich von belgischem Material herrühren. Durchaus möglich ist, daß sich in dem von der BRD nach Mol transportierten, als schwach- bis mittelaktiv deklarierten Abfall relevante Mengen von Spaltstoffen befanden, die eine chemische Rückge-winnung lohnend erscheinen lassen — auch für militärische Atomprogramme.

Schließlich ist sogar das Unwahrschein-liche möglich, daß bestrahlte Brennele-mente aus kommerziellen westdeutschen Atomkraftwerken verschoben wurden. Dazu müssen wir in die Vorgeschichte des Skandals zurückgehen, als von fal-schen Frachtpapieren und Proliferation noch nicht die Rede war. Am 4.9.87 be-richtete die „Zeit“ von einem Provisions-geschäft der Transnuklear mit dem Preus-senlektro-Sachbearbeiter Klaus Ram-

Dreifache des gewöhnlich auftretenden Produktionsbedingten Materialverlustes („Spiegel“, 7.1.88). Die PTB-Ge-nehmigungen für TN vermerken Trans-porte Pu-kontaminierter Abfälle von Ha-nau nach Karlsruhe, Schweden und Belgien.

Zurück zu Nukem: Ist es wirklich si-cher, daß die Plutonium- und Cesium-Verunreinigungen, die in den Fäs-sern festgestellt wurden, erst in Mol ent-standen sind? Oder führen diese Spuren von abgebrannten Brennstäben zu der Firma selbst zurück? Schon im Frühjahr 1987 hatten die belgischen Aufsichts-behörden registriert, daß Nukem ihre ge-nehmigte Umgangsmenge mit schwach bestrahltem Uran (30 kg) um das Acht-fache überschritten hatte. Es handelte sich z.T. um Brennstoff aus Forschungs-reaktoren mit niedrigem Abbrand. Der IAEA war das nicht aufgefallen. Dabei verdeckt die harmlose Bezeichnung der schwachen Bestrahlung, daß sich waffen-fähiges Plutonium darin befinden kann, wenn auch nur in geringen Anteilen. Immerhin wurde ein Teil dieses Mate-rials in den staatlichen Plutoniumbunker bei Alkem überführt, was nicht gerade für seine Harmlosigkeit spricht. Was wurde aus dem anderen Teil?

cke, der auf der Liste von Hans Holtz an oberster Stelle stand, d.h. mit rund einer dreiviertel Million den höchsten Betrag aus der schwarzen Kasse erhielt. Ramcke sollte 220.000 DM erhalten. „wenn er der TN den Auftrag zur Entsorgung von radio-aktiven Abfällen verschaffte, die bereits zerschnitten in einem Becken des Reak-tors in Würgassen lagerten.“ Schwach-bis mittelaktive Abfälle legt man aber nicht zerschnitten in ein Becken; dies tut man

Fortsetzung auf Seite 18

Rote Zora gegen Ausbeutung und Sexismus

Weshalb und wofür die „Rote Zora“ die Anschläge bei Adler unternahm

Noch in diesem Sommer will die Bundesanwaltschaft ihre Anklage gegen Ulla Penselin und Ingrid Strobl vorbringen. Ein Vorwurf gegen Ulla ist die Mitgliedschaft in der „Rote Zora“ und damit die Mitverantwortung für verschiedene Anschläge auf verschiedene Filialen des Textilkonzerns Adler. Da in der Öffentlichkeit fest immer nur über die Anschläge, nicht aber über die Begründungszusammenhänge gesprochen wird, dokumentieren wir im folgenden Beiträge, die über die Hintergründe sowie die Folgen dieser Anschläge Auskunft geben.

1976 gründete Adler in einer süd-koreanischen Freihandelszone die Firma „Flair Fashion“ (Flair = elegant, fashion = modisch). Die Firma beschäftigt zwischen 18 und 25.000 Arbeiterinnen, die dort wöchentlich 7.500 Kleidungsstücke (Mäntel, Jacken, Kleider, Hosen) produzieren, die in den 28 Bundesländern Deutschlands verkauft werden.

Die Arbeiterinnen sind in der Regel noch wie das ursprünglich eingewandene Grundkapital. Ausländische Fachleute wissen, wenn er diesen Profit zu verkaufen hat. In einer Schrift zum 25. Jahrestag der Firma schreibt er: „Ohne die schwärzhaarigen, mündeligen Koreanerinnen wäre der steile Aufstieg des Unternehmens kaum möglich gewesen.“ Und Adler selbst preist die „Flair Fashion“: „Diese Mädchen produzieren nicht nur flüchtig, sondern sie sind auch besonders aktiv bei Firmenveranstaltungen dabei. Bei monatlichen Geburtstagsparties und halbjährlichen Ausflügen wird kräftig getrunken. Sie können mehr tagparties und halbjährlichen Ausflügen und kräftig getrunken. Sie können mehr tagparties und halbjährlichen Ausflügen und kräftig getrunken. Sie können mehr tagparties und halbjährlichen Ausflügen und kräftig getrunken.“

Die Arbeiterinnen selbst schreien: „Bei der Firma ist es wie ein Gefängnis. Die Arbeitsbedingungen sind sehr schlecht. Die Arbeitszeiten sind sehr lang. Die Arbeitsbedingungen sind sehr schlecht. Die Arbeitszeiten sind sehr lang.“

Der Lohn ist sehr niedrig. Die Arbeiterinnen bekommen nur 10 DM pro Tag. Die Arbeiterinnen bekommen nur 10 DM pro Tag. Die Arbeiterinnen bekommen nur 10 DM pro Tag.

Die Arbeiterinnen sind gezwungen, in Tag- und Nachtschicht zu arbeiten. Die Arbeiterinnen sind gezwungen, in Tag- und Nachtschicht zu arbeiten. Die Arbeiterinnen sind gezwungen, in Tag- und Nachtschicht zu arbeiten.

Die Arbeiterinnen sind gezwungen, in Tag- und Nachtschicht zu arbeiten. Die Arbeiterinnen sind gezwungen, in Tag- und Nachtschicht zu arbeiten. Die Arbeiterinnen sind gezwungen, in Tag- und Nachtschicht zu arbeiten.

Im Sommer wird ohne Klimaanlage bei 40 Grad gearbeitet.

Die deutschen Abteilungsleiter haben einen rüden und herablassenden Umgangston.

Im April 1987 beginnt der Arbeitskampf. Die Vertreterinnen der Betriebsgewerkschaft fordern eine Lohnerhöhung von 1,00 bis 1,25 DM mehr am Tag. Die Firmenleitung geht darauf nicht ein. Die Arbeiterinnen sammeln Unterschriften. Es werden über 1000 Unterschriften gesammelt. Die Firmenleitung entläßt daraufhin zwölf Arbeiterinnen der Gewerkschaft. Sie verändert zugleich ihre Haltung. Das Angebot heißt jetzt: Lohnerhöhung von etwas über 1,00 DM täglich, wenn auf die Wiedereinstellung der zwölf Entlassenen verzichtet wird.

Hausfrieden bei Adler gestört

Im Mai 87 war eine Gruppe von ca. 90 Frauen zur Freiburger Niederlassung von Adler gegangen, um dort über den Streik der süd-koreanischen Arbeiterinnen zu informieren. Sie verteilten Flugblätter und lasen den Text per Megaphon vor. Als sie der Aufforderung der Geschäftsleitung, das Haus zu verlassen, nicht folgten, trat die Polizei in Aktion.

Jetzt wurde vor Gericht über den Streik verhandelt. Die Arbeiterinnen wurden zu 300 und 400 Mark Geldstrafe verurteilt. Eine dritte Frau zu 150 Mark Geldstrafe.

Den Entlassenen wird ein T. angeboten. Die Firma Adler hat eine Produktionsstätte mit 15.000 Arbeiterinnen betriebl. Die Arbeiterinnen lehnen dies ab. Protestaktionen und Sitzstreiks werden durchgeführt. Die Firmenleitung setzt Werksschutzgänger ein. Schlägertrupps eins und sperrt die Arbeiterinnen mehrere Tage aus. In der darauffolgenden Zeit, bis in den August hinein, gibt es eine Fülle von Aktionen innerhalb und außerhalb der Fabrik (auch vor der deutschen Botschaft), um sowohl die Lohnerhöhung als auch die Wiedereinstellung der Entlassenen durchzusetzen. Die Arbeiterinnen werden inzwischen von den Bauern- und Arbeiterverbänden der Region unterstützt, ebenso

von den Organisationen der christlichen Menschenrechtsbewegung in Südkorea. Überall in Seoul gibt es Aufkleber gegen „Flair Fashion“.

Gleichzeitig kämpfen Arbeiter und Arbeiterinnen in vielen Betrieben Südkoreas landesweit für bessere Löhne, freie Gewerkschaften und gegen die Militärdiktatur. Insgesamt sieht man sich das als ein Zeichen für ausländische Firmen in Südkorea zu verschlechtern, der Druck auf Adler nimmt zu. Aber auch in der BRD sind die Forderungen der Arbeiterinnen von „Flair Fashion“ inzwischen aufgegriffen worden. Flugblätter werden vor den Adler Verkaufsstellen verteilt. Eingänge der Filialen blockiert. Informationen gelangen bundesweit in die Medien. Für Adler sind dies alles Verleumdungen, sie dementieren heftig und verweisen darauf, daß die Löhne und Arbeitsbedingungen in anderen süd-koreanischen Werken noch unerträglicher sind. Es ist aber spürbar, daß auch diese Öffentlichkeitskampagne sie unter Druck setzt.

Dann am 15. August die Anschläge der „Rote Zora“. Das Thema Adler und die mit zugleich auch die rücksichtslose Ausbeutung der Frauen in der sog. 3. Welt kommt damit noch stärker in die Öffentlichkeit. Der Presse wird mitgeteilt, daß Adler sich nun der Gewalt beugt und die Forderungen der Arbeiterinnen annehmen wird.

Tatsächlich stimmt dies nur zum Teil. Am 22.8. findet der Arbeitskampf bei „Flair Fashion“ sein vorläufiges Ende. Vereinbarung wird eine Lohnerhöhung von etwas mehr als 1,00 DM täglich.

Die Wiedereinstellung — auch einzelner Personen — wird strikt abgelehnt. Eine Abfindung von 37.000 DM (82 Monatsgehälter — sieben Jahre) pro Person wird gezahlt, dafür müssen die Entlassenen selbst kündigen und einen offenen Brief nach Deutschland schicken.

Dieser ihnen aufgezwungene Brief enthält eine Absage an Gewalttaten und eine Erklärung, daß es zu einer zufriedenstellenden Lösung mit „Flair Fashion“ gekommen ist. Die Entlassenen weigern sich aber, die Vorwürfe der Menschenrechtsverletzungen und sexuellen Ausbeutung zurückzunehmen. Die meisten Entlassenen sehen keine andere Möglichkeit, als die Abfindung zu akzeptieren und den Brief zu unterschreiben. Nur zwei Arbeiterinnen haben diese Vereinbarung abgelehnt. (Beide sind seit Oktober wieder bei „Flair Fashion“ beschäftigt.)

So läßt sich abschließend feststellen: Die Firma Adler mußte wenigstens teilweise auf die Forderungen der Arbeiterinnen eingehen. Die verschiedenen Aktionen der Frauen hier in der BRD, die Veröffentlichungen über die rassistische und sexuelle Ausbeutung in den Adler-Werken waren ein Beitrag dazu.



Offener Brief der entlassenen Arbeiter/innen bei Flair Fashion an die deutsche Öffentlichkeit

Fassung der Firmenleitung

Seit dem April dieses Jahres haben wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln um unsere Wiedereinstellung bei der Firma gekämpft.

Unser Kampf richtete sich im Grunde nicht gegen die Firmenleitung der Flair Fashion, sondern wurde darum geführt, eine demokratische Gewerkschaft durch die direkte Wahl eines Gewerkschaftsvorstandes zu bilden. Dieses Ziel haben wir nun erreicht. Wir sind mit Flair Fashion zu einer zufriedenstellenden Vereinbarung gekommen.

Wir wußten davon, daß in Deutschland viele ungerechtfertigte Verleumdungen gegenüber Flair Fashion aufgetaucht sind, aber bis jetzt haben wir dazu geschwiegen.

Wegen der mehrmaligen Bombenangriffe auf Adler-Filialen in Deutschland müssen wir nun die Wahrheit sagen. Denn wir wollen keine Gewalt.

Was „terre des femmes“ über die „sexuelle Ausbeutung von Arbeiterinnen“ behauptet hat, hat es bei Flair Fashion nicht gegeben, und in Korea sind solche Verleumdungen überhaupt nicht aufgetaucht.

Die Arbeitsbedingungen und das Lohnniveau bei Flair Fashion sind besser als bei den anderen Firmen in Korea.

Auch die Behauptungen über Menschenrechtsverletzungen sind unbegründete Gerüchte.

Wir hoffen, mit dieser Erklärung die Existenz der Firma Flair Fashion zu sichern.

September 1987

Fassung der Entlassenen

Seit dem April dieses Jahres haben wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln um unsere Wiedereinstellung bei der Firma gekämpft.

Die ganze Geschichte fing erst an, als bei den Tarifverhandlungen von 1987 die 1.600 Arbeiter/innen der Flair Fashion von der Firma und der ihr höhrenden Gewerkschaft betrogen und dabei zwölf Arbeiter/innen entlassen wurden.

Wir haben bemerkt, daß daraufhin falsche und mißverständliche Informationen in der deutschen Öffentlichkeit aufgetaucht sind. Aber wir haben uns darum weiter nicht gekümmert, da wir dachten, daß es nichts mit uns zu tun hatte.

Von der Tatsache, daß Adler-Firmen in Westdeutschland mehrmals Opfer von Bombenangriffen wurden, haben wir nur durch den Adler-Direktor Herrn F. Adler Kenntnis erhalten. Ansonsten haben wir mit diesen Angriffen nichts zu tun, und wir wollen auch keine Gewalttaten.

Unser Ziel war allein, die Gewerkschaft zu normalisieren und sie in eine demokratische Gewerkschaft umzubilden.

Dieses Ziel haben wir nun erreicht. Wir sind mit Flair Fashion zu einer zufriedenstellenden Vereinbarung gekommen.

Wir hoffen zutiefst, daß unser Brief dazu beiträgt, die Existenz der Firma Flair Fashion und die Aktivität der demokratischen Gewerkschaft zu sichern.

14.9.1987

Unterzeichnet von den Arbeiterinnen Lee Keum-ja, Lee Sun-dok, Kim An-sun, Park Yun-suk und Oh Kyong-sun und den Arbeitern Kim In-su und Hwang Yong-man.



Textilarbeiterinnen, Holzschnitt der Künstlergruppe TURONG

Fortsetzung nächste Seite

Beiträge zur Vergewaltigungsdebatte

Eine außerparlamentarische Kampagne „Frauenwiderstand gegen die Gewalt“ kündigte die grüne Bundesvorstandssprecherin Regina Michalik für den Herbst an. Mit ihr soll Druck für eine Neufassung des Vergewaltigungsgesetzes (§ 177) erzeugt werden. „Diesen Weg der außerparlamentarischen Drucks zu beschreiten, heißt es, sei notwendig, da die Fraktion darauf verzichtet habe, im Parlament Druck zu machen, indem sie den Gesetzesvorschlag der Partei nicht eingebracht habe.“ (Frankfurter Rundschau 11.5.1988)

Hintergrund ist das Mindeststrafmaß für Vergewaltiger und der grüne Streit um die Anzeige grüner Mitglieder in der FR. „Die grüne Bundeswegfraktion vertritt ihre Parteibasis nicht mehr“.

Der aktuelle Kompromiß — er sieht auf einen sogenannten Krisenrat, der aus Bundestag, Bundesvorstand und einigen Landesvorständen zusammengesetzt war, bedeutet vorläufige Blockade. Ein eigener Gesetzesentwurf wird erst dann eingebracht, wenn man erneut auf dem nächsten Parteitag diskutieren und beschließen kann. Da dieser aber erst im November stattfindet, ist die Zeit dringlich.

Thema nicht auf die Tagesordnung setzen. „Krisenrat“ kann grüne Selbstblockade bewirken. „Versuche auf der außerparlamentarischen Ebene, statt dessen Hoffnung, daß die Männerkriminalität in den Alpenregionen lange genug währt, um die innergrünen Konflikte zu beheben.“ (Taz 6.6.88)

Nur für den Fall, daß bereits vorher eine parlamentarische Beratung ansteht, werden die Grünen den bereits vorliegenden Gesetzesentwurf mit dem Mindeststrafmaß von zwei Jahren einbringen — dann aber dürfen abweichende Positionen vertreten werden. Konkret könnte das bedeuten, daß ja die Mehrheit der Fraktion diesen Gesetzesentwurf ablehnt, daß sie ihren eigenen Vorschlag niederschießen könnten.

Als ein Konsenspunkt über alle Konfliktlinien bei den Grünen hinweg geht bislang immer die Streichung des „minder-schweren Falles“ mit dem Mindeststrafmaß von einem halben Jahr. Die Anwendung dieses Paragraphen sorgt in der Realität dafür, daß Vergewaltigung nach wie vor als Kriminalverbrechen behandelt werden kann. Diese, von allen Seiten der Grünen beschworene Übereinstimmung

darf es inzwischen auch als überholt gelten, denn über die Streichung des Paragraphen scheint keineswegs Einigkeit zu bestehen. Das wird zwar bislang nicht offen zur Debatte gestellt und gefordert, im nebensätzlichen Bearap Waltraud Schoppe aber deutlich.

Inzwischen hat sich der Streit inhaltlich weit über die Auseinandersetzung um das Strafmaß hinausentwickelt und ist zu einer Ideologiedebatte um grünes Politikverständnis „an sich“ verkommen. Die Strömungen der Realos und der „grünen Mitte“ um Anja Wollmer sowie ihre Helfershelfer in „Taz“ und „Kommune“ haben den Anlaß genutzt, um zum einen ihren speziellen politischen Ansatz nach mehr Anpassung und Repräsentation der Grünen Partei voranzutreiben und zum anderen gegen radikale und feministische Positionen anzugehen. Sie berufen sich dabei auf die Ablehnung von Rache und Sühne, auf die Notwendigkeit der Geschlechterveränderung und die „Anerkennung der weiblichen Lebensrealität“, beschwören wird der Erhalt und die Verteidigung des liberalen Rechtsstaats.

In diesen Auseinandersetzungen geht es fast gar nicht mehr, um das Anliegen der Frauen, die mit der scharferen Fav-

orung des „Straftatbestands Vergewaltigung“ gesellschaftlich Signale setzen wollten. Ein drastisches Beispiel ist dafür das „editorial“ von Ex-KBWler Joscha Schmeier in der „Kommune“, der nur einen Satz für die Darstellung des Angegens der Frauen benötigt, und stattdessen den Anlaß ausgiebig nutzt, um mit den linken Grünen abzurechnen.

„Die grüne Bewegung“ hat sich in den letzten Jahren wie der Rechtsanwalt und Vorredner der Humanistischen Union, Ulrich Vultejus (SPD), der die Forderung nach Strafverschärfung als „reaktionär“ kennzeichnet, „Die juristischen Auseinandersetzungen auf strafrechtlichem Gebiet sind in diesem Jahrhundert dadurch gekennzeichnet, die Härte des Strafrechts zu mildern und insbesondere mit der Ausweitung der Strafschärfung zur Bewährung der Resozialisierung von Straftätern auch ohne den Strafvollzug zu ermöglichen. Diese Ideen, die bisher auch die Grünen mitgetragen haben, hatten es zu nicht gegnerischer konservativer Kritik außerordentlich schwer. Jetzt haben sie die öffentliche Meinung für sich gewonnen. Die Bestrebungen innerhalb der Partei der Grünen müssen jetzt als Rück-

schrift, müssen als reaktionär bezeichnet werden.“ (FR 4.6.88)

So richtig Alternativen zum Strafrecht und Knast sind, so sehr ist es aber auch ein Denkfehler zu meinen, dem am Fall der Vergewaltigung wesentlich näherzukommen. Wer das Knastanliegen gegen das einer wirksamen Eindämmung von Vergewaltigungen gegen den Schutz der Frauen ausspielt, verkennt diese und verkennt, daß sie deshalb ein so fundamentales gesellschaftliches Problem sind, weil sie eben nicht in erster Linie das Problem von „Täterinnen“ und „Kriminalität“ sind, sondern ein sozial durch „Täterinnen“ gekennzeichnetes Problem. Verhindert werden können Vergewaltigungen in höchstem Maße ein „Beziehungsdefizit“, das nachweislich am häufigsten im Freizeit- und Bekanntheitsbereich auftritt. An diesem Problem kommt man aber nicht durch Abschaltung der Knast- oder Therapie heran, sondern nur durch ein gesellschaftliches Umdenken durch andere Wertmaßstäbe. Die Neufassung des Tatbestands der Vergewaltigung sollte dabei ein kleiner Schritt sein, möglicherweise haben die Grünen diese Intention bereits verlor-

g. Hamburg

„Und bist Du nicht willig, so brauch ich Gewalt“

von Ellen Olms

Als die Fraktion am 3.11.1987 erstmals für die Herabsetzung der Strafe bei Vergewaltigung votierte, nach einer knapp halbjährigen Debatte, war es ein historischer Moment. Die Grünen hatten sich für die Herabsetzung der Strafe von zwei auf ein Jahr entschieden. Der Kompromiß, der die Fraktion am 3.11.1987 für die Herabsetzung der Strafe von zwei auf ein Jahr entschieden, war ein historischer Moment. Die Grünen hatten sich für die Herabsetzung der Strafe von zwei auf ein Jahr entschieden.

Wie kam es zu diesem Schritt? In dieser Debatte wurden in schriftlichen Sessions in Frankfurt von Verurteilten, die in Knechtsverhältnissen auf einer Anklage der damaligen Fraktion (im April 1986) schließlich auf einem Kongress von freien und autonomen Frauen im Juni 1986 in Frankfurt. Auch damals schon gab es Streit um die Strafzumessung. Eine von unsortierten Entwurfsentwürfe Strafverschärfung bei Vergewaltigung durch Bundes (vorgesehen, mindestens drei Jahre Freiheitsstrafe wurde auf Straftäter in der AK. Die Grünen beschloß, die Strafe von zwei auf ein Jahr zu senken. Die Grünen beschloß, die Strafe von zwei auf ein Jahr zu senken. Die Grünen beschloß, die Strafe von zwei auf ein Jahr zu senken.

Im folgenden gehe ich auf die mitgegangenen Konflikte (immer wieder aufmachenden Argumente zu

„Krisenrat“ kann grüne Selbstblockade bewirken. „Versuche auf der außerparlamentarischen Ebene, statt dessen Hoffnung, daß die Männerkriminalität in den Alpenregionen lange genug währt, um die innergrünen Konflikte zu beheben.“ (Taz 6.6.88)

Während die Grünen die Strafe von zwei auf ein Jahr senken wollten, so gut wie keine konkreten Überlegungen vor, wie Entkriminalisierung überhaupt aussehen soll — nur hier an diesem Punkt wird ganz konkret für die Herabsetzung des Strafmaßes plädiert. Solange jemand der einen Zehn-Mark-Schein fälscht, mindestens für ein Jahr in Gefängnis muß, stellt es sich anders dar. Die Strafe von zwei Jahren für Vergewaltigung nicht mindestens so hart zu bestrafen wie Geldfälscher.

Viertens wird der Konflikt fälschlicherweise immer unter der Überschrift „Vergewaltigung in der Ehe“ behandelt. Bei der Regierungskoalition sah es eine Weile so aus, als wolle man sich nach abgelaufen 15 Jahren Diskussion dazu ringen, den Vergewaltigungsstrafmaßstand auch auf die Täter im ehelichen Schlafzimmer auszudehnen. Bundesjustizminister Engelhard hat sich in dieser

Frage aber bis heute nicht durchsetzen können gegenüber den Abgeordneten (manchmal der CSU — ganz zu schweigen von Rita Süßmuth). Lediglich die SPD ist mit einem eigenen Gesetzesentwurf auf dem parlamentarischen Markt. In den grünen Vorlesungen zu diesem Thema wurde nie zwischen ehelicher und außer-ehelicher Gewaltanwendung (wie im geltenden StGB) unterschieden, weil grüne Männer und Frauen natürlich zu Recht der Ansicht sind, daß der strafrechtliche Schutz von Frauen gegen Mannergewalt natürlich nicht vor Ehefrauen haltmachen darf.

Die dritte, und sich da man sich die Beiträge um die Frage, wieweit eine Strafe von zwei Jahren eine eventuelle Versuchung der Täter sein könnte, die Täter zum Verbrechen verleiten könnte. Im Zusammenhang fiel das „klassische“ Wort von Waltraud Schoppe: „Eine Mindeststrafe von einem Jahr entspricht der Lebenswirklichkeit von Frauen nicht.“ Die von Zyklus muß man sich mal auf der Zunge zergehen lassen.

Rechtlich ist das Argument natürlich Quatsch, laut geltendem Recht muß eine Ehefrau gegen ihren Ehemann vor Gericht nicht aussagen. Wenn sie also Anzeige erstattet hat und, aus welchen Gründen auch immer, das Verfahren dann nicht weiter verantworten möchte, braucht sie nur die Aussage zu verweigern. Da es kaum weitere ZeugInnen für die Tat geben dürfte, ist das Verfahren damit hinfällig.

Das fünfte Argument lautet verkürzt: „Therapie statt Strafe.“ Natürlich wissen wir alle, daß ein Knast noch nie ein besserer Mensch geworden ist. Auch haben Strafen keine abschreckende Wirkung. Das Therapie-Konzept setzt aber voraus, daß wir es bei Vergewaltigern mit abnormen Triebkräften, also mit kranken Menschen zu tun haben. Die gibt es sicherlich. Aber der Vergewaltiger ist mehr oder weniger zwanghaft auf einem Weg, Frauen anzuheilen, ist eher die Ausnahme. Die meisten Vergewaltiger sind stinknormale Männer, die glauben, eine Frau meinte „Ja“, wenn sie „Nein“ sagte. Oder die über Fremden oder Ehepartner hinwegwollen, weil der Herr (oder die Dame) nicht mehr will. Das ist die meisten Vergewaltigungen und sagt nichts über die Täter aus. Der Opfer und Täter sind nicht die Täter, die die ganze patriarchale Gesellschaft therapiert werden.

Auch Feministinnen glauben nicht, daß Männer um betrocknen Knastsystem gehandelt werden. Oder daß hohe Strafen abschrecken. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt geht es aber überhaupt nicht darum, daß jede Menge Ehemänner oder sonstige Alltagsmenschen in den Knast wandern müssen. Gesetzesentwürfe der GRÜNE werden bekanntlich in den seltensten Fällen angenommen. Warum es aber sehr wohl geht, ist der Symbol- und die Haltung dieser Frage. Wenn die GRÜNE jetzt eine Herabsetzung der Strafe beschließen, heißt das nichts anderes als: So schlimm ist es nun auch wieder nicht, wenn ein Mann eine Frau gegen ihren Willen zum Geschlechtsverkehr zwingt. Genau dieses Signal geht von den Mehrheiten aus.

Die GRÜNE Bundestagsfraktion hat aus. Dagegen wehren sich die Grünen innerhalb und außerhalb der Partei. Und auch die Männer.

Sechstens wird behauptet, eine Freizeitsstrafe von zwei Jahren könne nicht mehr zur Bewährung ausgesetzt werden, wenn „besondere Umstände“ bestehen, aber die das Gericht befinden muß.

Siebtens wird behauptet, daß bei einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren die Zahl der Freisprüche bei nicht eindeutiger Beweislage noch ansteigen würde. Durch die hohen Ansprüche an die Beweisführung bei einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren, ist es aber kaum möglich, daß die Zahl der Freisprüche ansteigen würde. Die hohen Ansprüche an die Beweisführung bei einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren, ist es aber kaum möglich, daß die Zahl der Freisprüche ansteigen würde.

Achtens wird behauptet, daß bei einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren die Zahl der Freisprüche bei nicht eindeutiger Beweislage noch ansteigen würde. Durch die hohen Ansprüche an die Beweisführung bei einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren, ist es aber kaum möglich, daß die Zahl der Freisprüche ansteigen würde.

Auch bisher enden Vergewaltigungsgesetze in der Mehrheit der Fälle mit einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren.

Neuntes wird behauptet, daß bei einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren die Zahl der Freisprüche bei nicht eindeutiger Beweislage noch ansteigen würde. Durch die hohen Ansprüche an die Beweisführung bei einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren, ist es aber kaum möglich, daß die Zahl der Freisprüche ansteigen würde.

Realo-Argumente gegen „Kopf-ab-Päpstin“

Zwar behauptet dies Waltraud Schoppe in der Taz (9.6.1988), parallel schreibt sie aber: „Rechtspolitisch ist der minder-schwere Fall als Errungenschaft gegen über einem rückwärtigen Staat anzusehen, da hierdurch die Möglichkeit eröffnet wird, die Tat selbst und die Persönlichkeit des Täters differenziert zu betrachten. Auch feministische Politik, so denke ich, muß sich diesem zivilen Grundgedanken stellen.“ (W. Schoppe in „Emma“ 6.88 und wongleich in „Grün intern“)

Ebenfalls dazu Stellung nehmen die grünen Mitarbeiterinnen Gisela Wollmer und Birgit Laubach: „Es ist ein bemerkenswertes Politikum, wenn sich die Grüne Fraktion dazu entscheidet, die Regelung eines minder-schweren Falles zu streichen, der bei allem Gewandtheit des StGB mit hohen Eingangsstrafen vorgesehen ist und eine Errungenschaft gegen über dem staatlichen Strafrecht bedeutet, weil er die Möglichkeit der Differenzierung von Tätern und Taten ermöglicht.“ (Kommune 5.88)

Verzicht auf Rache und Sühne

„Nun ist es aber ein Grundsatz grüner Rechtspolitik, überall für die Entkriminalisierung einzutreten und Humanität und den Verzicht auf Rache und Sühne überall zum Grundsatz einer liberalen Rechtsform zu machen.“ (Schoppe in „Kommune“ 6.88)

Ich weiß, daß es für jede Frau in einer Lebensphase außerordentlich wichtig ist, den Mann (Herrn) in der Originalität als Freund und nicht nur als Sexualpartner zu haben und in Frauengruppen weibliches Selbstvertrauen zu erlangen. Ich will eine neue Verständigung zwischen den Geschlechtern. Es gibt keine Versöhnung der Widersprüche in einem Geschlecht ohne die Versöhnung mit dem anderen. Dies scheint mir die Aufgabe eines in der Wandlung begriffenen Feminismus zu sein.“ (Taz 6.88)

„konservative Politik“

„Die BefürworterInnen der harten Lösung unterscheiden sich überhaupt nicht mehr von anderen konservativen Politikern, die irrtümlich glauben, mit Mitteln des Strafrechts gesellschaftliche Probleme lösen zu können.“ „Hier ist die Frage erlaubt, ob die Forderung nach einer Verschärfung noch einmal vertretbar ist oder ob sie nicht Ausdruck von blindem Zorn und dem Ruf nach Rache ist.“ (aus dem Brief der Humanistischen Union an die Grünen, FR 4.6.88)

„Die Abschreckungs- und Resozialisierungsideologie sollte konservativen und reaktionären Strafrechtern überlassen bleiben. Grün Alternative Rechtspolitik sollte nicht in den Verdacht geraten, auf Abschreckungswirkungen zu setzen.“ (Peter Seilm, grüner Bundestagsabgeordneter, 27.5.88)

„Es ist schon richtig. Der Kerl ist erstmal weg. Bei 2 Jahren (z.B. schwere Körperverletzung, Betrug) und 2 Jahren verläßt Freiheitsstrafe ist die Sicherheitsverwahrung, wenn die Justiz ausnahmsweise Folge, denn wer seinen Trieb mit Gewalt auslebt, hat auch den für die Sicherheitsverwahrung erforderlichen Hang zu erheblichen Straftaten. Richtig, das Schwere ist auf absehbare Zeit aus dem Verkehr gezogen. Er wird die Anstalt — wenn überhaupt — nur als seelischer Krüppel verlassen.“

Ich denke, die selbsternannten Richter der Gerichte wollten das, was auch die Wiederbelebung des Vergeltungsprinzips und des Täterstrafrechts, das nicht die Tat eines Menschen, der ein Mann ist, sondern den Tätertyp des Vergewaltigers mit dem Schwanz als Waffe im Visier hat.

Der Weiße Ring XY Zimmermann und vorher Kopf-ab-Jäger waren bisher die Spezialisten für diese Gegenreformation der Päpstinchen nur zusammen mit pietätsvollen Tieren, die sich als solche selbst kastrieren, ihre persönliche Rechtsaufwertung der Gewaltverhältnisse mit den Mitteln des Strafrechts aufzuwickeln wollen. Ab ins Zuchthaus auch mit dem, der sie im Leben die Chance hatte, etwas anderes zu lernen, als sich mit Gewalt zu helfen, was er sonst nicht kriegt.“ (Stephan Bauer in Kommune 6.88)

Der zur Debatte stehende GRÜNE Entwurf eines „Gesetzes zur Änderung strafrechtlicher und strafprozessualer Regelungen bei Taten gegen die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen“ enthält auch Änderungsvorschläge für die Strafprozessordnung. So soll eine vergewaltigte Frau vor Gericht nicht mehr gezwungen werden können, über ihr Sexualleben Aussagen zu machen. Auch soll auf Verlangen der Frau der Täter zeitweilig von der Verhandlung ausgeschlossen werden können.

Wenn zuguterletzt behauptet wird, es sei in dieser Frage noch Diskussionsbedarf, dann zeigen diejenigen, die das behaupten, daß sie von den ausführlicher und zum Teil heftigen Debatten in dieser Frage während der letzten drei Jahre nichts mitgekriegt haben. Wozu eigentlich noch die Rückkoppelung der Basis und das Gespräch mit ihr suchen, wenn die Fraktion in ihrer ungründlichen Weisheit darüber hinwegschreitet nach dem Motto: „Die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter.“ Diese untergründige Artorganz der Fraktionsmehrheit hat schließlich dazu geführt, daß als letzter schon beinahe ohnmächtiger Versuch, die Fraktionärinnen an diejenigen zu erinnern, die sie gewählt haben, die Anzeige veröffentlicht wurde. Es sei noch einmal daran erinnert, daß kaum halbwegsiger Diskussion hat die Fraktion erstmals am 3.11.1987 die Forderung nach Herabsetzung der Mindeststrafe aufgestellt und den einschlägigen Gesetzesentwurf so in den Bundestag eingebracht — eine rasche Entschlußfreudigkeit, die sie anderen noch vorwirft.

Wenn man der Auffassung ist, es könne keine „minder-schwere Vergewaltigung“ geben, dann kann man diese Auffassung nicht als Bestandteil der Verhandlungsnahme im Pökel um die Strafzumessung

Undogmatischer Aufbruch erzeugt linke Langeweile

Bekenntnisse grüner Gruppierungen der „Mitte“ und der „linken Mitte“

Ginge es nach dem Willen der Gruppe „Aufbruch '88“ bei den Grünen, so soll die politische Phase „Aufbruch“ nicht nur über diverse „Manifeste“ mobilisiert und zur Entscheidung über den künftigen politischen Kurs gebeten werden.

Ob sie dafür die erforderliche Unterstützung von mindestens 129 Kreisverbänden erhält, ist mehr als fraglich, da sowohl die Fundis als auch die Realos nicht sonderlich viel von diesem Unternehmen zur Rettung der Grünen halten. Auch der Bundesvorstand erachtet, wer grüne Programme ändern oder revidieren wolle, möge den normalen demokratischen Weg mit Diskussionen an der Basis und Parteibeschlüssen gehen.

Die „Aufbruch“-Gruppe bezeichnet sich auch nach eigener Interpretation nicht als „dritte Strömung“ in den Grünen, sondern als eine Art „Magnetfeld“ zur Anziehung all derjenigen Grünen, die des modren Flügelschlagens leid sind. Sie konstituierte sich anlässlich der nach Spaltungsdebatten von Otto Schily und Udo Knapp hochstwertigen Krise der Grünen Ende letzten Jahres und ist ein Produkt aus dem Abgeordnetenhaus im Berliner Tulpenfeld. Demzufolge verfügt der „Aufbruch“ auch nicht über eine gewisse „Massenbasis“ in den Kreis- und Landesverbänden, in denen die jeweiligen Flügelpolarisierungen dominieren, sondern es handelt sich um ein Bündnis von Realpolitikern aus der Bundestagsfraktion, die im weiteren Verlaufe der Auseinandersetzungen weitere grüne Milieus gewinnen werden. Der Bremer Ralf Fücks hat

das Anliegen des „Aufbruch“ über eine Parteireform an Haupt und Glieder sowie an die Unterstützung aller Milieus, die als „echte Linke“ wirken, betont. Die „Aufbruch“-Gruppe hat das Manifest des „Aufbruch '88“ zumachen, mündete in die Vorlage eines Manifestes des „Aufbruch '88“ an den grünen Parteikongress, wobei die Gruppe selbst nach langen und kontroversen internen Beratungen über das Manifest deutlich an Maßförschwund litt und abbrückte.

Die Perspektiven des „Aufbruch“

Mit ihrem Manifest macht die Gruppe den Versuch, aus dem reinen Negativum, fernab der dominierenden Flügel, die zukünftige Realosschwerse geht. Die „Mitte“ davon aus, daß die Grünen sich auf eine längere Phase der politischen Opposition beschränken müssen, ist ein Zeichen, daß dieser als sehr wichtig angesehen wird, die Opposition herauszukommen, sei ein „Aufbruch“ der Grünen die Voraussetzung dafür, alle Regierungsfähigkeit selbstbewußt und offensiv neu stellen zu können.

Entscheidender Punkt dieser Sichtweise ist, daß das bloße Opponieren als eine sehr unangenehme, dem grünen Projekt und schon fremde Funktionszuweisung betrachtet wird, was — steht man einmal vom Regierungsmittelweg in Hessen ab — an ihrer bisherigen Wirkung vorbeht. Hauptzweck der ganzen Übung, die sich „neuer Aufbruch“ nennt, ist also, die „Regierungsfähigkeit“ neu zu stellen, was Realos-Nähe ausweist, die sich gesellschaftliche Veränderungen nur über das Mitmachen vorstellen können. Zwar wird an anderer Stelle einer „Entmystifizierung“ der Bündnisfrage das Wort gegeben, um den Mitte-Konsens zu bewahren, der da lautet: „Weder „geistiger Totalausverkauf“, noch „prinzipiell koalitionsunfähig“. Da weiß man, was gemeint ist.

Weil die Realitäten nicht so sind, müsse die Opposition als „Chance“ begriffen werden, politische Einflußnahme auf den außerparlamentarischen Raum zu erweisen. Es seien andere gesellschaftliche Mehrheiten quer zu den Parlamentarismuskonstellationen (Atomaustrag) vorhanden, die es zu nutzen gelte. Die konservative Regierung verfüge über „keine stabile Hegemonie“, mit diesem Volk sei „kein rechter Staat zu machen“. Die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Verhältnisse seiens der grünen „Mitte“ besteht in „vielen“ „schwierigen“ „Entscheidungen“, die sich nicht „einfach“ „auflösen“, sondern „von der Einflußnahme auf staatliche Politik darf nicht mehr erwartet werden, als über diesen Weg machbar ist“. Alles klar?

Wir leben in einer Phase der „Entdemokratisierung“, da bestimmte Gefährdungen mit den „herkömmlichen Demokratisierungsinstrumenten“ nicht zu be-



wahren seien, was die Gefahren eines „Sicherheitsstaates“ auf den Plan rufen würde, den es offenbar noch nicht gibt. Daher sei es die „historische Aufgabe“ der Grünen, durch ihre demokratische Selbstverneuerung „unverfälscht“ die „wertvolle“ „Demokratisierung der Gesellschaft“ voranzutreiben. Die neuen Sicherheitsgesetze lassen grüßen.

Ausgerechnet am „Beispiel Hasenstraße“ wird nach grüner Demokratieverständnis darauf verwiesen, daß eine friedliche Lösung nur der „Herausbildung eines prinzipiell an einer friedlichen Lösung interessierten demokratischen Spektrums mit Dialogmöglichkeiten zu beiden Seiten“ zu verdanken sei, was „gesellschaftliche Akzeptanz einer gewaltfreien Lösung erhöht habe“. Da wurde der Hamburger Ex-Bürgermeister schon deutlicher, als er eingestand, daß ohne die Milizunbereitschaft der Hausbesetzer schon längst geräumt worden wäre.

Im Bereich Ökologie/Ökonomie läßt sich abhackenes urgrünes Gedankengut finden: das „ökonomische Leitbild grenzenlosen Wachstums“ sei gescheitert, eine „Ökonomie der Selbstbeschränkung“ hinsichtlich des Verbrauchs endlicher Ressourcen und des technisch Machbaren sei gefördert, die „sauberen“ Energien und Technologien und ein neues Leitbild von „Reichtum“. Nicht die „fortwährende Anhäufung von Sachen, sondern die Erweiterung der verfügbaren Zeit als Möglichkeit zur Selbstverwirklichung für alle“ sei angesagt. Das nennt man Minderheitenpolitik bei den Grünen, denn wer sonst kann sich „fortwährend Sachen anhäufen“?

Doch auch die Ökonozialisten können sich etwas aus dem grünen „Aufbruch“ holen: „wenn es sich um „ökologischen Kapitalismus“ abgrenzt, weil dieser das „herrschende Produktions- und Konsumment als politischen Reizum akzeptiert“. So oder so ähnlich sieht das immerhin auch im Umbauprogramm. Ob mit dem vorliegenden grünen Aufbruch mit seinen vielen nichtssagenden banalen Floskeln („Jeder Neuanfang hört einmal auf“, „es ist High Noon — nicht 5 vor 12 sondern 12 Uhr mittags“) die so erhoffte grüne „Chance“ zum Aufbruch wahrgenommen werden kann, muß bezweifelt werden.

Im Manifest sind keine neuen Gedanken enthalten, die den Weg aus der grünen Krise weisen, sondern viel Ratlosigkeit, die hinter Allgemeinplätzen verborgen bleibt. Statt sich den „veränderten Umständen zu stellen und nach anderen Lösungswegen zu suchen“, heißt es da an die Flügel geschrien, „verfallen wir zunehmend den Verführungen eines überkommenen Linksradikalismus einerseits und eines nicht minder überholten Sozialdemokratismus andererseits“. Anstatt die real existierenden gesellschaftlichen Widersprüche im allgemeinen und die der

Grünen im besonderen zu analysieren, wird zur reinen Phrase gegriffen, zumal den Grünen so ziemlich alles vorgeworfen werden kann, aber nicht ein angeblicher „Linksradikalismus“.

Empfohlen wird den Grünen stattdessen endlich den „wirklichen Frieden“ zu wachen, auf den Boden der Tatsachen zurückzukehren. Wer das fordert, muß auch mit der Selbstabwehrschwäche aufhören. Da heißt es zum Beispiel: „Im Gegensatz zu unserer weitgehend erfolgreichen und demotierenden Funktion in der öffentlichen Meinungsführerschaft zeigte uns der Parlamentarismus täglich die Grenzen unserer realen Machtverhältnisse und unser konkreter praktischer Erfolg.“

Die angeblich früher vorhandene „Meinungsführerschaft“ hat es jedoch allenfalls partiell und konjunkturell bedingt gegeben („Nachrüstung“). Selbst um Bereich des Umweltschutzes attestierte das FMND-Institut den Grünen hinsichtlich der Frage nach der kompetentesten aller Parteien einen Höchstwert von etwa 40% in allen anderen gesellschaftlichen Problembereichen weisen die Grünen noch weitaus niedrigere Werte auf (1).

Dieser grassierende Realitätsverlust der konservativen wie auch sozial demokratische ideologische Hegemonie in der Gesellschaft unterschätzt und, nebenbei bemerkt, auch den rapiden Anpassungsprozess der Linken wie Grünen an die herrschenden Verhältnisse ausblendet, hat gravierende Folgen in den Köpfen vieler Grünen.

Wenn der „Aufbruch“ behauptet, die Grünen hätten „zu einer neuen Sensibilität der Gesellschaft“ in vielen Bereichen beigetragen, und daraus schließt, daß nicht die „Kassandrasche“, sondern die „Durchsetzung von Alternativen“ anvisiert wurden, stellt das die Aufgabe für die Grünen auf den Kopf. An die Stelle der Einsicht in die Notwendigkeit beharrlicher Oppositionspolitik ist längst das Streben nach Mitmachen, Mitgestaltung und Herstellung von ominösen „Mehrheiten“ getreten — und das vor dem Hintergrund eines „allgemeinen Abschwungs links-alternativer Politik“ (Ebermann/Trampert in „konkret“ 7/88).

Die aus der grünen Krise herauszuführen der „Aufbruch“-Stimmung will noch nicht so recht aufkommen, sondern wird derzeit krampfhaft zur Schau gestellt.

„Undogmatische Linke“ wenig links

Ein anderer grüner Kreis aus dem Tulpenfeld um die MdBs Ludger Volmer, Ingrid H. Herich, Uwe Hüser, Hias Kreuzeder und Erika Trenz sowie das BuVo-Mitglied Jürgen Meier nehmen mit einem an-

grifflosigen Papier (Titel: „Schon weg räumen — Gegen realpolitische Anpöfler und fundamentalistische Verweigerung — Undogmatische Linke zu Lage und Perspektive der grünen Partei“) Stellung. Wie der „Aufbruch“ definiert sich diese Gruppe als „links“ (baptisiert ihr Programm lautet: „Wir brauchen die Kombination von radikalen Inhalten und pragmatischem Umgang mit ihrer Umsetzung“). Sie wollen an der „antikapitalistischen Ausrichtung der Wirtschaftspolitik“, am „Gebot einseitiger Abrüstung bis zum Bruch mit unserem Bündnis“ festhalten, um sich vom Platzchen links von der Wölmer-Mitte zu sichern. Doch fällt die Abgrenzung gegenüber den Ökonozialisten und Fundis wesentlich scharfer aus als gegenüber den Realos. Da heißt es zum Beispiel: „Eine Trennung vom fundamentalistischen Instrumentarium bedeutet für die Linke einen Befreiungsschlag, der den Wert ihrer inhaltlichen Vorstellungen erst wieder zur Geltung kommen läßt.“ Den Fundis wird „Perspektivlosigkeit in der Durchsetzungsfrage“ vorgeworfen. Ihr Rezept: Die Koalitionsfrage müsse „enttabuisiert“, die Grünen endlich wieder zu „potenziellen Verhandlungspartnern“ werden. Aufgrund der „genügenden Differenziertheit grüner Positionen“ sehen sie die Chance zu Über-einkünften „für eine gemeinsame Politik“ mit der SPD gewachsen. Wie, ob und zu welchem Preis die „radikalen Inhalte“ in Koalitionen partiell „umgesetzt“ werden könnten — dazu kein Stiefenswörtchen, sondern Glaubensbekenntnisse.

Ausgehend bleibt, ähnlich dem „Aufbruch“-Manifest, unter anderem die Frage, wie denn angesichts einer nach rechts abdriftenden SPD, die strategisch auf sozial-liberale Optionen setzt, die Grünen wieder „ins Geschäft“ kommen könnten. Glaubenssätze, Phrasen, die Augen ausschließlich auf die innerparteiliche Taktik anstelle gesellschaftlicher Widersprüche und Entwicklungen gerichtet — viel haben sie nicht anzubieten. Wie die „Aufbruch“-Gruppe verabschiedet sich die „Undogmatische Linke“ von der Notwendigkeit hartnäckiger, geduldiger Opposition, parlamentarisch wie außerparlamentarisch.

„Die Notwendigkeit positiv bestimmend in die politischen Auseinandersetzungen einzugreifen, läßt eine reine Protesthaltung nicht mehr zu.“ Auch hier wieder die seltsame Metamorphose in den Köpfen der Grünen, die sich von Protest, Widerstand, Verweigerung schon fast ekelhaft abwendend, das Wörtchen „Opposition“ nur noch als Übergang zur Koalition begreifen.

„Langweilige Bekenntnisse“ der „Linken Mitte“

Sie hätten keine „fertigen Rezepte“ zur Lösung der grünen Krise parat, das strate-

gische Problem der Partei sei zunächst zur Kenntnis zu nehmen, erklärt eine Gruppe um die Hamburger Michael Stamm und Jürgen Reents, einige führende Mitgliederinnen der Westberliner AL und Mitglieder um die Zeitschrift „Horizonte“ (größtenteils aus der aufgelösten trotzkistischen GIM).

In ihren „Langweiligen Bekenntnissen zu einer klärenden Bestandsaufnahme“, die sie anlässlich des grünen Parteikongresses vorlegte, polemisierten sie gegen den „aus der politischen Perspektivlosigkeit geborenen Amoklauf des Ministerflügels“ der Grünen, denen bei ihrer „festen Idee“ als Regierungspartei offensichtlich jeder politische Schwachsinn „von rechts“ sei. Auf einem Linkentreffen im Rahmen des Bad Godesberger Ausflugs der Grünen stellte Michael Stamm klar, daß diese Gruppe die sogenannte „Aquadizanz“ zu beiden Flügeln im Unterschied zur Gruppe um L. Volmer ablehne. Dennoch gehe es ihnen „zunächst um eines: daß die Grünen mehrheitlich erklären, daß die strategischen Konzepte von Reents und Fundis gescheitert sind“. Sie möchten vielmehr erreichen, daß „grüne Politik auf den Boden der Wirklichkeit zurückkommt“, was zunächst heiße, daß die Möglichkeiten grüner Politik heute beschränkt seien.

Der Versuch, eine realistische Bestandsaufnahme der grünen Krise im Kontext der gesellschaftlichen Entwicklung in den letzten Jahren zu liefern, ist derzeit wohl schon eine grüne Rarität gegenüber allen anderen konkurrierenden Manifesten und sonstigen Glaubensbekenntnissen. Die Kritik an den Realos oder der „Ministerflügel“, wie Stamm & Co. zu sagen pflegen, ist zutreffend, aber spezialisiert und gehört zum links-grünen Standard Repertoire. Interessanter findet, wie sie sich gegenüber dem „Fundamentalismus“, also gegenüber den Ökonozialisten um Ebermann/Trampert und den „Radikalökologen“ um Jutta Dittlrich/Manfred Zieran definieren, um ihre eigene politische Existenzberechtigung zu begründen. In „Mitte“, „Hamburg“ und „Hessen“ hilt

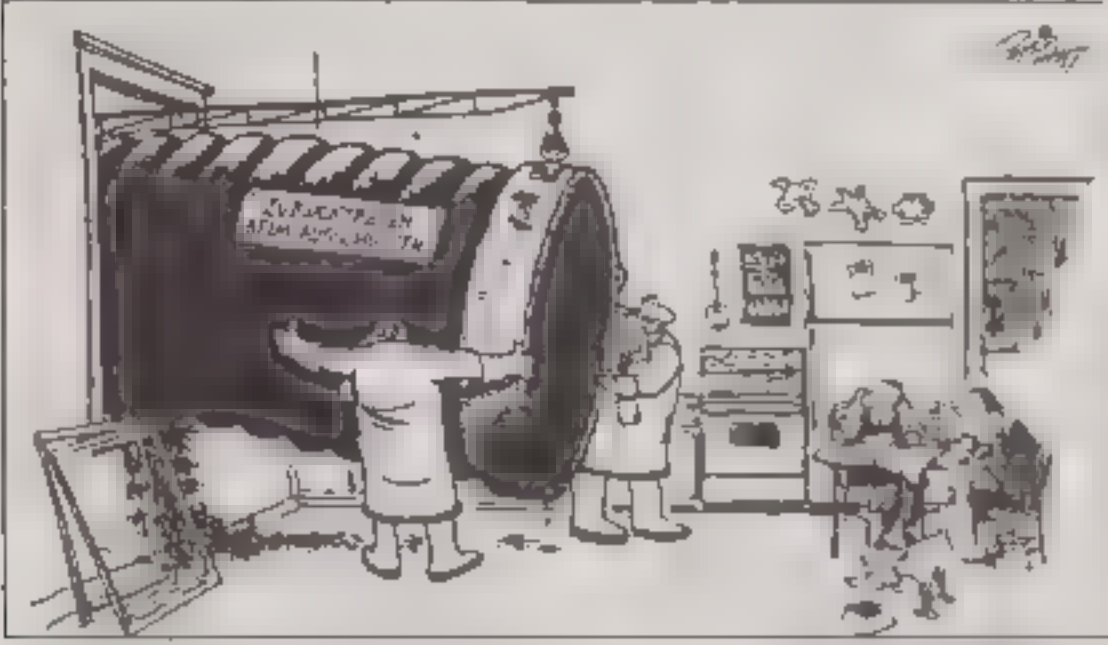
die Gruppe „die politische Initiative verloren“, war das eigentliche Scheitern der beiden Flügel verbunden. Die „Harte“ Hamburger Tolerierungspolitik der GIAL habe die SPD gestärkt und den grünen Einfluß geschwächt.

So schlicht liegen die Dinge nun einmal nicht, in Hamburg ist nicht die Tolerierung gescheitert, weil sie als taktisches Mittel zur gesellschaftlichen Intervention nicht ernsthaft angewendet wurde, sondern eher zum Vehikel der innerparteilichen Auseinandersetzungen der GIAL, verkam. Die Hauptkritik an den „Hamburgern“ mußte dann bestehen, daß die auf den Hund gekommene GIAL eine ernsthafte Tolerierungspolitik gar nicht zuwege brachte — politisch nicht handlungsfähig war.

Auf der einen Seite wird den Fundis die „Notwendigkeit der Polarisierung, die radikale Gegenwehr zum Status quo“, die „Notwendigkeit den gesellschaftlichen Dissens und Gegenmacht zu organisieren“ zugute gehalten. Hinzukommen müsse aber die Fähigkeit zu Kompromissen „als Mittel im politischen Kampf“, auf das die Fundis bereitwillig verzichten würden. Das hört sich gut an, hat jedoch den Nachteil der konkreten Nichtumsetzbarkeit, denn seit „Hamburg“ und die Fundis bei den nachfolgenden Wahlen aufgrund ihrer minoritären Lage innerhalb der Partei nicht wieder „gefordert“ worden, oder, wie im Falle Schleswig-Holstein, gleich zur angebotsorientierten Koalitionspolitik übergelaufen.

Stattdessen wird „dem Fundamentalismus in großer Vereinfachung vorgeworfen, eine Konzeption des „trotzigen Alles oder Nichts“ zu verfolgen. Resultat einer Politik des „Frontalangriffs“ sei in der Regel „nur eine Verbreiterung der Zustimmung zur herrschenden Politik“ statt eine „Verschiebung der gesellschaftlichen Kraftverhältnisse“, wird da in offensichtlicher Annäherung an die sozialdemokratische Formel formuliert, daß, wer nicht kompromißfähig sei, nur den Herrschenden nutze. Demgegenüber meinen Stamm und Freunde, grüne Inhalte ließen sich allenfalls „nur gebrochen und in Teilen“ realisieren. Kompromisse hätten nichts mit Anpassung oder Unterordnung zu tun, sondern sie müßten „existierende Brüche im gesellschaftlichen Konsens konsolidieren“ und gleichzeitig die „Option auf eine radikale Gesellschaftstransformation offenhalten“.

Fortsetzung nächste Seite



Zerlegung, wo wollt ihr den Atom Müll hinheben?

Fortsetzung von vorheriger Seite

mit abgebrannten Brennelementen. Folglich war das in der Öffentlichkeit präsentierte *Müll* für die „unzulässigen Aufwendungen“ der Transnuklear von Anfang an falsch: Es ging nicht nur um schwach- bis mittelaktive Abfälle. Es ging sehr wohl auch um abgebrannte Brennelemente. K aus Rumke war das erste Opfer dieser Geschichte. Er warf sich am 27.4.87 bei Hannover vor einem fahrenden Zug.

Horizontale Proliferation

Auf die Fülle weiterer Informationen, die der Atomskandal zutage förderte und die kaum weniger schwerwiegend sind wie die Abfallverschiebungen via Mol — beispielsweise die engen Beziehungen zu Südafrika —, soll hier nicht eingegangen werden. Zu ergänzen bleibt jedoch, daß eine Reihe weiterer Empfängeradressen für Spenden aus Hanau genannt wurden: in der BRD die Kernforschungsanlagen in Karlsruhe und Jülich sowie der TÜV Mannheim, in Schweden Studsvik, in der Schweiz und in Italien Kraftwerkshersteller. Wichtig ist auch, an das Netz von Zweigfirmen der Nukon in der Schweiz

und Luxemburg, aber auch in weiteren Ländern zu erinnern (s. AK 291). Umsonst wird es wohl kaum eingerichtet worden sein.

Darüber hinaus ist es notwendig, ein Mißverständnis zu vermeiden: Alles hier Gesagte betrifft die Proliferation aus Belgien oder der Bundesrepublik in dritte Länder, also die sog. horizontale Proliferation. Nicht tangiert wurde die politisch relevantere, aber noch viel geheimnisvollere Frage, welche nuklearmilitärischen Wege die BRD selbst beschreitet. Lehrreich ist allerdings die Vielfalt der Möglichkeiten, die ein ziviles Atomprogramm bietet. Und klar ist wohl, daß die Bundeswehr nicht darauf angewiesen wäre, den Umweg über Mol oder über zweitklassiges Material zu machen.

Bei der horizontalen Proliferation können Atom Müll-Lieferungen allerdings durchaus eine Rolle spielen. Beispielsweise hat die Volksrepublik China, die als Atommacht freilich nicht auf große Heimlichkeiten angewiesen ist, immer mal wieder ein Interesse an abgebrannten, aber noch nicht wiederaufbereiteten Brennelementen erkennen lassen. Das berühmte Projekt eines Endlagers in der Wüste Gobi. Dies wird für andere Staaten ähnlich gelten.

Was das Thema § 218 betrifft, so geriet die Frauenbewegung in der letzten Zeit gelegentlich in die paradoxe Situation, die Ereignisse, gegen die Frau aktiv werden will, fast ungeduldig zu erwarten.

Das galt für den CDU-Parteitag „zum Schutz des Lebens“, der vor über einem Jahr angesagt worden war und der jetzt mit zusätzlichen Nebenschwerpunkten schließlich auch stattgefunden hat. Lange nach der ursprünglich als Gegenveranstaltung geplanten Protestveranstaltung der § 218-Gruppen. Und auch für Rita Süthmuths „Schwangerenberatungsgesetz“ — seit Ewigzeiten in Beratung, Diskussion, Überarbeitung durch Koalitionspartner und Bundesländer befindlich — das am 8. Juni nun „endlich“ ins Kabinett eingebracht werden sollte; der „Tag X“ des Widerstandes gegen das Gesetz wurde deshalb auf diesen Termin festgelegt.

Aber „Tag X“ fand nun doch ohne unmittelbaren aktuellen Anlaß statt — auf die Reaktion ist eben kein Verlaß. Sicher hat es nicht daran gelegen, wenn die immerhin zahlreichen — Aktionen gegen das Gesetz ohne große Massenbeteiligung (mit Ausnahme von Berlin) stattfanden, aber die Politik der schleichenden Veränderungen wirkt auch nicht gerade motivierend. Natur ist kann Frau froh darüber sein, wenn das Beratungsgesetz wenn überhaupt, dann möglichst spät kommt. Andererseits ist zu befürchten, daß die Zeit genutzt wird, um den Gesetzentwurf zu verschärfen.

Beratungsgesetz weiter verspätet

Die erneute Verzögerung wurde begründet mit Differenzen zwischen FDP und CSU, die noch nicht ausgeräumt werden könnten, auch die Diskussion des Entwurfs in der großen Koalition wurde bei „ausgeprägten“ ins Wasser. Dabei hat es von Seiten Süthmuths und Geißlers das Interesse bestanden, den Gesetzentwurf noch vor dem CDU-Parteitag unter Dach und Fach zu kriegen. Die Lebensschutzer Fraktion der CDU fand nun durch den Parteitag ein Forum, verstärkte Druck auf die eigene Parteiführung und die FDP auszuüben, insofern könnte die Verschiebung des Zeitplans durchaus auch zum politischen Kalkül interessierter CDU/CSU-Kreise gehört haben.

Der Gesetzentwurf war auf Drängen der FDP in zwei Punkten geändert worden:

— Das Beratungsziel wurde leicht umformuliert, dahingehend, daß in der Beratung neben dem „Schutz des ungeborenen Lebens“ auch „die Lebenssituation der Schwangeren und die Lebensperspektive von Mutter und Kind“ einzuberücksichtigen seien.

— Die Fortbildungspflicht für Ärztinnen, die beraten oder Indikationen ausstellen, wurde durch einen Appell zur Teilnahme an entsprechenden Veranstaltungen ersetzt. Weiteren Änderungswünschen der FDP wurde nicht entsprochen.

Die CSU wandte sich gegen die Neuformulierung des Beratungsziels. Sie besteht darauf, daß schärfere Länderbestimmungen (wie eben in Bayern) durch das Gesetz unberührt bleiben und legt besonderen Wert auf die personelle und auch räumliche Trennung von Beratung und Indikation. Die FDP will dagegen die Forderung nach personeller Trennung aus dem Gesetzestext streichen.

Die Vorsitzende der CSU-Frauenunion beklagte im Saarländischen Rundfunk die fehlende Kompromißbereitschaft der FDP und äußerte, sie halte das Scheitern des Gesetzes für möglich. Eine „Drohung“, die wohl kaum ernst gemeint ist.

§ 218-Debatte auf dem CDU-Parteitag

Der Bundesparteitag der CDU fand am 13. und 14. Juni in Wiesbaden statt. Zwei Leitartikel standen zur Abstimmung: der erste, „Unsere Verantwortung in der Welt“ betraf die deutschland- und außenpolitischen Vorstellungen der CDU, der zweite, „Politik auf Grundlage des christlichen Menschenbildes“ befaßte sich mit Bereichen des menschlichen Lebens, insbesondere dem sog. „Schutz des ungeborenen Lebens“. Das Interesse am Thema Abtreibung zeigte sich daran, daß dazu

322 Anträge eingegangen waren, davon über dreihundert, die sich auf eine Änderung des § 218 selbst bezogen. Die Antragskommission, die solche Anträge vor dem Parteitag prüft und dann zur Annahme oder Ablehnung empfiehlt (das enthebt das Fußvolk der Anstrengung, den eigenen Kopf gebrochen zu müssen), hatte diejenigen zur Ablehnung freigegeben, welche für eine Strafrechtsverschärfung plädierten — darunter einen des großen Landesverbandes Baden-Württemberg. Dagegen wurde die Zustimmung empfohlen bei Anträgen, die den Begriff „Schwangerschaftsabbruch“ durch „Tötung menschlichen Lebens“ ersetzen wollten.

Dementsprechend beschloß der Parteitag, in Zukunft für Abtreibung den Begriff „Tötung“ zu verwenden, sowie eine Kampagne für den Schutz des ungeborenen Lebens zu starten.

In Gröndel der Diskussion auf dem Parteitag befaßte sich mit einer Verschärfung des Strafgesetzes 218, wobei deutlich wurde, daß die Mehrheit der Partei im Grunde für eine Strafrechtsverschärfung ist, aus taktischen Gründen aber auf einen entsprechenden Parteitagsschluß verzichtet.

Während Geißler und Süthmuth wegen Strafrechtsverschärfung hin zur Idee

logischen Offensive orientierten, gab es mit Albrecht und Wal mann auch Prominenz, die schärfere Maßnahmen forderten — übrigens im Einklang mit zahlreichen Vertreterinnen der CDU-Frauen.

Koalitionsparteien im Zwiespalt

Auch auf diesem Parteitag zeigte sich das Dilemma, in dem die CDU und insbesondere ihre Vertreter in der Regierung sich derzeit befinden: einerseits möchte man sich neuen Wahlerschichten öffnen und sich zu diesem Zweck mit einem modisch frauenfreundlichen Mantelchen schmücken, andererseits möchte man den konservativen Stammwähler mit dem neuen Out fit natürlich nicht vergraulen. Schließlich warten die Lebensschutzer-Gruppierungen in der Partei schon seit Regierungsantritt ungeduldig darauf, daß von der Führung in der Abtreibungsfrage endlich rigoros aufgetrieben wird.

Der FDP geht es im Übrigen nicht viel besser, zwar befindet man den Paragraphen 218 für gerade unwichtig genug, um ihn der Verfassung gemäße in den Koalitions-

Fortsetzung auf Seite 20

Anzeige



Nr. 21, Mai/Juni 88

AUS DEM INHALT.

- Hanau - Demo
Konträre Debatte um die Demo am 19.3.88
- Neuordnung der Atomindustrie
Atomminister Töpler als Seubermann der Nation? oder „Neuordnung“ im Sinne der Atomindustrie?
- Atomwaffen
Ambitionen der BRD
Hahn-Max-Planck-Institut Berlin
Atomwaffenstaat Israel
- Wendland
Castor bald unterwegs?
neue Atom Müllfabrik (PKA)

Außerdem in dieser atom

- Unfallgefahren von Atom-mülltransporten
Mitarbeiter über Atomkraft werken
- Autonomie — aber wie?

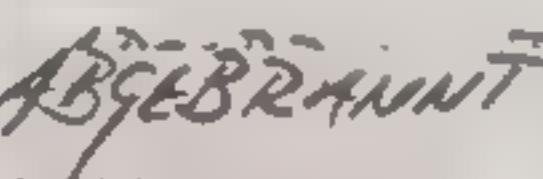
Atom

erscheint zweimonatlich, 68 Seiten, Einzelpreis 4 DM (plus Porto), Abonnement 5 Ausgaben 25 DM. Sollte unbedingt abonniert werden.

Herausgeber und Postadresse: Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Postfach 1945, 3400 Göttingen, oder Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen, c/o, Günter Gerbers, Posener Str. 22, 2121 Reppenstedt, Tel., 04131/37835 (tagsüber)



Anzeige



eine Wiederaufarbeitung des Widerstands gegen die Wackernagel 1981-88 aus autonomer Sicht



- ausführliche chronologie der ereignisse
- berichte & analysen zum süddeutschen autonomienplenum
- städteparteiorganisationen
- bündnispolitik
- patriarchat & widerstand
- winnetous erben
- autonome politik in sozialen bewegungen u.v.m.

Bestellungen an:

Buchladen Schwarze Risse
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

gegen Vorauszahlung von DM 5,- pro Exemplar (ab 3 Stück je DM 3,30) auf Kto.-Nr. 3094101 für AKS e.V. bei Bank für Sozialwirtschaft BLZ 10020500
Kontowort "Broschüre"

Dokumentation

Rede auf der Berliner Demo

FRAUEN BILDENT ENDLICH ALLE GEMEINSAM ZUR WEIBLICHEN WER SIND SUBJEKT UND NICHT WER NICHT GEBÄRT IST NICHTS WERTIG

Frauen und Männer Berlin. Schaut auf diese Frauen und wenigen Männer vor ihnen stehen Frauen aus Frauengruppenverbänden, die sich durch diese Berlinerinnen- und Aufregung von ihrer düsteren Vergangenheit befreien wollen. Sie sind aufgebracht, um durch ihre Rede ihren Willen zur Umkehr — zur Herde — Ausdruck zu verleihen.

Jahrelang wurde hemmungslos und einseitig der Emanzipation der Frau das Wort gegeben. Ansatz unserer vornehmsten Aufgabe.

Das deutsche Volk vor dem Aussterben zu bewahren und gleichzeitig seine Renten zu sichern.

Wir propagierten die Selbstbestimmung der Frau über ihren Körper und forderten die ernsthafte Streichung des § 218. Doch dann, dem Hause Süthmuth erkennen wir jetzt unseren Weg. Unsere Forderung ist: Vom ersten bis zum letzten Empfang gebären, gebären und nochmal gebären. Mehrlingsgeburten erschauen wir als einen besonders gelungenen Beweis der Pflichterfüllung.

Unsere liebe Frau Süthmuth, der Herrne, wird ihr Lohn — brachte uns auf den richtigen Weg zurück und verhalf uns zu der Einsicht: Der Abtreibungswort der deutschen Frau muß ein Ende gesetzt werden. Wir schwören nicht länger Frau Rita bedarf unser aller Unterstützung im Kampf für das ungeborene Leben. Der gefährlichste Platz für ein Kind darf nicht mehr der Uterus sein.

Frau Süthmuth wird uns in ihrer übergroßen Güte demnächst ein Beratungsgesetz schenken. Endlich wird per Gesetz berücksichtigt, daß Frauen auch wissen, was sie wollen. Endlich keine Beratungsunsicherheit mehr — Gott sei dank steht das Ziel schon fest. Endlich aufgehoben ist einer Gemeinschaft der Mann, der Chef und die Eltern, alle helfen mit, uns unserem großen und einzigen Ziel der Mutterschaft näherzubringen. Aus Dankbarkeit für dieses großartige Geschenk und um tätige Hilfe zu zeigen, haben wir uns heute hier versammelt.

Schließt Euch unserer Prozession an. Auch ihr seid nicht eine Make — durch den Einsatz von Verhütungsmitteln wird in deutschen Betten massenhaft die Vermehrung des eigenen Wilkes verhindert.

„Ertragen muß man was der Himmel sendet. Unheiliges errögt kein edles Herz.“ (F. Schiller, „W. Tell“ 1,2) ist das Motto in unseren Herzen.

Ich darf Ihnen jetzt kurz die Botschaften vorstellen.

An der Spitze der Prozession grüßten sich

auf ihrem Schaulustigen die AKS-Mitglieder. Sie sind die ersten, die den Frauen zentrum „mütterliche Kindheit“ verleiht und Eigenheiten. Jetzt bekehrt sind sie die ruhigen Botschaften. Mit der neuschwanzigen Geißlerkarte werden sie sich geißeln für ihre Bestands in Gedanken, Worten und Taten.

Gelübt werden diese ehemals so abscheulichen Gestalten, die noch einen langen Weg der Buße vor sich haben, um dem Schwanzpeitschen, die Tränen, Zerstörung, Wunden und Verwundungen, die die Frauen wegen ihrer delikaten Zustände nur jeweils während der Kundgebungen tanzen werden.

Danach folgt ins Auge die internationale Großdelegation der Eigenmacherinnen und Körperflücker. Ein altes Handwerk hat wieder Zukunft! Der demokratische Frauenbund Berlin schließt sich dem Dank der Engländerinnen an die CDU für Frauenheimatplätze ohne Ausbildungszwang an.

Hier ihrem Motto: Kinder Küche, Kirche. Wie wagt sich die Schwangeren Selbstbefreiung, unterstützt von dem rührigen Prof. Dr. Kindermann und Mitarbeiterinnen der Pro-Familia wieder einmal, an das Licht der Öffentlichkeit. Sie haben sich vorgenommen, ihren Beitrag für unsere B. 750 Jahre feier (750 gesunde Särlin) noch zu steigern. Die folgt von Männern, die noch Unipaten im Kopf — und nicht nur dort — haben. Es ist uns gelungen, eine Gruppe schwangerer Männer, trotz des für sie so ungewöhnlichen Zustandes, zur Teilnahme zu bewegen. Pioniere, die er kann haben. „Gehören darf nicht allein Frauen Sache sein.“

Der Frauenausschuß der Gewerkschaft HBV wird die Schwangeren Frauen unermüdlich mit Konföten versorgen. Ihre Familie „Mutter find ich gut!“

Die Sündigen Erbärmlichen Weiber (St. W.) vertrauen ihr weibliches Schicksal den Profithuten an. Ihr Altar drückt die Hoffnung der Rettung vor ihrer eigenen freien Entscheidung aus. Der Senator Ulf Fink erbarme sich ihrer.

Dem Altar folgt eine hochkarätige vatikanische Großdelegation. Sie werden ihn schon erkennen.

Die Gewerkschaftsfrauen der OTV haben das Dienstleistungsangebot im öffentlichen Dienst erweitert und werden mit einer Babyverschenkaktion auf die Passanten zugehen.

Der sozialistische Jugendverband Karl Liebknecht läßt das soziale Netz fallen. Ein ex-gottloser Jugendverband an der Spitze der zur Wende bereiten Jugend. Wer hätte das früher zu hoffen gewagt!

Wir enden mit dem Wort des Dichters: Nur eine Mutter weiß allein, was Leben heißt und glücklich sein! (A. von Chamisso Gedichtzyklus Frauenliebe und leben)

Heilige Mutter, Rufe bitte für uns! Hilf uns oft und ohne zu sündigen zu empfangen.

Bilanz der Anti-Porno-Kampagne

Kampf gegen Pornographie oder allgemeine Sexismusdebatte

Im Oktober 1987 startete die Frauenzeitung "Emma" eine Kampagne gegen Pornographie und forderte alle Frauen auf sich daran zu beteiligen. Die dringende Notwendigkeit einer solchen Kampagne begründete sie mit der aktuell untragbar zugespitzten Situation für Frauen: „Immer mehr Frauen und Kinder geraten direkt in die Zerstörungsmaschinerie der Pornographie. Immer mehr Frauen und Kinder werden mißbraucht davon angefüllt. Wir müssen handeln! Es ist spät, aber noch nicht zu spät. Wir müssen uns wehren! Mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln.“ („Emma“ 10/87) Sie berief sich dabei auf eine Situation, die sie wie folgt kennzeichnete: „Brutale Pornographie hat sich explosionsartig verbreitet, immer mehr immer härter“; erst habe sie die Frauen nur vergewaltigt und gefoltert, jetzt „zerstückelt sie uns“; jede dritte Videokassette ist harte Pornographie usw. (vergl. die ausführlichen Zitate in AK 291). Sie übernahm dabei die These von Andrea Dworkin, daß diese „neue Pornographie“ „links“ sei bzw. von links komme.“ Insgesamt entstand ein Bild, das die Lage, die zwar weiser abgeklärt noch überprüfbar war, aber auf der Sinnungsebene wirkte.

Gefürmelt wie eine Fels in der Brandung und kommentierte alarmistisch in „Auswertungsartikeln“ die von ihr angerufene Diskussion. Ihre Beurteilungskriterien waren eindeutig und über jeden Zweifel erhaben, ultimativ. Entweder du bist für die Kampagne oder — du stichst auf Seiten der Pornographen und wirst aus den Reihen der „wahren“ Feministinnen exkommuniziert. Ihr Hauptvorwurf an die Gegenpartei der Kampagne war der der Kollaboration mit den Männern.

„Die entwürfnendste Waffe im Arsenal der Männer war im Geschlecht. Sie kommt immer die Frau. Der Wille des modernen Mannes ist die Feministin. Klar. Man muß den Feind mit seinen eigenen Waffen schlagen, alte Bauernregel. Und diese Feministin nennt sich so, egal, was auch immer sie vertritt, Geschlecht gerügt.“ (A.S. in „Emma“ 3/88)

„Die Anti-Porno-Kampagne ist eigentlich die Fortsetzung der Stern-Klage. Beim Vergleich der beiden Kampagnen beobachten wir etwas ganz Interessantes. Vor zehn Jahren haben sich die mächtigen Männer exponiert und — häusert. Alle haben gesagt, die spinnen ja, diese frustrierten Gänse. Dersmal aber halten die mächtigen Männer den Mund. Sie spielen ihr Lieblingspiel — sie schicken Frauen

gezielte Anlaß — die Pornographie selbst.

Aber hat die Kampagne tatsächlich zu mehr Bewußtsein und damit zu Konsequenzen geführt? Der Begriff „Pornographie“ bzw. die Klärung, was denn nun eigentlich wie und mit welchen Mitteln bekämpft werden soll, ist nach wie vor völlig ungeklärt und ungenau geblieben. Antworten auf die Fragen nach Ursache Wirkung, Bedeutung, Nutzen der Kampagne weitgehend unbearbeitet bzw. wurden aus dem Blickfeld der Betrachtung und Interessen der Betroffenen verdrängt. Antwortet. Es hat im Rahmen der Kampagne keine klare Trennung zwischen dem Kampf gegen die Pornographie und dem Kampf gegen Sexismus gegeben.

Diese Unklarheiten und Vermischungen, das Definierenwärt des gemeinsamen Gegenstands der Kampagne sind ganz offensichtlich von „Emma“ gewollt und beabsichtigt gewesen. Alice Schwarzer nahm zwar die Pornographie, speziell die „harte Pornographie“ zum Anreißer für ihre Kampagne, doch sie konzentrierte sich von vornherein auf die sog. „Pornographisierung des Alltags“, wobei sie nicht zureichend war und so ziemlich alles darunter verstand, was auch nach „Mannes Meinung“ als „unwürdig“ und „unannehmlich“ empfunden wird (vergl. AK 294).

So hatte die Kampagne weniger den Kampf gegen frauenverachtende Pornographie zum Inhalt, sondern es ist eine allgemeine Sexismusdebatte entstanden. Die tagtägliche Vermarktung des Frauenkörpers — so sehr sie nervt und am Selbstwertgefühl nagt — aber ist in der Regel keine Pornographie und schon gar keine harte Pornographie. Was aber unter Sexismus, „Anmacherei“, Verletzung der Würde der Frauen etc. zu verstehen ist, kann nicht nur durch objektive Kriterien bestimmt werden, sondern hat auch etwas mit Geschmack, Empfindlichkeit, konkreten Erfahrungen und vor allem etwas mit dem konkreten Kontext zu tun, in dem sie erlebt wird. Hier real etwas verändern zu wollen ist schwer, solange die Gesellschaft in dieser Form existiert und wird nur in einzelnen Schritten möglich sein.

„Betroffenheit ... quer durch alle politischen Lager“

Die Suche nach Bündnispartnern nicht für den eindeutig definierten Kampf gegen „Gewalt gegen Frauen“, sondern mehr um die Frage des „Anstands und der Würde der Frau“ führte Alice Schwarzer in das Lager der Konservativen — bzw. der Bonner Parteien. Ähnlich wie auch schon in ihrer Kampagne um die „Verfassungsklage gegen den § 218“, die sie unglücklich für die Wahlentscheidung aufgefördert in das Wahlgeschäft einbrachte und kurz darauf durch Totschweigen begraben wurde, so hier auch wieder die publicity-trächtige Begegnung mit den Bonner Parteienvertretern und welche voraussetzen feministische Prüferinnen auf Herablassungsebene, was sie weit von sich.

„Hier gibt es Betroffenheit von Frauen, die einfach quer durch alle politischen Lager geht. Ob sie in allen Konsequenzen mitgehen, kommt es auf die etablierten Frauenverbände — g. g. wird man sehen.“ (Kampagne-Frauenrat, wo waren die Frauen erreichen. Der Vergewaltiger fragt auch nicht vorher, was sein Opfer will.“) (Kampagne 2/88)

Nach dieser Situation derzeit in der Bundesrepublik anders als z.B. in den USA, wo sich die Rechte der Frauen in der Kampagne gegen Pornographie Kampagne zu eigen gemacht haben, und sie gegen die Frauenbewegung gewendet haben. Hier geht es weniger darum, daß sich die Konservativen zu der Kampagne durch den Namen „Emma“ und den Anlaß dazu, um sich daran zu profilieren (Erkenntnis, daß der Autor von R. A. Sussman in Köln auf einer Veranstaltung der Frauenbewegung, wo sie wirklich nichts zu suchen hat, ausgesprochen wurde in Bonn nichts und es zeichnet sich derzeit auch nichts ab. Die Bonner Politikerinnen haben zwar die Unzufriedenheit der Frauen verbal gewürdigt — eventuell findet ja tatsächlich auch noch die eine oder andere Anhörung statt — sie denken aber gar nicht daran, irgendwas am Status quo zu verändern.

Ein gutes halbes Jahr danach ist es an der Zeit, sich anzusehen, was aus der Kampagne geworden ist. Nachdem wir Inhalt und Tendenz der Kampagne bereits in AK Art. 19 untersucht haben (s. AK 291) soll hier versucht werden, eine Bilanz zu ziehen und der Frage nachzugehen, was hat es für die Frauen gebracht?

Ist die Kampagne tatsächlich zu einer neuen Offensive für die Frauenbewegung geworden?

„... ABER NIE, NOCH NIEMALS, HAT MAN WELCHE GESEHEN, DIE SICH VERKRAFTEN, UM EINER FRAU VERGEGENSTÄNDLICH ZU BEREITEN!“



eine breite Debatte provoziert?

„Eine kleine Truppe von Frauen hat eine große Diskussion angezettelt.“ (12/2 6.88) „Es ist fast wie in der Zeit, als ich den ‚Kleinen Unterschied‘ geschrieben hatte.“ (1) Wir haben wirklich einen Nerv getroffen.“ („Emma“, 4/88) Diese Einschätzung der Kampagne stammt von Alice Schwarzer und in der Tat, sieht man sich die Resonanz an, so hat es einen ungewöhnlich großen Widerhall gegeben. Fast sämtliche bürgerlichen Zeitungen haben Artikel, Positionen, pro und contra. Das Thema verlor nicht an Brisanz und der „Stern“ haben die Story gar als Aufmacher genutzt, in fast allen linken Szene-, Stadtzeitungen und sonstigen Alternativblättern wurde sich geäußert.

Alice Schwarzer war in diesen Monaten bevorzugter Gast auf Veranstaltungen und trat in Fernsehsendungen auf z.B. in „Pm und contra“ und „Berliner Platz“.

Die Reaktion war kontrovers. Die statistisch gesehen waren Befürworter und Ablehnerfront ziemlich ausgeglichen. Diskutiert wurden in diesem Rahmen diverse Anliegen: ob das die Abrechnung eines frustrierten Alltags mit seinen enttäuschenden Hoffnungen in die sexuelle Revolution der 60er Jahre war oder die Furcht vor Zensur von Kunstern oder Filmemachern, ob es feministische Frauen waren, die betonten, wie wichtig es sei, daß Frauen endlich ihre eigene Pornographie entwickelten, oder Männer die wie in „Laz“ und „Pflasterstrand“ die Debatte zum Anlaß nahmen, um gegen die Frauenbewegung und ihre Vertreterinnen zu hetzen.

Nur Alice Schwarzer stand in diesem

te sich von vornherein auf die sog. „Pornographisierung des Alltags“, wobei sie nicht zureichend war und so ziemlich alles darunter verstand, was auch nach „Mannes Meinung“ als „unwürdig“ und „unannehmlich“ empfunden wird (vergl. AK 294).

So hatte die Kampagne weniger den Kampf gegen frauenverachtende Pornographie zum Inhalt, sondern es ist eine allgemeine Sexismusdebatte entstanden. Die tagtägliche Vermarktung des Frauenkörpers — so sehr sie nervt und am Selbstwertgefühl nagt — aber ist in der Regel keine Pornographie und schon gar keine harte Pornographie. Was aber unter Sexismus, „Anmacherei“, Verletzung der Würde der Frauen etc. zu verstehen ist, kann nicht nur durch objektive Kriterien bestimmt werden, sondern hat auch etwas mit Geschmack, Empfindlichkeit, konkreten Erfahrungen und vor allem etwas mit dem konkreten Kontext zu tun, in dem sie erlebt wird. Hier real etwas verändern zu wollen ist schwer, solange die Gesellschaft in dieser Form existiert und wird nur in einzelnen Schritten möglich sein.

„Betroffenheit ... quer durch alle politischen Lager“

Die Suche nach Bündnispartnern nicht für den eindeutig definierten Kampf gegen „Gewalt gegen Frauen“, sondern mehr um die Frage des „Anstands und der Würde der Frau“ führte Alice Schwarzer in das Lager der Konservativen — bzw. der Bonner Parteien. Ähnlich wie auch schon in ihrer Kampagne um die „Verfassungsklage gegen den § 218“, die sie unglücklich für die Wahlentscheidung aufgefördert in das Wahlgeschäft einbrachte und kurz darauf durch Totschweigen begraben wurde, so hier auch wieder die publicity-trächtige Begegnung mit den Bonner Parteienvertretern und welche voraussetzen feministische Prüferinnen auf Herablassungsebene, was sie weit von sich.

„Hier gibt es Betroffenheit von Frauen, die einfach quer durch alle politischen Lager geht. Ob sie in allen Konsequenzen mitgehen, kommt es auf die etablierten Frauenverbände — g. g. wird man sehen.“ (Kampagne-Frauenrat, wo waren die Frauen erreichen. Der Vergewaltiger fragt auch nicht vorher, was sein Opfer will.“) (Kampagne 2/88)

Nach dieser Situation derzeit in der Bundesrepublik anders als z.B. in den USA, wo sich die Rechte der Frauen in der Kampagne gegen Pornographie Kampagne zu eigen gemacht haben, und sie gegen die Frauenbewegung gewendet haben. Hier geht es weniger darum, daß sich die Konservativen zu der Kampagne durch den Namen „Emma“ und den Anlaß dazu, um sich daran zu profilieren (Erkenntnis, daß der Autor von R. A. Sussman in Köln auf einer Veranstaltung der Frauenbewegung, wo sie wirklich nichts zu suchen hat, ausgesprochen wurde in Bonn nichts und es zeichnet sich derzeit auch nichts ab. Die Bonner Politikerinnen haben zwar die Unzufriedenheit der Frauen verbal gewürdigt — eventuell findet ja tatsächlich auch noch die eine oder andere Anhörung statt — sie denken aber gar nicht daran, irgendwas am Status quo zu verändern.

Reglement statt Liberalisierung

Ähnlich wie Andrea Dworkin, die die Linke (wegen der Pornographie) bereits auf einem „riesigen Friedhof“ begraben sieht („Emma“ 2/88, S. 31), rechnete auch Alice Schwarzer mit den Linken bzw. mit der „Frauenlinken“ („Emma“ 5/88) ab, speziell mit denen, die ihre Kampagne nicht vorbehaltlos unterstützen. Sie beginnt bei ihren Erinnerungen an die 68er Bewegung, denn die alte APD-Idee von sexueller Freiheit und Liberalisierung war „eine böse Überraschung“ („Emma“ 5/88) für die Frauen. „Hätte mir damals jemand gesagt, du demonstrierst vielleicht Seite an Seite mit einem Vergewaltiger, hätte ich verständnislos geschaut. Vergewaltiger waren damals kein Thema.“ („Emma“ 5.88, S. 25).

Ihr Fazit, nach einem Gang durch die Geschichte in Abwandlung des Spruches „Unter dem Pflaster liegt der Strand“, für uns Frauen hat sich nichts geändert. „Denn, Unter dem Pflaster liegt für uns

Frauen noch lange nicht der Strand. Unter dem Pflaster liegt unter anderem, die Pornographie.“

Das Ergebnis solcher Art historischer Betrachtungsweise ist schnell resümiert. Die Linke hat versagt, die „linke Freiheit“ ist sich als ein einziger großer Irrtum — ein „linker Irrtum“ heraus. „Auf der anderen Seite der Barrikade stehen nun aber wie neue Männer (das mit den Genossen ist ja nicht mehr so ungenau) und Frauen. Aber diesmal Frauen, die nicht aufhören zu erklären, sie seien Feministinnen.“ („Emma“ 5.88)

Was aber ist das Ergebnis der Kampagne, die in dieser Weise betrieben wurde? Zum einen ist es eine gut arrangierte Werbeshow für Alice Schwarzer geworden. Im Zentrum stehen ihre Ideen und ihre Leidenschaft für den antipornographischen Sexismus in unserer Gesellschaft „abgelassen“ werden, wobei zu erwarten ist, daß das ohne Konsequenzen bleibt. Was bleibt ist der Ruf Alice Schwarzers nach einer neuen Revolution, nach einer neuen Seite an Seite mit einem Vergewaltiger. Das aber ist im Zeitalter von A.D.S. in der wiederholten Lebensschwierigkeit usw. eher konservativen Ideologien Vorzug.

Was aber links Kräfte, wenn sie diese Kampagne aufgreifen, damit erreichen wollen, was daraus für Frauen entstehen soll, ist unklar und wird auch durch die zahlreich publizierten Artikel und die wenigen Aktionen nicht klargestellt, außer natürlich mitzudiskutieren, daß zu sein aber das ist eigentlich zu wenig.

H. Hamburg

Was wurde aus Widerstand und Gesetzentwurf gegen Pornographie?

Wichtig war für Emma im Kampf gegen Pornographie die Kampagne. Abgesehen von dem Presseecho interessierte uns, wie diese Kampagne konkret von Frauen aufgegriffen wurde und was sie in der Frauenbewegung auslösen konnte.

Eine der wenigen Aktionen, die im Zusammenhang mit der Anti-Porno-Kampagne steht, war die der Frauen des AL Frauenbereichs in West-Berlin. AL-Frauen hatten einen Tip bekommen, daß der Porno-Laden „Z“, der offenbar, wie „Emma“ (4/88) schreibt, auf Folter-Pornographie „spezialisiert“ ist, gewaltverherrlichende Pornographie in großem Maße anbietet. Die Frauen inspizierten den Laden und erstatteten Strafanzeige. In einer AL-Mitteilung heißt es dazu: „In dem gesuchten Pornomaterial werden Frauen gefoltert, geknebelt, ausgepeitscht, mit Nadeln, brennenden Zigaretten und anderen Instrumenten gequält und gefoltert.“ (f.R. 29.2.1988)

Die Polizei durchsuchte den Laden und transportierte etwa einen Kleinlastervoll Material ab. Der Fang hat sich also wirklich gelohnt!

Eine andere Aktion, die ebenfalls im Zusammenhang mit der Anti-Porno-Kampagne steht, aber als weniger gelungen betrachtet werden muß, ist der Überfall auf das West-Berliner Szenekino „Essen“. Dort wurde der US-Pornofilm „Fingered“ gezeigt. Mit Rohrangan bewaffnet drangen etwa 10 Personen während der Vorführung ein und zerstörten Filmgeräte, bedrohten Mitarbeiter und Zuschauer, griffen einmal kräftig in die Abendkasse und hinterließen den Spruch „Kampf dem Sexismus“ an den Wänden. Hier hat der Bausch die Politik diktiert. Eine Aktion, die weniger der Debatte um Pornographie förderlich war, als der Diskussion darüber, wie sich in der Szene um unterschiedliche Positionen auseinanderzusetzen lassen.

Außerdem fiel Emma im März alle zu Pornographie arbeitenden Gruppen auf, sich bei ihr zu melden, um eine Liste mit Kontaktadressen zu veröffentlichen. Wir erkundigten uns nach der Liste und erfuhren von Emma, daß sich bisher nicht mehr als 12 Gruppen gemeldet haben. Über die konkrete Arbeit dieser Gruppen ist wenig bekannt. Lediglich die beiden genannten Aktionen erhielten eine größere Aufmerksamkeit. Die Frauenbewegung scheint sich der Kampagne doch nicht so uneingeschränkt angenommen zu haben.

Dies, obwohl A. Schwarzer die Kam-

pagne immer in den Mittelpunkt gestellt hat. Die Gesetzesinitiative hatte mehr symbolischen Wert. Auf der Veranstaltung des Juristinnenbundes in Hamburg sagte sie dazu: „Man verändert die Welt nicht mit Gesetzen.“ Wir wollen vor allem den Kulturkampf führen, der die Pornographie geistlich und lächerlich macht.“ (12/2 6.5.88) So stand auf der Veranstaltung, die im wesentlichen vor Juristinnen stattfand, nicht der Gesetzesentwurf, sondern die Kampagne zur Debatte.

Inzwischen gibt es eine Reihe von konkreten Einwänden. Das macht sich zum einen an den möglichen Folgen für Einschränkungen der Sex-, Kunst- und Meinungsfreiheit fest. Aus der Schweiz wurde aber auch Kritik am Zivilgesetz laut. Dort wird gerade eine Reform des Sexualstrafrechtes diskutiert. „Die Kehrseite der Medaille ist allerdings, daß die Frau im privatrechtlichen Verfahren die sogenannte Beweislast für ihre Klage trägt. Sie muß alle Informationen bringen, also Namen, Wohnort des Pornografen. Sie muß nachweisen, daß er das umstrittene Produkt hergestellt oder vertrieben hat, daß sie eine Verletzung erlitten hat, und zwar im Zusammenhang mit dem Pornoproduct.“ Gelingt es der Frau nicht, die nötigen Beweise zu erbringen, wird die Klage abgewiesen, und sie trägt die Kosten des Verfahrens, also Gerichtskosten, die Kosten für 2 Anwälte, Zeugen, Experten. Dieser Kostenfaktor ist eines der wirkungsvollsten Stolpersteine in unserer patriarchalen Klassenjustiz.

Diese Kehrseite gilt auch für Verfahren in der Bundesrepublik und muß insbesondere bei Zivilprozessen beachtet werden. Abstand hat inzwischen auch Petra Rogge, eine der Anwältinnen, die das Gesetz formulierten, genommen.

In einer GAL-Diskussion in Altona (8.6.) verteilte sie, daß der Gesetzesentwurf zwar rechtlich kein Verbotsgesetz sei, aber politisch. Er eignet sich ihrer Meinung nach nicht als Instrumentarium gegen sexistische Darstellungen, sondern zielt auf Gewaltpornos ab. Es bestünde aber die Gefahr, daß Klagen von Frauen abgewiesen und die Sachverhalte verharmt würden und damit brutalste Darstellungen auch noch ihre rechtliche Absehung erhielten. Es sei nicht gelungen, die differenzierten Positionen, die der Gesetzesentwurf enthalte, zu vermitteln. Er würde in der Öffentlichkeit mit falschen Inhalten verbunden werden. Auch die bestehenden Gesetze bieten ein Instrumentarium, daß Frauen gegen Gewaltpornographie anwenden können. Den Frauenaspekt enthält diese Gesetzgebung allerdings nicht.

Ch.

Für Emma hat die Anti-Porno-Kampagne zur Unterstützung des Gesetzentwurfs einen starken Druck von Öffentlichkeit und (Frauen-)Basis auf Bonner Amtsstuben bewirkt. Sie mißt das an der Menge der Pressereaktionen.

Weiterhin sieht es für sie so aus, als ob sich Rechte und Linke (damit sind CDU/CSU und SPD gemeint) in Bonn mit einem Anti-Pornographie-Gesetz profilieren wollen. Wir überprüften, ob von dieser Seite ernsthaft Planungen für ein Gesetz im Sinne von Emma, also zivilrechtlich und mit der Intention, harte Pornographie einzudämmen, bestehen.

Anhörung der SPD

Geradezu peinlich wirkt es, wie sich Emma bei der „offen und lebendig wirkenden Runde Schmidt“ anhielt, die sich „zur sexualpolitischen Sprecherin der SPD“ mauserte. Ihr „sieht die neue Rolle gut“ (diese und alle folgenden Emma 7 wie aus Emma 3/88 S. 42 und 43).

Nun, sie ist ja auch die einzige, die Konkretes zu bieten hat. Am 12. September findet eine Anhörung der SPD zum Thema Pornographie statt. Fraglich ist allerdings, ob das Ergebnis dieser Anhörung sein wird, daß ein zivilrechtliches Gesetz nötig ist, wie Emma hofft. Ausser diversen Gesetzentwürfen gibt es noch andere Vorschläge, die der SPD gefallen könnten.

Beispielsweise jener von Jutta Bahr-Jendges, einer fortschrittlichen Rechtsanwältin aus Bremen, die ankündigt, die Emma-Kampagne voll unterstützen zu wollen. Sie ist der Meinung, nicht ein neues Gesetz, sondern der kreative Umgang mit den bereits bestehenden Gesetzen (vgl. Jutta Bahr-Jendges, „Gesetze gegen Pornografie im männlichen Staat“, in: Frauen und Pornografie, Kankarbuch, Tübingen, S. 98 ff).

Zu wenig Personal im Frauenministerium

In dem „Wettrennen zwischen SPD und CDU/CSU“ sind „für die Unionsparteien gleich zwei Läuferinnen gestartet“, schreibt Emma. Sie meint Ursula Maas von der CDU und Rita Süßmuth von der SPD. Wir haben nachgefragt, was sie konkret vorhaben.

EMMA hofft auf Bonn

Emma kündigt eine regierungseigene Anhörung zum Thema für Mitte des Jahres an. Beim zuständigen Referat ist zu erfahren, daß das CDU-Familien- und Frauenministerium zu sehr mit anderen Themen beschäftigt ist bzw. nicht das Personal hat, um eine Anhörung zu organisieren. Die Gesetzentwürfe von Emma und von Stupik Baer wurden zwar ins Justizministerium zur Prüfung gegeben. Dort ist jedoch noch nichts passiert. Eine Anhörung findet vor der Sommerpause auf gar keinen Fall, die nächsten Monate danach wohl auch nicht. Vielleicht im nächsten Jahr statt. Ich bezweifle, daß sich Jutta noch viele für das Thema interessieren. Schon jetzt sieht's in der Presse eher mau aus.

Zum Beispiel kommt in einer Tagesschau des Spiegel über Rita Süßmuth, in der u.a. die in ihrer Minderheitenzeit von ihr angepackten Themen resümiert werden, das Wort „Pornographie“ nicht einmal vor (Spiegel 24, 13.6.1988, S. 24 ff). Und im nachfolgenden Spiegelgespräch zwischen Heidi Weczkow-Zeul und Rita Süßmuth über Frauenpolitik ebenfalls nicht.

CSU ignoriert Emmas Gesetzentwurf

CDU/CSU-Frauen aus Bundestag und Landtagen haben auf einer von Ursula Mannle (CSU) organisierten Sitzung „den Initiatoren der neuen Anti-Porno-Kampagne breite Unterstützung signalisiert“ (aus der nachfolgenden Presseerklärung), den Gesetzentwurf der Emma ansonsten aber ignoriert. Emma hebt lobend hervor, daß sie ein Verbot pornographischer Videos fordern. Hier beziehen sie sich auf eine bereits drei Jahre alte Initiative der CSU.

Es handelt sich um einen Gesetzentwurf, den die Länder Baden-Württemberg und Bayern im März 1987 – lange vor der Emma-Kampagne – im Bundesrat eingebracht haben: er basiert auf einem fast gleichlautenden Entwurf vom Juli 1985. Es soll die Vermutung pornographischer, indizierter und sonstiger schwer jugendgefährdender Darstellungen „generell“ untersagt werden (BR Drs. 115/87 bzw. 348/85).

CSU-Gesetz gegen Verleih von Pornovideos

Der erste Gesetzentwurf 1985 wurde nach kleinen Änderungen im Bundestag eingebracht und blieb am Ende der Legislaturperiode unerledigt. Er wurde in der neuen Legislaturperiode erneut vorgelegt (März 1988) und ist inzwischen nach der ersten Beratung im Bundestag an die Ausschüsse überwiesen worden, dort steckt er zur Zeit.

Eine dieser Änderungen des Bundestages von 1985 scheint mir bedeutsam. Gleichzeitig mit dem Verleihsverbotsgesetz sollte der Passus im Pornographieverbotsgesetz § 184 des Strafgesetzbuches, in dem es um das Verbot von Gewaltpornographie („... pornographische Schriften, die Gewalttätigkeiten, den sexuellen Mißbrauch von Kindern oder sexuelle Handlungen von Menschen mit Tieren zum Gegenstand haben“) geht, geändert werden. Die CSU wollte ihn um die Worte „... Menschenwürde verletzende Vorgänge“ erweitern. In der Begründung dazu heißt es: „In letzter Zeit finden zunehmend pornographische Darstellungen, insbesondere filmischer Art, Verbreitung, in denen sexuelle Perversionen in bisher nicht bekannter Übersteigerung gezeigt werden.“ § 184 Abs. 3, der bestimmte Erscheinungsformen der sogenannten harten Pornographie einem generellen Verbot unterwirft, hat sich hierbei als zu eng erwiesen. Darstellungen, in denen die Menschenwürde verletzende Handlungen gezeigt werden, stehen hinsichtlich ihrer Schädlichkeit den Darstellungen sexueller Gewalt nicht nach.“ Der Antrag auf diese Erweiterung des § 184 – wohlgeachtet, ein CSU-Antrag! – wurde schon 1985 wieder gestrichen. In der Begründung für die Streichung heißt es u.a. „Schließlich aber verstößt die vorgeschlagene Neufassung gegen das Konkretisierungsgebot. Was im konkreten Einzelfall die Menschenwürde verletzende Vorgänge sein sollen, enthält die Einzelbegründung nicht. Hinreichend sichere Bewertungskriterien fehlen.“ (BR Drs. 115/87 bzw. 348/85).

terisierung „erniedrigende Darstellung“ im Emma-Gesetzentwurf abschätzen.

Es gibt von allen Seiten Kritik an diesem Gesetzesvorhaben, insbesondere wird befürchtet, daß Gewaltpornos dann eben billiger und in größeren Mengen zum Kauf angeboten werden, wenn sie nicht mehr vertrieben werden dürfen, bzw. daß privat große Mengen Raubkopien erstellt werden. Und daß diese Videos dann für Jugendliche zuhause noch leichter erreichbar sind als in der Videothek (vgl. Spiegel 32, 3.8.1987, S. 72 ff sowie Protokolle der Sitzungen des Deutschen Bundestages, 195. Sitzung, 10. Wahlperiode und 30. Sitzung, 11. Wahlperiode).

Noch kurz zu Emmas Lieblingsinstitut: Eine Anhörung der CDU/CSU-Frauengruppe ist nicht geplant, höchstens in der Überlegung. Das ob, wann wie ist völlig offen, fest steht nur, vor der Sommerpause oder kurz danach bestimmt nicht. Dazu wäre die Zeit für Vorbereitung, Planung und Einladungen viel zu kurz. Das habe ich bei einem Anruf im Büro Mannle erfahren (vgl. Emma 3/88).

Anhörung der bayerischen Grünen

Konkret an der Anti-Porno-Kampagne der Emma zeigen sich speziell die bayerischen CSU-Frauen nicht interessiert. Sie erschienen zu einem Porno-Hearing der Grünen im Münchner Landtag trotz Einladung nicht.

Christine Marina, Leiterin der „Leitstelle für Gleichstellung von Frauen und Männern“ im bayerischen Sozialministerium begründete die Absage so: „Pornographie ist jedoch weder eine Gleichstellungsfrage noch werden Frauen und Männer zu Mitwirkung an pornographischen Erzeugnissen oder zum Kauf dieser Erzeugnisse gezwungen“ (taz, 7.5.88).

Das von den bayerischen Grünen veranstaltete Expertenhearing fand Anfang Mai im Münchner Landtag statt. Das Ziel sollte sein, „Material zu der Streiffrage (zu) liefern, ob Pornographie Gewalt gegen Frauen bedeutet und damit ein Verstoß gegen das Verbot der Verletzung der Sexualität“ und damit als „Justizzeugen

des Moment“ anzusehen ist. (Süddeutsche Zeitung, 7.8.1988). Weiterhin sollten die Strategie zur Eindämmung harter Pornographie und der Sinn einer gesetzlichen Regelung besprochen werden.

Die Expertinnen waren sich einig, daß Pornographie ihre Konsumenten zu Gewalt gegen Frauen animiert. Diese Ansicht ist in den Forschungen dazu sehr attestiert (vgl. AK 291). Aber die Notwendigkeit von Forschungen – sowohl Wirkungsforschungen als auch Motivforschungen darüber, warum Männer Pornos konsumieren – wurde insbesondere vom Publikum weggewischt. „Wir brauchen keine Forschung mehr, wir brauchen ein wirksames Gesetz.“ (1. und 6.88 Seite 11. Manuskript von H. H. Emma-Gesetzinitiative, Bericht von „ganz zentraler Bedeutung als Signal für Frauen und gegen Männer, die Übergriffe machen“ (Süddeutsche Zeitung, a.a.O.). Hier drückt sich die Hoffnung aus, daß ein Anti-Porno-Gesetz die Gewalt gegen Frauen vermindern könnte.

Was hat sich bei den Grünen in Bonn getan?

Im Gegensatz zu ihrer Anhörung bei der SPD erwartet die Emma von den Grünen offenbar nichts. Die Tatsache, daß sich eine starke Mehrheit der BAG-Frauen im Januar noch nicht entschieden hat, ist ein neues Gesetz sowohl zu finden, wie es in der Vergangenheit war. Die Grünen sind in ihrem Meinungsstand „grün“ noch nicht viel weiter (vgl. Emma 3/88).

Die BAG-Frauen haben sich im März 1988 ein eigenes „Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern“ verabschiedet. Außerdem soll die Fraktion eine eigene Anhörung durchführen und auf eine interfraktionelle Anhörung hinwirken. Dieser Beschluß der BAG-Frauen ist vom März bis her hat die Fraktion sich noch nicht damit beschäftigt und wird es wohl so bald auch nicht. Es stehen etliche andere Frauenthemen an (z.B. § 218 Beratungsgesetz und die Vergewaltigungsdebatte). Außerdem hat das Interesse am Thema Pornographie inzwischen nachgelassen, wie bei den Grünen zu erfahren war. Es gibt weniger Anfragen nach Material und Referenten, nachdem das erste Informationsgespräch der grünen Frauen überfallen wurde. Die Anmeldungen für das

in Hamburg

Fortsetzung von Seite 18

verhandlungen zuzuschlagen, er eignet sich aber wiederum auch vorzüglich, um im scheinbar erbitterten Widerstand gegen christlich-konzervative Verschönerungsbestrebungen das liberale Image ein wenig zu polieren. Um den Konflikt noch zuzuspitzen, sind die Hauptrollen des Dramas in beiden Parteien von Frauen besetzt. Für die CDU agiert mit Rita Süßmuth eine

ausgesprochene Sympathieträgerin unter den umworbenen Wählerschichten, im Ruf stehend, in Frauenfragen gelegentlich geradezu feministisch anmutende Töne anzuklingen zu lassen, für die FDP imigant Adam-Schwaezler, des Feminismus unverdächtig, aber in der aktuellen Situation als Bewerberin um den Parteivorsitz gegen Otto Graf L. sicher durchaus daran interessiert, sich der Unterstützung von Frauen und fortschrittlichen Liberalen zu versichern. Peinlich, daß gerade Frau

Adam-Schwaezler den ursprünglichen Gesetzentwurf mit ausgearbeitet hat.

Die CSU hat mit ihrer Haltung zum § 218 natürlich überhaupt keine Probleme, sondern weiß genau, was sie will: bayrische Verhältnisse.

Der Widerstand – alle sind dagegen, aber nur wenige aktiv

Der 8. Juni, von der Initiative „Frauen Begehren Selbstbestimmung“ zum Tag des Widerstandes gegen das Beratungsgesetz erklärt, war langfristig vorbereitet worden, respektable Bündnisse waren zu Lande geknüpft und in immerhin 25 Städten kam es zu Aktivitäten. Daß es dabei meistens bei kleineren Aktionen der Aktiven blieb, lag sicher nicht am Mangel an Ideen, aber leider kann Frau ohne eine Massenbewegung (mit Betonung auf „Bewegung“) keine großen Sprünge machen, oft zur Enttäuschung von den wenigen Frauen, die aufgrund aktueller Wut neu zu den § 218-Gruppen stoßen, in der Annahme, die Massen würden ihre Empörung teilen, und die dann feststellen müssen, daß die Möglichkeiten durch den Personalmangel doch arg begrenzt sind.

Als herausragende Aktivitäten sind zu erwähnen: Streik der Pro-Familia in Nordrhein-Westfalen und Bremen. Die Pro-Familia-Frauen aus NRW haben die Beratungsstelle dicht gemacht und haben stattdessen in Bonn vor dem Regierungsgebäude protestiert. Eine besonders gelungene Demonstration haben die (wie so oft, es was aus dem Rahmen fallenden) Berlininnen arrangiert, die nebenschiebende Rede dokumentiert plastisch die Bußprozession von über 1000 Sünderinnen und Sündern. Als Höhepunkt wurde dem Sozialsenator Ulf Fink (Mitautor des Leit-antrages) ein Geschenk gemacht, eine mit schwarz-rot-goldenen Bänderchen verzierte Seaspuppe, die sich von ihm und seinen Mitarbeitern 24 Stunden täglich beraten lassen würde und auch sonst immer für ihn da wäre.

Last (am 14. Juni) not least demonstrieren in Wiesbaden 600 Leute gegen den CDU-Parlament zur Rhein-Main-Halle.

Co.



Porno?

„Der deutsche Ungeist zieht weder durch die Buchhandlungen“, erklärte der Kieler Semmel-Verlag. Am 23. Juni beschlagnahmte Polizei in Buchhandlungen in Kassel, Frankfurt und Hamburg Exemplare der beiden Comic-Bände „Phantasien“ und „Unter Frauen“ des (1983 verstorbene) französischen Zeichners Marc Reiser, die der Kieler Verlag mit der Auflage

nicht zu zensieren herausgibt. Die Kasseler Staatsanwaltschaft hat gegen den Kieler des Semmel-Verlags ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts auf Verbreitung gewalttätiger und sodomistischer Pornografie eingeleitet. Das Jugendamt Kassel hatte bei der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften die Einziehung der beliebten Comics beantragt.



„Gut, daß Du da bist!“
 „Ich würde schwangere Frauen allein im Assen haben, sind sie gerade in dieser Situation. Auf die Unfähigkeit des Partners angewiesen, bringt sie ein auf die Eltern zurück, und das Bekannte, und auf das Verständnis ihrer Anwesenheit. Wir alle sind verantwortlich dafür, daß Kinder leben können.“

Geschickt aufgezogen (läuft die Kampagne gegen die Abtreibung an: unter dem Motto „Leben mit Kindern“ startet das Familienministerium eine Anzeigenserie mit einer Auflage von 21 Millionen, die in allen deutschen Tageszeitungen erscheint).

Fortsetzung von vorheriger Seite

Über die kleinen Rausreißer muß man nicht debattieren, also wenn Josepha Fischer im Landtag mit Turnschuhen und Baby und Nuckelflasche auftaucht, dann war das natürlich sehr werbegagig, aber jeder wollte, daß das nicht Alltag ist

Wie stellst Du Dir eine Veränderung vor? Du schreibst an einer Stelle, der Kampf gegen das Patriarchat sollte anfangen bei denen, die uns am nächsten stehen, den vielen Partnern, Lovern, Vätern und Söhnen. Abgesehen davon, daß Du da Kinder und Erwachsene zusammen-schmeißt. Was versprichst Du Dir gesellschaftlich davon? Sollten die von den Frauenbewegten Frauen in ihrem Umfeld geänderten Männer sozusagen „Multiplikatorfunktion“ einnehmen. Wir drehen die Männer in unserem Umfeld um und die drehen dann andere Männer um oder so ähnlich. Das klingt mir sehr „realpolitisch“

Ja klar. Es reicht ja nicht aus, gesellschaftlich allgemeine Forderungen zu stellen. Forderungen nach Gleichberechtigung der Frau kann ich nur stellen, wenn ich in meiner persönlichen Beziehung zu die sem Bedürfnis auch tiefe. Sonst ist nicht viel gewonnen. Veränderungen finden auf verschiedenen Ebenen statt, und gerade solche Veränderungen im Meinungs bild oder eben wie Menschen miteinander umgehen, die finden auch im Privaten statt

In der Frauenbewegung läuft vieles schlecht

Du schreibst, daß Du in einer kommunistischen Organisation warst. Inwiefern erinnerst Du Dich sicher auch an marxistische Theorien über die Frauenunterdrückung, die diese als wichtig, aber als Nebenwiderspruch betrachtet und die Emanzipation einordnet in das, was so gern als allgemeine Emanzipation der Menschheit bezeichnet wird. Heute scheint Dein Bild der Emanzipation sich doch etwas verengt oder verschoben zu haben. D.h. das Leid dieser Gesellschaft reduziert Du auf ein geschlechtliches Problem.

Ja, aber auch in dieser Zeit haben wir gesagt, die Frauen werden noch einmal besonders unterdrückt, und dabei nicht von irgendeinem Kapitalisten oder dem Staat, sondern eben auch individuell. Und da um kommen wir wieder zu dem, was Du am Anfang gefragt hast, von denen, die Dir am nächsten stehen, auch von Deinem Beziehungspartner und da gab es die Debatte, das Persönliche ist politisch. Ich will da keine Nebelschau. Nur es ist eben auch eine Form von Politik. Die kleinen Prekarien, die da sind, die muß ich ausnutzen.

Aber die Frauen haben ja nicht nur diesen Aspekt gesehen. Sie haben — als Beispiel — bis heute nach dem Kampf gegen den § 218 geführt. Ich will damit sagen, daß Frauen wie „Macht das Private öffentlich“ immer eingebettet waren in einen größeren Frauenkampf. Es sind doch immer weitere Forderungen an diese Gesellschaft an diesen Staat gestellt worden.

wobei doch der § 218 auch ein privates Problem ist. Die §-218-Kampagne ist von einem erst einmal privaten Problem zu einem öffentlichen geworden. Und das bis heute. So können die Herrschenden, obwohl sie es wollen, den § 218 nicht einfach verschreiben. Da passiert ja noch immer etwas und es gibt immer noch die Forderung nach Streichung, obwohl vieles in dieser Kampagne schlecht läuft. Also ich glaube, daß Gleichberechtigung der Frau nicht nur individuell in jeder einzelnen Beziehung erkämpft wird. Aber eben auch dort.

Du kritisierst heftig neue Tendenzen bei grünen Frauen in Richtung Mütterlichkeit genauso wie die richtige These, Männerpower gegen Männermacht. An anderer Stelle schimpfst Du auf die Männerwelt: „Es ist eine Vergewaltigerwelt, eine Politikervelt, eine Soldatenwelt, eine Faschistenwelt, eine Pornographiewelt, eine Folterwelt“ usw. und stellst fest, dafür seien „Männer — ausnahmslos — ein Stück weit mehr verantwortlich zu machen als Frauen“. Du meinst Du dann doch auch Frauen seien an sich die besseren und auf jeden Fall friedfertigeren Menschen. Nun war es Margret Thatcher, die den Falklandkrieg führen ließ, Indira Gandhi den gegen Pakistan und Golda Meir gegen die arabischen Nachbarn. Es gibt also auch Frauen, die mit der Soldatenwelt umgehen können.

Frauen sind nicht die besseren Menschen. Frauen sind genauso für die gesellschaftlichen Probleme verantwortlich. Das ist die Kehrseite der Medaille, was Frauen machen, vom Faschismus angefangen bis zur individuellen Kindererziehung. Wenn man das aber gesamtgesell-



schaftlich sieht auch aus der

schaftlich sieht auch aus der Geschichte heraus, dann sind das Männer, die Entwicklung bestimmt haben. Das ist eine Frage von Macht. Und es sind über wiegend Männer, gleich welcher politischen Couleur, die die Machtposition innehaben. Und inwiefern sind sie nicht dafür verantwortlich.

Du sagst, die Frauen haben sich abgefunden, die frauenbewegten Frauen haben resigniert vor den eigenen Bedürfnisse. Frauenbewegte Frauen haben sich arrangiert. Entsprechende Söhne haben sie aus neuen kleinen Babys wurden Macker. Warum haben sich Deiner Meinung nach frauenbewegte Frauen angepaßt? Was ist der Grund? Wo steht Du gesellschaftliche Zusammenhänge?

A so, ganz schlicht gesagt, es hat sich gar nicht so viel verändert wie wir dachten und in der Frauenbewegung diesen Begriff nehme ich ungern, weil sich viel nach vorne aber auch nach hinten bewegt — gibt es eine immer breitere Strömung, die sagt, die Frauen sind eben die besseren Menschen. Auf dieser Ebene kann ich mich eben auf mein Sofa setzen und zu ruckziehen und brauche nichts zu verändern, weiß ich sowieso der bessere Mensch bin.

Oder kann es auch sein, daß der Feminismus als eine Strömung nicht stark genug ist? Oder fehlen Utopien und Konzepte in der Frauenbewegung?

Nein, das Problem sehe ich eher darin, daß sich die Frauen alles mögliches wünschen und sich zu wenig an der Macht beteiligen.

Die Szene hat enormen Einfluß

An wen richtet sich Dein Buch? Unter vielen Beispielen geht es dort nur zweimal um verkümmerte Frauen, ein Beispiel bezieht sich auf eine „moderne deutsche Familie 1988“. Ansinnen spielen Deine Beispiele in der „Szene“ um weissen Sinne Frau hat den Eindruck, Deine Thesen richten sich auch in erster Linie an diese Szene, in der die Kinder natürlich teilweise eine etwas andere Sozialisation haben? Ist das richtig?

Ja, das ist richtig und falsch. Richtig insofern, als diese Debatte in dieser Szene geführt wird. Das könnte ja noch relativ egal sein, wenn diese Szene nicht so einen großen Einfluß hätte, z.B. was den Buchmarkt, Öffentlichkeit, Medien und Ten-

denzen angeht bis hin zur Zeitschrift „D

denzen“ geht bis hin zur Zeitschrift „D. Dabei ist die Me- wicht geworden und in den meisten Beispielen aus dieser Szene.

Das andere ist, daß viele dieser Probleme wir uns machen, während andere Leute sie nicht haben. In beiden Extremen. Also es gibt in diesem Land immer noch Schichten, die es nie unanständig landen, ein Dienstwach zu haben und für die es zum Problem wurde, wenn sie es nicht hatten. Und es gibt — wie wir früher sagten — das Proletariat, wo es nie in Frage stand, daß die Frauen zur Arbeit gingen und wo aus der Frage der Kindererziehung kein Drama gemacht wurde, weil da für keine Zeit da war.

Aus neuen kleinen Babys wurden Macker. Es gibt immer wieder Thesen und Behauptungen darüber, was insbesondere aus Anderen unter Eltern wurde. Man will be haupten, wegen politischer Erziehung würden sie zu Säug. In der Kindererziehung hieß es, die ersten antworten der erziehten Kinder seien beim Psychia ter gelandet. Und nun die Söhne der frauenbewegte Frauen wurden Macker. Man sollte meiner Meinung nach vorsich tig sein mit solchen Pauschalbehauptungen. Woher nimmst Du Deine Behauptung?

Nein, ganz so sage ich es ja auch nicht. Ich will damit nur ausdrücken, daß man sich keine Illusionen machen soll. Ich be ziehe mich da durchaus mit ein. Ich finde — und das sagt wahrscheinlich jede Mut ter — mein Sohn ist an vielen Punkten kein Macker. Und trotzdem hat er Mackereis geschafften an bestimmten Punkten, was ich individuell ganz gut nachvollziehen kann. Ihm sogar gönnen kann. Und trotz dem kann ich diese Gelassenheit nicht ha ben, daß es einem egal sein kann.

Es geht wohl eher um eine Form von Ein-schätzung der Realität. Und es hat auch was damit zu tun, wie ich Männer ein-schätze, mit denen ich mich abgebe. Ich kenne eine Reihe sehr netter, fortschrit tlich denkender, unfaßlicher Männer und trotzdem gibt es Punkte, die mich ner ven. Und darüber muß man reden.

Allerdings vertritt ich auch, daß es kei nen Sinn hat, Kopfstand an der Wand zu machen. Über Kindererziehung ändert sich nur punktuell etwas. Ich habe für mich nicht den Anspruch, nur mit der Kindererziehung meines Sohnes allein schon die Welt zu verändern.

Du schreibst Dein Buch aber vor allem,

um andere Frauen zu überzeugen?

Ja, einseitig werden die ich so ein Buch. Und auf der anderen Seite bin ich Ange stielte der GAL als Frauenreferentin. Und da will ich auch gleichzeitig eine ge wisse Macht, die ich erreichen kann, für Frauen ausnutzen.

Du bist freie Mitarbeiterin bei „Emma“, die sich bei allen Verleuten in der Ver gangenheit mit der Situation von Frauen als Mütter nicht so ausführlich auseinan dergesetzt hat. Nach der Kampagne um die Verhütungsklage wegen des § 218 und der Kampagne gegen Pornographie frage ich mich einfach, ob uns auch Deinem Buch eine neue Kampagne ins Haus steht unter dem Motto: Stoppt die kleinen Ma cker — now!

Ja, das kann ich mir vorstellen. Aber das geht wohl noch nicht so schnell. Erst ein mal gibt es im Juli einen Artikel zum Thema. So eine Kampagne würde ich mir schon wünschen.

Eine letzte Frage: Du sagst, Du hastst Deinen Sohn nicht zu Pausen über die ihm unendlich offensichtende Welt an, in der er vom Comby bis zum Präsidenten die Wahrheiten hat. Frauen-Männer nach ha, erzieht, und — darauf abgezielt — die Bestimmung — er soll sie nicht haben. Gut es wäre praktisch und überfällig, daß Prä sidenten als gewählter Mann, seine Li chter. Du willst an anderer Stelle Deinen Töchtern zeigen, daß du drehst ge bis, die alte Sterne vom Himmel hat. Das er innerte mich an ein Lied der „Schmeiterlinge“, in dem es heißt: „Greift nicht nach den Sternen, schon gar nicht nach den roten“. Dein Sohn soll nicht nach den Ster nen greifen, während Du Deine Tochter da ermuntern willst?

Ja schon. Da will ich mich auch nicht rausreden. Das bedeutet für beide schon et was verschiedenes.

Ich bin aufgewachsen als Tochter mit ei nem Vater und ganz vielen Männern — und da gibt es dann die ganzen psycholo gischen Abläufe. Und wenn ich dann rede von der „starken Mutter“ — dann hat das vielleicht genau die gleiche Bedeutung für die Jungen. Man könnte scharf sagen, das wäre dann ausgleichende Gerechtig keit und so zweihundert Jahren gleicht sich dies vielleicht wieder aus. Ein schlechtes Gewissen brauche ich mir da auf gar keinen Fall zu machen.

Danke für das Interview.

Anzeige

PERSPEKTIVEN

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE THEORIE

Ausgabe 3

Die Entwicklung der
sozialistischen Staaten



Die Soujetunion auf dem Weg zu einer neuen gesellschaftlichen Regulationsweise — Perspektiven der Perestrojka — Die Entwicklungen in China und Albanien — Frauen in der Soujetunion und China.

Es schreiben: Jan Busch, Barbara Schulz, Albert Schusterberg, Ingrid Buchmeier, Ralf Fischer, Carl Meckelberg, Janna Gieseler u.a.

Die Perspektiven erscheint als organ, sa, unangebundenes. Theorien zur Weiterentwicklung linker Politik in der BRD, Umfang jeweils ca. 80 Seiten. Das Einzelheft kostet 3,- DM, 4. Abz. 4,- DM. Bestellungen an: Ralf Fischer, Weidener Weg 34, 2450 Purburg, Tel. 0431/568720.

0 Hiermit bestelle ich die Perspektiven Nr. Preis zahle ich nach Erhalt der Rech nung.

0 Hiermit bestelle ich das Grundriß-Sonderheft. Das Preis von 5,- DM zahle ich nach Erhalt der Rechnung.

0 Ich erhalte ab sofort die Perspektiven fortlaufend ab Heft. Das Preis von 8,- DM für ein Jahr (nach reguläre Ausgaben), Das Abz verlängert sich automatisch, wenn ich es nicht bis einem Monat vor Ablauf des Abz zum W. st.lich kündige.

Anzeige

SCHWARZER FADEN

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

Der Schwarze Faden will durch Diskus sion und Information die Theorie und Pra xis der anarchistischen Bewegung för dern und verbreiten. Er tritt für die Be lebung eines libertären Gegenmilieus (Libertäre Zentren, Foren, Föderationen, Kulturinitiativen etc.) ein und versucht auch bei Les und Kultur von unten leben zu lassen.

Redaktion: Schwarzer Faden, Postfach 1159, 7043 Grafenau-1



Redaktion: Schwarzer Faden, Postfach 1159, 7043 Grafenau-1

★ Macht = Macht = Frauen mäch tig? von Friederike Kamann

★ Grüne Mütter — Volle Fahrt im Rückwärtsgang von Elisabeth

★ Gedanken zur Inneren und äußeren Emanzipation von Maggy

★ Die neuen Techniken — eine umfassende Abwertung weiblichen Lebens Beiträge von Iris Kus und Frauen des Essener Gen-Archivs

★ Frauen wie anders auch — Pro stitutierte von Jsa/Köln Stadtre vus

★ Anarchofeminismus, Anar chismus, Feminismus von Friederike Kamann

★ Der Anarcha-Feminismus Bei träge von Ariane Gransac und Susan

★ Interview mit Lizzie Bordon, US-F Emacherin von Alexandra Devon und Catherine Tammaro

★ Ferner Beiträge zu: Anar chica-Kongreß in Lyon 1987, § 129a, Emma Goldman, Geschichte des Anarcha-Femi nismus, Freie Schulen (FAS) in der BRD etc.

Sondernummer: 6.-DM
SF-Abonnement (4 Nrn.): 15.-DM
Sondernummer ARBEIT: 5.-DM
Sonderdruck: SF 0-12: 10.-DM

Redaktion Schwarzer Faden
Postfach 1159
7043 Grafenau-1

Fortsetzung von vorheriger Seite

Pränatale Diagnostik: mehr Selbstbestimmung oder Normierung?

Was meinst du mit Infrastruktur?

Meibohd: Die pränatale Diagnostik, die Einrichtungen der humangenetischen Beratungsstellen, Schwangerschaftswörterer. Die Erfassung erreicht inzwischen fast alle Schwangeren. Sog. Problem-Schwangerschaften, die zudem ziemlich wirklich festgestellt werden, werden in Zentren gesammelt, wo sie weitergehenden Untersuchungen unterworfen werden. Die darauf folgende Beratung fällt nicht nur diese Untersuchungen zu sein, sondern geht auch noch in die Entscheidung ein, ob man abtreiben oder nicht. In den 70er Jahren ist die erste Beratungsstelle dieser Art eingerichtet worden. Inzwischen gibt es über 40. Es hat sich ein dichtes Netz gebildet.

Liegt in der pränatalen Diagnostik auch eine Chance für mehr Selbstbestimmung seitens der Frauen?

Erka: Es gibt in den USA eine von ca. 30.000 Frauen initiierte Initiative, die sog. "Choice" Initiative. Die ganze Technologie ist eine Chance. Wir haben das Recht auf die freie Wahl der Reproduktion. Darunter wird dann gefaßt, ob du die Wahl hast zwischen In-vitro-Befruchtung oder nicht, gestuhtes oder behandeltes Kind usw. Du werden dann die reproduktiven Möglichkeiten, die es mütterliche gibt, in Betracht gezogen. Ich denke, das ist ein Widerspruch für Frauen, gerade in der Frage der Behinderung, den wir auch sehen. Wir wollen uns auch nicht in eine Situation drängen, wo wir die Frau als Objekt sehen. Ich sehe nicht, wie wir das nicht wahrnehmen. Wir müssen uns nicht scheuen, das zu sagen.

Erka: Ich finde das sehr schwierig. Ich kann den Wunsch nach einem gesunden Kind nicht verteidigen. Ich habe ihn wahrgenommen. Ich auch. Aber die Herausforderung ist, das durch eine Technologie zu verhindern, die Krankheit und Behinderung als Fehler betrachtet, der ausgebügelt werden muß. Kann denn Wunsch nach einem gesunden Kind gar nicht ausgesprochen werden, sondern gibt Normen, die der Frau präsentiert und aufgedruckt werden. Die Frau kann sich dann nur noch entscheiden, ob sie etwas haben will, das von der Norm abweicht, und zwar mit der Möglichkeit, dann nicht mehr in diese Gesellschaft integriert sein zu können.

Beate: Das kannst du nicht trennen. Diese Technik wird doch überhaupt nur aus diesem Grunde entwickelt. Es sind ja nicht die Frauen, die auf der Idee gekommen sind, ihre Schwangerschaft mit dem neuesten Standard technischer Geräte begleiten zu lassen. Die Frage der Qualitätskontrolle hat unheimlich viel Auswirkungen. Da gibt es einmal die Technologie, die die Wahl scheinbar möglich macht. Da gibt es aber andererseits eine weltweite Entwicklung, die sog. Bioethik, die die Unterscheidung zwischen wert und unwert ethisch und moralisch abzuwägen versucht. Das schließt natürlich eine bestimmte Atmosphäre, die eingeht in das, was sichtbar und viele Entscheidungen von Frauen sein sollen. Dazu kommt noch, durch hochtechnisierte Schwangerschaftsbegleitung kriegt der Embryo einen Patientenstatus, und zwar losgelöst von der Frau. Perspektivisch wird der Staat, behaupte ich, und das deutet sich auch schon in diesem Embryonenschutzgesetz an, über eine Rechtsperson, die Interessen dieses Embryos vertreten. Und dies gegen die Interessen der Frau, weil es keine Einheit von Embryo und Frau mehr gibt, sondern der Embryo den Status des juristischen Rechtssubjekts bekommt.

Was sagt ihr den Frauen, die eine Analyse machen lassen wollen?

Adel: (unter Lachen) Die wollen das machen! Beate: Ich kann das doch niemanden vor schreiben. Ich denk nur, wenn die Ergebnisse der Genomanalyse so weiter Eingang in die pränatale Diagnostik finden, wenn die Frauen sich überfordert entscheiden müssen, ob sie das Risiko einer 50%igen geistigen Behinderung, das 80%ige Risiko einer nicht erfolgreichen geschlechtlichen Reise eingehen wollen, all das, was sie laut Lehrbuch und Statistik vor die Nase gehalten bekommen, wovon sie aber keine Vorstellung haben, dann ist das unheimlich eine Möglichkeit der Entscheidung. Da spielen so viele gesellschaftliche Standards eine Rolle, die unabschätzbar sind. Abzusehen ist leicht, eine gesellschaftliche Manipulation, in die Richtung, was es lang gehen soll. Wenn Frau Streckenma in Hamburg sagt, doppelt y-chromosome Kinder (4) seien weder der Mutter noch der Gesellschaft zu raten, dann ist die Mutter in der kurzen Zeit, in der sie das entscheiden muß, gar keine Chance, sich damit auseinanderzusetzen, ob sie nun Frau Streckenma glaubt oder nicht.

Erka: Es gibt auch viele Frauen, die diese Entscheidung gar nicht haben wollen. Aber inzwischen gehört zum gesellschaftlichen Bild der Mutterpflicht die Ultraschalluntersuchung, ab 15. die Fruchtwasseranalyse dazu. Es gehört auch zur Mutterpflicht, hinzuzuschauen, daß in deinem Bauch keine Fehlbildung ist, ab 15. die Fruchtwasseranalyse dazu. Es gehört auch zur Mutterpflicht, alle Ergebnisse eingetragen weitergeleitet, registriert und statistisch verarbeitet werden.

Eugenische Schrecken

Welche Bräut hat diese Entwicklung in der BRD erreicht?

Beate: In der sog. Altersindikation wird inzwischen jeder Arzt darauf bestehen, solche Untersuchungen seiner Patientin oder jeder werdenden Mutter zu empfehlen, weil er sonst schuldnersatzpflichtig gemacht werden könnte. Ein entsprechendes Urteil ist kurzlich in einem Musterprozess gesprochen worden. Ultraschalluntersuchungen macht eigentlich jede. Es steigt allerdings wieder die Zahl der Frauen, die es nicht tun.

Erka: Zu den humangenetischen Institutionen gehen am häufigsten die, die in ihren Familien klassische Erbkrankheiten haben. Außerdem auch wieder die Frauen, die älter sind. Dann kommen noch bestimmte ökologische Katastrophen als An-

laß dazu, also z.B. nach Tschernobyl oder nach dem Unfall bei Bohlinger in Hamburg.

Beate: Die Humangenetiker selber sagen, daß es mehr die akademischen Mittelstandsfrauen sind, die freiwillig kommen. Die anderen kommen nur, wenn der Arzt sie überweist, weil sie von sich aus nichts im Sinn haben mit solchen Institutionen.

In Humangenetik z.B. also ein Problem des akademischen Mittelstands?

Beate: Die Mittelstandsfrauen haben eine Pilotfunktion. Sie übernehmen die Rolle, das zur Routine werden zu lassen. Dazu gehört auch die Etablierung gewisser Institutionen.

Erka: Das eigentliche Interesse gilt aber der Nicht-Mittelstandsfrauen. Ein Mann wie G.G. Wendt - im letzten Jahr verstorbener Humangenetiker aus Marburg und Initiator des Netzes der humangenetischen Beratungsstellen - präzisiert das so: Es muß der Teil der Gesellschaft berücksichtigt werden, der mit seiner körperlichen und besonders mit seiner geringen Leistungsfähigkeit an der unteren Grenze der Norm liegt. Das sind für ihn "subtile Gefühlsstörungen an der Grenze des Schwachsinns" oder "Leistungsschwäche, Lebensunlust und intellektuelle Fehlfunktion", die mit anderen Ökologischen in unruhigen Stadtlandschaften zu finden sind. Ein Kommentar erübrigt sich wohl.

Das Regellose denken

Was sind eure theoretischen Vorbilder?

Allgemeine Heiterkeit. FreudenkerInnen aller Epochen.

Beate: Also, Jeremy Bentham wurden wir nicht nennen (Lachen). Aber bei unseren Bemühungen, andere Gedanken z.B. in der Biologie aufzufangen zu machen, haben wir bemerkt, daß es in verschiedenen Zeiten immer schon Menschen gegeben hat, die auch als Wissenschaftler, die sich nicht dachten haben. Die sich offiziell nicht angeschossen haben. Die Natur anders gesehen haben. Die eine Eigenständigkeit einer jeden Sache, die Verflechtung, die sie mit anderen Dingen haben. Die keine Hierarchie der Arten eingeleitet haben. Und dies nicht aus moralischen Gründen, sondern aus der Funktionsweise aus der Existenz der Natur begründet haben. Die anders mit dem umgegangen sind, was sie Forschung genannt haben. Die nicht zerstört, sondern bestimmte Erkenntnisse auch wahrgenommen haben.

Kommt ihr Namen nennen?

Beate: Ja, etwa Jürgen Dahl. Das ist einer, der heute sehr viel der sehr viel auch von anderen Biologen und Biologinnen bezogen hat.

Erka: Oder M. Ullrich. Sie ist Biologin, die Entdeckerin der sog. springen-

Erka: Oder M. Ullrich. Sie ist Biologin, die Entdeckerin der sog. springen den Gene. Das Buch über sie ist geschrieben von Evelyn Fox Keller, Physikerin. Die Lebensgeschichte dieser Frau ist auch ihr philosophisches und methodisches Abweichen vom herrschenden Wissenschaftsbetrieb ist wirklich sehr aufschlußreich.

Beate: Sie hat zusammengefaßt, was sich auch bei anderen Biologen wiederholt, daß es eine Sache ist, die untersucht auch in der abweichenden Vielfalt akzeptieren muß und damit zu der Erkenntnis kommt, daß die einzige Regel in der Vielfalt dessen existiert, was da ist. Es gibt in dieser Richtung dann noch einzelne Beispiele, die schon nicht mehr leben, von denen wir allerdings nur einzelne Aufsatze kennen wie Adolf Portmann oder Eberhard Fraenkel, Insektenforscher.

Das sind alles wissenschaftskritische Ansätze. Wie steht es mit sozialischem?

Beate: Eine Auseinandersetzung, die uns selbst heftig hat, ist die, wie sie in Hamburg (S) mit der Situation im Fa-

Fortsetzung nächste Seite

Aufruf zum 2. Kongreß: „Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologie“



Im April 1985 fand in Bonn die erste internationale Arbeitskonferenz von Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien statt, organisiert vom Verein für Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen, Köln und dem AK Frauenpolitik der Grünen. Rund 2000 Frauen aus dem In- und Ausland trafen sich, um über die frauenfeindlichen und naturzerstörerischen Entwicklungen im Bereich der Gen- und Fortpflanzungstechnologien zu diskutieren. In der Schluß-Resolution wurden diese Technologien eindeutig abgelehnt. Sie wurden als Versuch des kapitalistischen Patriarchats gesehen, nicht nur tierisches und pflanzliches Leben, sondern auch den weiblichen Körper als Rohmaterial industriell zu verwerten, um so eine neue profitable Wirtschaftsindustrie (sog. Biotech) die Fortpflanzungs- und Bio-Industrie

Es ist zu vermuten, daß die Ablehnung der Technologie durch Frauen/Gruppen und die daraus folgende Aufweichung der gesellschaftlichen Akzeptanz u.a. die Gründe waren, warum im Dezember 1987 in mehreren Städten der BRD die bisher größte Demonstration des Bundeskriminalamts stattfand, die sich vor allem gegen Frauen richtete, die sich mit Bevölkerungs- und Gen- und Fortpflanzungstechnologien und anderen Frauen Themen befassen.

Die Durchsuchungs- und Verhaftungsaktion wurde mit Ermittlungen wegen Straftaten nach §129a begründet, d.h. wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“. Die „Rote Zora“ hatte in den vergangenen Jahren mehrere Anschläge auf Gen- und Reproduktionstechnologien durchgeführt.

Für das BKA waren diese Anschläge Anzeichen, daß Gen- und Fortpflanzungstechnologien zum „unabhängigen Thema“ der Frauen/Gruppen wurden, die sich mit dieser Technologieentwicklung auseinandersetzen und sie nicht ablehnen. Zu Kriminalisieren und die Frauenbewegung einzuschüchtern.

Unsere Antwort darauf ist die Organisation eines zweiten Bundesweiten Kongresses zum Thema: „Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien“.

Ziele des Kongresses:

1. Auf dem Kongress soll eine Bestandsaufnahme der neuesten Entwicklungen aus diesem Bereich, eine Einschätzung und der Bedeutung der Fortschritte der Instrumente der Frauenunterdrückung und der Information einer breiten Frauenöffentlichkeit darüber geleistet werden.

In-vitro-Befruchtung, künstliche Besamung, pränatale Diagnostik und humangenetische Beratung werden für Frauen zunehmend zu einer alltäglichen gynäkologischen Dienstleistung. Außerdem erreichen uns laufend neue Schreckensmeldungen aus dem In- und Ausland, wie z.B. vorgeburtliche Geschlechtsbestimmung, der Verbrauch gentechnischer Folgen zur Organtransplantation, die Herstellung von Embryonen für Experimente der Pharmaindustrie und der Hummedizin, die Freisetzung gentechnisch veränderter Bakterien, die gentechnische Einführung des Rinderwuchshormons.

2. Der Kongress soll den Klärungsprozess unter uns Frauen um das, was wir bisher unter „Selbstbestimmung“ verstanden haben, vorantreiben. Die Existenz der Gen- und Fortpflanzungstechnologien und ihr Versuch, Frauen mit dem Versprechen nach selbstbestimmter Lebensplanung zu locken, muß deutlich wie dringend eine Debatte um unsere alltäglichen Lebensentscheidungen und unsere Zukunftsvorstellung ist. Dabei ist die Wahrnehmung unserer Gemeinsamkeiten und Unterschiede wichtig, die unsere Unterschiede (z.B. Geschlecht, Herkunft, Ethnie) ebenso wichtig wie die unseren Unterschiede (z.B. Geschlecht, Herkunft, Ethnie) behindert/nicht behindert.

3. Bei unseren Diskussionen um die Gen- und Reproduktionstechnik muß die Frage nach dem kapitalistisch-patriarchalischen Wissensbegriff auf. An dieser herrschenden Wissenschaft kann nur eine frauen- und menschenrechtliche Technik entwickelt werden. Es wird immer deutlicher, daß es sich nicht nur um ein Problem der Anwendung von Gen- und Reproduktionstechnik handelt, sondern auch um ihre wissenschaftstheoretischen Grundlagen. Wir müssen fragen, wie wir als Frauen zu einem anderen Verhältnis zum Leben, zu Krankheit und Gesundheit, zur Natur und zu Naturerkenntnis kommen können.

4. Wie der erste Kongress soll auch dieser sich nicht nur auf die Fragestellung um uns Frauen in den westlichen Industrieländern beschränken, sondern soll aufzeigen, was die Technologieentwicklung im Zuge einer neuen weltweiten Ereignis gerade für Frauen in der „Zweiten“ (und sozialistischen) und in der „Dritten Welt“ bedeutet. Nur durch eine globale Sicht werden wir in der Lage sein, gemeinsam zu Strategien zu kommen.

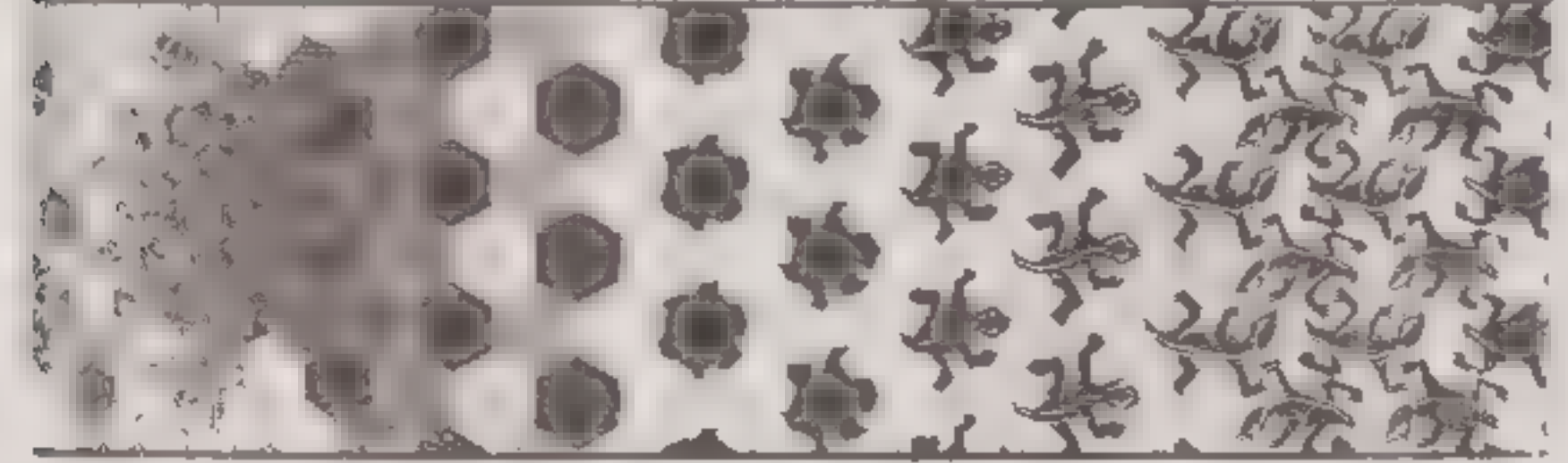
5. In vielen Ländern werden zur Zeit gesetzliche Grundlagen für die Anwendung der Technologien vorbereitet, so z.B. in der BRD das sog. Embryonenschutzgesetz. Wir wollen auf dem Kongress den Stellenwert der staatlichen „Schutzgesetze“ offenlegen und den damit verbundenen Zugriff auf die Fortpflanzung diskutieren.

6. Wesentliches Ziel soll neben der Klärung inhaltlicher Problemstellungen der weitere Aufbau und die Ausweitung von Gegenstrukturen sein, sowie die Vertiefung der Frauenwiderstände.

Trägerinnen des Kongresses: Verein Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen, Köln und Feministisches Frauengesundheitszentrum e.V. Frankfurt/M. Veranstalterinnen: Autonomes Lesben- und Frauenreferat, Uni Frankfurt, ASTA-Referat „Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien“, Marburg, Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Köln, FINRRAGE Koordination BRD, Frankfurt, Frauenzentrum, Bochum, Frauen des Gen-Archivs, Essen.

Unterstützerinnen: Feministisches interdisziplinäres Forschungsinstitut (FIF) e.V., Frauen-Friedensgruppe, Bonn, 14 Treffen „Frauen in Naturwissenschaft und Technik“, Die GRU NFN, Bundesvorstand.

Die Organisatorinnen sind unter folgenden Adressen zu erreichen: Genarchiv, Friedrichstr. 15, 4300 Essen 1, Tel. 0201/743524; Feministisches Frauengesundheitszentrum, Hamburg/Allee 45, 6000 Frankfurt/M. 90, Tel. 069/70 12 11 (Di 13-16 Uhr).



„Ändere Dein Leben oder stirb“ *

Psychologische „Kriegserklärung“ durch AIDS

Die Angst vor Aids hat ein Ausmaß angenommen, das nur als irrational zu bezeichnen ist. Eine Angst, die in keinem Verhältnis steht zur realen Angst vor dieser tödlichen Immunschwächekrankheit. Was als Aidsprävention bzw. „Aufklärung“ daherkommt, erweist sich bei näherem Hinsehen als gezielte Kampagne zur Erzeugung von Ohnmacht und Angst, die die Realangst vor der unheimlichen Infektionskrankheit als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele benutzt. Wie werden gesellschaftlich produzierte Ängste massenpsychologisch zur Stabilisierung der Herrschaft eingesetzt? Wie wird durch Erzeugung und Verschiebung von Ängsten mit der Krankheit Aids Politik gemacht?

Nach einer Umfrage, die im Auftrag des Bundesgesundheitsministers aus vom Institut Aulensbach durchgeführt wurde, wächst die Zahl der Menschen, die ihr sexuelles Verhalten unter dem Eindruck der Immunschwächekrankheit Aids verändern. Der Trend — so Ministerin Süßmuth — geht in Richtung Treue und vorwählender Umgang mit der Sexualität. Gerade auch bei Jugendlichen gehe es „verstärkte Vorbehalte gegen sexuelle Kontakte mit Zufallsbekanntschaften und ein verstärktes Interesse an langfristigen Bindungen“.

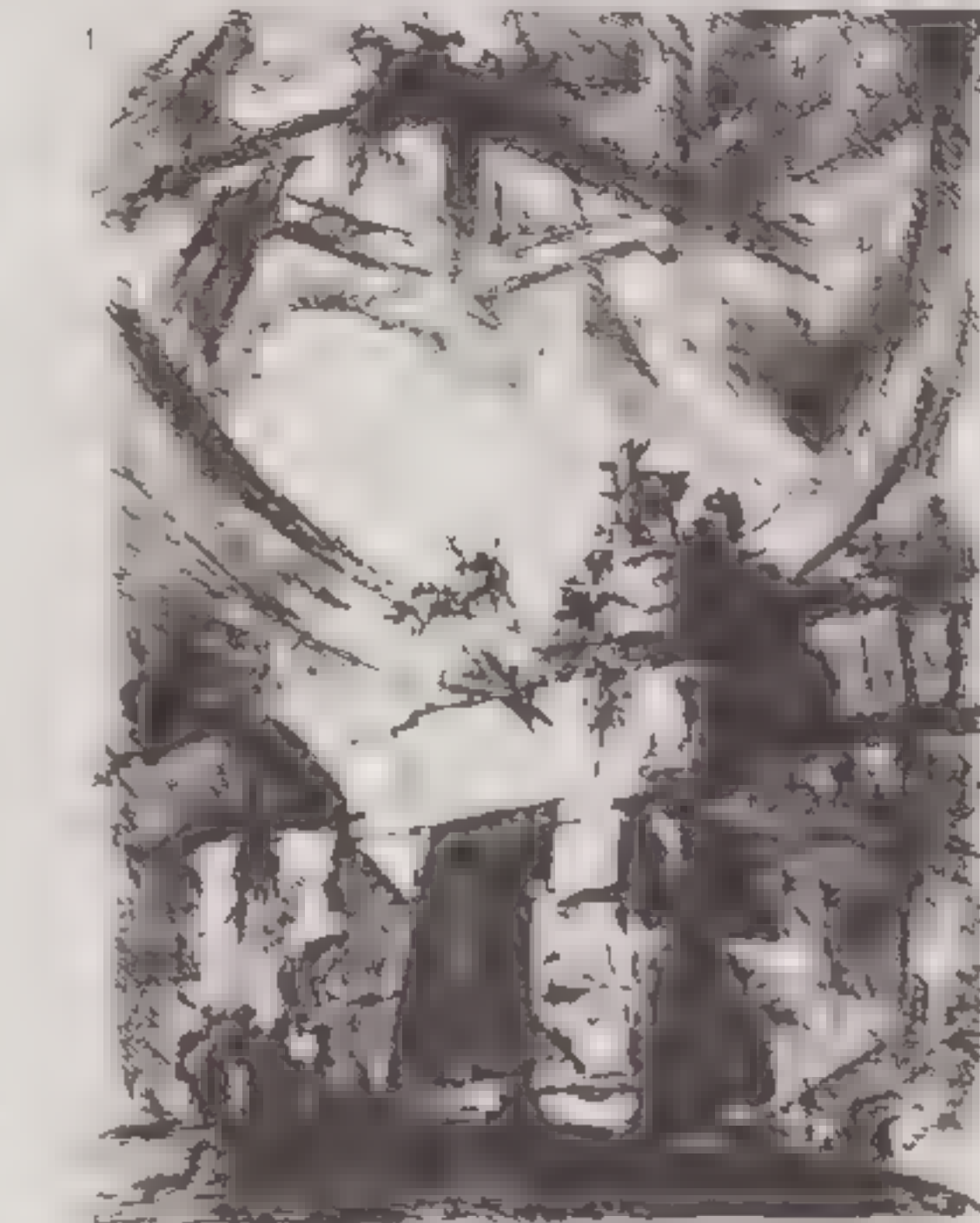
Die „Aufklärung“ gegen Aids ist eine Mischung aus Propaganda und Panikmache. Die Ministerin, daß die „Aufklärungsmaßnahmen“ dazu beigetragen hätten, „Ältere Ängste über Ansteckungsmöglichkeiten abzubauen“ — widerlegt durch Tatsachen widerlegt. So berichten z.B. Vertreter von Aids-Hilfen über die steigenden Zahlen von „Durchschnittsbürgern“, die sich aus panischer Angst testen bzw. beraten lassen. „Die Leute“, so der Vertreter der Aids-Hilfe Frankfurt, „erfahren immer mehr über Aids, wissen aber immer weniger“ (2). „Alarmierende Ängste“ vor einer Infektion mit Aids, insbesondere bei Frauen und Mädchen, stellt das Münchner Sozialwissenschaftlichen Institut in einer Umfrage fest. (3) Aids-Phobie, unter der insbesondere Männer als „Nichtstrukturierte“ leiden, im bereits Gegenstand von Lachwitz und Sozialberatern.

Was Frau Süßmuth als Erfolg ihrer antiken Linie der Aids-Prävention ausgibt, ist zweifellos ebenso das „Verdienst“ der bayerischen „Erfasser und Seuchenrechtler“ und der „bewährten“ und abschreckenden Wirkung (4) ihres „Maßnahmenkatalogs“ gegen infizierte Angehörige von „Risikogruppen“ und „Aidsverdächtige“. Die Einführung des HIV-Tests bei Industrieunternehmen wie Siemens und neuerdings auch bei der Volksfürsorge-Lebensversicherung wird ein übriges tun, die Ängste vor Aids in der Bevölkerung zu schüren.

Angsterzeugung

Nachdem Aids anfangs von der Gesellschaft mit Gleichgültigkeit behandelt, nur als Krankheit Homosexueller und Drogenabhängiger angesehen wurde, änderte sich das ab August 1985. „AIDS DAY“ war an einem Donnerstag. Es war der 15. August 1985, an dem die marktherrschenden illustrierten Wochenzeitschriften mit Aids-Titeln, die ein heterosexuelles Paar in Kußpose zeigten, an die Kioske gingen. (5) In einer beispiellosen Medienkampagne wurde Aids von nun an zur größten Gefahr der Menschheit hochstilisiert. „Aids geht jeden an“, hieß die Parole, und in nahezu allen Zeitungsartikeln, Fernsehsendungen, Spots im Fernsehen und in Filmtheatern wurde mehr oder weniger unterbewusst die Botschaft mitgeteilt: „Aids kriegt man nicht, Aids holt man sich“.

Daß die Gefahr sich mit Aids zu infizieren für „durchschnittliche Angehörige von Nicht-Risikogruppen“ außerordentlich gering war und bis heute geblieben ist, wurde gezielt verschwiegen. (6) (Vgl. hierzu und zum folgenden unsere Berichterstattung, insbesondere ak 289). Die „publizistische Inszenierung der Krankheit“ war zu einem großen Teil auf eine unmittelbare emotionale Wirkung abgestellt. (7) „Aids wurde vorrangig in einem dramatisierenden und militärischen Stil präsentiert“ (8) Hinzu kamen „Hochrechnungen“, bei denen die „Punkterzeuger“ in einen wahren „Höhenrutsch“ gerieten. (9) Die Bildzeitung st



Carceri (Kerker) von Gianbattista Piranesi

lierte Aids zur „größten Angst der Deutschen“ hoch. Insbesondere der „Spiegel“ tat sich im Schüren der Ängste hervor. Den Gipfel an Demagogie leistete sich der „Spiegel“-Journalist Hüter, der sich offensichtlich darauf spezialisiert hat, alle in der Gesellschaft vorhandenen Ängste zu aktualisieren und umzupolen auf die Angst vor Aids. Oh nun beabsichtigt

„alle in der Gesellschaft vorhandenen Ängste zu aktualisieren und umzupolen auf die Angst vor Aids. Oh nun beabsichtigt oder unbeabsichtigt — Hüter macht klar, warum es ihm geht. „Es gibt so viele andere Probleme: Aufrüstung, Abrüstung, Umweltschutz, Börsenkrach. Wieder wählt von den persönlichen Molestern wie Rückenbeschwerden, Ratenkästen, Beerdigungsängsten oder Liebeskummer mal ganz abgesehen — auch die vermeintlichen der Blick ins Große und Weite“ (10). „Das Große und Weite“ ist eben der Kampf gegen Aids, der „wahrscheinlich wichtigsten Menschheitsfrage für den Rest dieses Jahrhunderts“ (11). Hüter treibt die Dämonisierung von Aids auf die Spitze. Der HIV-Virus wird zum omnipotenten Aggressor, der selbst dem besten hinterhältigen Kommunismus den Rang abgelaufen hat. Da der HIV-Virus „permanente seine Gestalt wandelt“, so Hüter, könne er durchaus am Ende des Jahrhunderts in der Lage sein, zu fliegen. Mit dieser Panikmache, die fast ständig verbunden ist mit Attacken gegen die zu lasche Aidspolitik der Bundesregierung, bewegt sich Hüter auf der Ebene des Gauweiler-Beraters Koch, er bereitet den Boden für die politische Praxis der bayerischen Regierung. Welche Überlegungen in der bayerischen Regierung angestellt werden vertraute kürzlich Herr Strober der Bild-Zeitung an. Er befürchte „Selbstschutzmaßnahmen der Bevölkerung, wenn die Bundesregierung nicht bald auf die bayerische Linie einschwenke“ (12). „Selbstschutzmaßnahmen“, wie die der Berliner Bevölkerung gegen die Studentebewegung, die freilich auch und gerade von Politikern wie dem damaligen Bürgermeister Schütz im Einklang mit einem Teil der Medien, „vorbereitet“ wurden?

Seit Beginn seiner „Berichterstattung“ über Aids hat der „Spiegel“ in einer Reihe von Serien diese Krankheit als Folge eines maßlosen sexuellen Genusses, eines exzessiven Lebenswandels oder als Folge eines Abweichens vom Pfad der Tugend dargestellt. (13) In völlig verzerrter, infanter Darstellung, die mit dem wirklichen Leben Homosexueller in dieser Gesellschaft nichts zu tun hat, wird eine exzessive „gay community“ präsentiert, die sich den Normen — die als allgemeinmenschlich, bzw. „natürliche“ Regeln des gesellschaftlichen Lebens hingestellt werden — widersetzt, sie willentlich übertreibt. Auf der anderen Seite wird ihnen eine außergewöhnliche unheimliche Macht zugeschrieben. Da ist z.B. Dugas, der obwohl infiziert, „niemals den Sex aufgeben“ will (14). Die Ähnlichkeit mit einem „Terroristen“-porträt ist

unverkennbar. Angeführt wird der Aids-Terrorist, der Anschläge auf unser aller Leben verübt. Diese Ambivalenz der „Darstellung“ der homosexuellen Lebensform, von einerseits Nichtangst, Verletzung der gesellschaftlichen Normen und andererseits der ihnen zugeschriebenen Altmacht, liefert und stützt die ohnehin bestehenden verzerrten Vorurteilsbeladenen Ansichten über Homosexualität und über Menschen, die „anders“ leben. „Dadurch wird auf der einen Seite das Element des Fremden im Aids-Kranken und im weiteren des Homosexuellen betont, so daß eine innere Instanz geschaffen wird, die eine mit fühlender Identifikation, eine Voraussetzung für den Abbau von Vorurteilen, verhindert soll, während gleichzeitig durch die Betonung des Exzessiven das Element des Neuen, vor allem des Sexuellen, verstärkt wird.“ (15) Ein Beispiel dafür ist die Art und Weise, wie der „Stern“ Nr. 11/88 das Sterben eines an Aids Erkrankten präsentiert. In der Bilderfolge erscheint der Sterbende nicht als Opfer einer gefährlichen, unheimlichen Krankheit, er wird als Exempel dafür hingestellt, wozu Promiskuität und Homosexualität führen. Wichtig ist auch der Kontext, in dem die Bilder gezeigt werden. Daß ein Ge-Seiten weiter die aus den Zeiten sexueller Liberalisierung bekannten Sexologen Masters/Johnson in einem Interview Gelegenheit erhalten, ihre haarsträubenden Spekulationen über die Aids-Gefahr zu verbreiten, macht deutlich, daß es dem „Stern“ nicht darum ging, Anteilnahme und Trauer über den Tod eines Menschen zu wecken.

„Ändere dein Leben oder du wirst sterben“

All dies hat — ob gewollt oder ungewollt — zum Ziel, den LeserInnen nahezu legen, daß es Zeit ist für drastische rechtliche Maßnahmen, ja, daß sogar — angesichts der suggerierten „Dringlichkeit“ des Problems — der Rechtsweg in einzelnen Fällen als „überflüssig“ erscheint. Die Absicht, die Opfer als Täter hinzustellen, sie als „Schuldige“ auszugrenzen, findet seinen vorläufigen Höhepunkt in den Maßnahmen der bayerischen Regierung, die offensichtlich die Vorreiterrolle übernommen hat. Hierin liegt das wahrscheinlich stärkste Angstpotential. Um Aids-Prävention ging es hier noch nie. Wenn Gauweiler von der „Dekadenzphase“ spricht, „in der wir leben“, die, so sein Berater Koch, ihre Ursache darin habe, daß den breiten Massen durch die umfassende Unverteilung der Einkommen der Kulturkonsum ermöglicht wurde, ein Kulturkonsum, der die große Städte der westlichen Welt zu hochpromiskuen Metropolen machte (16) — dann belegen diese Äußerungen, daß die Krankheit Aids für ein politisch-ideologisches Roll

back funktioniert wird. Durch „Androhung empfindlicher Übel“ nämlich des Verlustes von materiellen Ressourcen wie Freiheit, Beziehungen, Leben“ (17) will die Bevölkerung diszipliniert werden. Aids ist der „geeignete oder gar willkommene Anknüpfungspunkt für eine langfristig angelegte Ausweitung und Verlagerung sozialer Kontrolle über den Bereich menschlichen Verhaltens hinaus in den Innenbereich menschlicher Phantasien, Beziehungen, Psychosstrukturen“ (18). Durch die massive Angst-Inzenerierung soll die Bevölkerung für weitere einschneidende Verschiebungen der Lebensqualität psychisch disponiert werden, mögliche Auflehnung und Widerstand „präventiv entmündigt“ (Basis) werden. So sollen in Zukunft Krankheit und Behinderung als „Fehlpassung“ erlebt, als Sünde und zugleich als Defekt und Fehler, der sich nur vermeiden läßt, wenn man das optimale Profil nachhakt.

„(19) Ein optimales Lebensprofil, das es erlaubt ... die Gesundheitsausgaben so gering wie möglich zu halten“ (20). Jeder ist gehalten, die Verantwortung für seinen eigenen Körper zu übernehmen, sich selbst zu überwachen, um „Abweichungen von den Verhaltensnormen in den Bereichen Ernährung, Arbeit, Sexualität“ (21) zu vermeiden. Soll einerseits Krankheit als „individuelle Schuld“ erlitten werden, so andererseits als „Andersartigkeit“, von der Norm abweichende Leben als Krankheit betrachtet werden. CSU-Staatssekretär Spranger sagt es ganz offen: „Frieden und Freiheit sind auch im Inneren notwendig, aber da ... vier Linien für die Normalen nicht für die Perversen, Minderheiten und Randgruppen“ (22). „Es vollzieht sich also ein eher unsichtbarer Wandel der ... das überzeugende Argument gebraucht. Andere des Lebens, der du wirst sterben“ (23). Aus Furcht vor dem neuen Übel ist jedes bereit, sich der Norm zu unterwerfen und das Wahlverhalten zu verinnerlichen“ (23).

Die doppelte Botschaft von Angst und Beruhigung (24)

Die doppelte Botschaft von Angst und Beruhigung (24)

Die massenhafte Erzeugung der Angst durch die Mobilisierung massiver Ängste ist immer dann erfolgreich, wenn außer den verlangten Einschränkungen, wie z.B. dem Triebverzicht, zur Entlastung der mobilisierten Ohnmacht und Ängste, gleichzeitig das Versprechen der Sicherheit gegeben wird. Angesichts der massiven Drohungen und der Ausgrenzung Aids-Infizierter und „HIV-Verdächtige“ erscheint vielen die Süßmuthsche Variante der Aids-Politik als das „kleinere Übel“. Und nicht nur das, sie erhält angesichts der drohenden bayerischen Maßnahmen den Charakter einer „bewussten“, von Vernunft geprägten Aids-Prävention, die zwar mit Verzicht verbunden ist, Verzicht, der aber als notwendig erscheinen. Und sie bietet die Illusion der Sicherheit für sexuelles Wohlverhalten. Neben den bayerischen Maßnahmen wirkt diese Aids-Aufklärung wie eine „Mischung aus pastoraler Ermahnung und Ratschlägen zur modernen Sexualhygiene“ (25). Zwar fehlt auch in diesem Konzept die Drohung nicht, aber es ist eine vergleichsweise sanfte Drohung, die immerhin eine Alternative bietet. „Nur wenn möglichst viele Menschen, bei denen ein Test angebracht ist, das freiwillige Angebot auch annehmen, können wir die Richtigkeit unserer Linie unter Beweis stellen“ (26). Es ist der „Appell an die künftigen Opfer der Repression, ihre Verteidigung dadurch zu verhindern, daß sie sich freiwillig einer Ordnungsvorstellung unterwerfen, die man andernorts bereits mit Zwang durchsetzen will“ (27) und durchzusetzen beginnt.

Von Homosexualität ist in diesem Konzept überhaupt nicht mehr Rede. „Die spezifische Lebensart der Opfer, die für die Krankheitsgeschichte bedeutsam ist, bleibt tabuisiert“ (28). Damit wird auch die zugleich beunruhigende und angstbesetzte Seite der Homosexualität ausgespart, die die von Frau Süßmuth aufklärten mit den eigenen nicht erfüllten sexuellen Wünschen, einem Teil des eigenen nicht gelebten Lebens konfrontieren könnte. Nach den massiven Drohungen wirkt diese Variante der Aids-Politik wie eine Beruhigungsspielle. Mit moralisierender Selbstverständlichkeit wird so getan, als wäre Heterosexualität — und Monogamie — die einzige legitime Lebensform.

Wird die homosexuelle Lebensform in der ersten Variante der Aids-Politik wegen ihrer Abweichung von der gesellschaftli-

chen Norm dämonisiert, so erfolgt die Ausgrenzung hier „symbolisch“, ihre Existenz wird schlicht geleugnet.

Angstverschiebung

In dem Aufsatz „Die Mystifizierung von Aids“ untersucht der Schweizer Psychoanalytiker Paul Parin den „rationalen“ verzerren und übertriebenen Umgang“ mit Aids aus sozialpsychologischer Sicht. Paul Parin — vor allem bekannt geworden durch seine ethnopsychologischen Studien (gemeinsam mit Goldy Parin-Matthey und Fritz Murgenthaler) hat sich vor allem mit der Einsetzung gesellschaftlicher Vorgänge in psychische Veränderungen beschäftigt, insbesondere mit der Entstehung von Feindbildern. Er hat in der Vergangenheit immer wieder zu politischen Problemen Stellung bezogen und die politische Abstinenz der meisten seiner Kolleginnen kritisiert.

Parins grundsätzliche Annahme ist, daß „die Mystifizierung von Aids als Verschiebungssatz“ (Sigmund Freud) für unerträgliche Verhältnisse dient. „Psychisch unertragbar“ ist die Angst vor Gefahren und drohenden Katastrophen, gegen die es keine Abhilfe gibt oder zu geben scheint und die darum Ohnmachtgefühle auslösen“ (29). Gesellschaftlich produzierte Ängste, wie die Angst vor einem möglichen nuklearen Krieg, vor der Zerstörung der Umwelt, vor Arbeitslosigkeit, dem Verlust an Lebensperspektive, führen in zunehmendem Maße zu psychischer Instabilität.

Nun ist Angst ja zunächst ein Signal, daß für das Individuum eine bestehende Beziehung etwas verändert wird. Wie diese Veränderung zu bewältigen ist, ist eine Frage der psychischen Stabilität. „Nur in einem stabilen Zustand kann man dem Angesichte eigener Ängste, der Infragestellung der eigenen Identität und der Beziehung zur sozialen Umwelt verbunden. Nun gibt es für Menschen überhaupt immer die Möglichkeit, die Auseinandersetzung mit Ängsten auf relativ weiche“ (30). Die psychische Stabilität wieder zu erlangen, eine Stabilität, die als Beding-

auch immer die Möglichkeit, die Auseinandersetzung zu vermeiden, um relativ schnell die psychische Stabilität zu erlangen, eine Stabilität, die allenfalls nur eine scheinbare, illusorische ist. „Der Mensch ist imstande, sich für Bedrohliches einen Verschiebungssatz zu suchen, vor einer Sache Angst zu haben, wenn die andere als zu große Gefühle der Last, insbesondere der Ohnmacht und Verzweiflung nach sich ziehen würde“ (30). Dieser psychische Mechanismus — so Paul Parin — ist sowohl in einzelnen Individuen als auch in größeren und größeren Gruppen wirksam. Die Möglichkeit, Ängste zu verschieben auf drohlich angesehene Minderheiten und die Aggression ihnen gegenüber zu äußern, schafft zwar im Moment Entlastung, beseitigt die Angst aber nicht, da die angstauslösenden Ursachen unverändert weiter bestehen. Die kurze psychische Entlastung wird bezahlt mit einer erneuten bzw. verstärkten Verknöpfung der Realität. Die Fähigkeit, sich bewußt mit den Ängsten auseinanderzusetzen, nimmt immer mehr ab, ebenso die Suche nach vernünftigen Antworten auf die Gefahren, nach Möglichkeiten, sich Bereiche der objektiven Realität anzueignen. „Angstverschiebung“, die zunächst entlastend ist, rächt sich, sie führt zur „Hemmung des Denkens, des Vorstellungsvermögens“, zu psychisch unbeweglichen Persönlichkeiten, „denen jede äußere oder innere Veränderung und Umorientierung unmöglich oder zumindest schrecklich ist“ (31). Die Angstvorschiebungen „werden abgespalten, das Erleben wird während sie betreffen nicht mehr die eigene Person und lösen darum im Ich auch keine Signale aus“ (32).

Mit der zunehmenden Unfähigkeit, sich Widersprüchen und den damit verbundenen auftretenden Ängsten zu stellen, wird die „Affektivität abgeflacht oder stereotypisiert“ (33) und „das eigene Aggressionspotential überhaupt nicht mehr wahrgenommen“. (34) Dies geht einher mit einer zunehmend verzerrten Wahrnehmung der gesellschaftlichen Realität, ihrer Reduzierung auf ein grob vereinfachtes Schema. Menschen, die nicht mehr wissen, wie sie sich die Realität vorzustellen sollen, bzw. die aus Angst vor dem eigenen Hineinfallen in die Unfähigkeit, Angst zu haben“ und die Unfähigkeit, aggressiv zu sein — ich spreche hier von einer gekonnten reflektierten Aggressivität — wird von Herrschenden erfolgreich zur Stabilisierung politischer Verhältnisse genutzt — und zur Verände-

Fortsetzung nächste Seite

- Oskar Negt zitiert in TAZ 9.8.88, siehe auch
 in: Wöhrle 21.5.88, Sondernummer 125
 der SPD. „Viel Glaubwürdigkeit könnte die
 heute, die Ausgrenzung kaum noch ein Pro-
 gram für sie ist, hinzugewinnen, wenn sie wert-
 Arbeit auf Werte- und Programmdiskussion
 und mehr Reflexionszeit auf die Wirklichkeit
 zuwenden.“
 Der SDS-Beschluss der SPD in FR 3.8.88
 Thomas Kurz „Bildnis“ siehe nebenstehen-
 de Rezension
 TAZ 6.8.88 Espelö 5 175.88
 1. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 2. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 3. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 4. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 5. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 6. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 7. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 8. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 9. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 10. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 11. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 12. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 13. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 14. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 15. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 16. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 17. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 18. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 19. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 20. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 21. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 22. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 23. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 24. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 25. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 26. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 27. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 28. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 29. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 30. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 31. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 32. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 33. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 34. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 35. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 36. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 37. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 38. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 39. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 40. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 41. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 42. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 43. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 44. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 45. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 46. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 47. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 48. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 49. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 50. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 51. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 52. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 53. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 54. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 55. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 56. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 57. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 58. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 59. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 60. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 61. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 62. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 63. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 64. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 65. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 66. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 67. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 68. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 69. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 70. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 71. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 72. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 73. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 74. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 75. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 76. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 77. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 78. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 79. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 80. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 81. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 82. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 83. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 84. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 85. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 86. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 87. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 88. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 89. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 90. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 91. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 92. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 93. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 94. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 95. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 96. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 97. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 98. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 99. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88
 100. Jahrgang: 1. Stück 1. Jahrgang 23.6.88

Berliner Maitage 1929

Der Blutmai

Am 3. Dezember 1928 verfügte der sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgiebel für Berlin ein Verbot aller Versammlungen und Demonstrationen zu Freien Begründet wurde dies mit zunehmend gewalttätigen Zusammenstößen zwischen der Nazi SA und dem „Rote Frontkämpferbund“ (RFB), die von der KPD geführt wurde. Der preussische Innenminister Grzesinski (SPD) lehnte am 21. März 1929 dieses Verbot auf ganz Preußen aus. Am 23. März veröffentlichte er eine letzte Mahnung, die — ohne sie beim Namen zu nennen — gegen die KPD und ihre Verbände gerichtet war. U. a. hinfürs verlangte er die Rückkehr zu „verantwortlichen Formen“ der politischen Auseinandersetzung und drohte, er werde „auch vor der Auflösung solcher Verbände und Vereinigungen nicht zurückschrecken, die gleichzeitig die Form politischer Parteien haben.“

Die KPD publizierte am 24. März einen Aufruf an die Partei, diesen „Ausnahmestund“ und gegen die kommunistische Bewegung nicht zu akzeptieren und orientierte auf die Durchbrechung dieses Verbotss am 1. Mai. Die Maßnahmen der „Ausnahmestunde“ sollten die Bereitschaft der revolutionären Sozialdemokraten, mit juristisch diktatorischen Methoden die Klassenbewegung zu durchbrechen, zu stärken und zu unterstützen.“ Ihre Mitglieder in den freien Gewerkschaften rief sie zum Boykott dieser Versammlungen und zur Demonstrationen nahebei auf.

Im April war klar: Die Maidendemonstration in Berlin blieb verboten (während in übrigen Preußen und in Bayern für diesen Tag das Demonstrationsverbot aufgehoben wurde). Die sozialdemokratischen christlichen Gewerkschaften nahen nun nicht den gemeinsamen Versuch gegen das Verbot ihres Ku-Klux- und Freitagesstreiks auf. *Die Arbeiter-Zeitung* (19. April 1920) und *der Arbeiter* (20. April 1920) erklärten: „Auch die Arbeiter-Zeitung und der Arbeiter sind nicht bereit, die Teilnahme an der Demonstration zu empfehlen.“

stieg verstärkt ein — vornehmweg wieder in Verkennung der historischen Bedeutung seines Namens — der „Vorwärts“. „Blutkoller bei den Thälmannern“, „KPD braucht Leichen“, „Auf Befehl Moskaus“ lauteten Schlagzeilen kurz vor dem 1. Mai. Höhepunkt war der „Vorwärts“ vom 29. 4. 29. der unter der Überschrift „200 Tote am 1. Mai“ „kommunistische Pläne“ enthielt, die einfach erlogen waren.

Barrikaden gegen Arbeitermörder

Fünf U 14 100 Patisten wurden am 1. Mai in Berlin zusammengezogen. Sie waren zum Teil seit vierzehn Tagen auf diesen Einsatz vorbereitet worden. Die näherhin genaue Zahl der Demonstranten ist aus den diversen Quellen und Veröffentlichungen nicht rekonstruierbar aus der unberücksichtigten Situation an diesem Tag und der verzweigten Demonstrierung von Demonstration und Aktionen liegt. Buchstein Thomas Kurz erwähnt nur eine Präzisionsangabe von 1000 Teilnehmern, die ebenso mäßig untertrieben sein dürfte wie die 20000 in der DDR NK-Geschichtsschreibung dabei durchaus auch von Szenekollegen übernommen. z.B. Bernd Rabehl in seiner Kampfbuch-Kompilation über Tschernobyl und

Jede Menschenansiedlung in Bielefeld ist ein Mosaik aus unterschiedlichen Gruppen. Ein Beispiel dafür ist die Gruppe der Flüchtlinge, die in der Stadt angekommen sind. Diese Gruppe ist sehr vielfältig und besteht aus Menschen aus verschiedenen Ländern und mit unterschiedlichen Hintergründen. Einige von ihnen sind Flüchtlinge aus Kriegsgebieten, andere sind Flüchtlinge aus wirtschaftlichen Gründen. Alle von ihnen haben jedoch eines gemeinsam: Sie sind in Bielefeld angekommen und müssen sich in eine neue Umgebung integrieren. Die Stadt Bielefeld hat eine lange Tradition der Integration von Flüchtlingen. In den vergangenen Jahren hat die Stadt eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen, um die Integration von Flüchtlingen zu erleichtern. Dazu gehören unter anderem Sprachkurse, Arbeitsberatung und Wohnraumförderung. Die Stadt Bielefeld ist stolz darauf, eine offene und包容ige Gemeinschaft zu sein, die alle Menschen willkommen heißt.

den mit einem Ausbruch der Polizei verletzt.

Die nachfolgenden Auseinandersetzungen hatten ihren Ausgang vor allem aus der heftigen Verhöhnung und Beleidigung durch deren Stuhl in dem unter dem heftigen Polizeischießen liegenden Mann.

Es ist zu hoffen, daß die Beteiligten sich abhalten werden, um die Ruhe zu bewahren.

Wedding ein Sozialdemokrat (Reichsbannermitglied) durch einen gezielten Schuß in die Stirn hingerichtet, weil er der Aufkündigung nach Raumdung der Straße nicht nachkam. Die Auseinandersetzungen eskalierten. „Kommunisten und Abels sein Weddinggesindel“! So die bürgerliche und sozialdemokratische Propaganda begannen, Hindernisse und Barrikaden aus Schutt und Baumtrümmern aufzubauen und die Polizei mit Wurfgeschossen aller Art zu attackieren. Diese begannen wahllos mit Pistolen und Karabinern auf alles zu schießen, was sich auf den Straßen bewegte. Zusätzliche Hundertschaften und ein Panzerwagen wurden eingesetzt, dessen Maschinengewehr Häuserfronten und Fenster unter Dauerbeschuß nahm. verletzungsweise wütete, was denen an der Seite I. Musste rote Fahnen hingeh. Am Abend des 1. Mai konzentrierten sich die Auseinandersetzungen auf die Köhlner Straße (Wedding), mindestens drei Menschen wurden erschossen, darunter ein Invalid durch die Haustür seiner Wohnung hindurch. Sieben Arbeiter wurden von einem Polizeitrupp überfallen und schwer mißhandelt, als sie mit Blutgewehren von Menschenchen kam.

Am Abend dieses 1. Mai waren 9 Menschen erschossen, 61 schwerverletzt und festgenommen worden. Die Polizei sprach von 24 30 Verletzten in ihren Reihen.

Ausnahmeverstärkung im Wedding und Neukölln

[illegible]

Die Wunden hatten alle
zu verheilen wurden auch die Wunden
eingewickelt. Bis in die Nacht hinein
überwachten die Kampf an die Polizei waren
die Wohnungen, durchsuchte sie und nach
der Festnahme. Am Morgen des 3. Mai
erschaffte Zuzigchel das Vergehen. Tu
Neukölln und der Wedding wurden zu
sperrgebieten erklärt. Kantonen der
Mauer und Ringgebieten eingerichtet.
Durch Erlaß eines Verzehrs und Licht
verbots für ganze Straßenzüge wurde
der faktische Ausnahmezustand ver-
hängt. Von neun Uhr abends bis vier Uhr
früh waren Verkehr und Ansammlungen
ohne Aufenthalt in Hausfluren verboten.
Straßenwärts gelegene Fenster mußten ge-

hinnen und verknüpft gehalten werden. „Zwischenhaltende Wohnungsmittel“ über setzen sich der Gefahr aus, daß diese Fenster unter Feuer genommen werden.“¹ Als alles das geschah, in Neukölln war den Hausbesitzern unter Dasertheuchß von Karabinern und Maschinengewehrpatronen aus dem Panzergeschütz gemeldet. Drei Frauen wurden auf den Balkonen ihrer Wohnungen erschossen, ein Passant gezielt abgeknallt, als er mit den Beamten über ein Weitergehen verhandelte. Am Abend wurden die Absperrungen durch Stacheldraht und spanische Reiter verstärkt. Ein neuseeländischer Journalist wurde im Sperrgebiet erschossen. In Wien, an sich keine in der ersten Reihe im preußischen Landtag. „Wir sahen in Gefahr besteht, kommt es ihr um“). Erst in der Nacht auf den 4. Mai ebbten die Absperrungen ab.

33 tote „Lumpenproletariat“

Die blutige Bilanz des 1. Mai 1929 in Berlin: 33 von der Polizei ersehene Arbeiter, die nach dem Arbeiter-Pakt nicht in die Fabriken übergingen, 198 zum Teil schwer Verletzte und 1228 Festnahmen, 47 verletzte Polizeisten, von denen 10 im Krankenhaus behandelt wurden. Die Behauptungen von bürgerlicher und sozialdemokratischer Presse vom bewaffneten Aufstand erwiesen sich als völlig unhaltbar. Lächerlich wenige Waffen- und Munitionsfunde. Keine Schwerverletzten der Polizeisten.



...wider die These von der Reaktion der Partei auf bewaffnete Auseinandersetzungen ebenso liegen wie die Vorwürfe, die KPD hatte den Aufstand organisiert. Nicht nur unabhängige Untersuchungskommissionen (Ligai für Menschenrechte, Prominente wie Ossatzyky, Manzenberg, Koch und Heinrich Mann), sondern auch die internen Parteireaktionen belegen dies.

Nichtsdessertrotz ließ der SPD-Vorstand am 2. Mai ein Flugblatt verteilten, in dem der KPD das bewußt provozierte Herbeiführen der Tötung gerade im sozialdemokratisch regierten Berlin vorgeworfen wurde. Die KPD „brauchte Leichen“ und machte zu diesem Zweck „das Lamm prophezeiend mobil“. Diese Opfer sind auf Befehl der kommunistischen Zentrale gefallen.“ Warum gefeiert wurde, warum die KPD angeblich brachte und wollte

„Mit ihrem Blute für den Staat“
Zu Thomas Kurz' „Blutma“ (1929)

Eine Buchbesprechung

Detailliert und gut recherchiert bemüht sich Thomas Kurz in seinem Buch „Bürgerkrieg“ eine einigermaßen objektive Wiedergabe der Ereignisse der Mauthausener Vorgeschichte in Berlin zu geben. (Vergl. nebenstehende Schilderung des KZ-Mauthausen) Neben der Darstellung der Kämpfe einem Kapitel über das Verhalten des Roten Frontkämpferbundes im Verlauf der Abzucht über den „Krieg der Mauth“ ist bemerkenswert. Es zeigt die Strukturen und mit denen die linken Organisationen überlebt und verlor wurde. Es

[illegible]

renthenschen Landtag. Ausgerechnet die
Lagerreignisse dienen ihm als Beleg für
die Republikfreude der Partei. In der heu-
tigen Gewerkschaftsrechnung wird die
Funktionalisierung der Polizei häufig als gescheiterte
und verheerliche „Republikanisie-
rung“ der SPD bewertet. Eine Argumen-
tation die — so Kurz — „nicht genügend
Betracht zehrt, daß auf entscheidenden
Ausstellungen, gerade auch in der Schutz-
zeit, eben durch Sozialdemokraten außer
Ausschluß, daß die ganze Aktion von diesen ver-
ursacht, durchgeführt und am nächsten
Tag energisch verurteilt wurde“.

Im Kapitel über die SPD schiedert kurz und lakonisch deren Pressesetze, besonders im Beispiel des „Vorwärts“. Deutlich wird auch der Übergang zur Tagesordnung, ohne einen Anlaß des Bedauerns über die Berlin-Veranstaltung. Systematisch und bewußt werden die Taten der SPD angelehnt, alle demokratischen Ansätze in die kommunistische Ecke gestellt. Ein Mangel des Buches ist das Fehlen der Rolle des sozialdemokratischen freien Gewerkschaften bei der Mai-Ausnandersetzung. Die KPD behauptete, daß diese aktiv am Verbot der Mai Demonstration mitgewirkt hätten. Kurz berichtet davon, daß sie „sich mit dem Verbot arrangierten“ und auf geschlossene Räume auswichen. Im Gewerkschaftsbereichs ADGB von NSD wird das Ausweichen in den Saal als freiwillige Entscheidung gegen die Kommunisten angegeben, um den 1. Mai „in würdevoller Weise“ zu begehen. 1) Die Gewerkschaften wollen angesichts der Opposition auf den Demonstrationen der beiden vorhergehenden Jahre „nicht noch einmal den kommunistischen Terror dulden und helfen, den die Gewerkschaftsbestimmungen transparenten der Kommunisten demonstrieren“, erklärte der Berliner ADGB-Vorstand. Daher fühlten sie sich durch das Demonstrationsverbot nicht betroffen. (2) In der Wertung waren sich die freien Gewerkschaft einig. Typisch der Tenor der „Gewerkschafts-Zeitung“ vom 11. 5. 34: „Erst im Dunkel der Nacht

buch ungeklärt. Auf jeden Fall brauchten die sozialdemokratischen Innenpolitiker den Anlaß 1. Mai um das Vorgehen gegen die Kommunisten zu verschärfen. Am 2. Mai wurden nur sieben Wochen die „Rote Fahne“ und mehrere andere KPD-Zeitungen in Preußen verboten, am 3. Mai der „Rote Frontkämpfer Bund“. Die KPD-Zentrale in Berlin wurde polizeilich durchsucht. Ein Verbot der KPD wurde aus taktischen Gründen verworfen. Das RFB-Verbot war rechtlich schwer haltbar, weder hatte er die Kampfeinheiten noch organisiert, unter den 1228 Festgenommenen sollen beispielsweise nur 99 RFB-Mitglieder gewesen sein. Zurück ging das Verbot auf zunächst geheime Pläne des deutschen Reichsinnenministers vom April 1928, die Grzesinski seit November 1928 aufgegeben hatte und wegen Differenzen in der Regierung zurückstellen mußte. Die sozialdemokratischen und bürgerlichen Mainstreammedien waren der Vorwurf ein in der Argumentation und den Anforderungen seit einem halben Jahr veraltetes Vorhaben in die Tat umzusetzen. Auf Druck von Reichsministern anderer Parteien wurde das RFB-Verbot auf ein geringeres Land angedeutet. Die Nazi-SA und der Stahlhelm (RFB) ersuchten Reichspräsident Hindenburg, nicht vom Verbot abzusehen. Es richtete sich ausschließlich gegen die Kommunisten.

wurden an einigen eng begrenzten Stellen von Jugendlichen und technischen Firmen das Straßensplaster aufgerissen, Barrikaden errichtet, Gewächse ausgeraubt und auf die Polizei geschossen. In der notwendigen Gegenwart der Militär- und Landespolizei sowie der Bundeswehr und Bundeswehrgehilfen "für die die KPD „at dem die Kampfbewertung" hatte" (3).

Ursprünglich kurz ihre Schritte die brutalen Arbeiterbewegungen der Zigarrenfabrik

bei gerade die der SPD das eindeutige definierte Hauptfund Bnd. aus die gerade die der SPD eindeutig definierte Hauptfund Bnd. Ja die einer Exzesse von 1929 begründet sich dies kann man übrigens aus Kutz herauslesen

Einem ausführlichen Kapitel über die Wirkung der Materiepreise in der "D" das immer die stark ist, weil der Änderung politische Aussagen zur Sozialökonomie und zum Sozialismus, die der sozialen Lage von Teilen ihrer Bevölkerung der Situation von Arbeitlosen in den Arbeiter-Wohnvereine kann nicht, schließt sich ein überflüssiger, schlechter Exkurs über den Blutschwund der DDR Geschichtsschreibung an, der sich ein mit Sicherheit interessant Exkurs über den 1. Mai 1929 in der sozialistischen Bewegung abschließt. Die Bedeutung der Bundesrepublik. Typisch dafür Definition als "kommunistischer Versuch" zur Anwendung "Führer der Sozialisten" und "Zürkersterner" die frühere SPD Reichstagsabgeordnete und spätere bayerische Ministerpräsidentin 1945 und SPD-Landtagsabgeordnete Wilhelm Hoegner, gab. (4) Die Politik gegenwärtig gewesen sich gegen den kalten Krieg auf der Wehr zu setzen. Diese Version hat sich bis 1998 erhalten. (5) Man darf gespannt sein, ob es auch eine Veränderung bewirkt wird.

Anmerkungen

[illegible]

Thema: Kurz 'Blutige' Sozialdemokratie
und Kommunisten in Österr. Die Blätter
Ergänze von 929 Mit. der G. G. G. G. G.
Heft 10 August 1981

Fortsetzung von vorheriger Seite

nur in Tüge nach dem Berliner Mai statt
lang und auf dem neuen „Wehrtraktat
zu“ der Sozialdemokratie verabschiedet
wurden in denen ein verändertes Verhält-
nis der SPD zu Militär und Polizei sowie
Auflösung und Wehrerziehung beschlos-
sen wurde, da diese „Organe der Demokra-
tie“ geworden seien. SPD-Vertreter der
Wehr hatte als einziger auf dem Par-
teitag zum Blutmai geredet und ihn
gerechtfertigt: „Es ist unsere Aufgabe die
Demokratie zu sichern die Republik zu
schützen. Gerade es aber den Feinden
der Republik, der Demokratie in Deutsch-
land schweren Schaden zuzufügen, daß
kein anderer Ausweg bliebe, als die Dik-
tatur, ihnen sollen Stahlhelm National-
sozialisten und ihre kommunistischen
Brüder von Moskau weisen Die Sozial-
demokratie und die Gewerkschaften als
die Vertreter der großen Masse des deut-
schen Volkes, festgelegt in ihren Organi-
sationen in einer vortragungsreichen
Hundeln und unzerbrechlicher Disziplin,
wundern auch sie zu handhaben wissen
Das Recht der Diktatur fielen ihnen zu und
niemand anderem.“ (8) Die KPD mußte
diese heroische Pose zur Rettung der Re-
publik gegen sich gerechnet sehen. Fol-
glich war es für ein weites Bewußtsein
der Sozialfaschismus. Iherer Sozialdemok-
raten und die Gewerkschaften aber hat-
ten nicht die politische Substanz für wirk-
liche Widerstand gegen die die ihrer-
seits die tiererliche Diktatur proben.
Papens Staatsrecht in Preußen 1932 ge-
gen die sozialdemokratische Braun/Sever-
ing Regierung und Brünnings Nover-
nungspolitik. So bleibt als Ergebnis vor al-
lem der „Republiksschutz“ gegen die
Kommunisten, den ihr die Rechten nicht
gedankt haben

Schon 1929 warnte Ossietzky die Republik-Schützer von der SPD: „Aber es ist ein alter Erfahrungssatz, daß außerordentliche Maßnahmen gegen eine extreme Linke mit rasider Geschwindigkeit nach Rechts zu rücken pflegen. Aus dem Kommunistengesetz wird bald ein Republikanergesetz geworden sein. Heute droht man noch Kommunisten. Morgen

werden ganz Anlauf an der Reihe sein.“ (9)
Im Jahre 1938 sagte „Spiegel“ Autor
Schwinn am Anlaß der politischen
Deeskalationsstrategie gegenüber den
Rheinhausener Stahlarbeitern und der
gewerkschaftlichen Organisation der
Polen: „daß die bewußte Macht
nach dem Krieg Teil der Arbeiterbewe-
gung“ geworden sei. (10) Wie gesagt, das
hätte die Weimarer SPD 1929 in ihren
Wehrgrundsätzen auch schon beschlos-
sen. Die SPD der BRD hat keinen B u m
mehr gehabt. Aber sie hat den „Radikale-
neruß“ gemacht in den Gewerkschaften
die Unvereinbarkeitsbeschlüsse, den
„Deutschen Herbst“, die Gesetzte der
Innenen Sicherheit die Kontaktsperre, den
129a. Sie hat mit dem „Hamburger Ke-
sel“ und dem Vergehen in der Mafers-
die Maßnahme gewetzt, die deutlich ma-
chen, was ein polizeiliches Aufstrahlung er-
stern ist und wie es eingesetzt werden
kann, wenn es gegen den Inneren Feind
geht. Das darf man nicht vergessen. Auch
wenn die Schnodts Kreide freisen weil
Bonn lockt, wissen wir, daß gegebenen-
falls der Schlagstock locker sitzt, wenn es
gegen links geht.

hr

Anmerkungen

- 9) Oskar Negt zitiert in FA 4558 "Wahrlich auch Negt in Absatz 4.22 S. 10: "Negt ist zu Anfang 1961 von der SED aus dem Programm aussteigen die SED habe die 4. Jahre "ganz nicht nur nur Arbeit der SED ist ..."
- 10) Der SED-Beschluss sei SPD - FA 1588
- 11) Thomas K. ...
- 12) TAZ 12.08.1968 S. 588
- 13) ...
- 14) E. ...
- 15) ...
- 16) ...
- 17) ...
- 18) ...
- 19) ...
- 20) ...

Trotz Geißler & Co. — Neuer KDV-Rekord

Zur Entwicklung der Kriegsdienstverweigerung

Mit über 63.000 Kriegsdienstverweigerern und über 75.000 Zivildienstleistenden erreichte die Wehrunwilligkeit in der BRD 1987 neue Höchstmarken. 15% der Wehrpflichtigen beantragen heute die Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer. Und dahinter steht ein noch größerer Zahl von Wehrunwilligen. Fast jeder zweite junge Mann zwischen 14 und 18 glaubt, „die Bundeswehr sei nicht mehr nötig“. (1)

Wie aber steht es um die organisierte Arbeit unter den Kriegsdienstverweigerern? Wie steht es um die KDV als politischer Bewegung gegen das Militär?

Diese und andere Fragen sollte ein Kongress „Liegen Militarisierung, Kriegsdienstverweigerung?“ diskutieren, der am 14./15. Mai in Frankfurt am Main stattfand. Nach langen Jahren der Zerstreutheit hatten die Selbstorganisation der Zivilisten (SÖZ/DL) und die Deutsche Friedensgesellschaft — Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK) mit zumindest finanzieller Beteiligung der Grünen erstmals wieder bundesweit gemeinsam etwas zustandegebracht. Wir haben das zum Anlass genommen, Vertreterinnen beider Organisation über den Kongress und seine Ergebnisse zu befragen.

Heiner Geißler & Co. haben heute stolz die Entpolitisierung der Kriegsdienstverweigerung hervor. Die CDU/CSL war 1982 angetreten, um die Wehrunwilligen und Druckgeber in die Schranken zu verweisen. Die KDV Novellierung war das erste Vorzeigesetz nach wenigen Wochen der neuen Koalition.

Die derzeitige Praxis hat aber das Ziel, die Zahl der Kriegsdienstverweigerer zu senken eindeutig verfehlt. Im Gegenteil: Angehörige ankender Geburtsjahrgänge kann die Bundeswehr mit 495.000 Mann im Friedensdienst zu. Durch Zusatz, die Männer und die Wehrdienstverweigerung aufrechterhalten werden. Trotzdem beabsichtigt die Regierung, ihr ursprünglich auf 1984 befristetes KDV Gesetz in der bestehenden Form fortzuschreiben. Das im KDV Gesetz bestehende Instrumentarium wird als ausreichend für zukünftige Schikanen angesehen. Aber es heute gibt es neue Spiele, die Zivilisten nicht nur als billige soziale Hilfsdienste zu nutzen. Man möchte den Zivilisten stärker zu einer parastatistischen Vorbereitung für einen späteren Kriegsdienst (nur ohne Waffen) ausstatten.

In diesem AK wollen wir die bisherige und auch zukünftige Entwicklung der Kriegsdienstverweigerung darstellen und (militärischen Vorbereitung) im späteren Kriegsdienst (nur ohne Waffen) in spezial.

In diesem AK wollen wir die bisherige und auch zukünftige Entwicklung der Kriegsdienstverweigerung darstellen und auch ein bisschen nassweise Ratschläge verbreiten, welche politischen Möglichkeiten die Kriegsdienstverweigerung hat.

KDV: Kriegsdienst nur ohne Waffe

Die Bundesrepublik lobt sich viel für die mit, daß sie das liberale Kriegsdienstverweigerungsrecht auf der Welt habe. „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden“, heißt es im Grundgesetz. Das KDV Recht war eine Folge davon, daß die Faschisten Pazifisten und andere Kriegsdienstverweigerer in KZs umgebracht hatten bzw. Hunderttausende, die im Krieg nicht hatten mitmachen wollen, erschossen worden waren. In einer Zeit, in der noch niemand öffentlich von einer Wiederbewaffnung der BRD zu reden wagte, hatten die Väter des Grundgesetzes aber doch schon wieder an alles gedacht. (2)

Als dann 1956 die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt wurde, erklärte die Bundesregierung die KDV zum „Ausnahmestück“. (3) General a.D. Kießling drückte es kurz und so aus: „Das Grundrecht zur Wehrdienstverweigerung dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Mehrheit der jungen Männer durch den Wehrdienst das Grundrecht auf Wehrdienstverweigerung erst möglich mache.“ (4)

Kriegsdienstverweigerer werden im Kriegs- oder Notstandsfall wie Bundeswehrreservisten zum Kriegsdienst in jeder Form, nur ohne Waffen, eingezogen. In Friedenszeiten haben sie einen Ersatzdienst. Heute heißt es Zivildienst abzuleisten und zwar vorrangig (aber nicht ausschließlich) in sozialen Verbänden, die in Kriegszeiten militärisch eingesetzt werden (z.B. im Roten Kreuz). Ihre Zahl darf den Bestand der Bundeswehr nicht ge-

fährden und anerkannt werden soll nur derjenige, der unter keinen Umständen bereit ist, eine Waffe anzuhören, d.h. nur solche, die erfahrungsgemäß im KZ getötet wären. Perverser oder besser gesagt logischerweise bekam das Verteidigungsministerium den Auftrag, das Gewissen durch ihre Beamten zu überprüfen. Beauftragte der Bundeswehr sind natürlich am besten geeignet, herauszufinden, wer aus Gewissensgründen völlig wehrunfähig ist. Ist man erst beim Militär, so ist nach wie vor jede Befehlverweigerung aus Gewissensgründen ausgeschlossen. Für den Kriegsdienst ohne Waffen ist eine Verweigerung ohnehin nicht vorgesehen. Man hat außerdem gelernt, sich einer demokratischen, schönfärbischen Sprache zu bedienen: die Kirchen haben das Wort vom Friedensdienst mit oder ohne Waffen erfunden.

Den Krieg schon wieder vergessen

Als Anfang der fünfziger Jahre die Wiederbewaffnung der BRD immer offener betrieben wurde, hatte noch eine große Mehrheit nach den Kriegserfahrungen die Schraube voll. Aber als 1957 die ersten Rekruten bzw. ab 1961 die ersten Ersatzdienstleistenden eingezogen wurden, war davon rein gar nichts mehr zu spüren. In der Zeit ab 1957 bis Mitte der sechziger Jahre waren Kriegsdienstverweigerer im wesentlichen radikale oder religiös motivierte Pazifisten. Der Anteil der Kriegsdienstverweigerer blieb unterhalb der Einprozentmarke. Allerdings war es in dieser Zeit des Aufbaus der Bundeswehr nicht leicht, sich auf anderem Wege, z.B. als „unfähig“ vor der Bundeswehr zu drücken.

Die APO radikalisiert die KDV-Bewegung

Die erste Polarisierung und einen massiven Anstieg der Kriegsdienstverweigerung auf etwa die Hälfte heutiger Zahlen brachte die APO und der Vietnam Krieg. Gerade in diese Zeit fiel 1968 auch die Verabschiedung der Notstandsgesetze zur allgemeinen Planung für den Krieg. Im 1969 legte der Bundeswehrverband erstmals einen Plan für die allgemeine Dienstpflicht in Friedenszeiten vor, er wollte die Dienstpflicht nicht nur bei Bundeswehr und Ersatzdienst, sondern auch die übrigen und selbst die Frauen sollten einen staatlich verordneten Sozialdienst leisten. Arbeitsdienst hieß das zur Nazi-Zeit, wo solche Planungen auch gleichzeitig offen als Kriegsvorbereitungsmaßnahmen betrieben wurden. Seither gesteht diese Vorstellung eines allgemeinen Dienstjahres in allen Parteien herum, doch noch keine Partei hat sich bisher dazu durchgerungen, dies zum Programm zu erheben.

Unter den immer mehr politisierten Kriegsdienstverweigerern zur APO-Zeit entdeckten Gruppenleiter bei „ihren“ Ersatzdienstleistenden ein „Sammelbecken für anarchistische Tendenzen“. 1969 wurden erstmals 150 Ersatzdienstleistende (im Schwarmstet) kaserniert oder andere zur Feuerwehr geschickt. Die Ersatzdienstleistenden traten daraufhin in einen unbefristeten Streik gegen einen militä-

rischen Ersatzdienst, dem sich bundesweit 2.000 anschlossen. Die Maßnahmen mußten zurückgezogen werden. (5)

Die Postkartennovelle

1973 vereinbarten SPD und FDP im Rahmen ihres großen Reformprogramms, die Gewissensprüfung für KDV abzuschaffen. Verteidigungsminister Leber und der Chef des Bundesamtes für Zivildienst, das SPD-Mitglied Hans Iven, konnten durchsetzen, daß der Gewissen-TUV aber nur solange aufgehoben werden sollte wie der Personalbestand der Bundeswehr nicht gefährdet sei. Weil die SPD-FDP Koalition keine Mehrheit im Bundesrat besaß, kam es erst 1977 zur KDV Novelle. (6) Darin waren erstmals auch die Vorstellungen vom „lästigen Zivildienst“ festgeschrieben. So sollte der Zivildienst künftig 18 statt 16 Monate dauern (15 Monate betrug die Wehrdienstzeit bei der Bundeswehr). Ausgerechnet der damalige FDP-Bundespräsident Walter Scheel verweigerte dem Gesetz seine Unterschrift, weil die Ausschüsse zur Gewissensprüfung nicht mehr der Bundeswehr sondern dem Arbeitsministerium unterstellt werden sollten. Die SPD-FDP Koalition kam daraufhin Scheels Wunsch prompt nach. (6)

Am 27.9.1977 wurde das neue Gesetz verabschiedet, das als „Postkartennovelle“ in die Geschichte einging. Die CDU machte Stimmung mit der Behauptung, daß diese Novelle die „faktische Abschaffung des Prinzips der allgemeinen Wehrpflicht“ bedeute. (7) Es werde die „allgemeine Wehrpflicht und damit die Verteidigungsbereitschaft aushöhlen“. (8) CDU/CSU gingen zum Bundesverfassungsgericht und der AK sah schon damals voraus, daß von dem neuen Gesetz „lediglich eine Verlängerung der Zivildienstzeit (...) übrig bleiben“ werde. (6) Ganz offensichtlich hatte die SPD die Wehrunwilligen unterschätzt. Als im November 77 in einem Monat, mehr als 10.000 Anträge auf KDV eingingen, wurde im Verteidigungsausschuss überlegt „ob im Gesetz enthaltene Normen zu zerschlagen“. (8) Das war aber nicht genug, denn das Bundesverfassungsgericht entschied wunschgemäß im Dezember 1977 die Aussetzung der „Postkartennovelle“ und verwurft am 13.4.78 endgültig das Gesetz als verfassungswidrig. Verteidigungsministerium und Bundesamt für Zivildienst hatten das ihre für diese Entscheidung geleistet, sie waren mit gefährlichen Horrortzahlen vor dem Gericht erschienen, wie später nachgewiesen werden konnte. (9) Das Bundesverfassungsgericht erklärte in seinem Urteil, daß für 130.000 Kriegsdienstverweigerer keine Zivildienstplätze vorhanden seien und der Bestand der Bundeswehr schon 1978 nicht mehr ge-

Das Bundesverfassungsgericht erklärte in seinem Urteil, daß für 130.000 Kriegsdienstverweigerer keine Zivildienstplätze vorhanden seien und der Bestand der Bundeswehr schon 1978 nicht mehr gewährleistet werden konnte. Bei Verkündung des BVerfG Urteils streikten 1978 über 5.000 ZDL'er, und mehr als 10.000 Menschen demonstrierten in Dortmund gegen Gewissen-TUV und Arbeitsdienst. (5)

Wettstreit der Parteien um den lästigen Zivildienst

Bis zur Regierungswende 1982 blieb das alte Gesetz, wie es vor der Postkartenno-

velle bestanden hatte, im Kraft. Ohne FDP/SPD Mehrheit im Bundesrat hätte ein neues Gesetz der Zustimmung aller Parteien bedurft. Alle interfraktionellen Verhandlungen dazu scheiterten. Alle Parteien — selbst die CDU — hielten sich dazu im November 1981 durchgerungen — wollten die Abschaffung der Gewissensprüfung. Nur die CDU blieb hart für die Beibehaltung der Gewissensprüfung und hat sich schließlich durchgesetzt. Umstritten war zwar nicht das Prinzip des lästigen Zivildienstes, aber die letztverbleibende Dauer. Die SPD bot 16 bis 19 Monate an, die CDU wollte 21 und die CSU sogar 24 Monate das Hochmaß, das das Bundesverfassungsgericht zuließ, obwohl es im Grundgesetz ausdrücklich heißt: „die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen“ (§ 12a, Abs. 2). Es blieb also dabei, daß die SPD/FDP Koalition unterhalb der Gesetzesebene schon einige Verschlechterungen für die Zivildienstleistenden durchzog. Bereits Anfang der 80er Jahre mußten zwei Drittel der Zivildienstleistenden zuhause in Dienstunterkünften wohnen (Mitte der 70er Jahre waren es erst ein Drittel) und es wurden mehr Zivildienstleistende herbeigeführt einberufen.

Bremen 1980 — Ein Schlag gegen die Bundeswehr

Gerade Anfang der 80er Jahre schnellte die Zahl der Kriegsdienstverweigerer noch einmal gewaltig nach oben. Es war die Zeit in der Reagan verkündete, daß wir noch den Untergang des „Reichs des Bösen“ erleben würden, die Zeit der Kampagne gegen die Nachrüstung und der Friedensbewegung bis zur Stationierung 1983, die eine erhebliche Verschiebung des allgemeinen Bewußtseins zu Militär- und Sicherheitsfragen mit sich brachte. Aber bevor es noch richtig mit der Friedensbewegung losgegangen war, brachte 1980 der Versuch der Bundeswehr, sich öffentlich bei Rekrutengeldbesuchen von der Bevölkerung fern zu halten, einen heftigen Rückschlag. Nach den sogenannten Keitlingen von Bremen am 6.3.1980 protestierten im selben Jahr über 40.000 Menschen in der BRD gegen verschiedene Geldöb-nisse. Obwohl Peter Bontsch ausdrücklich kommentierte: „Je blindwüchter sie protestieren, desto mehr wird die Bevölkerung ihre Verteidiger unterstützen“, (10) war klar, daß sich die Bundeswehr einen Schuß nach hinten organisiert hatte. „Die Bremer Ereignisse haben ein neues politisches Datum gesetzt“, gab der damalige Verteidigungsminister Apel zu. (11/12) Scheel klagte: „Die Gesellschaft hat die Existenz der Bundeswehr zwar hingenommen — aber sie hat sie noch nicht ernst verarbeitet.“ In der „Welt“ kommentierte Rudiger Monac: „Nach Hiroshima und Nagasaki ist die Jahrhundertfeier an Existenz der Bundeswehr zwar hingenommen — aber sie hat sie noch nicht ernst verarbeitet.“ In der „Welt“ kommentierte Rudiger Monac: „Nach Hiroshima und Nagasaki ist die Jahrhundertfeier an erkannte Definition von Militär als einem rational anwendbaren Instrument zur verwalteten Durchsetzung außenpolitischer Ziele endgültig hinfällig geworden.“ (13) Angesichts solcher moralisch-sittlichen Streifflügen, ausgelöst vom Kriegsverhinderungsdenken unserer Zeit, wird letztlich klar, warum die Abschreckungsstrategie des westlichen Bündnisses immer wieder von Witzmarken breiter Bevölkerungsschichten begleitet ist. Solche Zweifel schlagen natürlich durch bis

zum letzten Rekruten, der sich zynisch läufig fragt, ob sein militärischer Dienst überhaupt noch einen Sinn habe. „Mancher entdeckte, wenn er nur gewitzt genug ist, plötzlich sein Gewissen.“ (13)

Vor diesem Hintergrund ist der damalige Anstieg der Kriegsdienstverweigerer zahlen vollkommen erklärlich, obwohl die die Friedensbewegung dominierten den Kräftebericht waren die Bundeswehr aus der Kritik auszuspüren. Es durfte zwar unter allgemeinem Beifall Kriegsdienstverweigerer auf Kundgebungen ihren Protest gegen die Nachrüstung verkünden, es gab einzelne Verweigerungsaktionen, Wehrpflanzverbrennungen, den weitgehend gescheiterten Versuch der „Hamburger Aktion“ bundesweite Verweigerungskampagne in Gang zu bringen, aber umso mehr hob es beim Minimalkompromiß gegen die Nachrüstung. Erst als das Scheitern der Kampagne gegen die Nachrüstung 1983 deutlich wurde, gab es plötzlich, aber eben viel zu spät, Debatten um die Verweigerung (s. auch Extra-Artikel dazu). Auch heute noch enthält jeder Aufruf der Friedensbewegung nicht mehr als die Forderung nach konventioneller Abrüstung und Ausgabensenkung und keine fundamentale Kritik an der Bundeswehr.

Keiner kann es so wie Heiner!

Mitten in der Kampagne der Friedensbewegung übernahm die CDU/FDP Koalition die Regierung. CDU/CSU konnten nach jahrelanger Propaganda gegen die SPD, die die Sicherheit der BRD gefährdet und gegen Wehrunwilligkeit und Ungerechtigkeit nun zeigen, wie sie mit dem Problem fertig werden würde. Und noch im November 1982 verkündete Geißler stolz: „Die neue Koalition hat innerhalb von wenigen Wochen diese Sache (die KDV Neuverteilung — Anm. AK) geregelt (...), eine Angelegenheit, zu der die alte Koalition in sieben Jahren nicht in der Lage war.“ (14) In dem vorher abgehaltenen Bundestagshearing waren die Befragten (ins auf den Bundeswehrverband und die christlichen Gewerkschaften) für die Abschaffung des Gewissen-TUVs eingetreten, dennoch blieb er auf CSU Wunsch hin im Gesetz erhalten. (15) „Wenn die Bundeswehr ihren Verteidigungsauftrag nicht mehr erfüllen könne, weil zu viele Bürger den Dienst mit der Waffe ablehnen, dann könne allerdings das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht mehr geschützt werden“, erklärte Geißler die Intention des Gesetzes. (16)

Geißler: Gewissensprüfung abgeschafft

Geißler behauptet nun allenorten, die Ge-

Geißler: Gewissensprüfung abgeschafft

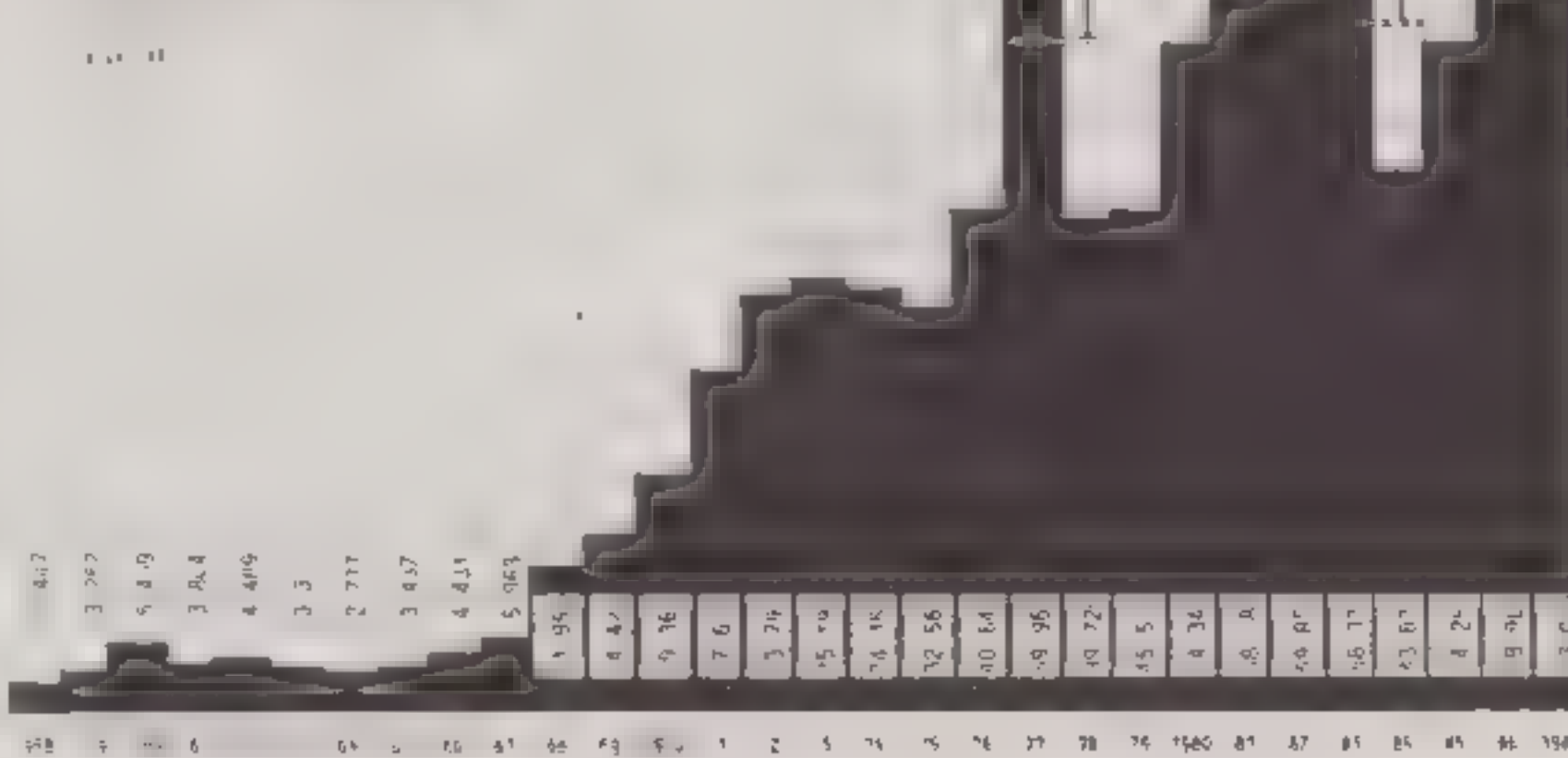
Geißler behauptet nun allenorten, die Gewissensprüfung abgeschafft zu haben. (17) Diese Lüge baut darauf auf, daß derzeit in fast 90% der Fälle nur noch das Bundesamt für Zivildienst die schriftlichen KDV-Anträge auf ihre Glaubwürdigkeit hin prüft (was auch Nachfragen und Schnüffeleien einschließt). (18) „Nur“ in den restlichen gut 10% der Fälle führen die Prüfungsausschüsse der Bundeswehr mündliche Anhörungen nach altem Muster durch. („Nehmen wir mal an, Sie gehen mit Ihrer Freundin nachts im Park spazieren. Plötzlich kommt eine Horde Russen stockbesoffen (...).“) (19) Das Gesetz schreibt diese Form der Prüfung generell in Notstandslagen bzw. auch heute schon für verweigernde Soldaten und Reservisten vor und von wenigen Ausnahmen abgesehen wird nur noch hier geprüft. In früheren Jahren lag die Durchfallquote der Verweigerer zwischen 30 und 50% in erster Instanz. Schon deshalb mußte sich ein KDVler zwangsläufig ein Stück weit organisieren, um für die Klappen eines Gewissen-TUV-Verfahrens gerüstet zu sein. Gerade in dieser Verfahrensänderung liegt der Grund dafür, daß der derzeitige BAZ-Chef Hintze (Pfarrer und ehemals stellvertretender RCDs-Vorsitzender und heute einer von Büdys Stellvertreter in NRW) stolz verkündet: „Der Zivildienst ist entpolitisiert und in dentalisiert.“ (20)

Wehrgerechtigkeit durch Zivildienst

Das neue Verfahren hat zudem noch einen grandiosen Nebeneffekt. Es ist schneller. Damit wurde innerhalb kürzester Zeit der Antragsstau der KDV-Anträge von 100.000 im Jahre 1982 auf knapp 40.000 im Herbst 1985 abgebaut. Da-

Entwicklung der KDV - Anträge von 1958 - 1987

1. Jahrgangszahl, BVP, auf, nach Informationsdienst „Das junge Volk“, Jahrgang 1988, Ausgabe 11, S. 13. 2. nach einer Broschüre der EAB, 1987, S. 11.



Fortsetzung nächste Seite

Die israelischen Friedenskräfte und der Aufstand

von Jörn Böhme

Neben den herausragenden Momenten des palästinensischen Widerstandes — dem ungebrochenen Widerstand der Palästinenserinnen in den besetzten Gebieten und dem bisher erfolglosen Versuch des israelischen Militärs und der Siedler, die Aufständischen mit terroristischen Methoden wieder zu unterwerfen — bleibt der Umstand weniger beachtet, daß es auch eine innerisraelische Opposition gibt, die sich größtenteils auf die Forderung nach Beendigung der palästinensischen Repression beschränkt. Kleinere Teile aber auch das Bewußtsein des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat unterstützt.

In dem folgenden Beitrag werden Breite und Vielfalt der israelischen Friedensbewegung dargestellt. Einzelne dieser Gruppen entstanden schon Ende der 70er Jahre, andere im Zusammenhang des Libanon-Krieges, und eine ganze Reihe insbesondere kleinerer Initiativen sind seit dem Beginn des palästinensischen Volksaufstandes gegründet worden. Eine qualitative Einschätzung dieser Gruppierungen im Einzelnen wie ihres gesamtgesellschaftlichen Einflusses ist bisher noch schwer zu treffen.

Viele BeobachterInnen sind sich in der Bewertung einig, daß nach dem 9.12.87, dem Beginn des Aufstands der Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten nichts mehr so sein wird, wie vorher. Die Ereignisse des letzten halben Jahres haben auch auf Seiten der innerisraelischen Opposition zu zahlreichen Aktivitäten und zur Gründung vieler neuer Gruppen und Initiativen geführt. Gruppen, die infolge des Abhebens des Libanon-Krieges und infolge der letzten Wahlen von 1984 kaum noch, oder gar nicht mehr aktiv waren, wie z.B. die „Frieden Jetzt“-Bewegung, veranstalten wieder große Demonstrationen und andere Aktivitäten. Ähnlich wie zu Beginn des Libanon-Krieges kommt kleineren und in ihren Forderungen und Aktionsformen radikaleren Gruppen eine Katalysatorfunktion zu.

Der Beitrag kann keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. So sind etwa die politischen Parteien, die zum Friedensstreik zu rechnen sind, nicht einzeln aufgeführt, was nicht beabsichtigt ist.

Es ist auch nicht extra aufgeführt, was nicht bedeutet, daß es dort nicht auch Aktivitäten gibt. Zudem sind in der Liste zahlreiche Gruppen

schon früher außerparlamentarisch in den 70er Jahren vertreten. Im folgenden werden die wichtigsten Gruppen und ihre Aktivitäten in den vergangenen Monaten dargestellt. Der Versuch einer Einseitigkeit der israelischen Friedenskräfte, die auf keinen Fall vorliegt, soll nicht beabsichtigt sein.

„Stoppt die Besetzung“

Unmittelbar nach dem Beginn des Aufstandes haben sich in den drei großen Städten Jerusalems, Tel Aviv und Haifa Gruppen mit dem Namen „Dai le kibusch“ (Stoppt die Besetzung). In diesen Gruppen arbeiten Mitglieder der „Demokratischen Front“ und der „Progressiven Friedensstreik“ auf, aber auch Unorganisierte, die vorher nicht aktiv an Demonstrationen teilgenommen hatten. Aufgrund des Wunsches der beiden Parteien wurde eine politische Plattform verabschiedet, die ein Ende der Besetzung und die Gründung eines palästinensischen Staates neben Israel als Ergebnis einer internationalen Nahost Konferenz fordert. Zu einer ersten Demonstration dieser Gruppe in Tel Aviv kamen im Dezember 1987 3000 Menschen. Außerdem wurden Demonstrationen am Haus des Ministerpräsidenten in Jerusalem und eine gemeinsame Demonstration mit dem arabischen Studentenkomitee, ebenfalls in Jerusalem, organisiert. Es gab Kundgebungen und Nachbarschaftssammlungen für palästinensische Flüchtlingslager, die der UNHRA, der Organisation der Vereinten Nationen, die sich um Flüchtlinge kümmert, übergeben wurden. Außerdem führt „Dai le kibusch“ Besuche in Flüchtlingslagern durch. Am 19.1.88 besuchten etwa 40 Israelis das Flüchtlingslager Deheische bei Hebron. Als Soldaten sie an Betreten des Flüchtlingslagers hinderten, kamen zahlreiche Bewohner aus dem Flüchtlingslager und das gemeinsame Treffen fand auf einem Feld gegenüber dem Flüchtlingslager statt.

„Nieder mit der Besetzung“

Wiederum eine Gruppe mit dem Namen „Haba be'Artsa“ (Nieder mit der Besetzung) aktiv. Sie besteht aus Mitgliedern radikaler jüdischer und palästinensischer Gruppen (vor allem „Matzpen“ und „Abna al-Balad“, Söhne des Bodens). Die Gruppe für den ein beunruhigendes Ende der Besetzung, ohne daß dies an eine bestimmte politische Lösung gebunden werden sollte. Neben verschiedenen Demonstrationen hat diese Gruppe vor allem Sammlungen

von Lebensmitteln und Medikamenten für Flüchtlingslager organisiert, die sie nach Gaza schickte. Die Fluchtlingslager zu bringen. Dies wurde allerdings durch das israelische Militär zum Teil verhindert. Außerdem haben sie sich auch gegen die Gruppen des Libanonkrieges.

„Frauen in Schwarz“

„Frauen in Schwarz“ ist eine Gruppe von Frauen, die zu festen Zeiten an bestimmten Orten in schwarzer Kleidung und mit Plakaten Mahnwachen abhält (in Jerusalem z.B. an jedem Freitag nachmittags). Da die Gruppe keine politische Plattform hat und sich nur allgemein gegen die Fortführung der Besetzung wendet, hat sich die Zahl der teilnehmenden Frauen in den vergangenen Monaten erheblich erhöht.

„Frieden Jetzt“

Wie bereits erwähnt, dauerte es wie schon zu Beginn des Libanon-Krieges 1982 eine Zeit lang, bis die „Frieden Jetzt“-Bewegung, die sich aus verschiedenen Initiativen organisierte, konnte an denen große Zahlen von Menschen teilnahmen. Bereits im Dezember gab es eine Demonstration mit 1000 Teilnehmern.

Im Januar 1988 gab es eine Demonstration mit 1000 Teilnehmern. Auch hier war die Beteiligung vergleichsweise gering. Im Januar 1988 gab es eine Demonstration mit 1000 Teilnehmern. Auch hier war die Beteiligung vergleichsweise gering. Im Januar 1988 gab es eine Demonstration mit 1000 Teilnehmern. Auch hier war die Beteiligung vergleichsweise gering.

Auch im Charakter dieser „Frieden Jetzt“-Demonstrationen gab es Unterschiede. Einerseits hatte diese Bewegung immer ihren jüdischen Charakter, andererseits darauf, daß sie die jüdische Bevölkerung Israels ansprechen wollte. Bei der ersten Demonstration hatte sie israelische Palästinenser vorher nicht zur Teilnahme an ihren Demonstrationen aufgerufen. Das war diesmal anders. Am selben Tag, an dem ebenfalls die Demonstration in Tel Aviv stattfand, gab es nachmittags die erste große Demonstration von israelischen Palästinensern. Seit Beginn des Aufstandes in Gaza und auf dieser Demonstration sprach unter anderem ein Vertreter von „Frieden Jetzt“, der die TeilnehmerInnen aufforderte, an der für den Abend geplanten „Frieden Jetzt“-Demonstration teilzunehmen. Auf der Kundgebung bei dieser Demonstration wiederum sprach ein Vertreter der israelischen Palästinenser. Diese Art der Zusammenarbeit wurde fortgesetzt. Als „Frieden Jetzt“ eine Demonstration zum Jahrestag der Ermordung von Emil Ginzburg organisierte (Der „Frieden Jetzt“-Aktivist Emil Ginzburg wurde im Februar 1983 durch die von einem jüdischen Gegendemonstranten geworfene Granate getötet, als er an einer Demonstration nach der Veröffentlichung des Untersuchungsberichtes zum Massaker in Sabra und Shatila teilnahm, auf der der Rücktritt des damaligen Verteidigungsministers Scharon gefordert wurde). Bei der Demonstration zu diesem Jahrestag sprach u.a. der Herausgeber der palästinensischen Tageszeitung „Al Fajr“, Hamza Khamis.

Die letzte große Demonstration von „Frieden Jetzt“ fand am Vorabend der Reise von Ministerpräsident Schamir in die USA Mitte März in Tel Aviv statt. An ihr nahmen ca. 75.000 Menschen teil. Die Hauptforderung war die Unterstützung des Shulit-Platzes durch Schamir und den Likud-Teil der Regierung, der nationalen Einheit.

Opposition im Militär

In der israelischen Presse gibt es zahlreiche Berichte über Soldaten und Offiziere

die ihre Opposition gegen die Besetzung, die sie ausführen sollten, zum Ausdruck brachten. Die Opposition innerhalb des Militärs wird sich wahrscheinlich in den kommenden Monaten noch verstärken. Die wichtigste Kraft innerhalb dieser Opposition ist die während des Libanon-Krieges gegründete Gruppe „Jesch Gwul“ (Es gibt eine Grenze). Die Mitglieder dieser Gruppe sind keine Pazifisten, aber sie weigerten sich während des Libanon-Krieges in Libanon hinauszugehen. Nach dem Libanon-Krieg haben sich die Mitglieder von Jesch Gwul intensiv mit der Frage des Militärdienstes in den besetzten Gebieten. Während die Gruppe zu dieser Frage zunächst keine einheitlichen Aufträge verfaßte und es ihren Mitgliedern selbst überließ, ob und unter welchen Umständen sie den Dienst in den besetzten Gebieten verweigerten, ruft Jesch Gwul heute öffentlich und eindeutig zu einer solchen Verweigerung auf. Eine der wesentlichen Aktivitäten der Gruppe besteht in der Verteilung einer sogenannten Reservistenkarte. Diese enthält einerseits die Instruktionen des Generalstabs und andererseits die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes von Israel, nach der „offenkundig illegale Befehle“ verweigert werden müssen. Daneben enthält die Karte politische und juristische Erläuterungen zu Befehlen, die Soldaten in den besetzten Gebieten erhalten haben und wie sie darauf reagieren können.

Außerdem sammelt Jesch Gwul Unterschriften für eine Petition, in der ihre Mitglieder erklären, daß sie sich weigern werden, sich an der Niederschlagung des Aufstandes in den besetzten Gebieten zu beteiligen. Bereits vor der Hebräer-

Wahl im April 1988 haben sich ca. 10.000 Menschen an der Petition beteiligt. Die Gruppe hat auch eine eigene Zeitschrift, die „Jesch Gwul“ (Es gibt eine Grenze) heißt.

Die Gruppe hat auch eine eigene Zeitschrift, die „Jesch Gwul“ (Es gibt eine Grenze) heißt. Die Gruppe hat auch eine eigene Zeitschrift, die „Jesch Gwul“ (Es gibt eine Grenze) heißt.

Außerdem hat die Gruppe eine eigene Zeitschrift, die „Jesch Gwul“ (Es gibt eine Grenze) heißt. Die Gruppe hat auch eine eigene Zeitschrift, die „Jesch Gwul“ (Es gibt eine Grenze) heißt.

Die Gruppe hat auch eine eigene Zeitschrift, die „Jesch Gwul“ (Es gibt eine Grenze) heißt. Die Gruppe hat auch eine eigene Zeitschrift, die „Jesch Gwul“ (Es gibt eine Grenze) heißt.

Auch unter den Schülern höherer Schulen gibt es Gruppen, die Unterschriften für eine Petition sammeln, deren Inhalt lautet: „Wir erklären, daß wir nicht bereit sind, unseren bewaffneten dreijährigen Militärdienst in den besetzten Gebieten zu leisten. Nach Ausbruch eines Schieferers gab es bis Mitte April 107 Unterschriften und jeden Tag kam etwa eine neue hinzu. Zehn der Unterschriften waren zu diesem Zeitpunkt eingereicht worden. Nur einer war in der Wehrmacht eingesetzt worden. Nachdem er den Dienst verweigert hatte, saß er einige Wochen im Gefängnis und konnte dann innerhalb der „grünen Linie“ innerhalb der Grenzen von 1967 seinen Dienst leisten.

Am 21.2.88 demonstrieren Schüler von zwölf weiterführenden Schulen in Jerusalem vor dem Haus von Ministerpräsident Schamir für Verhandlungen und eine politische Lösung auf der Basis eines

„Gegen die Besetzung — das 21. Jahr“

Bereits im November 1987 brachen Hamza Hever, ein Aktivist der Gruppe Jesch Gwul und Adi Ofir, ein ehemaliger Aktivist der „Frieden Jetzt“-Bewegung, die „Charta für den Kampf gegen die Besetzung“ heraus. Beide wollen der Totalität der Besetzung die Totalität des Kampfes dagegen gegenüberstellen. Das Besetzungsregime brauche zum eigenen Überleben ein hegemonies Maß an Kritik und Protest und lediglich die Teilnahme an einer Demonstration oder die Unterschrift unter eine Petition könne zu einer politischen Neutralisierung von Menschen führen, wenn es bewirke, daß sie durch ihre begrenzte Handlung nicht das volle Ausmaß ihrer Verantwortung erkennen. In der Charta wird deshalb zu gewaltfreier Opposition gegen die Besetzung aufgerufen, zu einer Politik der Verweigerung in jeder Sphäre des Lebens. Die Gruppe, die sich um diese Charta zusammengefunden hat, nennt sich „Gegen die Besetzung — das 21. Jahr“. Sie tritt für einen Boykott von Waren ein, die aus jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten stammen, organisiert Schüler und Eltern, die Fahnen in die besetzten Gebiete boykottieren und unterstützt palästinensische Arbeiter, die in israelischen Städten Schwierigkeiten mit der Polizei haben. Die Charta ist bisher von 500 Menschen unterzeichnet worden.

„Die rote Linie“

Eine weitere neue Gruppe mit dem Namen „Hakav Haaschim“ (Die rote Linie) organisierte Ende Februar-Anfang März einen vierstägigen Marsch von Rischon LeZion im Norden Israels an der libanesischen Grenze nach Jerusalem. Der Marsch unter dem Slogan „Friedensmarsch von Juden und Arabern gegen die Besetzung“ endete jeden Tag in einer großen Stadt mit einer Kundgebung (Akko, Haifa, Tel Aviv). In Tel Aviv gab es eine Großveranstaltung an der ca. 10.000 Menschen teilnahmen und auf der fast alle in Israel bekannten Pop- und RocksängerInnen auftraten. Die SängerInnen waren auch darüber, warum sie sich jetzt öffentlich politisch engagierten, was sie zu einem großen Teil früher nicht taten. In Jerusalem traf auf der Schulbank eine der bekanntesten 85-jährige Professorenschaft Lebewitz dazu auf, den Militärdienst in den besetzten Gebieten massenhaft zu verweigern.

Die Gruppe wurde vor allem von Bewohnern des Gush (Nahel Israel) Hubschwebel der palästinensischen Ischakia. Auch Aktivistin Leber und war von Anfang an sehr um die Kooperation mit israelischen Palästinensern bemüht. So gab es etwa von Anfang an eine enge Zusammenarbeit mit dem Komitee der BewohnerInnen der Stadtverwaltung in Beer

„Israelis by Choice“

„Israelis by Choice“

Neben auch eine Gruppe von Neuzuwanderern, die sich aktiv gegen die Besetzung wendet. Unter dem Namen „Israelis by Choice“ nahmen Neuzuwanderer an verschiedenen Demonstrationen teil.

Opposition von Frauen

Auch Frauengruppen sind gegen die Besetzung aktiv. Eine Gruppe, die sich „Die Friedekräfte“ nennt, begann Anfang März eine Kampagne für eine große Friedenkarte, zusammengefasst aus einzelnen handgezeichneten Flecken. Nach einer Kampagne startete, erhielten die Frauen nicht als 1000 einzeln gezeichnete Flecken von jüdischen und palästinensischen Frauen.

Die feministische Zeitschrift „Noga“ organisierte eine einwöchige Mahnwache im Zentrum von Tel Aviv, wo Dutzende gezeigt wurden, die von ausländischen Journalisten in den besetzten Gebieten aufgenommen und in der israelischen Presse veröffentlicht wurden.

Koordinationskomitee

In Jerusalem wurde inzwischen ein Koordinationskomitee für verschiedene Gruppen eingerichtet. Ende März fand dort eine erste Demonstration eines breiten Bündnisses von Gruppen statt. Unter dem Slogan „Gegen die Besetzung und für einen israelisch-palästinensischen Frieden“ nahmen folgende Gruppen zu einer gemeinsamen Demonstration auf: Dai le kibusch, East for Peace, israelische Juden, Jugend gegen die Besetzung, Arabisches Studentenkomitee, Jesch Gwul, Campus (jüdisch-arabische Studentengruppe), israelische Frauen gegen die Besetzung, Israelis by Choice und Die rote Linie. 500 Menschen nahmen an der Demonstration teil, davon viele, die vorher noch nicht bei einer Demonstration in Jerusalem waren.

Kibbuzim

Auch aus den Kibbuzim heraus gibt es inzwischen Reaktionen auf die Revolte in den besetzten Gebieten. Die der Mupam nahestehenden Kibbuzim organisieren regelmäßige Demonstrationen in Jerusalem, einige beteiligen sich an Sammlungen von Lebensmitteln und Medikamenten für die palästinensischen Flüchtlingslager. In den der Arbeitspartei nahestehenden Kibbuzim, die traditionell zu den Unterstützern von Verteidigungsminister Rabin gehören, gibt es inzwischen harte interne Auseinandersetzungen mit einer zunehmenden Fraktion von „Tauben“.

Zahlreiche Aktivitäten gibt es in akademischen Kreisen und verschiedenen Berufsgruppen in Israel.

Opposition an den Universitäten

600 Professoren und Dozenten von allen Universitäten des Landes und vom Weizmann-Institut (das sind ca. 30% aller Professoren und Dozenten der israelischen Hochschulen) veröffentlichten in mehreren Tageszeitungen eine Erklärung, in der sie die Regierung zum Überdenken ihrer Politik auffordern. Außerdem zitierten sie eine Vereinbarung zwischen der eskalierenden Gewalt in den besetzten Gebieten und dem „diplomatischen Frust“ der letzten 20 Jahre. Wenn die Armee weiterhin mit Polizeiaufgaben beauftragt werde, werde sie von ihrer eigentlichen Aufgabe der Landesverteidigung, abgesehen. Unterzeichnet wurde die Erklärung u.a. von dem weltweit bekannten Sozialphysiker Schmuel Eisenstadt, dem Vorsitzenden des physikalischen Institutes der hebräischen Universität Daniel Amit, dem ehemaligen Rektor der hebräischen Universität Dan Patinkin, dem Historiker Schmuel Etinger und dem Wirtschaftswissenschaftler Menachem Juari.

In Tel Aviv organisierte eine Gruppe von Professoren und Dozenten eine Protestveranstaltung an der ca. 300 Studenten teilnahmen. Auf der Veranstaltung sprachen auch Dozenten der palästinensischen Bir Zeit Universität und es wurde Geld für die Einwohner von Flüchtlingslagern gesammelt.

50 Dozenten des Fachbereiches für Soziologie, Anthropologie und Politologie der Universität Tel Aviv demonstrierten

Fortsetzung nächste Seite

Anzeige

Anzeige

Ein unvermeidlicher Streit: Deutsche Linke zwischen Israel und Palästina



Hier steht sich die deutsche Linke an. Einmal war es Broder zu behaupten, der dann eine Spalte im „jungen Anarchismus“ veröffentlichte. Die Linke hat einen anderen aus M. kann einen internationalen Kampf gegen die deutsche Linke, so schreiben wir gerade mit dem Kibbuz (Israel/Palästina) aus.

Beteiligung an Demonstrationen. Obwohl sie es während des Libanonkrieges 1982, aber der Teil aus Anfang des Aufstands in der Besetzung.

Ein und in der Linke, wenn man es zu beibringen. Es kommt eine zu Kritik der Linke gehende „Überwindung“ der dem Konflikt nicht von

Die Linke Extremismus wird durch seine Isolation und durch die praktische Praxis der großen Linke der Linke nach (bisher). Andererseits wird es fast unmöglich sein, die Solidaritätsbewegung zu verbreiten, solange sie in einem Ercheinungs- und wesentlichen von sektoriellen Positionen ist.

Die dokumentierten Teile der Handlung, Bringen und Freisetzung sowie über die Außenwelt, sind bei der GILNE, die folgende Fragestellung: Selbstbestimmung ist für das jüdische Volk nicht nur das jüdische Volk?

128 Seiten DIN A 5, Preis: 8,- DM (+ 0,70 DM Porto)

Hrsg. Kommunistischer Bund
Bezug über
Hamburg: Satz und Verlagskooperative
Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20
Tel. 040 43 53 20

am 12. vor dem Verteidigungsministerium gegen die Inhaftierung eines Kollegen, Meir Amor, der sich geweigert hatte, in den besetzten Gebieten Dienst zu tun. Für viele von ihnen war dies die erste Teilnahme an einer Demonstration.

Auch an der religiösen Bar-Ilan-Universität gab es eine Petition. Sie richtete sich dagegen, daß die Armee in den besetzten Gebieten Polizeifunktion ausüben müsse und forderte zu Verhandlungen mit den Palästinensern auf. Unterschriften wurde sie von mehreren hundert Studenten und einer Gruppe von Professoren.

Eine Gruppe von Juristen, die mit der Bürgerrechtsbewegung zusammenarbeiten hat ebenfalls vor dem Verteidigungsminister am 19. Tel Aviv demonstriert. Außerdem hat sie in mehreren Zeitungsanzeigen dargelegt, wann ein Soldat verpflichtet sei, einen Befehl zu verweigern. Dabei spielt das Konzept der „schwarzen Fahne der Illegalität“ eine zentrale Rolle, das sich auf ein Urteil gegen israelische Soldaten nach dem Massaker von Kaf Qassam bezieht (1956, am Tag vor dem Beginn des Sinai-Krieges hatten israelische Soldaten 47 palästinensische Bürger Israels erschossen, die von der Feldkurbin nach Hause kamen und von der über Kaf Qassam verhängten Ausgangssperre nicht wussten). In dem Urteil wurde fest gestellt, „daß sich ein offenkundig illegaler Befehl“ dadurch auszeichnet, „daß eine schwarze Flagge über ihm flattert mit der geschriebenen Warnung Verboten“. Weder formale Illegalität, ob versteckt oder nicht, noch eine Illegalität, die nur für den Juristen offenkundig ist, ist in diesem Fall wichtig, sondern vielmehr () eine Illegalität, die ins Auge sticht und das Herz aufrüttelt, außer, wenn das Auge blind ist und das Herz betäubt oder korrupt, das ist der Grad der offenkundigen Illegalität, der notwendig ist, um die Pflicht des Soldaten zum Gehorsam aufzuheben und ihm die Verantwortung für die Strafbarkeit seiner Taten aufzuerlegen.

Eine Gruppe von 500 Psychiatern, Psychologen und Sozialarbeitern veröffentlichte in der Tageszeitung „Chauvinist“ eine Erklärung, in der sie sich für eine bedingungslose Beendigung der Besatzung, ausprechen. Eine andere Gruppe von Psychologen wandte sich in einer Erklärung gegen die Politik der Schläge und warnte vor den ermittelten psychologischen Auswirkungen auf die Soldaten. Inzwischen sind die beiden Petitionen von insgesamt 1.000 Psychiatern, Psychologen und Sozialarbeitern unterzeichnet worden, das sind ca. 25 % der in diesem Bereich tätigen Menschen.

In Tel Aviv wurde ein großes öffentliches Treffen von Lehrern veranstaltet, die dort gemeinsam die Frage berieten, was die derzeitige Situation für die Gestaltung des Unterrichtes bedeutet.

Die Gewerkschaft der israelischen Bühnenschauspieler organisierte mit Gewerkschaften anderer Künstler Mitte Februar ein Treffen in Tel Aviv. In einer Petition wird die Regierung aufgefordert, mit den Palästinensern über Frieden zu sprechen auf der Basis der gegenseitigen Anerkennung der nationalen Rechte beider Völker, inklusive des Rechtes der Palästinenser, ihre eigenen VertreterInnen zu wählen. Der bekannte Autor Amos Oz erklärte auf dem Treffen, er sei für einen palästinensischen Staat neben Israel schon am kommenden Morgen nicht wegen des Leidens der Palästinenser, sondern weil dies der Gang der Dinge sei. Die israelische Öffentlichkeit müsse sich von dem krankhaften Verhaftetsein in die Vergangenheit befreien, dessen sie sich in der Vergangenheit auch schuldig gemacht habe.

Amos Oz war auch einer von etlichen vielen Schriftstellern und Journalisten, die mit einer Erklärung in Zeitungen gegen die zehntägige Schließung der kommunistischen Tageszeitung „Al Ittihad“ protestierten und dies als eine Gefahr für die Demokratie in Israel bezeichneten.

Im Zusammenhang mit dem Plan der

PLÖ, ein Schiff mit von Israel in den letzten 20 Jahren ausgewiesenen Palästinensern von Zypern nach Haifa zu senden, erklärte eine Gruppe israelischer Schriftsteller unter der Leitung von A. B. Jechchia ihre Bereitschaft, das Schiff bei seiner Ankunft zu begrüßen. Einige Israelis fuhren nach Athen und Zypern, um dort die Organisationen zu treffen und mit der Intention, die Reise zu begleiten. In dieser Gruppe waren vor allem Israelis, die sich schon bei früheren Gelegenheiten mit Vertretern der PLÖ getroffen hatten, aber auch andere, wie z. B. eine Frau, die zu den illegalen Immigranten auf dem Schiff „Evodus“ gehörte. Nach der Explosion am Bug des Schiffes, vermutlich ausgelöst durch den israelischen Geheimdienst, kehrten sie nach Israel zurück. Dort wurden sie verhört, mußten eine hohe Kaution bezahlen und müssen sich in Zukunft vor jeder Auslandsreise eine Erlaubnis der Behörden holen.

In Haifa sebst demonstrierten 5000 Menschen, vor allem israelische Palastenser, ihre Unterstützung für das Projekt des „Rückkehrschiffes“.

Ein im Zusammenhang mit den Feiern zum 40jährigen Bestehen Israels für Anfang Juni geplantes Festival der modernen Dichtung wird nicht stattfinden. Der Vorsitzende des Vorbereitungskomitees, der bekannte Dichter Nathan Zach und ein weiteres Mitglied des Vorbereitungskomitees zurückgetreten sind. Die Ereignisse in dem pulst nicht menschlichen Dorf Beita haben für ihren Schritt den Ausschlag gegeben, erklärten sie. Die Abhaltung des Festivals könnte als „Solidarität mit einer Regierung interpretiert werden, die Häuser sprengt, Bürger ohne Privatbesitz ausweist, Tränengas gegen Frauen einsetzt, Kinder umhingt, in einem Akt, den man nur als Staates Terrorismus bezeichnen könnte. Eine solche Regierung verliere es nicht, daß Dichter ihre Gedichte unter ihrer Schirmherrschaft vortragen.“

Dagegen haben inzwischen mehr als 100 Schriftsteller und Intellektuelle den Vorschlag für einen Friedensvertrag zwischen Israel und einem zu gründenden palästinensischen Staat unterzeichnet. Abu Murein, Mitglied der Exekutive der PLO, äußerte sich öffentlich positiv zu diesem Aufruf und ebenso eine Gruppe palästinensischer Schriftsteller, die außerhalb der besetzten Gebiete leben. Auch der bekannte palästinensische Schriftsteller Mahmud Darwish unterstützt die Erklärung, obgleich es um eines der letzten Gedichte zu Zi in Israel geht.

In der Art der Organisation der Photographen eine durchwegs gute Formausstellung unter dem Titel „Photographen gegen die erste Faust“ eine Fotografeausstellung, die

dem Titel „Fotografen gegen die censure Kunst. Eine Fotografiereinstellung der monstration“. Als diese Ausstellung zu Ende ging, eröffneten 220 Künstler Ausstellungen ihrer Werke in sieben Kunstgalerien in Tel Aviv und veröffentlichten eine gemeinsame Erklärung.

Kunststudenten der Bezalel-Akademie in Jerusalem wurden von der Polizei mit Tränengas auseinandergetrieben, als sie gegen die Regierungspolitik demonstrierten. Die Polizei behauptete, die Studenten hätten einen Unruhmacher zu Fuß mit einem Schusswaffenbesitz (einem politischen Demonstranten mit Schusswaffen) mitgeführt.

Schließlich wurde am 19.3. im Neve-Zedek Theater in Tel Aviv eine israelisch-palästinensische Arztgemeinschaft gegründet. 100 jüdische und palästinensische Ärzte aus Israel und den besetzten Gebieten wollen dadurch u. a. die medizinische Versorgung in den besetzten Gebieten verbessern.

Große Publizität, vor allem in Israel und in den USA haben das „Palästinensische Zentrum für das Studium der Gewaltfreiheit“ und sein Leiter Mubarak Awad gewonnen. Nachdem Awad, der in Jerusalem geboren wurde, aber die US-amerikanische Staatsbürgerschaft besitzt, bereits im November 87 die Verlängerung seines Touristenvisums verweigert wurde, wurde er Anfang Mai in Abschiebehaf genommen. Nur aufgrund einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofes Israels ist die Abschiebung noch nicht vollzogen worden. Viele der von Awad propagierten gewaltfreien Methoden (z. B. ziviler Ungehorsam, Nichtzusammenarbeit, Boykott etc.) sind von der nationalen Führung des Aufstandes der Palästinenser aufgegriffen worden, so daß Awad jetzt von der israelischen Regierung beschuldigt wird, einer der „Drahtzieher“ des Aufstandes zu sein. Auch Gruppen der israelischen Friedenskräfte setzen sich für Mubarak Awad ein, so etwa die religiöse Friedensgruppe Oseweschakom und die Gruppe „Palästinenser und Israelis für Gewaltfreiheit“ (zu dem Ereignissen um das Zentrum und Mubarak Awad wird der Deutsch-Israelische Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten

Das Komitee hat sich infolge der „Beia-Ereignisse“ und der „Beia-Affäre“ konstituiert.

Am 6.4.88 machte eine Gruppe von Jugendlichen aus einer jüdischen Siedlung in der Westbank zusammen mit zwei bewaffneten Begleitern einen Ausflug in die Nähe des Dorfes Beit. Unter noch nicht in allen Einzelheiten geklärten Umständen kam es dort zu Auseinandersetzungen mit palästinensischen Jugendlichen, in deren Verlauf einer der Begleiter zwei Palastinenser und unabsehlich ein jüdisches Mädchen der Gruppe erschoss und schwer schwer verletzt wurde. In den israelischen Medien war zunächst die Rede davon, das Mädchen sei von Palastinensern getötet worden und jüdische Siedler und u.a. drei Minister der Regierung forderten die völlige Zerstörung des Dorfes und die Ausweisung seiner Bewohner. Durch einen Armeebericht über die Ergebnisse wurde dann bekannt, daß das Mädchen durch einen Schuß aus der Maschinenpistole eines der beiden Begleiter getötet worden war. Dennoch wurden 14 Häuser gesprengt und noch einmal so viele teilweise oder ganz durch die Sprengungen zerstört, 40 Palastinenser aus Beit verhaftet und sechs von ihnen in den Libanon ausgewiesen. Über das Dorf wurde eine Ausgangssperre verhängt und auf der Zugangsstraße wurde von der Armee ein Graben ausgehoben.

„Das Beilu Kung-tee setzt sich zusammen aus Mitgliedern anderer israelischer Oppositionsgruppen. Zwei andere Oppositionsgruppen sind dem Komitee geschlossen beigetreten: die religiöse Friedensgruppe „Netivot Schalom“ und die Gruppe von Studenten und Dozenten der Tel Aviv Universität „Ad Kulan“.

Das Beita-Komitee will neue Formen des Widerstandes gegen die Besetzung praktizieren. Der Schwerpunkt liegt nicht auf Demonstrationen und Appellen, sondern auf dem aktiven Versuch, gegen erwikte Maßnahmen zu kämpfen, diese, soweit das möglich ist, rückgängig zu machen und neue Maßnahmen zu verhindern. Das Komitee arbeitet dabei mit der palastinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten zusammen. Taglich könne ein neues Beita geschaffen, und beim nächsten Mal müsse man in dem Ort besser dastehen als die Hamas gescheitert.

Die Beia selbst ist die Gruppe auf folgenden Ebenen aktiv geworden. Eine Juristengruppe verteidigt die Inhaftierten.

genden Ebenen aktiv geworden. Eine Jun-
gengruppe verleiht die Influencer.
Außerdem hat sie einen Appell an die
Obersten Gerichte Israels um Auf-
hebung der Sprengungsverfügungen (Id
eine Konfiszierung des Bodens er-
schließen, so daß nach der Sprengung auf
dem Boden keine neuen Häuser ge-
baut werden können) gerichtet. Schließlich
hat sie auf der Grundlage von Gutachten
einer Ingenieur- und Architektengrupp
Schadensersatzklagen für die bei den
Sprengungen beschädigten Häuser ge-
stellt. Falls es nicht gelingen sollte, die
Konfiszierung des Bodens rückgängig zu
machen, gibt es Überlegungen, alte, ver-
fallene Häuser in Beita für die betroffe-
nen Familien zu restaurieren. Aufgrund
der Substanz durch den palästinensi-
schen Aufstand scheint es denkbar, daß
die Besitzer der verlassenen Häuser diese
zur Verfügung stellen.

Zahlreichen Mitgliedern des Beita-Komitees ist es gelungen, an einem frühen Morgen die Militärsperren zu umgehen und zunächst alleine und dann mit der Hilfe von immer mehr Bewohnern von Beita den von der Armee ausgehobenen Graben wieder zuzuschütten und die von der Armee zerstörten Olivenbäume neu zu pflanzen. Diese Aktion, an der schließlich 150 Menschen beteiligten, ist insofern bemerkenswert, da das Risiko für die Bewohner von Beita ungleich größer ist als für die Israelis.

Gegen Ausweisungen kann das Komitee praktisch wenig unternehmen, aber es hat sich zum Ziel gesetzt, zu einer öffentlichen Atmosphäre beizutragen, die die Entscheidung und den Vollzug von weiteren Ausweisungen erschweren soll.

Ohne einige Überlegungen zur Einschätzung von Rolle und Stärke der Friedenssäfte in Israel kann eine solche Aufzählung leicht ein verwirrendes und/oder verzerrtes Bild ergeben.

Die Initiativen, Gruppen, Organisationen und Parteien der Friedenskräfte sind nach wie vor alles andere als auch nur annähernd eine Einheit. Obwohl auch angesichts der im November 88 bevorstehenden Wahlen viele Appelle und Aufrufe zu einheitlicherem Vorgehen und zu Zusammenschlüssen einzelner Gruppen und Parteien vorgetragen werden, ist praktisch in dieser Richtung noch nicht viel geschehen. Dazu kommen die nach wie vor

bestehenden grundsätzlichen Trennungs-
linien zwischen den einzelnen Gruppen,
die sich immer noch an der Frage der Ver-
handlungen mit der PLO und der Konzep-
tion eines unabhängigen palästinensi-
schen Staates neben Israel festmachen
auch wenn die Fronten zuweilen nicht
mehr ganz so klar erscheinen wie früher.
Dies hat Auswirkungen auf die Art der
Formulierung von Protesten, auf die Fra-
ge, wer mit wem bei der Organisation von
Demonstrationen und Organisationen zu-
sammenarbeitet und auch auf die Frage,
wie positiv oder skeptisch der sogenannte
Shultz Plan bewertet wird.

In der Zeitschrift „News from Wilton“ war die These zu lesen, daß ein Großteil der Menschen, die sich an Protesten beteiligten, dies nicht aus Uneigennützigkeit oder aus Überlegungen politischer Logik taten, sondern einfach weil der Preis für eine unveränderte Situation zu hoch geworden sei (die Verletzten, das Gefühl der Unsicherheit, der internationale Druck, die ökonomischen Kosten, die Auswirkungen auf die nationale Moral und das Selbstverständnis der Besatzungsmacht). In diesem Sinne drückten die meisten Reden bei Demonstrationen der „Frieden Jetzt“ Bewegung auch nicht Solidarität mit den unter der Besatzungsmacht lebenden Palästinensern aus, als vielmehr die Sorge für die Interessen der israelischen Öffentlichkeit. Dies ärgerte zu Recht die israelische und die palästinensische Linke, aber man konnte nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß die Mehrheit der israelischen Bevölkerung sich noch nicht von dem sogenannten nationalen Konsens entfernt hatte. Andererseits begriffen immer mehr Menschen, daß die Besatzung eine Tragödie sei und schnell beendet werden müsse. Daß die „Frieden Jetzt“ Bewegung diese Menschen anspreche, genau darin liege ihre Stärke. Die Bedeutung der kleineren, radikaleren Gruppen liegt unter anderem in ihrer Katalysatorfunktion gegenüber der „Frieden Jetzt“ Bewegung.

eine neue Qualität in die jetzige Protestbewegung haben vor allem die Aktivitäten der Berufsgruppen gebracht. Es ist wahrscheinlich gar nicht zu überschätzen, wenn denn viele Psychiater und Psychologen öffentliche Erklärungen abgeben, also eine Berufsgruppe, die gerade mit dem Hinweis auf ihre berufliche Funktion es bisher weitgehend abgelehnt hat, sich öffentlich politisch zu äußern. Auch andere Berufsgruppen, die bislang keine politische Bedeutung hatten, wurden jetzt politisch aktiv oder haben ihre Ak-

nach der großen Demonstration der „Frieden Jetzt“-Bewegung fand eine

nach der großen Demonstration der „Frieden Jetzt“ Bewegung fand eine noch um einiges größere Demonstration von vielen Gruppen und Parteien die für ein Großisrael kämpfen, am gleichen Ort in Tel Aviv statt. Und große Zeilungsanzeigen von Professoren und Dozenten wurden auch von einer Gruppe mit dem Namen „Für eine Haltung der Stärke“ veröffentlicht. Dazu kommt die Tatsache daß Repressionsmaßnahmen zunehmend auch Gruppen, kleine linke Zerstungen, Journalisten und Rechtsanwälte in Israel selbst treffen

Die verschiedenen Verhaltensweisen und Reaktionen auf den Aufstand in der Bevölkerung haben jeweils eine große Intensität. Das gilt für die polnische Rechte, ob religiös oder nicht, das gilt für die polnische Linke und die Friedenskräfte und das gilt wahrscheinlich auch für alle die Menschen, die bewußt oder unbewußt viel Energie dafür aufwenden, gegenzustehen und nicht zum Kenntnis zu nehmen.

Doch es gibt drei Aspekte, die eine Vergrößerung des Friedenslagers als nicht ausgeschlossenes erscheinen lassen: Zum einen gibt es neben allen festgefügten oder scheinbar festgefügten Meinungen bei den Menschen auch eine Menge Koalition angesichts der Ereignisse der letzten sechs Monate. In Befragungen äußern sich viele Menschen zum Teil sehr widersprüchlich, so daß es oft schwierig ist, sie politisch eindeutig "einzuordnen". Dazu kommt, daß Menschen von den Ereignissen bewegt sind, daß sie umgetrieben werden und zum Teil in einer nach außen kaum sichtbaren Weise aktiv werden. Das gilt z. B. für die Sammlung von Kleidung und Lebensmitteln für Flüchtlinge. Und nicht zuletzt ist es wahrscheinlich der Aufstand der Palästinenser selbst. Er hat die Krise zwischen den beiden Völkern, zwischen den beiden Bevölkerungen offensichtlich gemacht und trägt dazu bei, daß es immer schwieriger wird, sie zu ignorieren. Es wird immer deutlicher, daß es um die Frage der Existenz von zwei Völkern in einem Land geht. Und es gibt Anzeichen, daß zunehmend Menschen in Israel Fragen auch grundsätzlicher stellen und bisher weit hin als Tabu geltende Thesen, wie z. B. die Frage der Verhandlungen mit der PLO und die Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates, in einer breiteren Öffentlichkeit zur Sprache kommen.

Es ist sicherlich mehr polnisches Pro

gramm und Zweioptimismus, als eine Beschreibung der Realität zum einzigen Zeitpunkt, was Eimr Habiba, Herausgeber der palästinensischen, Schriftsteller und Herausgeber der kommunistischen Tageszeitung „Al Ithidha“ kürzlich in der englischsprachigen israelischen Zeitschrift „New Outlook“ schrieb, aber wie leicht wird es für die Friedenskräfte in Israel und auf der palästinensischen Seite und auch über sie hinaus in größerem Maße zu einem Orientierungspunkt. „Es wird gesagt, daß kein arabisches Land auch nicht die USA und Israel einen palästinensischen Staat in Prästina neben dem Staat Israel wünschen. Wer ist dann interessiert an diesem neuen Staat? Wer wird diesen neuen Staat zur Welt bringen? Die beiden Völker Palästinas — das palästinensisch-arabische Volk und das Volk von Israel.“

Quellen:
Verschieden Ausgaben der Zeitungen „Jerusalem Post (im Edition)“, „New Outlook“, „The of the Israel“, „News from Within“, „TAZ“, „Arbeiter Kampf“ und eigene Gespräche während eines 14-tägigen Aufenthalts.

Jörn Bohme Jahrgang 1953, war von 1980 bis 1987 Israelreferent der Aktion Suizidenzeichen/Friedensdienste (ASF). Der hier publizierte Beitrag ist ein Vorabdruck aus dem in der Schriftenreihe des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten erscheinenden Band „Friedenskräfte in Israel“ (Bezug über DIAK, P.A. Christiani-Sterzing, Bahnhofstr. 148, 6732 Edenkoben). Die Arbeit wurde im Mai abgeschlossen. Der Abschnitt zum Beitrittskomitee wurde im Juni nachgetragen.



Aufstand gegen den Status quo

Interview mit Hanna Siniora

Hanna Siniora ist seit 1974 Chefredakteur der in Ostjerusalem erscheinenden arabischen Tageszeitung „Al-Fajr“ (Die Morgenröte) und der gleichnamigen einzigen englischsprachigen palästinensischen Wochenzeitung. Die Zeitung steht der Fatah-Position innerhalb der PLO nahe.

Hanna Siniora ist rühriger Teilnehmer am israelisch-palästinensischen Dialog und gilt als „Handlungsreisender in Sachen Frieden“ (FR), er sprach mit Politikern in den USA, besuchte jüngst Genesher und war Anfang Juni Teilnehmer eines Hearings der Grünen in Bonn.

Wir sprachen mit Hanna Siniora am 9.4. in der Al-Fajr-Redaktion in Ostjerusalem.

AK: Welche Ergebnisse hat der Aufstand bisher gehabt? Welche Perspektive hat der Aufstand aus Ihrer Sicht?

Hanna Siniora: Heute ist der erste Tag des fünften Aufstandsmonats und es scheint sicher zu sein, daß der Aufstand fortwähren wird. Bis von den Israelis eine politische Antwort kommt. Alle präventiven und repressiven Akte und das Heranziehen von immer mehr Soldaten sind fehlgeschlagen. Der Aufstand wurde nicht niedergehalten sondern vorangegetrieben.

Der Aufstand breitete sich von den Lagern auf die Städte und Dörfer aus. Es begann mit den Jugendlichen, jetzt arbeiten alle Generationen zusammen. Mütter und Kinder. Männer in jedem Alter. Es ist heute ein Aufstand des gesamten palästinensischen Volkes.

und Kinder. Männer in jedem Alter. Es ist heute ein Aufstand des gesamten palästinensischen Volkes unter der Besatzung. Heute ein Aufstand des gesamten palästinensischen Volkes unter der Besatzung. Heute ein Aufstand des gesamten palästinensischen Volkes unter der Besatzung.

Dieser Aufstand ist eine Rebellion gegen eine lange, harte Besatzung, gegen den Status quo. Die Besatzung des palästinensischen Volkes an die Israelis und die Welt lautet: Wir können nicht unter der Besatzung leben, wir wollen in Frieden in unserem eigenen Land, in unserem eigenen Staat und unter unserer eigenen Flagge leben. Dennoch ist dieser Aufstand, wenn auch der Kampf um die 1967 besetzten Gebiete gegen die Israelis geführt wird, nicht gegen das israelische Volk gerichtet. Wir halten den Ölzeit des Friedens in der Hand.

Wir sind nicht gegen die Existenz des jüdischen Staates, aber wir sind gegen die Kolonisation und die Besetzung der Westbank und des Gazastreifens.

Welche Chancen hat eine Verhandlungslösung?

Bei einer Regelung dieses Konfliktes zweier Völker um die gleiche Heimat müssen sowohl die nationalen Bedürfnisse und Rechte des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat beachtet werden als auch die Sicherheitsbedürfnisse der Israelis — um deren Angst entgegenzuwirken, daß ein künftiger palästinensischer Staat eben nicht die Zerstörung Israels bedeutet. In jeder Verhandlung, die erfolgreich sein soll, müssen diese beiden Elemente beachtet werden.

Als US-Außenminister Shultz in die Region kam, redete er über die Sicherheitsinteressen Israels, über die hat vergesessen, über die nationalen Bedürfnisse des palästinensischen Volkes zu reden. Deshalb geneßt die Shultz-Initiative nicht das Vertrauen der Palästinenser und der arabischen Welt.

Der Weg, der zum Frieden führt, ist die gegenseitige Anerkennung der jeweiligen Interessen und Bedürfnisse. „Frieden gegen Land“ — diese Lösungsformel anzuerkennen weigern sich vor allem der Likud-Block und die israelische Regierung. Herr Schamir hat gesagt, er will Frieden und Groß-Israel. Frieden und Groß-Israel aber gehen nicht zusammen. Frieden ist möglich, Anerkennung ist möglich, aber der Preis dafür ist, daß Israel die besetzten Gebiete, die Westbank und den Gazastreifen, dem palästinensischen Volk zurückgibt, damit es in Würde und Frieden in seinem eigenen Staat leben kann. Bis eine solche Entwicklung

möglich ist, werden Konflikt und Aufstand andauern.

Welche Positionen werden in der israelischen Gesellschaft gegenüber den Forderungen des palästinensischen Volkes angenommen?

Heute wird von den Palästinensern, von der PLO und in der arabischen Welt die Zwei-Staaten-Lösung akzeptiert. Zwei Staaten für die beiden Völker, die in diesem Gebiet leben. Dieses Prinzip wird jedoch noch immer nicht von Israel anerkannt. Die Position des Likud-Blocks ist kein Rückzug, keine Aufgabe von Gebieten. Und auch die zweitgrößte Partei, die Arbeiterpartei, spricht nicht von einer Zwei-Staaten-Lösung. Sie betrachtet die Palästinenser als irgendeine arabische Minderheit, deren Schicksal mit dem eines anderen arabischen Staates verbunden ist. Um den Frieden zu erreichen müssen beide Seiten das Prinzip „Zwei Völker — zwei Staaten“ anerkennen.

Es gibt ein Friedenslager in Israel, das die Notwendigkeit anerkennt, daß es Selbstbestimmung für beide Völker, die im selben Gebiet leben, geben muß. Die sechs Friedenslager ist bis heute noch klein. Doch dieser Aufstand aktiviert das Friedenslager, es gewinnt an Gestalt. Leute von „Peace Now“, von der Mapam, einige Leute von der Arbeiterpartei und besonders die arabische Liste, die Progressive Friedensliste und Chadasch (Demokratische Front für Gleichheit und Frieden) — von der israelischen KP geführtes Bündnis, Ann. d. Red.) reden über die Zwei-Staaten-Lösung. Dennoch, um aufrichtig zu sein, das sind nicht mehr als fünfzehn Prozent der israelischen Bevölkerung. Dieses Lager muß wachsen, um die Einstellungen zu ändern und auf diesem Weg eine friedliche Lösung herbeizuführen.

Sie sprechen von einer großen Anzahl inhaftierter Palästinenser. Wie würden Sie die Situation in den Gefängnissen und Lagern beschreiben?

Ihre Lage ist schlecht und wird noch schlechter werden. Die israelischen Bedingungen sind nicht groß genug. Die Gefangenen zu fassen, so daß viele neue Gefängnisse und Gefangenenlager errichtet werden. Es gibt jetzt zum Beispiel Anwar II im Gazastreifen und Anwar III in der Negev-Wüste nahe der ägyptischen Grenze.

Die verhafteten Palästinenser werden geschlagen, gequält. Ich höre von Folterungen mit elektrischen Schocks. Was von den internationalen Fernsehsendern gezeigt wurde, geschieht jeden Tag: wahlloses Prügeln, Brechen von Knochen. Schießen mit scharfer Munition. Die Menschenrechtsverletzungen müssen sofort gestoppt werden. Deshalb fordern die Palästinenser die Vereinten Nationen und die Welt auf, einzugreifen.

Welches sind die aktuellen Forderungen des Aufstands?

Die nationale Bewegung hat bereits am 14. Januar unter Teilnahme wichtiger nationaler palästinensischer Institutionen und Persönlichkeiten aus der Westbank und dem Gazastreifen eine Pressekonferenz durchgeführt und ein von ihr ausgearbeitetes 14-Punkte-Programm vorgelegt, das auch der UNO übergeben wurde. Dieses Programm zur Erleichterung der untragbaren Situation in den besetzten Gebieten gilt ohne Einschränkung noch heute. Diese Sofortmaßnahmen sollen auch die Atmosphäre für eine internationale Friedenskonferenz unter Teilnahme der PLO verbessern.

In dem Programm wird im Einzelnen als Sofortmaßnahmen gefordert: Israel muß sich an die vierte Genfer Konvention halten, die die Rechte von Zivilisten unter einer Okkupation regelt, Freilassung aller Gefangenen, die während des Aufstands verhaftet wurden; Beendigung der Deportationen, sofortige Aufhebung der Belagerung der Flüchtlingslager; Beendigung der kollektiven Bestrafungen, Durchführung einer Befragung über das Verhalten von Soldaten und Siedlern in der Westbank und im Gazastreifen; Stopp aller Siedlungsaktivitäten und der Konfiszierung von Land in den besetzten Gebieten; freier Zugang zu allen heiligen Stätten; z.B. auch zu den christlichen und muslimischen Heiligtümern in Jerusalem; Aufhebung der Besteuerung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten; Steuern unter Okkupation sind illegal; die Beschränkung unserer Bürgerrechte und der politischen Rechte einschließlich des Rechts auf freie Versammlung und Organisation muß aufgehoben werden; Vorbereitung freier Kommunalwahlen unter Beobachtung durch eine neutrale Autorität; sofortige Herausgabe der Gel-

der und beschlagnahmten Fonds der organisierten Arbeiter — es geht um mehrere hundert Millionen US-Dollar — und Rückgabe an die rechtmäßigen Besitzer; z.B. über die nationalen palästinensischen Gewerkschaften; Rücknahme der Beschränkung von palästinensischen Baumaßnahmen, landwirtschaftlichen und industriellen Projekten, Aufhebung der Beschränkung der Wasserversorgung. Weiter muß die Diskriminierung des Handels mit palästinensischen Waren aus den besetzten Gebieten beendet werden. Die Israelis verkaufen ihre Waren bei uns, warum dürfen wir also unsere Waren nicht in Israel verkaufen oder sie exportieren, was uns ebenfalls verboten ist? Nicht zuletzt fordern wir die Rücknahme der Restriktionen bei politischen Kontakten zwischen der Bevölkerung der besetzten Gebiete und der PLO, ihrer rechtmäßigen Vertretung. Ebenso muß die Teilnahme von Delegationen der Bevölkerung der besetzten Gebiete an den Versammlungen des Palästinensischen Nationalrats ermöglicht werden, damit auch die Palästinenser, die unter der Besatzung leben, in Entscheidungsprozesse eingreifen können, die die gesamte palästinensische Nation betreffen.

Dies sind nur einige der Forderungen auf die Israel zur Verbesserung der Lage in den besetzten Gebieten sofort eingehen sollte. Eine endgültige Regelung muß enthalten: Anerkennung des Rechts des palästinensischen Volkes auf nationale Selbstbestimmung durch Israel; Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten; Verhandlungen aller Beteiligten auf einer internationalen Konferenz, bei der die PLO das palästinensische Volk repräsentiert. Und, als Ergebnis der Verhandlungen: die Etablierung eines palästinensischen Staates in der Westbank und im Gazastreifen.

Welche Perspektiven haben die Menschen in den besetzten Gebieten für die Zukunft?

„Aufstand“ kann der Aufstand durch die Repression der israelischen Militärs gebrochen werden?

Sie werden bei genauer Beobachtung der Entwicklung in den besetzten Gebieten feststellen können, daß die Palästinenser für eine lange Zeit aushalten können. Sie gehen zurück zu den Höfen, pflanzen dort. Das heißt, sie arbeiten nicht nur für den Augenblick, sondern auch für die Zukunft. Sie gehen zurück auf die Höfe um zu überleben. Wegen der ökonomischen Repressionen der Israelis müssen wir uns Alternativen schaffen, und das einzige alternative Vermögen, das wir schaffen können, ist das, was wir auf eigenem Boden produzieren.

Der Aufstand wird fortwähren bis wir von den Israelis eine politische Antwort bekommen. Militärische Repression wird den Aufstand nicht stoppen können. Dieser Aufstand ist der Ausdruck des Willens der palästinensischen Bevölkerung die deutlich ausdrückt: Wir wollen keine Besatzung.

Der auch von den ausländischen Medien geschätzte palästinensische Pressedienst wurde kürzlich, vorerst für sechs Monate geschlossen. Wie und überhaupt die Arbeitsbedingungen der palästinensischen Presse?

Die palästinensische Presse arbeitet unter sehr großer Repression. Während des Aufstands wurden mehrere palästinensische Presseagenturen geschlossen. Al-Fajr wurde seit Beginn des Aufstands schon dreimal befristet verboten. Das erste Mal für drei Tage, das zweite Mal für eine Woche, das dritte Mal für zwei Wochen. Al-Quds, eine andere palästinensische Zeitung, wurde sogar für 45 Tage geschlossen.

Aber schlimmer noch: mehrere palästinensische Journalisten sind in Administrativhaft, z.B. der Vorsitzende des palästinensischen Journalistenverbands für sechs Monate, der halbe Vorstand dieser Organisation ist im Gefängnis. Der frühere Verhandlungsvorsitzende wurde im letzten Jahr deportiert.

Wir haben auch mit einer scharfen Zensur zu tun. Ein sehr großer Teil der lokalen Nachrichten wird uns gestrichen. Da es uns verboten ist, Leerstellen in den Zeitungen zu lassen, müssen wir die zensurierten Nachrichten durch andere Meldungen ersetzen. Manchmal steht es so aus, als ob die Zeitungen in Gaza herauskommen und nicht in den besetzten Gebieten.

In & Ha, KB Gruppe Nürnberg (mit Dank für die Übersetzung an Stefan, Nürnberg)



Komitee israelischer und palästinensischer Schriftsteller, Künstler und Akademiker gegen Okkupation und für Frieden und die Freiheit künstlerischen Schaffens

Ein Friedensvertrag zwischen Israel und Palästina

Wir, die unterzeichnenden jüdischen und arabischen Schriftsteller, Künstler und Akademiker im Staat Israel und Palästina, in den besetzten Gebieten akzeptieren hiermit den folgenden Friedensvertrag zwischen dem Staat Israel und dem Staat Palästina, dessen Prinzipien wie folgt lauten:

1. Die Etablierung eines souveränen und unabhängigen palästinensischen Staates in allen Gebieten, die von Israel seit dem 6-Tage-Krieg im Juni 1967 in der West Bank und dem Gaza-Streifen besetzt sind.
2. Der souveräne palästinensische Staat wird das Recht des Staates Israel anerkennen, in Frieden und Sicherheit innerhalb der Grenzen zu existieren, die dem 5. Juni 1967 vorausgingen. Zur gleichen Zeit wird der Staat Israel das Recht des palästinensischen Staates Palästina anerkennen, in Frieden und Sicherheit in seinen eigenen Grenzen zu existieren.
3. Beide souveränen Staaten, Israel und Palästina, werden einen Friedensvertrag und einen Nicht-Angriffsakt miteinander unterzeichnen. Angemessene internationale Sicherheitsgarantien sind notwendig, um die Souveränität und den Frieden beider Staaten in ihren anerkannten Grenzen sicherzustellen.
4. Ein demilitarisiertes Jerusalem mit offenen Grenzen, in dem Bewohner beider Staaten Seite an Seite friedlich miteinander leben, ist die Hauptstadt des Staates Israel wie auch die Hauptstadt des souveränen palästinensischen Staates Palästina.
5. Im Rahmen des Friedensvertrages wird eine gerechte Lösung für das Flüchtlingsproblem gefunden werden.
6. Alle Schritte, Vorgänge und Vorgehensweisen, die zur Gründung des palästinensischen Staates Palästina führen, werden unter internationaler Überwachung erfolgen.

Wir rufen hiermit die israelische Regierung auf, sofort in Verhandlungen mit der palästinensischen Befreiungsorganisation einzutreten, mit dem Ziel, den oben ausgearbeiteten Friedensvertrag im Rahmen einer internationalen Konferenz oder in jedem anderen Rahmen, der für die beiden beteiligten Parteien akzeptabel ist, zu verwirklichen.

Alle beteiligten Parteien verpflichten sich zur Einstellung aller Gewaltakte gegeneinander unmittelbar mit dem Beginn der Friedensverhandlungen.

In alphabetischer Reihenfolge unterzeichnet von:

Dr. Samir Abulafia (Dozent an der El-Najah-Universität), Chava Alberstein (Sängerin), Nabil Anan (Maler), Amr al-Bal (Schriftsteller), Tuli Bauman (Maler), Mohamed Bakri (Schauspieler), Ori Bernstein (Dichter), Gadalya Besser (Schauspieler und Regisseur), Yisroel Besser (Dichter und Redakteur), Shimon Danai (Dichter), Karin Dalach (Maler), Azad El-Azad (Dichter und Vorsitzender der palästinensischen Schriftstellervereinigung in der West Bank und dem Gaza-Streifen), Dr. Wafiq El-Karfi (Dozent an der Bar-Zeit-Universität), Adnan El-Kashif (Schriftsteller), Sami El-Kassab (Dichter und Vorsitzender der arabischen Schriftstellervereinigung in Israel), Gami El-Salt (Schriftsteller), Yisroel Garbar (Künstler), Emil Habibi (Schriftsteller und Redakteur), Dani Horvitz (Dramatiker), Dr. Thamer Jassir (Dozent an der Bar-Zeit-Universität), Ibrahim Jishai (Schriftsteller), Dr. Nisim Kaldem (Dozent an der Universität Tel Aviv), Yoram Kanyuk (Schriftsteller), Dan Kedar (Maler), Amos Kusan (Schriftsteller), Gershon Kuspel (Künstler), Yael Lutan (Schriftstellerin und Redakteurin), Suleiman Matar (Maler und Vorsitzender des Verbandes palästinensischer Maler in der West Bank und dem Gaza-Streifen), Salman Naimat (Schriftsteller), Mohamed Chamsa-Ramadan (Dichter), Jamal Saïda (Dichter), Yehoshua Sobol (Dramatiker), Yosef Shitka (Schauspieler und Regisseur), Ilan Toren (Schauspieler und Regisseur), Yehuda Wellerstein (Maler), Natan Zach (Dichter).

Das Gespräch führte Al.
K. B. Nürnberg

Antifaschistischer Kampf in Großbritannien

Anfang Juni fand im Westberliner Mehringhof eine Veranstaltung über Faschismus und Rassismus in Großbritannien und die Gegenwehr hiergegen statt. Im Rahmen einer Europareise berichtete Graeme Atkinson, ein Redakteur des antifaschistischen Magazins „searchlight“, über die Entwicklung auf der Insel. Auf seinen Informationen und Einschätzungen beruht dieser Artikel im wesentlichen

Hat in einem britischen Stadion ein (österreichischer) Spieler Fußballkontakt, wird der Ruf „Goy! Goy!“ laut und das nicht von einigen Wenigen, sondern von Tausenden. Durch bei derartigen verbalen Attacken bricht es nicht. Alle siebenzehnhundert Minuten findet in Großbritannien nach einer halbfußballtischen Statistik ein rassistischer Überfall statt. Bei den erfassten 70000 Überfällen im Jahr 1986 handelt es sich um brutale Strafverfolgung gegen Einwanderer aus Asien, Afrika und gegen Juden. Häufig werden ihre Autos und Wohnungen mit Brandsätzen angezündet. Die tödliche Gewalt geht hin bis zum Mord.

Hinter diesen Überfällen steht nach Gramsci die Meinung eine kleine Organisation ist es zwar nicht so, daß diese Angriffe immer von Mitgliedern verübt werden sondern von nichtorganisierten Jugendlichen. Die aber von den Ideen dieser Organisation beeinflußt worden sind und für die Revolution und faschistische Gewalt von ganzem Herzen begeistert sind.

Ursprünglich ist die Bewegung als eine in der Russischsprachigen Gemeinschaft als legitimes Mittel akzeptiert worden. Die Rede ist von der National Front (NF). Sie ist in zwei Sektionen gegliedert: Die NF selbst als konservative Kamerapartei und die NF-Untersützungsgruppe, die wesentlich offener organisiert ist.

Kaderorganisation und

Die NF vertritt ideologische Positionen, die denen des „Strasser-Fingels“ der NSDAP vergleichbar sind. Sie gibt vor, nationalistisch zu sein und die deutsche Revolutionsgeschichte zu vertreten. In

land lassen darauf schließen, daß die Fachstellen von solchen Räten auch mit Bringself Heimbringen. Die Praxis der NF besteht nur zum geringen Teil in eigenständigem Auftreten. Sie konzentrieren sich mehr darauf, ihre Kader in andere Organisationen und Bewegungen zu schicken. So flog im letzten Jahr ein Hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär als Nazi auf NF Kader schleichen sich aber auch in die Tiererschutz-, Anti-Alkohol- und Schulbewegung ein und beteiligen sich an Anti-Abtreibungskampagnen. Zudem greifen sie Themen wie Wohnungsmangel und hohe Arbeitslosigkeit auf.

Brutale Schlagertruppe

Hingegen treten die ca. 3.000 Mitglieder der NF-Unterstützungsgruppe bei gleicher ideologischer Ausrichtung mehr als Schlägerbande der NF auf. Sie unterteilen antirassistische Demos und Aktionen gegen die brutale Präsenz in Nordrand. Bei ihnen sind viele Fußballfans organisiert.

Daß die NF in letzter Zeit einen Mitgliedererückgang halte, beunruhigt die Funktionäre nicht sonderlich. Die meisten jungen Mitglieder glauben die Zeit auf ihrer Seite. In zehn Jahren werde die hitlerische Gesellschaft zusammenbrechen und die NF zur Massenorganisation werden. Mit ihrem Konzept der Kaderorganisation bauen sie auf die Erfahrungen des französischen Faschisten Le Pen und seiner Front National. Die im Vergleich zur BRD geringe Zahl organisierter Faschisten darf nicht über ihren bereits jetzt vorhandenen beträchtlichen Einfluß hinweg

Die - unge Zahl verarmter Mensch
nicht aber ihren Anteil an
habe. Die Arbeiter haben keinen Anteil
an den Erträgen der Arbeit. Die Arbeiter
10% gibt und viele Sozialisten empfinden
eben. In der Situation, wo sich die
Jugendliche im Rücken der Gesellschaft
verlieren, ist es für sie sehr schwierig,
wenn sie in der Lage sind, die Arbeit zu
kann. Die Arbeiter haben keinen Anteil
Diese Leute der brennenden Gesellschaft
sind von der Arbeit befreit. Die Arbeiter
haben worden mit dem Ergebnis, daß die
Arbeiter verlieren, die heute durch die Arbeiter
verlieren wollen, von den Jugendlichen

bar, in London ist ein Not Telefon rund um die Uhr besetzt. Auf diese Weise konnte z. B. ein furchtbares Erdbeben in Südwesten in Manchester, in dem viele Schwarze wohnen, mehrfach erfolgreich abgewehrt werden. Wie genau? Graeme teilte hierzu nur mit, daß die Kranken häuser in dieser Nacht sehr beschäftigt waren.

Ein organisiertes Ausdrück der antirassistischen Bewegung Anti-Faschist-Akt um (AFA). Sie ist eine Dachorganisation verschiedener lokaler Gruppen. 1985 gegründet, hatte sich AFA zum Ziel, die wachsende faschistische Bewegung ideologisch und mit körperlichem Einsatz zu bekämpfen und das für Recht der Schwarzen auf Selbstverteidigung einzusetzen. Die AFA setzt sich für die Opfer rassistischer Polizeieinsätze ein, geht in die Fußballstadien und verteilt dort Flugblätter gegen den Einfluss der NS.

Zum diesjährigen europäischen Akti-
onstag am 23. April organisierte die AFA
zusammen mit den jüdischen Studenten
verhand und der schwarzen Sektion der
nationalen Studentenvereinigung in Lux-
emburg eine Demonstration, an der 2500
Leute teilnahmen. Bei diesen Aktionen
legt die AFA starkes Gewicht auf den
Schutz der Teilnehmer und bereitet die
Selbstverteidigung vor. Die Gewerkschaf-
ten und die Labour Party halten sich da-
gegen in Sachen antirassistischer und an-

transnationale Arbeit bisher eher be-
deckt. Nach Graeme gibt es nur eine
Gewerkschaft, die NLM, die nicht nur
auf dem Papier erklärt, daß sie antischi-
smisch und antirassistisch ist, sondern dies
auch praktiziert. Die anderen Gewerk-
schaften geben bislang lediglich Lippen-
bekenntnisse ab. Innerhalb wurde die
ATA, die bisher nur auf örtlicher Ebene
mit Gewerkschaftsräten und Labour Mu-
gliedern zusammenarbeitete, beim dies-
jährigen Aktionstag von der Labour-Frak-
tion im Europaparlament unterstützt.

Rassisten und Faschisten auf der Spur

Schließlich ist die Zeitung von Graeme Atkinson zu erwähnen. Manlich er scheint "searchlight" (zu deutsch Suchscheinwerfer) in einer Auflage von 9000 Stück. Ihre Aufgabe sieht die Zeitung darin, "faszinosome Aktivitäten aufzudecken und die antiaufschäufische Bewegung zu informieren. Da ihre Arbeit nicht immer leicht und ungeheißlich ist, arbeitet die Gruppe von Journalisten zusammen. Die von "searchlight" geleistete Arbeit sieht in bei Geheimdiensten nicht sehr hoch zu sein, jedenfalls stattete er der Zeitung schon mehrfach Besuche ab. Für die Qualität ihrer Recherche ist "searchlight" bekannt. Jedenfalls sind wir in 14

Jahren niemals von den Falsch-Steuer (wegen einer Falschmeldung) gerichtlich belangt worden*, so Grunow

Eine weitere Aufgabe sieht die Redaktion darin, die europäische antifaschistische und antifaschistische Organisierung zusammenzuführen. So ist es nun Zeit, die mit schwedischen Antifa-Organen verbundenen 11 antifaschistische Antifaschismuskongresse in Stockholm zu berufen. Während sich die Antifa-Organisationen auf nationaler Ebene schon zusammengekommen und voneinander lernen, sieht die Zusammenarbeit der europäischen Antifaschisten ähnlich noch in der kinderscheibigen. Am Schluß der Veranstaltung förderte die Redaktion auch fünf weitere Autoren, die sich der zunehmenden Rolle der Antifaschisten in Frankreich, Westdeutschland, Belgien, der Schweiz und in den Niederlanden ein europäisches Problem betrachten und wir müssen beginnen, erst auf allen Ebenen zu arbeiten.

col. Westherlin

Ein Jahresabonnement von durchschnittlich 12 Ausgaben kostet bei Einführung in die BRD 18 DM. Der Verlag ist bestmögliche Preise zu erzielen.

Wiederum zum Thema in Ak 293 und im West
Germanic. Available into English in Mar 1985

Zeit der Besinnung Zeit der Besinnung

THE FAH 1000 27 May 1998, 16:10:10

der Buchst. in großen du
 1. Interpretation 2. ein Spektrum anders
 3. Heurist. d. ...
 Der Buchst. zum W. ...
 1. (der Artikel von Buchst. ...
 wurde Vater und Vater ...
 1. ...
 2. ...
 3. ...
 4. ...
 5. ...
 6. ...
 7. ...
 8. ...
 9. ...
 10. ...
 11. ...
 12. ...
 13. ...
 14. ...
 15. ...
 16. ...
 17. ...
 18. ...
 19. ...
 20. ...
 21. ...
 22. ...
 23. ...
 24. ...
 25. ...
 26. ...
 27. ...
 28. ...
 29. ...
 30. ...
 31. ...
 32. ...
 33. ...
 34. ...
 35. ...
 36. ...
 37. ...
 38. ...
 39. ...
 40. ...
 41. ...
 42. ...
 43. ...
 44. ...
 45. ...
 46. ...
 47. ...
 48. ...
 49. ...
 50. ...
 51. ...
 52. ...
 53. ...
 54. ...
 55. ...
 56. ...
 57. ...
 58. ...
 59. ...
 60. ...
 61. ...
 62. ...
 63. ...
 64. ...
 65. ...
 66. ...
 67. ...
 68. ...
 69. ...
 70. ...
 71. ...
 72. ...
 73. ...
 74. ...
 75. ...
 76. ...
 77. ...
 78. ...
 79. ...
 80. ...
 81. ...
 82. ...
 83. ...
 84. ...
 85. ...
 86. ...
 87. ...
 88. ...
 89. ...
 90. ...
 91. ...
 92. ...
 93. ...
 94. ...
 95. ...
 96. ...
 97. ...
 98. ...
 99. ...
 100. ...
 101. ...
 102. ...
 103. ...
 104. ...
 105. ...
 106. ...
 107. ...
 108. ...
 109. ...
 110. ...
 111. ...
 112. ...
 113. ...
 114. ...
 115. ...
 116. ...
 117. ...
 118. ...
 119. ...
 120. ...
 121. ...
 122. ...
 123. ...
 124. ...
 125. ...
 126. ...
 127. ...
 128. ...
 129. ...
 130. ...
 131. ...
 132. ...
 133. ...
 134. ...
 135. ...
 136. ...
 137. ...
 138. ...
 139. ...
 140. ...
 141. ...
 142. ...
 143. ...
 144. ...
 145. ...
 146. ...
 147. ...
 148. ...
 149. ...
 150. ...
 151. ...
 152. ...
 153. ...
 154. ...
 155. ...
 156. ...
 157. ...
 158. ...
 159. ...
 160. ...
 161. ...
 162. ...
 163. ...
 164. ...
 165. ...
 166. ...
 167. ...
 168. ...
 169. ...
 170. ...
 171. ...
 172. ...
 173. ...
 174. ...
 175. ...
 176. ...
 177. ...
 178. ...
 179. ...
 180. ...
 181. ...
 182. ...
 183. ...
 184. ...
 185. ...
 186. ...
 187. ...
 188. ...
 189. ...
 190. ...
 191. ...
 192. ...
 193. ...
 194. ...
 195. ...
 196. ...
 197. ...
 198. ...
 199. ...
 200. ...
 201. ...
 202. ...
 203. ...
 204. ...
 205. ...
 206. ...
 207. ...
 208. ...
 209. ...
 210. ...
 211. ...
 212. ...
 213. ...
 214. ...
 215. ...
 216. ...
 217. ...
 218. ...
 219. ...
 220. ...
 221. ...
 222. ...
 223. ...
 224. ...
 225. ...
 226. ...
 227. ...
 228. ...
 229. ...
 230. ...
 231. ...
 232. ...
 233. ...
 234. ...
 235. ...
 236. ...
 237. ...
 238. ...
 239. ...
 240. ...
 241. ...
 242. ...
 243. ...
 244. ...
 245. ...
 246. ...
 247. ...
 248. ...
 249. ...
 250. ...
 251. ...
 252. ...
 253. ...
 254. ...
 255. ...
 256. ...
 257. ...
 258. ...
 259. ...
 260. ...
 261. ...
 262. ...
 263. ...
 264. ...
 265. ...
 266. ...
 267. ...
 268. ...
 269. ...
 270. ...
 271. ...
 272. ...
 273. ...
 274. ...
 275. ...
 276. ...
 277. ...
 278. ...
 279. ...
 280. ...
 281. ...
 282. ...
 283. ...
 284. ...
 285. ...
 286. ...
 287. ...
 288. ...
 289. ...
 290. ...
 291. ...
 292. ...
 293. ...
 294. ...
 295. ...
 296. ...
 297. ...
 298. ...
 299. ...
 300. ...
 301. ...
 302. ...
 303. ...
 304. ...
 305. ...
 306. ...
 307. ...
 308. ...
 309. ...
 310. ...
 311. ...
 312. ...
 313. ...
 314. ...
 315. ...
 316. ...
 317. ...
 318. ...
 319. ...
 320. ...
 321. ...
 322. ...
 323. ...
 324. ...
 325. ...
 326. ...
 327. ...
 328. ...
 329. ...
 330. ...
 331. ...
 332. ...
 333. ...
 334. ...
 335. ...
 336. ...
 337. ...
 338. ...
 339. ...
 340. ...
 341. ...
 342. ...
 343. ...
 344. ...
 345. ...
 346. ...
 347. ...
 348. ...
 349. ...
 350. ...
 351. ...
 352. ...
 353. ...
 354. ...
 355. ...
 356. ...
 357. ...
 358. ...
 359. ...
 360. ...
 361. ...
 362. ...
 363. ...
 364. ...
 365. ...
 366. ...
 367. ...
 368. ...
 369. ...
 370. ...
 371. ...
 372. ...
 373. ...
 374. ...
 375. ...<

In Wirklichkeit scheint es mir kein so gefährliches Unternehmen zu sein. Als Deutsche ist man nämlich in Sachen Nationalsozialismus befangen. Man gehört zu einer Toler Nation, was die kollektive Erfahrung im Umgang mit dem Faschismus angeht. Man gehört in der Regel auch zu einer Toler Familie, die man dennoch liebt, mit der man lieber aufgrund von anderen Konflikten brechen würde als durch die Verurteilung von Onkel Jewids brauner Uniform oder Onna Gertruds mit Stolz vorgebrachtem Arierschein. Oder aber man identifiziert sich mit den Linken von damals, mit denen, die nichts konnten, die fluchten nach Wien, die den heftigsten Widerstand — von dem ihre Nachfolger in der heutigen Linken so viel schwärmen — damals unterließen, die die Juden aus ihren Reihen ausschlossen, um kritische und kampfbereite Gewerkschaften bleiben zu dürfen, oder statt dessen zwischen jüdischen „Genossen“ und jüdischem Kapital schalteten, zwischen sozusagen zwischen „schaffenden“ und „fassenden“ Juden — um nicht den Eindruck zu erwecken, man würde sich auf die antisemitische Propaganda der Nazis einlassen, um sich vom Klassenkampf ablenken zu lassen.

Schlehtlich fällt es einem Deutschen schwer, sich emotional mit den Opfern des Nationalsozialismus zu identifizieren. galten diese doch damals als „artfremde Minderheiten“, die sich heute noch — als Juden oder Zigeuner — mit ihrer mittrauischen Haltung den Deutschen gegenüber abgrenzen, weil die historische Erfahrung dazu geführt hat, daß all ihre Anpassungsversuche nun einem endgültigen Schlafbruch unterliegen. Die Opfer des schwersten Verbrechens der Nationalsozialisten — der Ausrottung, des Völkermordes — waren eben nicht die Deutschen selbst, sondern die ethnischen Minderheiten und die benachbarten Völker. Ob man es so will oder nicht, die Opfer der Verwirklichungs- und Arbeitslager sind auch im Nachkriegsdeutschland nicht „unsere Opfer“, sondern „die Opfer Anderer“, was Bittorg, den Volkstraumag und Spenden-Sammeln für die Bundeswehr zwecks Friedhofspflege zu alltäglichen Erscheinungen des hiesigen Spatnationalismus macht, gegen die sich miß und zu nur ein Haufen „Betroffener“ stellt.

Was macht man also mit dem Thema „Nationalsozialismus“? Man läuft z. denn als Linker von heute braucht man sich

nach nicht auf die K...
... eine Art ...
... es gibt ein ...
... seine Rolle des ...
... und sich ... der ...
... keine ge...

Die Auseinandersetzung mit der "belebten" Welt ist ein Thema, das hier in der gesamten Auseinandersetzung mit der "belebten" Welt in einem großen Maß an Bedeutung zu der Erkenntnis gebracht, daß Auschwitz und der Holocaust nur der Auftakt für ein Zeitalter der Vernichtung des Volkes in jedem Augenblick ihrer Existenz durch Völkermord bedroht sind. Unter diesem Blickwinkel ist Auschwitz die Antwort der Zukunft. Was hier zuerst sehr philosophisch dargestellt wird, führt dann rasch in eine Aufklärung des Dilemmas für die Nuklearkriegskörper in der heutigen Bundesrepublik. Der "Auschwitz" präsent ist, erkennen wir, daß es nicht etwa das ist, daß die Stadt und Region von Staat und Bevölkerung weiterhin vernichtet werden, daß es in der wieder aufzunehmenden Schlage und Sprüche in aller Öffentlichkeit gibt. Denn im Prinzip ist der Holocaust ein Problem aller Völker. Um einen eigenen Bezug zu finden, ist es nicht mehr nötig, die Sozialisation zu überwinden und sich mit der ehemals braunen Familie zu vertragen. Auch Deutsche sind (heute) Opfer von Auschwitz. Und der Autor schließt mit dem Satz: "Nun, ohne den Bezug zur Gegenwart, ist Auschwitz nicht zu verstehen."

Im andere Heft des Mitteilungs-
land (Jahrgang 1967) findet sich auf
seiner Weise mit den Juden in einer Schick-
salsgemeinschaft wieder. Die historische
Verantwortung, so scheint seine These zu
sein, tragen nicht allein die Deutschen,
von denen gesagt wird, daß sie nicht
hätten ahnen können, wodurch verändert
sollen. Dieses Verständnis, nämlich das
„nichts-dagegen-tun-können“, kann
nicht den Deutschen allein vorbehalten
sein. Denn: Nicht einmal die Juden in
Schauer Ghettos haben 1941 „wissen
können“, welches Schicksal ihnen bevor-
stehen würde.“ Und wenn die Juden
es nicht konnten, wie kann man es den
Nachbarn von den Deutschen erwarten?
„Selbst als sie dann alles wußten, glaub-
ten sie es immer noch nicht. Ihre —
genau unsere — Vorstellungskraft hatte
nicht ausgereicht, das Ausmaß des
Verbrechens zu begreifen.“ Hier kommt
der Schreiber einer möglichen Verwick-
lung zuvor, indem er sich auch für den Zeit-
punkt, als die Juden schon wußten, ab-
mischen, um konstatieren zu lassen, daß
tatenlos dastanden, ein Axiom konstruiert.
Die Juden wußten zwar, aber sie glaubten
nicht. „Wohi durch einen kleinen Fir-
schub die Solidaritätsgemeinschaft eben-
falls eine Extra-Besinnung hergestellt
werden kann. — Ihre — und genauso un-
ser — Beide wußten nichts, beide ge-
hört nicht, alle beide — Juden und genauso
Deutsche — wurden von den Nazis in
Prinzip reingelegt.“

Ja, die Gemeinsamkeiten. Gab es schon nicht, so mußte man sich sehr viel mit der Frage beschäftigen, warum es den anderen so drückig geht. Findet man sie aber, so darf man ruhig über die eigenen Pro-

steine reden. Es handelt sich also
 um eine kleine Holzplastik aus dem
 Holz aus der frugt ein (Dachstuhl) und
 gleichen Leertönen. Es ist
 eine wohlgeordnete

[illegible]

Erachtet die das, was nicht lust, so ist
die Bestimmung der Geschlechter der M
... ..
... ..

... Ich so lange hier gelassen wird, bis ich 18. Jänner mit Bedacht und Nachdenken auseinandersetzen kann, werden sie geschickt haben und zwar nicht ich, sondern Sie, anders als drohen sich die „Amis“ als Befreier auszusuchen! Dank dem Bundesassessor ist mit den Worten eines Manneswärters: „Es ist für Menschen, die ihr Leben lang in einer Welt der Informat. insdrehend und Reibsch. gefahren haben, leicht, die Welt in einer wahrheitsgemäßen Aussage, Dichtung

mit wahnhaft-ernstlicher Aussage: „Davon vom Holocaust – haben wir nichts gewußt“ der damaligen Generallin an die Lage abzutun. Arglist sich dankbar da-
her zu ze gen, daß man heute die Frei-
heit genießt. Leute zu solchen „wahrheits-
gemüßen“ Aussagen überhaupt auffor-
dern zu dürfen, wurde man sich an die
wirklichen Opfer von damals beizumä-
chen und doch noch aus einem Gefah-
der demokratischen Überlegenheit heraus-
fah- und gerecht ist es nicht.“ Wie kann
man sonst die Schah- nierung fast aller
Alt- Nazis nennen, von der Justiz über die
Bundeswehr durch die L. niversitäten und
Ausschüsse bis hin zu den Rändern der
alternativen Szene, in der sich auch ein-
zelne „Väter“ die erst 1945 zu Friedens-
kämpfen wurden, niedergelassen haben,
wenn nicht „für und gerecht“?

Während sich die einen als „Söhne“ unter den Opfern suchen und die anderen die „Väter“ — die Täter rehabilitieren, äußert die einzige Autorin der Seite ihren Ekstas über die Tatsache, daß sie durch den Sprachgebrauch im Bezugswort *„Vater und Söhne“* von ihrem Anteil an der Geschichte des deutschen Volkes ausgeschlossen wird. In der Tat ist die größte Hälfte der deutschen Bevölkerung als „un sichtbar gemacht“. Ihre Existenz wurde sprachlich getilgt — ich hätte mich in diesem spezifischen Fall vielleicht eher darüber gefreut, die Schamatin vernichtete jedoch, gegen ihren Ausschuß aus der Volksgemeinschaft ins Vehement zu protestieren: „Das deutsche Volk — ein Volk ausschließlich von Männern! Der General, der Konflikt — ein Konflikt ausschließlich der Söhne! Der Weiberaub — ausschließlich die Tat von Vätern!“ Wie emanzipatorisch kann ausgerechnet der Wunsch sein, *Teil* der deutschen Geschichte zu sein.

Yaron Matras

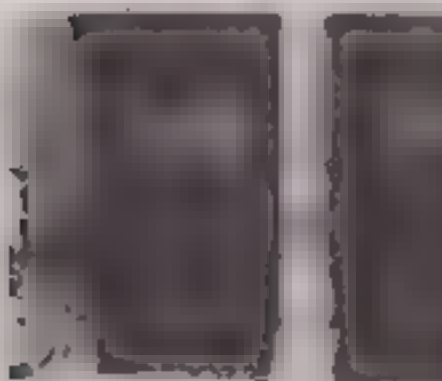
JUNE 1983 No. 186 £1

SEARCHLIGHT

THE ANTI-FASCIST MONTHLY

IN THE WAKE OF LE PEN

Terror strikes French city . . .



**Cathedral,
synagogue
and office
of anti-
racist group
attacked in
Montpellier**

Wochenendseminaren wenden ihre ca. 2.000 Mitglieder z. B. an Texten von Gadi-
dafi Khomeri und des schwarzen Rus-
sienführers Louis Farrahkan geschult.
Als besondere Gefahr bezeichnete Gra-
me die guten Verbindungen zu den pro-
testantischen Organisationen in Nord-
land. Daß sich die NFler als politische
Soldaten bezeichnen darf durchaus wirt-
lich gemeint werden: so haben dann
schon mal Mitglieder der NF auf die
Nachbarn! um sich im Gebrauch von
Maschinengewehren ausbilden zu lassen.
Große Waffenfunde letztes Jahr in Schou-

aus dem Stadteil geworfen werden.

Aktive Gegenwehr

Gegen die faschistischen Übergriffe hat sich in Großbritannien eine aktive Gegenwehr entwickelt. Zunächst sind hier die Selbstverteidigungsgruppen der Einwanderer zu nennen. Mit Fahrwagen schützen sie ihre Viertel vor den faschistischen Schlägerbanden. Über Telefonketten sind schnell viele Menschen mobilisier-

„An all jene, denen die bundesdeutsche Presselandschaft zu eintönig ist“, soll sich eine neue Zeitschrift oder Zeitung wenden, an deren Konzept und Finanzierungsmöglichkeiten führende Köpfe des Frankfurter „Pflasterstrand“ und ähnlich renommierte Kräfte sei einigen Monaten basteln. Beratend nimmt der frühere Generalsekretär des Kommunistischen Bund Westdeutschland, Joscha Schmieder, an den Gesprächen teil.

Hinter der Frage „Zeitschrift oder Zeitung?“ stehen unterschiedliche Vorstellungen über den Charakter der Publikation: soll sie eher ein aktuelles Nachrichtenmagazin sein („Spiegel“) oder soll sie den Schwerpunkt auf grundsätzlichere Betrachtungen legen („Zeit“).

Inhaltlich schwebt dem Projektkreis jene Art von

strömungsübergreifender Ausgewogenheit vor, die sich durch konsequente Ausgrenzung linksradikaler Positionen auszeichnet. Wer an der Hofpostille der Realgrünen, der „Taz“, ausgerechnet deren „muffigen linken Konsenszwang“ tadelnswert findet, sagt genug über seinen eigenen Standort aus.

Dabei wollen die Planer, allesamt geläutete und reuige Ex-Links, jedoch unbedingt in der 68er Tradition gesehen werden. Nicht als deren Fortsetzer natürlich, sondern als die einzigen, die in der Lage seien, die unterschiedlichen Erfahrungen der 68er „wieder an einem Tisch zusammenzubringen und in einem Blatt zu versammeln.“ Daß diese „unterschiedlichen“ Erfahrungen praktisch alle im engen Umkreis der Realgrünen angesiedelt sind und daß andere Entwicklungen, die von 1968 ausgegangen

sind, unter den Tisch fallen sollen, wird nicht explizit gesagt, versteht sich aber von selbst.

Die Frage ist, ob es bei der Vielzahl von linksliberalen Produktion auf diesem Sektor Platz für ein weiteres Projekt geben könnte. Das werden sich wahrscheinlich auch die potentiellen Geldgeber fragen.

Wir dokumentieren das Protokoll eines Treffens des Projektkreises, das am 14. und 15. April in Frankfurt stattfand. Die Diskussion wurde am 25. Juni in der Mainzer Landstraße 147 fortgesetzt. Veteranen der Arbeiterbewegung werden sich erinnern: das ist das in den 70er Jahren unter der Parole „Die Kapitalisten mit dem Geldsack erschlagen!“ erorbene und hergerichtete Büro des KBW. So ändern sich die Zeiten.

Magazin oder Wochenzeitung?

Über das Vorhaben, die bundesdeutsche Presselandschaft aufzumischen

1. Der Traum von einer Sache

Seit ein paar Jahren geistert im Umfeld des „Pflasterstrand“ die Idee umher, eine zumindest bundesweit verteilte Wochenzeitschrift oder -zeitung zu machen. Das hatte mehrere Gründe.

Da war zum einen die unübersehbar gewordene Krise der alternativen Presse. Ihre Errungenschaft mit der (von der taz abgesehen) größten Breiten- und vielleicht auch Tiefenwirkung, die Stadtzeitungen, hatte sichtlich an Bedeutung verloren; die Stadtzeitungen konnten der kommerziellen Konkurrenz immer weniger standhalten, vor allem wohl deshalb, weil es ihnen (aus welchen Gründen auch immer) nicht gelungen war, die politische und kulturelle Öffnung des alternativen Milieus zu fördern: die Stadtzeitungen spiegeln eher dessen Beschränktheit und Abkapselung, als daß sie aus ihnen herausgeführt hätten; neue Lesebedürfnisse, die natürlich auch im abrückenden alternativen Milieu entstanden, mußten anderswo befriedigt werden (auch dies ist ein Grund für den Aufschwung der „Zeit“). Es schien daher an der Zeit, ein neues Organ zu gründen, das in der Öffnung der alternativen und linken Szene deren Ansätze wie Erbe fortführt und mit dem Rest der Welt konfrontiert. Hinzu kam die enttäuschende Erfahrung

nicht möglich, die Welt von der Notwendigkeit und Realisierbarkeit des Organs zu überzeugen. Das Ganze drohte einzuschlafen. Seit geraumer Zeit ist nun ein neuer Anlauf im Gange, der erst einmal der Präzisierung dessen dient, was wir wollen. Nur so, scheint es, werden wir die Überzeugungskraft gewinnen können, die Verleger aufgeschlossen macht oder uns das Zutreten geben könnte, die Zeitschrift/Zeitung selbst auf die Beine zu stellen. So sehr es stimmt, daß ein solches Organ ohne Selbstüberhebung nicht realisiert werden kann — realistisch wird es erst, wenn die Beteiligten sich vergewissern haben, welche Kraft und welche Gemeinsamkeiten sich hinter dem ominösen „wir“ verbergen. Zwar wird niemand leugnen, daß sich die Impulse von 1968 der Gesellschaft bis in die letzten Winkel eingeschrieben haben; sehr wohl aber auch noch Gewilltheit darüber zu schaffen, ob diese Impulse auch heute noch weiterleben, ob sie der Gegenwart angemessen und zu einem demütigen ehrgeizigen Projekt mobilisierbar und aggregierbar sind. Es wäre ein Fehler, die Zahl und die Erfahrung dieser zu unterschätzen, für die 1968 vor allem Fragen und Zweifel hinterlassen hat.

2. Kurz — lang — kurz — lang — kurz — lang

2. Kurz — lang — kurz — lang — kurz — lang

Seit Herbst 1987 hat es zu diesem Zweck mehrere Diskussionsrunden gegeben, die ihren vorläufigen Abschluß am 14./15. April 1988 fanden: hier wurden die bisherigen Ideen und Konzeptionen gesammelt und miteinander konfrontiert. Am Ende stand die mehrheitliche Einigung auf das Projekt einer Wochenzeitung. Im Folgenden sind die wichtigsten Schritte dieser Diskussion zusammengefaßt. An ihr nahmen teil: Michael Ackermann, Daniel Cohn-Bendit, Thomas Hartmann, Ulrich Hausmann, Elisabeth Kiderlen, Gerd Koenen, Edith Kohn, Reinhard Mohr, Hartwig Möhrle, Joscha Schmieder, Thomas Schmid, Albert Sellner und Cornelia Stephan. (Verhindert war Ann Anders.)

Als wichtigstes Problem stellte sich sehr schnell die Frage heraus: soll es eher ein Magazin (über allem thronendes „Vorbild“: „Der Spiegel“) oder eher eine Zeitung („Vorbild“: „Die Zeit“) werden? Das ist sicher auch eine Frage unserer Kapazitäten, der Kosten und der Markchancen; vor allem aber ist es eine Frage danach, was wir wollen:

— Eher ein Informationsblatt im schnellen Takt der Zeit, das die Tradition des „Spiegel“ beerbt und ihr eine andere Richtung gibt: ein Blatt für den eiligen, nervösen Leser? Eher ein kulturelles Magazin, das ein bestimmtes Weltbild ausstrahlt, der Information den zweiten Rang zuweist und sich mehr auf Reflexion und vor allem Kultur verlegt (in gewisser Weise hieße das, daß wir die Herausforderung, die z.B. „Tempo“ und „Wiener“ darstellen, aufnehmen)? Beides spräche für eine Zeitschrift, ein Magazin.

— Oder eher ein Blatt der politischen und kulturellen Einmischung, das sich — so weit als nötig — dem schnellen Takt sowie dem neudeutschen Rundumkulturalismus entzieht, für den die Silbe „post“ reserviert ist und der so große Angst vor der Ernsthaftigkeit hat? Also eher ein mit Absicht „altmodisches“, reflexives Blatt, das die Konkurrenz mit der „Zeit“ aufnimmt und durchaus in der Tradition der linken Leidenschaft für Erkenntnis und Veränderung steht? Das spräche für eine Zeitung.

Kompliziert wurde das Ganze noch durch die Frage: wöchentlich oder 14-tägig? Beugen wir uns dem Wochentakt,

den der Medienmarkt vergibt oder schaffen wir uns mit einem nur alle zwei Wochen erscheinenden Organ einen größeren Freiraum und besetzen damit zugleich eine Marktlücke? Beide Alternativen sind sowohl als Zeitschrift wie als Magazin vorstellbar (wenngleich bei vierzehntägigem Erscheinen das Magazin plausibler ist).

Als flexibel erwies sich der extremistische Zentrist Daniel Cohn-Bendit, der zwei Modelle als gleichermaßen plausibel vorstellte. Beide sind an in Frankreich erscheinenden Zeitschriften orientiert: „L'Événement de Jeudi“ (wöchentlich) und „Rolling Stone“ (monatlich, soll aber auf vierzehntägiges Erscheinen umgestellt werden).

1.) „L'Événement de Jeudi“: Begründet von Jean-François Kahn; Auflage nach drei Jahren: 170 000 Exemplare; Magazin. Es ist der Zeitschrift gelungen, ein Leserbedürfnis zu schaffen bzw. ihn gerecht zu werden: sie stellt in der klar nach rechts und links gegliederten Medienlandschaft Frankreichs einen erfolgreichen Ausbruchsweg dar — sie begreift sich als eine Zeitschrift der Mitte, die sonst nirgendwo zum Zuge kommt. Mitte — das ist nicht in dem bei uns üblichen Sinne zu verstehen, sondern meint etwas, was in Frankreich noch ungewöhnlicher ist als bei uns: ideologiefreier, offener Blick. Überraschende Mischung von Positionen. (Beispiel: ein 68er greift die Bewegung von 1968 an, ein ehemaliger Gegner verteidigt sie.) Von Anfang an hat die Zeitung ihre Unabhängigkeit hervorgehoben: in den sechs Monaten vor Erscheinen ist es Kahn gelungen, sechs Millionen DM in Spendenform zu sammeln; in ihrer Grundausstattung ist die Zeitschrift leserfinanziert. Ein weiteres Tabu bricht sie: sie ist teuer (ca. 6,30 DM). Von anderen Zeitschriften („Le Nouvel Observateur“, „L'Express“) unterscheidet sie ein weiteres Angebot an ihre Leser: sie unterhält Clubs, über die man an verbilligte Eintrittskarten für Veranstaltungen herankommt und die exklusiv für Clubmitglieder Treffen mit prominenten Persönlichkeiten organisieren. Mit Absicht vertritt die Zeitschrift keine bestimmten Positionen (abgesehen etwa davon, daß sie in ihrer Ablehnung Le Pens eindeutig ist); sie versucht vielmehr den Streit zu organisieren, im Streit ausgewogen zu sein, Positionen aufeinanderzutreffen zu lassen und für Überraschungen zu sorgen. Sie ist eindeutig eine Redakteurszeitschrift (keine freier Mitarbeiter); die Redakteure, die alle namentlich zeichnen, arbeiten sich in die jeweilige Materie ein, müssen also sehr beweglich sein. Dabei ist die Redaktion relativ klein; etwa 70 Redakteure (zum Vergleich der „Spiegel“: ca. 240). Für jeden Bereich gibt es einen Koordinator. Die Zeitschrift ist argumentativ, wenngleich die Artikel in der Regel eher kurz sind. Dreiteilige Gliederung: Actualité — Lettres/Arts/Spectacles/Television — Quelle Époque. Mit Absicht wird der Kultur größter Raum eingeräumt. In gewisser Weise versucht die Zeitschrift, einen anderen Blick auf die Realität einzuüben, als er dem Leser aus den anderen französischen Presseorganen vertraut ist. Ihr Erfolg beruht wohl auch darauf, daß sie in der traditionalistischen politischen Landschaft Frankreichs ein Novum darstellt.

2.) „Rolling Stone“, Französische Ausgabe, soll von monatlichem auf vierzehntägiges Erscheinen umgestellt werden; mehrere europäische Ableger des amerikanischen Magazins sind geplant. Die jeweiligen Redaktionen sollen autonom sein; sie können aus dem Pool der anderen Artikel übernehmen, ansonsten aber eigene Artikel beisteuern. Ein Vorteil soll ein gemeinsamer, internationaler Anzeigenpool werden. Verkaufte Auflage in Frankreich: 115.000, heißt es; unter 60.000 dürfte die Auflage nicht fallen. Zur Konzeption: eindeutig eher eine gesellschaftlich-kulturelle Zeitschrift. Dany: so wie „Transatlantik“ hätte sein müssen, um Erfolg zu haben. Langsamer Takt: lange, gründlich recherchierte Artikel (z.B. gründlicher Rückblick auf die Reagan-Ara). Kleine Redaktion (Sieben Redakteure), hohe Honorare. — Es bestünde die Möglichkeit, einen „Rolling Stone“ in der Bundesrepublik herauszubringen. Vorteil: nur geringes Startkapital wäre nötig. Nachteil: er wäre von seinem Namen her überaus festgelegt, es wäre fast schon komisch, wenn die 68er heute, 20 Jahre danach, eine Zeitschrift mit diesem Namen herausbrächten. Des weiteren: von seiner Anlage (amerikanisches Original) her ist der „Rolling Stone“ mehr als eine Zeitschrift; er ist ein mediatives Organ, zelebrierter Ausdruck einer Weltsicht (um die es ja nicht geht unbedingt zum besten steht), (s) Singschungsinstanz. Und es wäre mehr als schwierig, diese Zeitschrift als Ausdruck eines publizistischen Aufbruchs zu präsentieren.

In der Auseinandersetzung mediativ-kulturell-gesellschaftliches versus ideologisch-politisches Organ lieferte Dany jedoch einige wichtige Argumente für eine nur alle vierzehn Tage erscheinende Zeitschrift: man könne sie solche der geistigen Ökologie nennen. Eine Wochenzeitung bzw. -zeitschrift unterwirft sich dem Takt, den Medien und Politik vorgeben; sie neigt zur Gehetztheit und dazu, das jeweils Aktuelle überzubewerten. Sie gibt sich keine Ruhe, keine Reflexionszeit; Nachdenklichkeit kommt bei ihr zu kurz; sie muß Redakteure überfordern und auslaugen; sie überstrapaziert die Aufnahmefähigkeit des Lesers; sie neigt dazu, die institutionelle Politik in den Vordergrund zu rücken; die Gesellschaft tritt in den

Hintergrund; sie ist kaum in der Lage, einen anderen Begriff von Aktualität zu definieren. All das könnten Argumente für eine alle vierzehn Tage erscheinende Zeitung/Zeitschrift sein. Hinzu käme etwas weiteres: das wäre — bundesweit verteilte — etwas Neues, man könnte eine Marktlücke besetzen, ein bei Lesern vermutlich vorhandenes Bedürfnis zu Tage fördern und wäre dabei nicht der erdrückenden Konkurrenz von „Spiegel“ bis „Zeit“ ausgesetzt. Man könnte sich also in einer ökologischen Nische etablieren. Es gibt hierbei zwei Motive, ein „offensives“ und ein „defensives“. Das „offensive“: wir zwingen der Medienlandschaft unseren Rhythmus auf, wir unterwerfen uns nicht; das „defensive“: selbstkritisch von unseren Möglichkeiten ausgehend, legen wir uns lieber nicht mit Gott und der Welt an, setzen uns der Konkurrenz lieber nicht aus. Beide Motive schließen einander nicht aus.

Obwohl Dany den Weg zu Zeitschrift/Magazin wie Zeitung offenhalten wollte, ließ seine Argumentation eher auf ein Plädoyer für den ruhigeren Bewegungsmodus eines der drängendsten Aktualität entrückten Magazins hinaus. Daß ein Magazin auch anders aussehen könne, hob vor allen Hartwig Möhrle hervor. Er skizzierte die Zeitschrift so: es müsse eine moderne Zeitschrift sein, von großer

Präsenz, hob vor allen Hartwig Möhrle hervor. Er skizzierte die Zeitschrift so: es müsse eine moderne Zeitschrift sein, von großem Unterhaltungswert, sie müsse Seriosität und Zerstreuung miteinander verbinden; absolut notwendig sei die Aufbereitung von news; in keinem Fall dürfe daraus ein Blatt werden, in dem die 68er den Rest der Welt, insbesondere den jüngeren, belehren; zwar keine Zeitung von Zwanzigjährigen, müsse sie doch unbedingt für diese auch lesbar sein; das heiße auch: sie dürfe nicht die Problemstellungen und Haltungen der 68er Generation ihrer Leserschaft überstülpen. Die Jüngeren hätten z.B. ein entschieden weniger verkramptes Verhältnis zur wissenschaftlich-technologischen Entwicklung; da müsse solch eine Zeitschrift aufpassen,



Achtundsöchziger, die nicht aufgeben wollen. Fleißige Journalisten und profunde Kommunalpolitiker. Hier: Präsentation der großen Kandidaten für das Frankfurter Rathaus.

daß sie nicht grämlich wirke oder PC-Eulen nach Athen trage. — In ähnlicher Richtung argumentierte auch Thomas Hartmann. Er schien entschieden gegen eine zu ruhige, entrückte, reflexive Zeitschrift zu sein: die Zeitschrift (ich interpretiere ihn) nicht so sehr als Deutungsinstanz, nicht entrückt — sondern hart am Markt, gar nicht erst versuchend, den nervösen, modernen Leser in ruhigere Gewässer zu lotsen; zwar auch längere Artikel, aber stets durchsetzt mit kurzen: kurz-lanz-kurz-lanz-kurz-lanz. Wenn das Blatt eine Chance haben soll, müsse es für alle die attraktiv sein, die wenig Zeit zum Lesen haben, die schnell lesen (müssen). Nur so könne sie am Markt Bestand haben und damit auch der Fraktion ihre Seiten zur Verfügung stellen, die die ruhige Gangart der Reflexion favorisiert.

Gegen den Hang zur überschnellen Einigkeit in dem Konflikt „Modernität versus Reflexivität“ kommen unterschiedliche Interessen der Beteiligten zum Ausdruck. Es gibt einige, die das personelle Übergewicht derer, die aus dem Umfeld des „Pflasterstrand“ kommen, nicht nur für einen Segen halten (mit Sicherheit gehören Uli Hausmann und Thomas Schmid dazu). Sie argwöhnen, eine abgeklärte, routinisierte Linke laufe hier Gefahr, gegenüber einem bewahrenswerten linken Erbe allzusehr auf Distanz zu gehen: gegenüber der politischen und kulturellen Leidenschaft. Dies nur als Merksposten, damit der Punkt in zukünftigen Diskussionen nicht untergeht.

Gegen die beiden bisherigen Vorschläge — Wochen- oder Zweiwochenmagazin — erhob am deutlichsten der Vorsitzende a. D., Joscha Schmiere, Einwände. In einer ersten Runde warf er, gegen die vierzehntägige Erscheinungsweise, eher beiläufig das überraschende Argument ein, der angebliche Vorteil eines solchen Magazins könne sich als schwerer Nachteil entpuppen: alle vierzehn Tage — das erhöht den Qualitätsdruck erheblich, an eine solche Zeitschrift würden zu recht sehr viel höhere, weiterreichende Erwartungen geknüpft. Dann aber holte er aus, um sein Projekt zu begründen — das öfter *Wochenzeitung*: wenn wir ein solches Organ begründen, dann nicht einfach nur, weil wir gebündelt und ausführlich an einem uns genehmen, weil uns gehörenden Ort veröffentlichen wollen, dann nicht, weil wir anders nicht zu Wort kö-

men. Vielmehr gehe es hier nicht ohne ein Stück größtensinniger Initiative. Noch immer sei die Presselandschaft der Bundesrepublik außerordentlich stabil, fest gefügt und überraschungslos; getragen vom Nachkriegskonsens und in dessen Bahnen sich bewegend. Zwar gebe es inzwischen zahlreiche Erker, der Grundriß aber ist der alte. Unsere Aufgabe wäre es, die Erker zu verlassen (keine Angst, man kann sie weiterhin getrost schreibend begründen: wir haben ja nichts gegen ökologische Nischen) und ein eigenes Gebäude zu errichten. Es geht nicht darum, eine Lücke auszufüllen oder einen neuen Turm zu bauen, sondern darum, eine Bresche in die bestehende Presselandschaft zu schlagen, sie aufzumischen: wenn wir das nicht wagen, gewinnen wir nichts. Man muß sich darüber im klaren sein, daß man mit diesem politisch-kulturellen Projekt von Anfang an in Konkurrenz zu anderen Organen (insbesondere der „Zeit“) steht. Der wachsende Erfolg der „Zeit“ seit 1968 lehrt einiges: es gibt offensichtlich ein Interesse an einem reflexiven, auch das Grundsätzliche und Perspektiven nicht ausparendem Journalismus, der nicht nur der Tagesaktualität verpflichtet ist, der sich die Zeit und den Atem nimmt, sich auch über sie hinwegzusetzen. Die „Zeit“ kommt als einzige Zeitung diesem Bedürfnis nach — aber schlechte, tantenhafte, bonzenzentriert, fest in den atlantischen Nachkriegskonsens und das Erbe des westlichen Rationalismus eingebunden; ihr Nachrichtenstil ist miserabel, der Wirtschaftsteil (von Ausnahmen abgesehen) zu den Anzeigen passend, das Feuilleton von einem unerträglichen Provinzialismus, der „Länderspiegel“ von einem nachgerade grotesken Hang geprägt, über seinen Gegenstand nicht zu berichten. In gewisser Weise ist die „Zeit“ der illegitime Erbe des intellektuellen und politischen Aufbruchs in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre. Hier wäre für uns sozusagen etwas zu holen: diese Tradition wäre in ihren „richtigen“ Kontext zu stellen. Für uns hätte das, was das Überleben am Markt angeht, einen großen Vorteil: wir hätten es mit einem Gegner zu tun; es ist von Vorteil, einen Widerpart zu haben: damit wird die Sache kalkulierbarer. Dagegen wären wir mit einem Magazin von Beginn an auf einen äußerst schwierigen Posten: wir hätten die lange Geschichte gescheiterter Al-

ternativen zum „Spiegel“ im Rücken und wären auf dem extrem unkämpften und ausgereizten Zeitschriftenmarkt von Anfang an nur ein Tupfer unter vielen. Was die Leserschaft angeht, könnten wir von Beginn an mit einem nicht unberührlichen Segment von „Zeit“-Lesern rechnen. Gut gemacht, könnte sich eine solche Wochenzeitung lange Artikel sehr wohl leisten: es würde sich herumsprechen, daß man seine Zeit nicht mehr mit anderer Zickzacklektüre verplempern muß, weil hier gebündelt und auf Punkte gebracht wird. In den Konkurrenzkampf um Vorteile im Glamourkampf sollten wir uns gar nicht erst stürzen: hier würde unser Eifer nur konvertienhaft bemüht wirken, da sind die anderen besser. Wir sollten uns vielmehr ein hübsches Verstocktheit, Hartnäckigkeit und Widerstand gegen die Trends leisten (im übrigen: gegen Trends schafft man Trends); wir kommen nun einmal aus der Buchstaben- und schriftschätzenden Ecke, wir sollten diese altmodische Neigung pflegen — gerade die heranrollende, industriell gestützte Welle neuer Medien wird Überdruß erzeugen und das Bedürfnis nach dem gedruckten Argument wachsen lassen. Es bietet sich daher die Form der *Wochenzeitung* an (am besten etwa im Format der „Weltwoche“). Wäre diese Entscheidung erst einmal gefällt, würden die wirklichen Fragen aufkommen: wie sähe ein wöchentlicher Informationsdienst aus, worin unterschiede er sich z.B. von der „Regierung-Kohl-am-Ende“-Perspektive des „Spiegel“? Wie begründet man eine Bleiwüste, ohne zur phantastischen Alternative der Bilderflut zu greifen? Etc.

3. Conclusio

Das Treffen endete mit einem Meinungsbild zu den beiden verbliebenen Alternativen: Sieben der Anwesenden votierten für die Wochenzeitung, vier für das Wochenmagazin, zwei der sieben Wochenzeitingenanhänger waren freilich nicht ganz entschieden und wollten ein Türchen in Richtung Magazin offenlassen bzw. Zwischenformen in Erwägung ziehen. (...)

Thomas Schmid

3. Conclusio

Das Treffen endete mit einem Meinungsbild zu den beiden verbliebenen Alternativen: Sieben der Anwesenden votierten für die Wochenzeitung, vier für das Wochenmagazin, zwei der sieben Wochenzeitingenanhänger waren freilich nicht ganz entschieden und wollten ein Türchen in Richtung Magazin offenlassen bzw. Zwischenformen in Erwägung ziehen. (...)

Thomas Schmid

„Problembilder“ eingegangen werden müssen. Aber statt einer notwendigen Analyse und Differenzierung wird stattdessen pauschalisiert.

So soll die evangelikale Dora Flinner einen „Canossagang zu den Katholiken“ gegangen sein. Vergleichbar realistisch wäre da ein Canossagang von Helmut Schmidt zum Kreml, in dem der reuige Sünder zu den Ursprüngen seiner sozialdemokratischen Partei zurückkehrt. Die „Ausöhnung der Alternativpartei mit den Großkirchen“ sah ja nun so aus, daß der „deutsche Vatikan“ die Gespräche abgebrochen hat und die Grünen für unwählbar erklärte. Dieser Erfolg des Bullgangs, der die „Klerikalisierung der Grünen“ sicherlich entscheidend vorangetrieben hat, ist der Anlaß für die Antragsteller, „massiv zu widersprechen“. Das erscheint sicherlich jedem jeder einleuchtend.

Die grünen Christen, die an den Gesprächen mit den Kirchen beteiligt waren, haben natürlich das Handeln der Großkirchen mit christlicher Begründung hinterfragt. Die Gespräche dienen also dazu, den (noch?) gesellschaftsverändernden Ansatz der Grünen in die (noch?) gesellschaftlich relevante Gruppe der Kirchen hineinzuziehen und die Kirchen an ihren christlichen Auftrag zu erinnern, Frieden ohne Waffen schaffen, Gerechtigkeit auch im Wirtschaftssystem, Vorrang der Ökologie/Schöpfung vor der Ökonomie.

Wenn der Sinn des Artikels wirklich ist, dieser Tendenz „massiv zu widersprechen“, ist er in der falschen Zeitung ab-

gedruckt. Statt im Arbeiterkampf sollte er stattdessen im Bayernkaiser stehen.

Karsten Jagau
Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft der Christen bei den Grünen
Baden Württemberg

Berichtigung

So sehr ich den AK für ein interessantes Diskussionsforum halte, vergeht bei mir allmählich die Lust, namentlich unterzeichnete Beiträge zu liefern, denn durch die Spontantät der SetzerInnen wird man einer Menge Peinlichkeiten ausgesetzt.

So stammt der Artikel „Der zweite Volksaufstand in Palästina ...“ im AK 295 nicht von mir, ich habe ihn lediglich aus dem Hebräischen übersetzt; weder verdiene ich die zweifelhafte Ehre, noch kann ich allem, was in dem Artikel steht, zustimmen.

Auch mein Leserbrief im AK 294 wurde neu formatiert: Die Stellungnahme des „Palästina-Komitees“, die ich kritisierte, bezog sich nicht auf meinen Artikel zu „Assimilationsmus“ im AK 291, sondern auf einen ganz anderen Beitrag, zur „israelischen Linke“, im GAI-Rundbrief.

Sind hier die Gesetze der Dialektik am Spiel, oder hat jemand Spaß daran, eigene Federstriche zu hinterlassen?

Yaron Matras

Fortsetzung von Seite 44

„Und weil der Schmarrn ein Schmarrn ist, drum muß man'n kritisieren — bitte sehr!“

Sprecher, Sänger und Musiker mobilisierte er Senta Berger, Götz George, Albert Mangelsdorff, Hans-Werner Henze und Heinz Rudolf Kunze mit Band. Dehm selbst entschied sich, unter Beibehaltung der Musik seinen ehemals für die „bots“ verfaßten Text vom „Weichen Wasser, das den Stein bricht“, auf die SPD unzuordnen. Schließlich fand dann vor einigen Wochen die Uraufführung des opus summi im Offenbacherhaus der SPD vor erlauchten Publikum statt und seitdem regelmäßig von uns zu hören.

schon Oberförster bis zum Stadtdianer alle zum Singen und Tanzen. Hier beginnen schon die ersten Parallelen zur Friedensbewegung sich abzuzeichnen, doch hören wir uns weiter an, was da gesungen wird. Mit meisterhaft knarrender Stimme, wie man sie aus der „Bonner Runde“ kennt (... also wissen Sie, Herr Lucy, die deutschen Sozialdemokraten ...), trägt der Ehrenvorsitzende der SPD mit Posaunenbegleitung den Refrain des Liedes vor.

Wir sind die stärkste der Parteien

„Und weil der Schmarrn ein Schmarrn ist, drum muß man'n kritisieren — bitte sehr!“

Sprecher, Sänger und Musiker mobilisierte er Senta Berger, Götz George, Albert Mangelsdorff, Hans-Werner Henze und Heinz Rudolf Kunze mit Band. Dehm selbst entschied sich, unter Beibehaltung der Musik seinen ehemals für die „bots“ verfaßten Text vom „Weichen Wasser, das den Stein bricht“, auf die SPD unzuordnen. Schließlich fand dann vor einigen Wochen die Uraufführung des opus summi im Offenbacherhaus der SPD vor erlauchten Publikum statt und seitdem liegt daselbe auch auf Schallplatte vor. Einmalen ist — wieviel sei vorweggenommen — ein Produkt, das über allem inhaltlichen Unsinns oder vielmehr gerade deswegen Geschichte, Praxis und Selbstverständnis (und die nicht vorhandene Theorie) der SPD wahrheitsgemäß zusammenfaßt: eine revolutionäre Partei gewesen und keine Ambitionen, eine zu werden, was von Anke Fuchs bestätigt und gewürdigt wird (... die Melodie „Das weiche Wasser, das unsere 125-jährige Parteigeschichte charakterisiert“ bzw. der „Text des Liedes, der wie ein kleines Mosaik sozialdemokratische Tradition und Perspektiven lyrisch verbindet“). Aus der neuen Parteihymne läßt sich also fast mühelos der real verkommene Zustand der SPD ablesen, was uns nicht weiter zu bekümmern bräuhete; weil wir's eh' schon wissen. Die Tatsache aber, daß vielleicht das Lied der deutschen „Friedensbewegung“ ohne größere Reibungen zum Parteilied der SPD avancieren konnte; daß lerner kein nennenswerter Unterschied zwischen der Parteihymne und den die „neuen sozialen Bewegungen“ begleitenden jheremischen Klagegesängen über den abgeholzten Baum vor'm Fenster festzustellen ist — dies erlaubt Rückschlüsse über den emanzipatorischen Gehalt jener Bewegungen, und das geht uns sehr wohl etwas an. Aber dazu später.

Wirst müssen wir uns etwas genauer ansehen, wie der poetische und musikalische Schließmuskel geöffnet wird und die inhaltliche Idiotie kraftvoll zutage tritt: „Monopoli, das kalte Spiel soll'n Menschen nur Figuren sein? Die Sieger kosten uns zurecht und jeder wird dabei zum Stein.“ Wer solchen Zeilen zum ersten Mal lauscht, der muß sich schon sehr in acht nehmen, daß er nicht beginnt über die tiefere Bedeutung jener Worte zu grübeln, weil er sich ansonsten in einem Gewirr abstruser Hirngespinnste verliert, aus denen ihn nur ein erfahrener Psychiater wieder befreien kann. Dabei haben wir es nur mit jenem im Jargon der Eigentlichkeit vorgetragenen kulturkritischen Geräusch zu tun, worin über die Kälte und Unwirtlichkeit der modernen Welt geklagt wird und dessen Konsequenz logischerweise nur die sein kann: „Drum tanz mit uns auf unsrem Fest laß zeigen wie sich's leben läßt Mensch! ... Menschen können Menschen sein.“

Es tumelt also; alle Unterschiede zwischen dem gesellschaftlichen Oben und Unten sind vergessen, und fest entschlossen, der Kälte und Herzlosigkeit unserer Zeit das eigene pulsierende Leben entgegenzusetzen, vereinen sich vom bayri-

schen Oberförster bis zum Stadtdianer alle zum Singen und Tanzen. Hier beginnen schon die ersten Parallelen zur Friedensbewegung sich abzuzeichnen, doch hören wir uns weiter an, was da gesungen wird. Mit meisterhaft knarrender Stimme, wie man sie aus der „Bonner Runde“ kennt (... also wissen Sie, Herr Lucy, die deutschen Sozialdemokraten ...), trägt der Ehrenvorsitzende der SPD mit Posaunenbegleitung den Refrain des Liedes vor.

Wir sind die stärkste der Parteien und sind wir schwach und sind wir klein wir wollen wir das Wasser sein

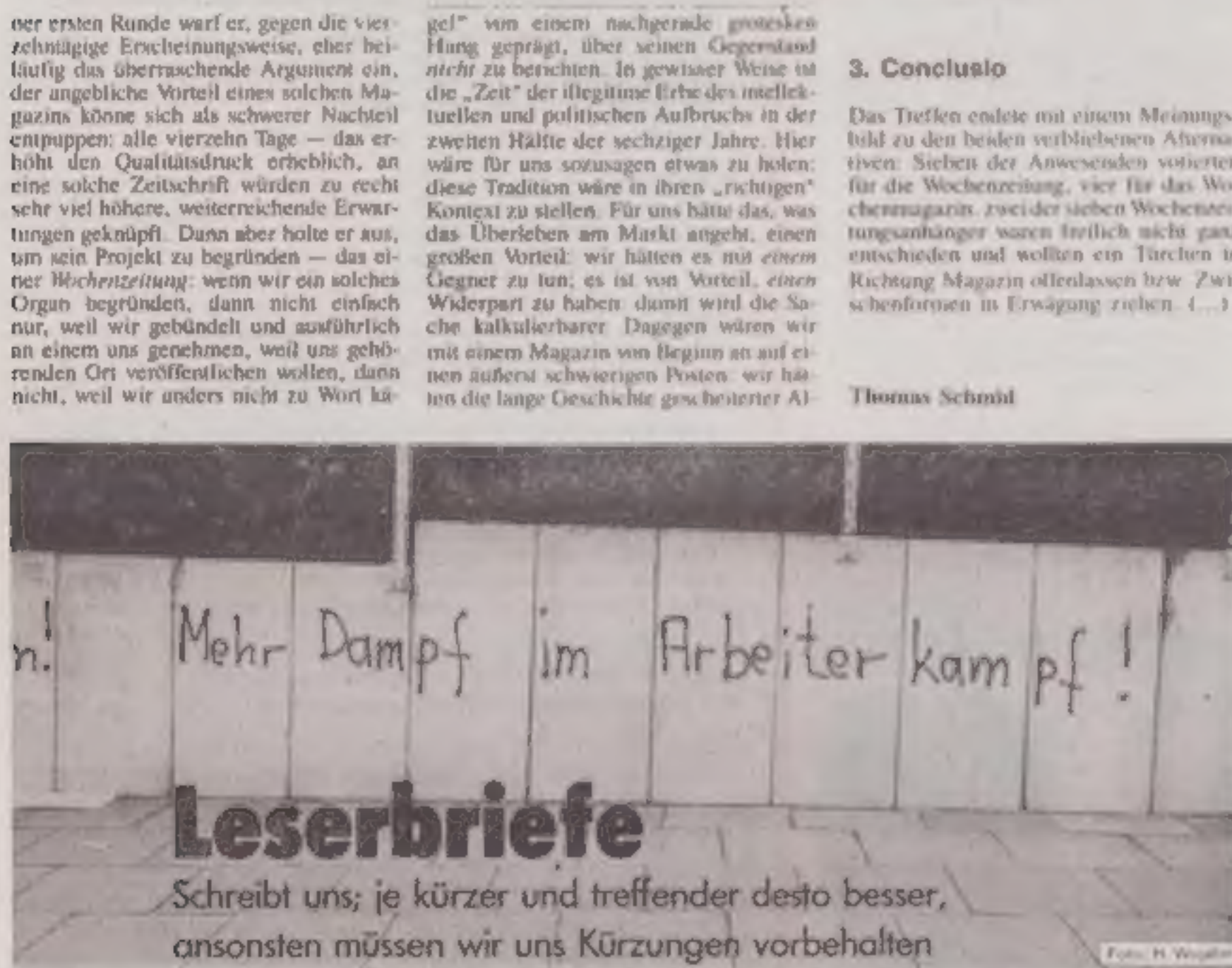
das weiche Wasser bricht den Stein.“ Die von keinerlei Vernunft und klaren Gedanken belastete Annahme, die „Mächtigen“ würden, wenn man sie nur lang genug mit scheußlichen Liedern beschallt, Einsicht und Reue zeigen und ihre Politik verändern, ist faktisch eine Bewährungsprobe auf Prinzipienfestigkeit, Durchhaltelust und Glauben des Einzelnen (und deswegen ergibt an ihn der kategorische Imperativ).

„Was du willst, geht nicht, ohne Dich“ drum sag bloß keiner, nich mit mir“ Mensch komm und schaff Dein „großes Ich“

mit ran, mit rein bei unsrem „Wir“ Klar: unser Weg ist elend weil noch ältere Bilder fallen mir ein nur in Bewegung, mit der Zeit siegt jedes Wasser über Stein“

— womit wir zum Kern der Sache vorgestoßen wären. Die Aufforderung an den Einzelnen, sich einzureihen in und mitzumachen bei der Arbeit an der großen Sache, setzt diesen als auswechselbares, bloß numerisch zu zählendes Exemplar der Gattung Mensch und so wird die große Anzahl derer, die sich für die große Sache mobilisieren lassen, zum alleinigen Erfolgskriterium. Was für die SPD in dieser Hinsicht die eingebestimmten Wahlstimmen sind, waren für die Friedensbewegung die Unterzeichner von Unterschriftenlisten und Teilnehmer an Schwitzhändchenketten — und das verbindet. Darf man hier seinen Wahlzettel abgeben und dafür ein Werbegeschenk in die Hand nehmen, so dürfte man dort stricken und radeln, hoheln und gärteln, hapseln und singen für den Frieden — nur eins darf man in beiden Fällen nicht: sich gegen seine gesellschaftlich produzierte Unmündigkeit zur Wehr setzen. Die ästhetische Verdoppelung der ohnehin vorhandenen Abhängigkeit und Schwäche der Individuen im Lied vom „Weichen Wasser, das den Stein bricht“, konnte also von der SPD ohne Schwierigkeiten zum neuen Parteilied erhoben werden: als Ausdruck von Geschichte und Praxis einer Partei, die nichts erreicht hat, trotzdem entschlossen weitermacht und garantiert dafür sorgt, daß alles weiter seinen kapitalistischen Gang geht, oder, um mit einem Saint-Simonisten und Mitarbeiter der „Allgemeinen Musikalischen Zeitung“ des vorigen Jahrhunderts zu sprechen: „(Es) hat die Musik die hohe Bestimmung, die Scheidewand zwischen Elend und Laster zu bilden, indem sie einerseits die gedrückte Seele aufrichtet, andererseits einen größeren, materiellen Gewinn vorbereitet.“ C'est ça!

cl./KB Westerrin



Beobachter

Betr.: Revolutionäre I. Mai-Demo (AK 295)

Wir haben uns über die dümmste Polemik des Artikels „Revolutionäre I. Mai-Demo“ geirrt. Er hätte auch in der taz stehen können. Der AK reißt sich damit mal wieder nahtlos in die gesamte bürgerliche (Nicht-)Berichterstattung ein, die nur auf die Bullen schaut (s. ganzseitigen Artikel im selben AK), aber zur inhaltlichen Auseinandersetzung unfähig ist. Der Artikel beweist noch einmal mehr, daß der KB gegenüber der revolutionären Linken nur noch einen grünen Beobachterstatus hat, und sich ansonsten in reformistischen „Bündnistischen“ bewegt ohne inhaltliches abgestimmtes Konzept und völlig perspektivlos. Der vielgepriesene „Bezug auf die Arbeiterklasse“ reduziert sich beim KB auf die linken Vorzeigefunktionäre des DGB. Daß „eher stadtteilbezogene Probleme wie Mietwucher oder Verarmung von großen Teilen der Bevölkerung bis hin zur internationalen Solidarität (Palästina, Kurdistan, Türkei) und den Perspektiven des Widerstandes (z.B. IWF-Kampagne, Mietboykott, VöBo)“, etwas mit der Arbeiterklasse zu tun hat, muß dem KB einengen sein. Es drängt sich der Verdacht auf, daß für den KB die ArbeiterInnenklasse eh nur männlich ist, sich ausschließlich in der Fabrik aufhält und die Führungsrolle des DGBs uneingeschränkt akzeptiert.

Auf eine weitere Auseinandersetzung mit polemischen AK-Artikeln und mit dem KB selbst legen wir aufgrund seiner Unwichtigkeit für die Diskussionen (in-

nerhalb der revolutionären Bewegung in der BRD und WB keinen gesteigerten Wert. Wir gehen aber davon aus, daß interessierte LeserInnen des AKs sich solidarischer mit der Revolutionären I. Mai-Demo auseinandersetzen wollen und verweisen auf die Dokumentation zur Demo, die vermutlich Ende Juni erscheint.

Autonomes/Antimperialistisches I. Mai-Plenum Westberlin

Christlicher Auftrag

Betr.: Kampf der Klerikalisierung von Staat, Gesellschaft und den Grünen (AK 295)

Die Hochreligionen waren die Voraussetzung aller Kritik an Staat und Gesellschaft. Obwohl die Religionen häufig zum organisierten Seelenzwang entarteten, hatten sie zunächst die im ersten Satz präzisierend formulierte befreiende Wirkung. Denn sie haben das menschliche Individuum in eine direkte Beziehung zur „letzten geistigen Wirklichkeit“ gesetzt und es so befähigt, „seiner Gesellschaft kritisch zu begegnen und im äußersten Fall (...) den Gehorsam zu verweigern“ (so Toynebee). Im Christlichen ist dieses befreiende Moment sicherlich ab der konstantinischen Wende gebrochen worden, aber es konnte von den Institutionen nicht gebrochen werden. Und so ist durch all die Jahrhunderte hindurch immer wieder christlicher Widerstand gegen das jeweilige Staatswesen, oft einschließlich der

mit dem Staat kooperierenden Kirchenhierarchie, praktiziert worden. Ernst Bloch schrieb dazu: „Wenn christlich die Emanzipation der Mühseligen und Beladenen wirklich noch gemeint ist, wenn marxistisch die Tiefe des Reichs der Freiheit wirklich substantiell der Inhalt des revolutionären Bewußtseins bleibt und wird, dann wird die Allianz zwischen Revolution und Christentum in den Bauernkriegen nicht die letzte gewesen sein.“ Und wenn wir an die nicaraguanische Revolution denken, nach der den Christen ausdrücklich für ihre Unterstützung der Revolution und die Mitarbeit am Aufbau des neuen Nicaragua gedankt worden ist, oder bei dem Widerstand gegen Marcos und heute gegen Aquino, unter der sich die Menschenrechtssituation mehr und mehr verschlechtert (nach Angaben der Philippinischen Vereinigten Kirche Christi), müssen wir Bloch recht geben. Die PVKK hat ebenso kritisiert, daß Kardinal Sin den „totalen Krieg“ der Regierung Aquino gegen „kommunistische Infiltranten“ gutheißen würde. An dieser Presseerklärung — entnommen dem „Zentralorgan“ der Altkatholiken (ak) in Deutschland — wird die Problematik deutlich, um die es bei dem Artikel hätte gehen müssen. Es gibt auf der einen Seite Christen — auch bei uns in der BRD — die vom Evangelium her sagen: „Kapitalismus tötet — er muß beseitigt werden“. Auf der anderen Seite sind Teile der Kirchenleitungen/-institutionen so sehr mit diesem Staatsapparat verbunden, daß sie bereit scheinen oder sind, Teile des christlichen Glaubens gegen Absicherungen der Institution aufzugeben. Wenn es in dem Artikel wirklich um die Zielrichtung einer „Perspektive des antikerikalen Kampfes“ ginge, hätte auf die erwähnten

